

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VI)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1 – E 22
--	--------------------------

- 01) Uns bleibt nichts erspart - nun doch Donald Trump?
- 02) Die Klimakonferenz – ein Kampf gegen das Leben und unsere Freiheit.
Von REDAKTION
- 03) US-Admiral: Die Ukraine-Krise ist das Warm-up für den großen Krieg
- 04) Alfred de Zayas: Shakespeare heute angesichts des Ukraine-Konfliktes. Von ALFRED DE ZAYAS
- 05) Klima-Proteste von US-„Philanthropen“ finanziert – Nähe zu Öl-Multis
Von ELMAR FORSTER
- 06) Bernie Lewin: Wie die Wissenschaftler der Welt für den „Klimawandel“ weichgeklopft wurden. Buchvorstellung

E. b) 2 Sonderthema Corona	Seiten E 23 – E 24
-----------------------------------	---------------------------

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen	Seiten E 25 – E 30
---	---------------------------

- 01) Zemmour: „Soll Europa Afrika werden?“ – Orban: „Unsere Kultur wird aufhören zu existieren.“
- 02) Italienische Regierung macht Ernst: Migrantenschiffe gestoppt +UPDATE
7.11.+ Erwachsene Männer dürfen Schiffe nicht verlassen

E. d) Länder weltweit – im Überblick	Seiten E 31 – E 55
---	---------------------------

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.11.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 13.11.2022
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 06.11.2022
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.11.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 56 – E 58

01) Europa droht schwerer Diesel- und Gas-Mangel – Energieversorgung in Deutschland gefährdet

Europäische Union (EU) (Seite E 58)

Keine Berichte!

E. f) Mitteleuropa

Seite E 59

Keine Berichte!

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 60– E 104

BENELUX-LÄNDER (Seite E 60)

Keine Berichte!

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 61– E 90)

01) Stromfresser E-Autos: „Wir fahren mit Braunkohle“.

Von PETER HAISENKO

02) Bargeldobergrenze von 10.000 Euro dank Faeser?

03) Julian Reichelt, ehem. Chefredakteur bei BILD, gastierte bei Kurt Krömer

04) Katar - Warum nur? Von Ed Koch

05) Peter Priskil: Der Kalte Krieg. Wie der Mono-Imperialismus in die Welt kam. Band 1. Buchvorstellung

06) Deutsche Außenministerin stört sich am Christentum.
Ein Gastbeitrag von BÁNÓ ATTILA

07) Dresden: Messehallen-Umbau für 500 „allein reisende Männer aus Afghanistan, Irak, Syrien und Türkei“

08) Demnächst auch Milliarden für zahlreiche Staaten: „Warum Deutschland Klima-Reparationen zahlen soll“

09) Wie vor 130 Jahren – Wärmestuben und Suppenküchen „im besten Deutschland aller Zeiten“

10) „SPIEGEL“-Klima-Hysteriker wärmen Cover von 1986 nach 36 Jahren 2022 wieder auf

11) Erdogan behauptet Scholz habe Haltung gegenüber Russland geändert

12) Kreuz aus Friedenssaal während G7-Treffen entfernen

13) Völlig falscher Ansatz, Herr Buhrow. Von Ed Koch

14) 90 zu 74 - Gerhart Baum und Peter Brandt bei Markus Lanz.
Von Ed Koch

- 15) Faeser lässt „Zuwanderungsbericht“ nicht mehr veröffentlichen
- 16) Gottfried Curio: Deutschland braucht Sofortprogramm zur Reduzierung des Ansturms von Migranten

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 91 – E 99)

- 17) Eine Mail von Joe aus den USA. Von Ed Koch
- 18) Grundsteinlegung für neues Umspannwerk in Marzahn
- 19) Die Sauvesper ist zurück - von der Müll-Deponie zur Naturschutzstation. Von Ed Koch
- 20) Abschied vom Rechtsstaat: Straffreiheit – Berliner Gericht verbrüdet sich mit „Klima-Klebern“
- 21) Vielfalt – der „Grünen“. Von Ed Koch
- 22) Abgeordnetenhaus von Berlin: Keine Märchen, sondern Tatsachen. Von Ed Koch
- 23) Die Special Olympics werfen ihren Schatten voraus

Österreich (Seiten E 100 – E 101)

- 24) FPÖ lanciert „Remigrationsbericht“ und Plattform zu „Bevölkerungsaustausch“

Südtirol (Seite E 102)

Keine Berichte!

Schweiz (Seiten E 103 – E 104)

- 25) Neutralität ade: Schweiz will nach Russland auch China-Sanktionen der EU mittragen

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 105– E 113

Estland (Seiten E 105 – E 106)

- 01) Estland – Gesetz zum Abriss russischer Denkmäler erlassen

Polen (Seite E 107)

- 02) Polnischer PIS-Chef: „Wollen nicht, dass 12-jährige Mädchen behaupten: ‚Ich bin lesbisch!‘ “

U n g a r n (Seiten E 108 – E 113)

- 03) Londons Beteiligung an „Sewastopol-Angriff“ vor zeitnahe Veröffentlichung
- 04) Ungarische Justizministerin: „Wir wollen keine Woke-Diktatur nach der kommunistischen Diktatur“
- 05) Orban ante Portas: Ungarischer neo-konservativer Think-Tank startet in Brüssel
- 06) Ungarischer Außenminister Szijjártó: Die EU hat die Krise in der Ukraine völlig falsch behandelt

E. i) Osteuropa

Seiten E 114– E 157

U k r a i n e (Seiten E 114 – E 119)

- 01) Dnipro-Staudamm vor Total-Sprengung? Droht „historische Katastrophe“? (VIDEO)
- 02) Ukraine droht ein apokalyptischer iranischer „Raketensturm“
- 03) New York Times „entlarvt“ ukrainischen Drohnen-Angriff auf Sewastopol

R u s s l a n d (Seiten E 120 - E 157)

- 04) Mazda „verkauft“ Produktionswerk in Russland um 1 Euro
- 05) Valdai Forum | Teil II: Präsident Putin antwortet auf brennende Fragen der Zeit

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 158

Keine Berichte!

E. j) Südosteuropa

Seite E 159

Keine Berichte!

E. k) Süd- und Westeuropa

Seite E 160

Keine Berichte!

E. I) Northwest- und Nordeuropa

Seite E 161

Keine Berichte!

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmittleuropa“	Seite E 162
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite E 163
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite E 164
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite E 165
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite E 166
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite E 167

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 29

01) Uns bleibt nichts erspart - nun doch Donald Trump?



paperpress

seit 1976



Nr. 607-18

16. November 2022

47. Jahrgang

Uns bleibt nichts erspart



Foto: NDR

Max Giermann, der bekannteste und auch beste Parodist prominenter Persönlichkeiten (u.a. *Dieter Bohlen, Oliver Kahn, Jens Spahn* oder *Robert Habeck*) hasst es, die Maske von **Donald Trump** anzulegen. Das Foto zeigt ihn als Trump und rechts im Original als Dolmetscher der Gülle, die der schlimmste aller US-Präsidenten über die Welt ausschüttet.

Nun hat Trump erneut seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl angekündigt, die am 5. November 2024 stattfinden wird. Trump hat die Wahl 2016 nur wegen des undemokratischen Wahlsystems in den USA gegen **Hillary Clinton** gewonnen, für die über drei Millionen Wähler mehr abstimmten. Auch die Zwischenwahlen 2018 verlor Trump. Die Demokraten gewannen 40 Sitze im Repräsentantenhaus dazu und damit die Mehrheit im Parlament. 2020 verlor Trump die Wahl gegen **Joe Biden**, der mit einem Vorsprung von sieben Millionen Wählern gewann. Und letztlich verlor er auch seinen Kampf gegen die Demokraten bei den Midterms 2022. Trump, der bis heute behauptet, man habe ihm die Wahl 2020 „gestohlen“ hat bislang keine Abstimmung in absoluten Wählerstimmen gewonnen. Er ist einer der größten Loser der amerikanischen Politik. All das hält ihn nicht davon ab, erneut zu kandidieren.

Die nächsten beiden Jahre werden chaotisch in den USA mit Auswirkungen auf die ganze Welt. Und das in diesen Zeiten, in denen Putins Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine die Welt in eine wirtschaftliche Krise stürzt. Noch ist nicht geklärt, ob der Raketeneinschlag in Polen von Russland ausging

oder es sich um eine ukrainische Abwehrrakete handelt, die aus Versehen in Polen einschlug. Die Klärung dieser Frage ist von äußerster Wichtigkeit, denn wäre die Rakete von Russland aus abgeschossen worden, befänden wir uns einen Schritt näher am Abgrund.

Wie verkommen die russische Staatsführung inzwischen ist, zeigt sich, dass selbst während des G20-Gipfels auf Bali, Putin weiterhin die Ukraine bombardiert. Putin müsste langsam einsehen, dass er zwar der Ukraine weiterhin immensen Schaden zufügen, den Krieg aber nicht gewinnen kann. Die Ukraine hat sich Dank der militärischen Unterstützung des Westens als unerwartet widerstandsfähig gezeigt. Es ist dringender denn je, jetzt die Ukraine weiterhin militärisch zu unterstützen, damit Putin vielleicht irgendwann zu der Erkenntnis kommt, dass eine Fortsetzung seiner „Operation gegen den Faschismus“ in der Ukraine keinen Sinn macht. Auch China sollte sich überlegen, Taiwan anzugreifen. Der Widerstand dort dürfte noch größer ausfallen. Taiwan hatte lange Zeit, sich auf einen Angriff auf China vorzubereiten. Das Land ist bis an die Zähne bewaffnet. Möge uns wenigstens diese Krise erspart bleiben.

In einer Zeit, in der politische Berichterstattung im Fernsehen wichtiger denn je ist, verhindert die unsägliche Fußball-Weltmeisterschaft in Katar, dass das ZDF Polit-Magazin „frontal“ erst wieder im Januar ausgestrahlt werden kann. „frontal“ ist das profilierteste politische Magazin des Fernsehens. Es kann doch nicht sein, dass eine Sportveranstaltung die wichtigeren Themen aus der Berichterstattung verdrängt. Darüber, die Fußballübertragungen für vier Wochen in die Spartenkanäle zu verlagern und im Hauptprogramm alles so zu belassen, ist offenbar keiner der Programmverantwortlichen gekommen. Die ARD könnte ihre Übertragungen in *One* ausstrahlen und das ZDF auf seinem Info-Kanal. Da könnten dann diejenigen, die sich die Wüsten-WM antun möchten, 24 Stunden lang zuschauen.

Dass uns nichts erspart bleibt, werden wir heute Mittag erfahren, wenn es darum geht, ob die Wahl in Berlin wiederholt werden muss. Als wenn wir keine anderen Probleme hätten.

Ed Koch

02) Die Klimakonferenz – ein Kampf gegen das Leben und unsere Freiheit

Von REDAKTION

14. 11. 2022

THE PARKING LOT AT THE CLIMATE CHANGE CONFERENCE.



Alle Jahre wieder werden wir mit einer Klimakonferenz mit viel propagandistischen Trara beglückt. Die Frage ist, ob es sich um eine Synode der neuen Klimareligion, oder um einen Kongress der neuen klimasozialistischen Internationale handelt. Wahrscheinlich ist es etwas von Beiden. Wie allgemein bekannt, beruht die Klimareligion auf der Behauptung, dass die durchschnittliche Temperatur auf unserem Planeten von der „Treibhausgaskonzentration“ abhängt. Dabei ist das mengenmäßig wichtigste „Treibhausgas“ das CO₂. Diese Behauptung ist ein physikalischer Unsinn (siehe www.klimaschwindel.net), der grundlegenden und unstrittigen Gesetzen der Physik, namentlich dem ersten und zweiten Hauptsatz der Thermodynamik in Verbindung mit dem Strahlungsgesetz, widerspricht. Sogar Albert Einstein erkannte auf der Basis der Quantenmechanik, dass der Treibhauseffekt ein Unsinn sei.

Abgesehen davon muss man wissen und man kann es nicht oft genug betonen, dass der Energieverbrauch des Menschen ein Zehntausendstel der von der Sonne eingestrahlt Energie beträgt und somit keinen quantitativen Einfluss auf die Globaltemperatur haben kann (erster Hauptsatz der Thermodynamik). Deswegen benötigt man den sogenannten „Treibhauseffekt“ um irgend eine Katastrophe herbei zu fantasieren.

Der behauptete „Treibhauseffekt“ beruht auf einer sogenannten „Gegenstrahlung“, die durch sogenannte „Treibhausmoleküle“ verursacht werden soll. Diese „Gegenstrahlung“

entspricht aber einem Wärmestrom von niedrigerem Temperaturniveau (in großer Höhe) zu einem höheren Temperaturniveau (in Bodennähe), was aber nach dem „Zweiten Hauptsatz“ unmöglich ist. Die sogenannten „Treibhausmoleküle“ müssten demnach wie eine Wärmepumpe funktionieren, allerdings ohne antreibende Energie. Die Treibhausmoleküle wären dann eine Art Perpetuum Mobile, was es bekanntlich nicht gibt (Erster Hauptsatz der Thermodynamik, wie unsere Redaktion im Beitrag [„Wie man den CO2 Schwindel durchschaut“](#) berichtete.

Ein weiterer Punkt ist, dass das CO₂ ein lebenswichtiges Spurengas ist. Ohne CO₂ stirbt das Leben, oder anders ausgedrückt ist der Kampf gegen das CO₂ ein Kampf gegen das Leben. Die Pflanzen erzeugen sich den für ihren Aufbau notwendigen Kohlenstoff aus dem CO₂ und Sonnenlicht (Photosynthese) und binden somit CO₂. Stirbt die Pflanze ab, so verbleibt ein Teil als Humus im Boden. Jedes Tier speichert nach seinem Ableben in seinen Knochen oder Schalen Kalk (Ca CO₃), der aus CO₂ entstanden ist (CaO+CO₂->CaCO₃). Entsprechend sind unsere Kalkgebirge nichts anderes als fossiles CO₂, das durch das Absterben von Meerestieren in Millionen von Jahren gebunden wurde. Entsprechend war der CO₂-Gehalt der Luft vor 500 Millionen Jahren etwa zwanzig Mal so hoch wie heute und ist seither kontinuierlich gesunken. Das Leben extrahiert also langfristig CO₂ aus der Atmosphäre und man sollte sich eher darum sorgen, dass sich die CO₂-Vorräte nicht langsam erschöpfen.

Wozu der Irrsinn?

Die Frage ist also, was mit diesem aberwitzigen Irrsinn wirklich bezweckt wird? Die Energiewende ist ein ganz neues Geschäftsmodell, das darauf beruht neue, am Markt nicht konkurrenzfähige Produkte durch gesetzlichen Zwang dem Konsumenten aufzuzwingen. Das beste Beispiel sind die Elektroautos, die sich ohne Verbrennerverbot nicht durchsetzen könnten. Auch die intermittierenden „Alternativen“ wie Windkraft und Photovoltaikanlagen wären ohne die gesetzliche Bevorzugung durch die Einspeiseregulungen undenkbar. Möglicher Weise erhofft man sich durch den Umbau der gesamten Produktion auf CO₂-freie Prozesse einen gewaltigen Investitions- und Innovationsschub.

Dekarbonisierung der Weg in die Diktatur

Der Hintergrund ist der, dass die konjunkturellen Zugpferde der Vergangenheit erlahmen: War es nach dem Krieg der Wiederaufbau der die Konjunktur antrieb, danach die Computerisierung die unsere Gesellschaft revolutionierte und China als Weltkonjunkturlokomotive, so ist für die Zukunft kein vergleichbarer Konjunkturtreiber in Sicht. Die „Energiewende“ und „Dekarbonisierung“ soll der neue Konjunkturrenner werden, auch wenn damit nicht der geringste Vorteil für den Konsumenten verbunden ist. So ein Unsinn ist nur in einer Diktatur umsetzbar.

Wer steckt hinter dieser Klima-Hype?

Man erhofft sich also von dem Paradigma einer CO₂-freien Wirtschaft einen gewaltigen Wachstumsimpuls für die gesamte Weltwirtschaft und somit auch für die Aktienkurse. Ein treibender Akteur ist der weltweiter Zusammenschluss vieler Aktienfonds mit dem Namen [„Climate Action 100+“](#) (). Das ist ein Zusammenschluss verschiedener Fonds, hauptsächlich Pensionsfonds, mit einer derzeitigen Börsenkapitalisierung von 68 Billionen Dollar (68.000 Milliarden), also ein gigantisches Kapitalsammelbecken. Man kann getrost davon ausgehen, dass diese Vereinigung mit allen anderen Netzwerken der Macht verwoben ist. Durch ihre gewaltige Finanzmacht kontrollieren diese Fonds die Medien und über die Medien unsere

naiven Politiker, die sich wieder von gekauften „Experten“ manipulieren lassen. Natürlich argumentieren sie nicht mit ihren schnöden Interessen, sondern sie instrumentalisieren den Klimaschwindel und spielen sich als Weltenretter auf.

Dekarbonisierung bedeutet Armut für (fast) Alle

Finanziert kann dieser ganze Unsinn nur über eigens dazu erfundene Abgaben und über die Geldpresse werden. Investitionen erfolgen nicht mehr nach irgend welchen ökonomischen Überlegungen, sondern nach ideologischen Zielsetzungen. In der Konsequenz ergeben sich katastrophale Fehlallokationen von Ressourcen. Man kann zwar Geld drucken, nicht jedoch wichtige Rohstoffe, obwohl sicher Idioten wie Bearbock glauben, dass die Rohstoffe aus dem 3D-Drucker kommen, genauso wie das Geld aus der Geldpresse. Die Energiewende scheitert absehbar schon jetzt am Mangel an wichtigen Rohstoffen, wie Lithium, Kobalt und viele andere.

Die Auswirkungen merken wir bereits über die horrenden Inflation. Das Ende bedeutet wie in jedem sozialistischen System: Armut für Alle mit ganz wenigen Ausnahmen.

Wohin hier Milliarden umgeschichtet werden sollen war bereits Gegenstand einer Serie unserer Redaktion: „**Energiewende‘ soll dank ‚Klimakrise‘ und Klima-Hysterie Groß-Konzernen Milliardengewinne verschaffen**“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) US-Admiral: Die Ukraine-Krise ist das Warm-up für den großen Krieg

06. 11. 2022



US-Admiral Charles Richard glaubt, dass sich die Abschreckungskraft des US-Militärs als unzureichend erwiesen hat, um Russland einzudämmen. Gleichzeitig warnte er auf einer

Konferenz, dass der Ukraine-Krieg möglicherweise erst der Anfang sei – wie [das Wall Street Journal](#) berichtete.

„Diese Krise in der Ukraine, in der wir uns jetzt befinden, ist nur ein Aufwärmen. Der große Krieg steht noch bevor. Und es wird nicht lange dauern, sich Herausforderungen zu stellen, die es noch nie zuvor gegeben hat“ – sagte der hochrangige US-Militärbeamte.

Zudem äußerte er sich besorgt darüber, dass auch China nicht eingedämmt werden könnte:

„Während ich unseren Grad der Abschreckung gegen China einschätze, sinkt das Schiff langsam. Es sinkt langsam, aber es sinkt, da sie im Grunde genommen schneller Fähigkeiten ins Feld bringen als wir.“

Langsam zu sinken sei aber kaum ein Trost. Wenn „diese Kurven weitergehen“, wird es keine Rolle spielen, „wie gut unsere Kommandanten sind oder wie gut unsere Pferde sind – wir werden nicht genug von ihnen haben. Und das ist ein sehr kurzfristiges Problem.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Alfred de Zayas: Shakespeare heute angesichts des Ukraine Konfliktes

Von ALFRED DE ZAYAS

06. 11. 2022



Die Versöhnung der Montagues und Capulets | Quelle: Frederic Leighton

Zwei Haushalte – beide in Würde gleich

Die Tragödie, die sich in der Ukraine abspielt, erinnert mich auf traurige Weise an die Geschichte der Familienfehde zwischen den Capulets und Montagues, den stolzen „Eliten“ im einstigen Verona in der Tragödie *Romeo und Julia* von William Shakespeare.

Ich kann nicht umhin, hierin eine Metapher für das heutige Europa zu entdecken, und im weiteren Sinn für die dem Untergang geweihte menschliche Spezies, welche erst noch lernen muss, in gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und auf der Erde in Harmonie nach Frieden – basierend auf Gerechtigkeit und internationaler Solidarität – zu streben.

Zwei Haushalte, beide in Würde gleich

(Im schönen Verona, wohin wir unsere Szene legen),

Wo alter Groll aufbricht zur neuen Meuterei,

Wo bürgerliches Blut bürgerliche Hände unrein macht.

Wir erinnern uns, dass zum Ende der Tragödie von *Romeo und Julia* der Prinz die vorhersehbaren und vermeidbaren Folgen von sinnlosen Rachefeldzügen, Eitelkeiten, Arroganz und Unnachgiebigkeit beklagt – ein fesselnder Moment:

Wo sind sie, diese Feinde? – Capulet, Montague,

Seht, welch ein Fluch auf Eurem Hasse liegt...

**Ich auch, weil ich Eurem Zwiespalt nachgegeben,
verlor das Band an Angehörigen. Alle werden bestraft.**

Quelle: Aus dem Prolog von *Romeo und Julia* von William Shakespeare

Zwei Haushalte: Die Ukraine und Russland – gleich an Würde... Ein Band europäischer Angehöriger ging verloren, welches Waisen, Flüchtlinge und menschliche Kollateralschäden hinterlässt, während ehrwürdige Städte und Dörfer in Trümmern versinken. Die Verwerfungen haben die Vorteile der Globalisierung zunichte gemacht, Lieferketten unterbrochen und die Freiheit des Handels und der Schifffahrt durch Wirtschaftssanktionen, die töten, verletzt. Ja, Sanktionen können genauso wie Kugeln töten.

Das Elend geht weiter und wird immer schlimmer – das ist es, was die Kriegsprofiteure erwarten: Immerwährender Krieg, während viele auf dieser Welt in die Kriegsmaschinerie investieren und sich mitschuldig machen, indem sie Partei ergreifen, Waffen liefern und sich auf das sterile Spiel der Schuldzuweisungen einlassen, anstatt Frieden zu vermitteln.

Haben wir im Westen nicht auch den Unstimmigkeiten „nachgegeben“? Warum haben wir zugelassen, dass unser militärisch-industrieller Komplex, Lockheed/Martin, Boeing und all die anderen, diesen Konflikt ausdehnen? Warum liessen wir seit 1997, die ununterbrochen sinnlosen Provokationen durch die NATO gewähren, die zur schrecklichen Reaktion führten?

Wir alle sind bestraft!

Zum Autor: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zehn Büchern, darunter „Building a Just World Order“ (Clarity Press, 2021).

Übertragung aus dem Englischen: Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Klima-Proteste von US-„Philanthropen“ finanziert – Nähe zu Öl-Multis

Von ELMAR FORSTER

05. 11. 2022



US-„Climate Emergency Fund“

Der in Los Angeles ansässige „Climate Emergency Fund“ (CEF) spendete Hunderttausende von Dollar an Aktivisten.

Die jetzigen totalitären Klima-Demonstrationen begannen mit dem sogenannten „Just Stop Oil (JST)-Frühjahrsaufstand“ in Großbritannien 2022. Dabei investierte der „CEF“ in die damaligen Blockadeaktionen gegen Tankstellen und Raffinerien Hunderttausende Dollar, was in Teilen Englands zu Benzinknappheit führte. Die „CEF“-Exekutivdirektorin Margaret Klein Salamon macht kein Hehl daraus, dass ihre Organisation die damalige „JSO“-Revolution organisierte: „Wir sind ihr exklusiver institutioneller Geldgeber.“ ([Guardian](#))

Gerade läuft wieder der „Herbst-Aufstand“: „Anhaltender, störender Protest in 11 Ländern.“ ([CEF](#))

Orwellsche Begriffs-Kreation: „US-Philanthropen“

Interessant aber auch: Der Aufstand für einen Klimawandel wird von selbst ernannten „US-Philanthropen“ angezettelt. Diese irreführende Orwellsche Begriffsschöpfung war schon bei George Soros Organisation „Open Society Fund“ lange Zeit erfolgreich, weil sie suggerierte, dass dieser für Freiheit, Demokratie und Toleranz stünde. In Wirklichkeit war und ist es ein US-Instrument zur Unter- und Aushöhlung traditioneller, neokonservativer und nationalsouveräner Regierungen.

Unsere Redaktion berichtete:

Philanthropische Subversion: „Wie das [Soros-Netzwerk](#) in Mitteleuropa und auf dem Balkan arbeitet“ sowie „Soros verursacht [Kollaps der Finanzmärkte](#)“ sowie „[Ungarns Soros-Opposition](#) mit ausländischem Geld finanziert“

US-Saul Alinskys Revolutionskonzept „Regeln für Radikale“

Interessant aber auch die Zusammensetzung des Aktivisten-Fußvolkes damals in Großbritannien, nämlich eines überschaubaren harten Kerns: Damals sollen etwa 400 Menschen mehr als 1.000 Mal verhaftet worden sein – laut Angaben der Organisatoren.

Und zwar nach dem überkommenen Revolte-Konzepts „Rules for radicals“ durch sogenannte benachteiligte Gruppen, welches der US-Soziologe Saul Alinsky 1971 entwickelte. Denn hinter allen linken Antifa-Polit-Attacken steckt dessen Anarcho-Theorie: „[Regeln für realistische Radikale](#)“.

Hier Regel Nr. 9: „Die Bedrohung ist normalerweise furchterregender als die Sache selbst.“ – Ein besonders alter Hut ist immer noch die Beschwörung von der Wiederkehr eines historischen Untoten: „Lasst [Nazis nicht](#) regieren!“ ([Demoslogan](#) 2018 gegen die österreichische türkis-blaue Regierung). Oder jetzt die Klima-Wahnsinns-Hysterisierung.

In ihm sahen böse Nicht-Gutmenschen einen „Diener des Teufels“, ja mehr noch: einen „[amerikanischen Goebbels](#)“. Selbst US-Polit-Hysterikerin, Hillary Clinton, widmete ihm eine ganze Diplomarbeit: „There is only the fight – An Analysis of the Alinsky-Modell“ (1969).

Denn alle Antifa-Demos beachten Alinskys Strategien, um Ziele sog. „benachteiligter Gruppen“ („no-haves“-„Habenichtse“, öffentlichkeitswirksam-überzogen durchzusetzen. Auch Ex-US-Präsident Obama war Schüler von Alinsky-Soziologen (etwa M. Kruglik: „[Building one america...](#)“).

Das bestreitet auch „CEF“ nicht: „Viele Gruppen, die wir finanzieren, nutzen zivilen Ungehorsam mit hohem Einsatz.“ Doch steckt noch eine weitere Eskalation dahinter: „Aber JSO ist für mich die nächste Evolution der Klimakampagnen, da sie wirklich als gewaltfreie Armee mit diesem Maß an Disziplin, Planung und Koordination zu agieren scheinen.“ (Guardian)

Mit ähnlichen Agitationsmethoden fungiert auch die ungarische Soros-Opposition gegen die demokratisch legitimierte Orban-Regierung (UM berichtete: „Wie die [ungarische Block-Opposition mit Alinsky-Methoden](#) eine Verschwörung inszenierte“)

Aktivisten: Frustrierte Sozialverlierer und Sozialstaats-„No haves“

Ein soziologisches Absurdum gibt der ganzen Klima-Untergangs-Hysterie ihre Schlagkraft: Im westlichen hypertrophierten Sozialstaat hat sich ein riesiges Heer eines – sich nutzlos fühlenden – Prekariats von Sozialhilfe-Empfängern oder wohlstandsverwahrlosten Jugendlichen, welche im Hotel Mammie gehätschelt und durchgefüttert werden, aufgebaut. – Allein schon von deren Äußerem her zeigt sich eine geradezu erschreckende Verkommen- und Zurückgebliebenheit der sogenannten Klima-Kleber-Akteure: mit blassbackigen, aufgedunsen Gesichtern, schwachbrüstig, großteils unattraktive Gestalten. Auffallend auch: Entweder sind sehr viele unmündige Jugendliche oder aber gescheiterte (Prä-)Sozialfürsorge-Pensionisten dabei.

Dieses gewaltige Frustpotential wird dann nun in revolutionäre Energie umgewandelt: „Ich bin so beeindruckt von dem, was sie mit extrem knappen Ressourcen und nicht so vielen Aktivisten erreichen konnten.“ (CEF-Salamon) Die Selbstbeschreibung von „[JSO](#)“ lautet so: „Wir sind eine schnell wachsende Bewegung... Es gibt für jeden eine Rolle.“

CEF: Ein Millionen-Dollar-Imperium forciert den Klima-Wahn-Protest

Allein bis zum Frühjahr 2022 hat CEF finanzielle Zuschüsse in Höhe von 1,7 Millionen US-Dollar an Aktivisten in 25 Ländern vergeben: darunter in Großbritannien, die USA, Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Als Ausgangspunkt der Climate-Change-Rebellion konzentrierte man sich zunächst auf Großbritannien, indem man 650.000 US-Dollar an Gruppen wie „JSO“ und „Extinction Rebellion“ ausschüttet. – Salamon bestätigte, dass aus dem „CEF“-Fonds an „JSO“ Hunderttausende von Dollar, an „Extinction Rebellion“ etwa 200.000 Dollar bezahlt wurden.

Nach den Covid-Lockdowns: Neuanfang durch Extremismus

Insgesamt hat die CEF eine riesige Summe von 1,3 Millionen Dollar für diesen „Frühlingsaufstand“ ausgegeben, und zwar zur Wiederbelebung der bald schon eingeschlafenen Thunberg-Klima-Protestbewegung. Denn vor Covid hätte sich, laut Salamon, „die Bewegung gerade im Aufschwung“ befunden „und so viel an Dynamik“ gewonnen, wobei der sogenannte „Earth Day 2020“ „die größte Umweltdemonstration in der Geschichte sein sollte“.

Dann kam durch die Covid-Lockdowns ein Rückschlag: „Covid hat ihm einfach den Wind aus den Segeln genommen, und dieser Aufstand im April ist für mich die Antwort darauf... Die Bewegung ist zurück und es gibt Energie. „JSO“ und „Scientists Rebellion“ wären somit „großartige Beispiele dafür, dass es nicht nur zurück, sondern in den letzten zwei Jahren aufgelevelt wurde.“ (Salamon)

Vieles deutet auch darauf hin: Dass die etwas unbeholfen-naiv-dümmliche Greta Thunberg als Auftaktgeberin ihren Dienst getan hat. War sie doch nicht nur wegen ihres Autismus, sondern auch wegen ihrer links-elitären Familienherkunft und der Aufdeckung ihrer Auftrag- und Finanzgeber stark unter Druck und abgenutzt. Außerdem verfügte sie wohl nicht mehr über das nun, die zweite Phase einleitende, Potential von Klima-Extremismus – bis hin zur Überschreitung strafrechtlich relevanter Aktionen.

Hervorzuheben wäre diesbezüglich auch der durch „CEF“ finanzierte „Insulate Britain“-Aktivismus: Mit Straßensperren-Protesten im vergangenen Herbst hatte sich nämlich die öffentliche Meinung in Großbritannien polarisiert. Und es entstand eine nationale Debatte über die Zielsetzung, jedes Haus zu isolieren. Nach dem Frühlingsaufstand finanzierte „CEF“ neun weitere Gruppen in verschiedenen Ländern, die die Straßenblockadetaktik kopierten.

Finanzierungs-Modell: „Risiko-Kapital“

Diesen Begriff verwendete Salamon selbst: Mittels „Risikokapital“ wird also nach kleinen Gruppen gesucht, welche die Chance erhalten – mit, aus ihrer Sicht – enormen Summen von 50.000 bis 100.000 Spendendollars zu profitieren. – Für größere Umweltorganisationen machen solche geringen Summen nämlich kaum einen Unterschied.

Mit diesem extrem hohen Anreizpotential werden aber gerade die sogenannte „Non haves“ (Saul Alinsky), also das soziale Prækariat angeheizt, endlich aus ihrem Leben etwas

Sinnvolles zu machen: „Wir suchen nach ultra-ehrgeizigen Gruppen und Kampagnen, die im Allgemeinen ziemlich neu sind, die einen Plan haben, um zu wachsen und eine große Wirkung zu erzielen“ – wie Salamon das Konzept umschrieb.

Finanzierung und Ausreizung des REchtsstaates

Dabei wird die Grenze zum Rechtsstaat bewusst ausgereizt: Also sehr „direkte Aktionen“, bei denen sich die Beteiligten entweder einem rechtlichen oder persönlichen Risiko aussetzen. Vor allem deshalb, weil man auf diese Weise sehr theatralisch die Dringlichkeit der Krise kommunizieren will.

Zwar besteht Salamon rhetorisch darauf, die CEF finanziere keine illegalen Aktivitäten:

„Was wir finanzieren, ist Rekrutierung, Ausbildung, Organisation von Personal, Stammpersonal usw. Und wir finanzieren legalen Protest und Störungen“.

Doch wird auch mit der Eskalation über strafrechtlich relevante Grenzen hinaus spekuliert:

„Die Tatsache, dass einige dieser Gruppen in härteren zivilen Ungehorsam geraten, das ist ihre Entscheidung. Und wir denken, dass es aus historischer und sozialwissenschaftlicher Sicht sehr gut unterstützt wird, und wir loben ihren Mut dabei.“

CEF-Finanziers: US-Einzelpersonen und Familienstiftungen

Der CEF-„Klimanothilfefonds“ wurde 2019 von Investor Trevor Neilson und Rory Kennedy, einer Tochter des ehemaligen US-Senators Robert F. Kennedy gegründet. – Besonders interessant aber: Der Fonds startete mit einer Spende von 500.000 Dollar durch Öl-Erbin Aileen Getty, der Enkelin von Jean Paul Getty (1882 – 1976). Dieser brachte es als Besitzer eines Ölimperiums einst zum reichsten Mann der Welt.

Bis heute bleibt dieser Umstand ein kapitalistischer Stachel im Fleisch der Klimaaktivisten.

Im Jahr 2019 meldete der „CEF“ einen Gesamtumsatz von 2.383.778 USD, Gesamtausgaben von 840.423 USD und ein Nettovermögen von 1.543.355 USD. ([influencewatch](#)) Im Jahr 2022 hatte der Fonds laut eigenen Angaben 4 Millionen US-Dollar an die verschiedensten Klimaaktivisten ausgezahlt.

Ein weiterer undurchsichtiger Geldgeber ist Adam McKay, Produzent und Drehbuchautor hinter der Klimawandel-Satire „Don't Look Up“. Im September 2022 versprach eine Spende in Höhe von 4 Millionen US-Dollar. Seither ist er auch Mitglied des „CEF“-Vorstands. ([influencewatch](#))

Hervorstechend auch noch Abigail Disney, eine Erbin des Disney-Vermögens, mit einer Spende 200.000 Dollar. Abigail versteht sich als Philanthropin im Sinne eines Community-Aktivismus.

„Kapitalistische Korruption“

Gerade hinsichtlich dieser Art von Finanzierung „direkter Aktionsgruppen“ wurden immer wieder starke Bedenken. Ähnlicher Finanzierungsmodelle bedienen sich etwa auch die selbst ernannte **Soros-„Fakten-Checker“ von „Correctiv“**.

Auch Salamon äußerte einmal diesbezüglich Besorgnis über „kapitalistische Korruption“. Widersprüchlich bleibt jedoch dass etwa die neu aufgetretene Formation „Scientists Rebellion“ (SR) ausdrücklich zu wirtschaftlichem Wachstum aufgerufen habe, während andere wiederum Banken und (Auto-)Unternehmen ins Visier genommen. Bei „SR“ wird jedenfalls auch wieder an das Eigennutz-Karriere-Interesse von jungen aufstrebenden Wissenschaftler appelliert, auf die aktivistische Art und Weise, sozusagen als „Noch-Habenichtse“ zu reüssieren.

Interessant dann aber auch wieder folgende Feststellung von Salaman:

„Wir müssen den Klimanotstand aus dem System, das wir haben, lösen.“

In Wirklichkeit also Forderungen des Great Resets: „Das bedeutet nicht, dass wir es nicht transformieren, wir müssen es unbedingt.“ Nämlich unter der Kontrolle einflussreicher Geldgeber, die im alten System verankert waren:

„Aber ich denke, wir müssen Kapital von wohlhabenden Individuen in die Bewegung und in die Sache der Notfall-Dekarbonisierung und der Wiederherstellung eines sicheren Klimas lenken und innerhalb der planetaren Grenzen leben.“ – so Salaman.

CEF war bestrebt, transparenter über die Arbeit zu sein – und hoffentlich mehr Spender anzuziehen, sagte Salamon. „Und hören Sie, in Bezug auf den Missbrauch, dem ich völlig zustimme: Wenn die Aktivisten es ertragen können, können wir es auch“, sagte sie. (Guardian)

„Wenn Demokratie scheitert, regiert die Herrschaft der Angst“ (Joachim C. Fest: „Hitler – Eine [Karriere](#)“)

Niemand ist mehr prädestiniert für die politische Verführung durch Angst, wie wohlstandsverwahrloste Jugendliche und sich, als nutzlos fühlende, Sozialstaats-„Habenichtse“, die sich mangels sinnvoller Tätigkeit als postmoderne Troglodyten ihre Zeit vor dem www totschiagen. Und die sich in einen geradezu grotesken Untergangs-Wahn hineinsteigern, den sie – selbst nach offiziellen Klima-Notstandsberechnungen – gar nicht mehr selbst erleben können.

Groteske abendländische Revolutions- und Armageddon-Phantasmagorien

Hier ein Auszug geradezu altbiblischer Untergangsängste aus der Selbstdefinition von „JSO“:

„Die Erlaubnis zur Förderung neuer Öl- und Gasressourcen ... ist eine völkermörderische Politik, die unsere Kinder töten und die Menschheit zum Vergessen verdammen wird... Wir werden mit dem Hungertod und dem Abschachten von Milliarden von Armen konfrontiert sein...“

In acht Jahren müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vollständig beenden... Die Wahl: schneller Übergang zu einer energie- und kohlenstoffarmen Welt oder sozialer Zusammenbruch.

Der Klimakollaps wird das Ende der Arbeitnehmerrechte, der Frauenrechte, aller Menschenrechte bedeuten. Es ist bereits die größte Ungerechtigkeit, die dem globalen Süden in der Geschichte der Menschheit widerfahren ist. Wenn du nicht im Widerstand bist, besänftigst du das Böse... Bist du Zuschauer oder wirst du aufstehen?“ ([Just Stop Oil](#))



Gregor Aisch – Nature (Raftery at all) – [ORF](#)

Irrationales, antidemokratisches, revolutionäres Sendungsbewusstsein

Das „[A-22-Netzwerk](#)“ liefert geradezu einen gespenstischen Einblick in ihr eigenes elitär-revolutionäres, aber dennoch infantiles Geschichtsbild.

„Wir sind die letzte Generation der alten Welt. Wir werden eine neue Welt erschaffen...Als letzte Generation werden wir alles tun, um unsere Generation und alle zukünftigen Generationen zu schützen. So wie unser unveräußerliches Recht.

Die alte Welt stirbt. Wir befinden uns in der letzten Stunde, der dunkelsten Stunde. Diese Welt wird vor unseren Augen dezimiert. Was wir jetzt tun, entscheidet über das Schicksal dieser und der nächsten Welt.

Also entscheiden wir.... Gemeinsam ergreifen wir einen höheren Zweck. ...wahrhaft menschlich zu sein. Wir werden diejenigen stürzen, die töten... Das ist die alte Welt. So kann es nicht weitergehen....

Wenn wir abgelehnt werden, werden wir Woche für Woche stören, wie es diejenigen, die vor uns kamen, viele Male im Kampf für Menschenrechte getan haben... Wir verpflichten uns zu massenhaftem zivilem Ungehorsam... Heilige Rechte erfordern eine heilige Pflicht.... Und bis alle frei sind, ist keiner von uns frei...

Wir sind Menschlichkeit und glauben an Menschlichkeit. Wir sind Demokratie. Wir sind die letzte Generation. Aber wir sind auch die Ersten. Wir sind überall. Wir kommen.

Alles wird sich ändern. Aus dem Alten wird das Neue. Und jeder kann sich ändern.“

Unter soziologisch-historischer Analyse ist freilich alles ein wahnwitziger Aufsud: von altbiblischem Straf-Phantasmagorien, neutestamentlichem Sendungswahn (von der Heraufkunft eines Neuen Menschen und eines Neuen Königreiche Jesu Christi), sowie revolutionär-totalitärer Umstürze von der französischen Revolution, Lenins Proleten-Diktatur, Hitlers Verschmelzungs-Dystopie aller zu einer Volksgemeinschaft sowie Maos ewiger Kulturrevolution mittels sozialer Hassgruppen gegen die Tradition.

Anmerkung:

Mit welchen primitiven und durchsichtigen Methoden die Klima-Hysterie befeuert wird ist in unserem zuvor erschienenen Artikel [„SPIEGEL-Klima-Hysteriker wärmen Cover von 1986 nach 36 Jahren 2022 wieder auf“](#)

Und wohin die Milliarden die im Zuge der „Energiewende“ abgezockt werden sollen, fließen werden, haben wir bereits letztes Jahr in unserem Artikel [„Energiewende soll dank ‚Klimakrise‘ und Klima-Hysterie Groß-Konzernen Milliardengewinne verschaffen“](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Bernie Lewin: Wie die Wissenschaftler der Welt für den „Klimawandel“ weichgeklopft wurden

Buchvorstellung

05. 11. 2022



Diese hochbrisante Studie aus der Feder des australischen Autors Bernie Lewin wollte kein Verlag der Welt drucken. Nun ist sie im deutschen Ahriman-Verlag aus Freiburg erschienen, und nach wenigen Wochen liegt bereits die 2. Auflage vor, obwohl es sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache von den Unisono-Medien totgeschwiegen wird.

Worin liegt nun der einzigartige Wert von Lewins Buch? Es ist eine unvoreingenommene und unparteiische Informationssammlung und -auswertung über die Frage, ob es einen menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt, und das kann der Herrschaftsapparat der US-Monopolisten, der uns seit Jahrzehnten über sein drohsames Presse- und Glotzengequatsche mit dem Menetekel der menschengemachten Klima-Katastrophe behämmert, genauso wenig brauchen, wie unvoreingenommene Datensammlungen zu den angeblich die Menschheit bedrohenden Umtrieben des Corona-Sensenmannes. Da gleicht ein faules Ei dem anderen, und mit beiden kann man herrlich Pingpong spielen. So musste die unsägliche Greta für einige Monate in der Corona-Tiefkühltruhe ruhen, kann aber jederzeit wieder aufgetaut werden, sobald Bedarf an anderen Vorwänden für die Einschränkungen der Grundrechte besteht; ein „Klima-Lockdown“ ist jedenfalls alles andere als unvorstellbar.

Eine wissenschaftliche Antwort auf die Frage, ob es eine anthropogene Klimaerwärmung gibt, kann Lewins Buch nicht beantworten, da es keine naturwissenschaftliche, sondern eine wissenschaftsgeschichtliche Studie ist, aber diese wurde bereits in den Publikationen von Prof. Horst-Joachim Lüdecke (Energie und Klima. Chancen, Risiken, Mythen, expert Verlag, Renningen 2018) sowie das *cui bono?* in der Publikation Kerstin Steinbachs (Denkverbot Geburtenkontrolle. Der Krieg gegen Adam Riese, oder: Der blinde Fleck aller Gretas und Hänsels, Ahriman-Verlag, Freiburg 2020) geliefert. Lewin ergänzt diese Fakten gegen die Propaganda-Lüge um die Historiographie, er stellt die lange Vor- und Anfangsgeschichte des UN-Weltklimarates, kurz IPCC, dar, der diese Behauptung in die Welt gesetzt hatte und damit der Unisonopresse die Steilvorlage lieferte, auf daß alle Staatslautsprecher, von der Kita bis zu den Universitäten, diese von nun an ausplärren. Allerdings war das IPCC vorher in eine Zwickmühle geraten: denn es hatte sowohl 1990 als auch 1992 bereits in zwei Sachstandsberichten dargelegt, dass ein menschlicher Einfluss



auf das Klima wissenschaftlich gerade **nicht** nachgewiesen sei, und war 1995 im Begriff, dieses auch ein drittes Mal anhand der wissenschaftlichen Daten festzuhalten, weshalb der politische Druck immens zunahm, war doch die UN-Klimakonvention bereits seit drei Jahren (!) ohne jede wissenschaftliche Grundlage abgeschlossen. Hätte das IPCC nun 1995 diese

„wissenschaftliche“ Begründung nicht nachgeliefert, sondern ein drittes Mal die Unbewiesenheit eines menschlichen Einflusses auf das Klima festgestellt, wäre es durch ein bereits eingerichtetes in den Startlöchern stehendes Gremium ersetzt worden und sang- und klanglos eingegangen. Schändlicherweise entschied es sich zur Fälschung und Manipulation seiner wissenschaftlichen Daten. Wes' Brot ich eß...

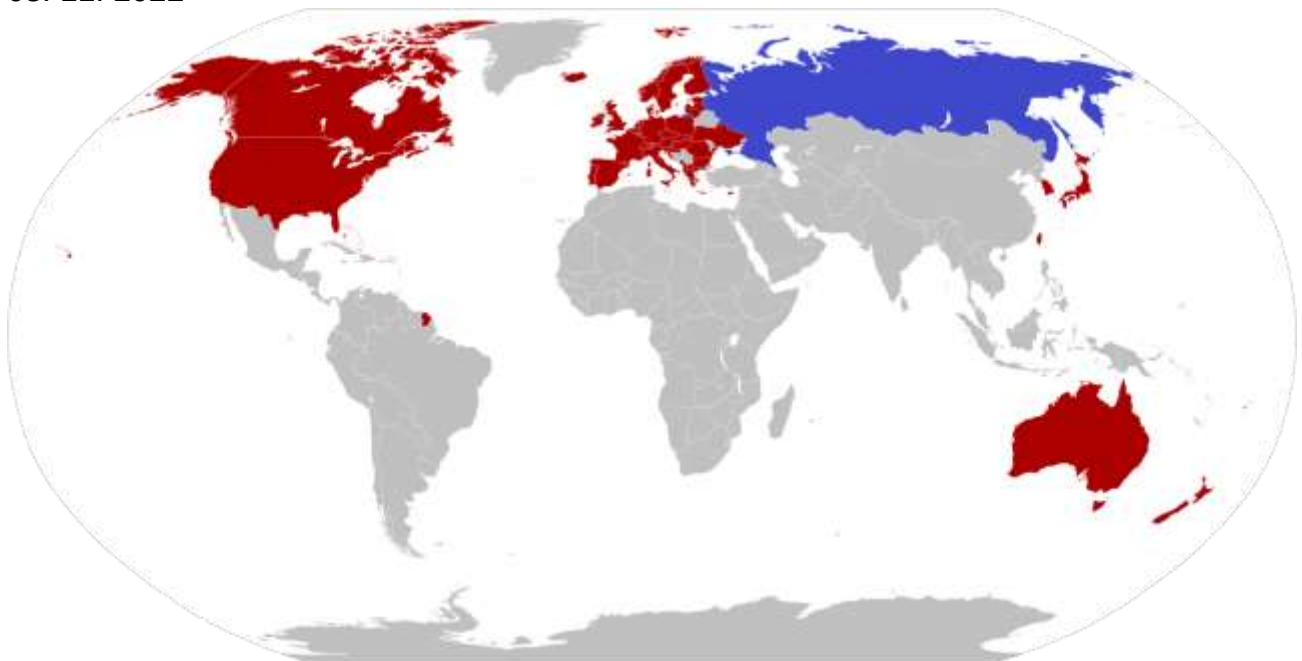
Alle Einzelheiten dieses weichenstellenden Skandals liest man am besten, auf seine Weise spannend und traurig wie so viele Knebelungen der Wissenschaft durch die jeweiligen Machthaber der Epoche seit Galilei und schon lange vorher, bei Lewin selber nach.

Bernie Lewin: Wie die Wissenschaftler der Welt für den „Klimawandel“ weichgeklopft wurden, AHRIMAN-Verlag Freiburg, 2. Auflage, 292 S., € 14,80 / ISBN 978-3-89484-841-5

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Liste „unfreundlicher Staaten“ von Russland um 11 Länder erweitert

03. 11. 2022



Russische Liste "unfreundlicher Länder" wurde erweitert

Besagte Liste wurde erstmals im Mai 2021 mit zwei Staaten (Vereinigte Staaten und Tschechien) veröffentlicht. Sie wurde dann per Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin per 9. März 2022 („Dekret 100“), sowie durch die Anordnung der russischen Regierung vom 11. März 2022 auf 48 Staaten erweitert.

Die Liste wurde schließlich am 22. Juli 2022 um Griechenland, Dänemark, Kroatien, die Slowakei und Slowenien erweitert.

Am 24. Juli wurden die Bahamas sowie Guernsey und die Isle of Man hinzugefügt. Somit zählte die [„russische Liste“](#) 56 „stolze Mitglieder“.

11 britische Übersee-Gebiete hinzugefügt

Die russische Regierung hat nun elf britische Überseeterritorien als „neue unfreundliche“ Territorien“ eingestuft. Dazu gehören Bermuda, die Falklandinseln, Montserrat, St. Helena, Ascension, Tristan da Cunha und andere. Die Liste umfasst nun alle 14 britischen Überseegebiete.

Die russische Regierung hat elf britische Überseegebiete in die Liste der unfreundlichen Territorien aufgenommen, die also die, gegen Moskau verhängten Sanktionen unterstützt hatten.

Es handelt sich dabei um die Bermudas, das Britische Antarktis-Territorium, das Britische Territorium im Indischen Ozean, die Kaimaninseln, die Falklandinseln, Montserrat, die Pitcairnininseln, St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, Akrotiri und Dekelia, die Turks- und Caicosinseln.

Die russische Regierung teilte in einer Erklärung mit, dass die Liste bisher nur drei von London kontrollierte Gebiete umfasste, nämlich die Insel Anguilla, die britischen Jungferninseln und Gibraltar. Die Liste umfasst nun alle britischen überseeischen Besitzungen.

Erklärung zu „unfreundlichen Staaten“ als Antwort auf Sanktionen

Als Reaktion auf die Sanktionen, die die Europäische Union, die USA und andere Länder wegen der Feindseligkeiten in der Ukraine gegen Russland verhängt hatten, hatte Moskau Anfang März alle EU-Staaten, die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Japan und andere auf die Liste der unfreundlichen Länder gesetzt. Russische Bürger und Unternehmen dürfen damit Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern aus der Liste der unfreundlichen Länder in Rubel begleichen.

Zusätzlich zu den Beschränkungen für russische Bürger, Unternehmen und Banken sperrten die EU und die USA Ende Februar die Vermögenswerte der russischen Zentralbank.

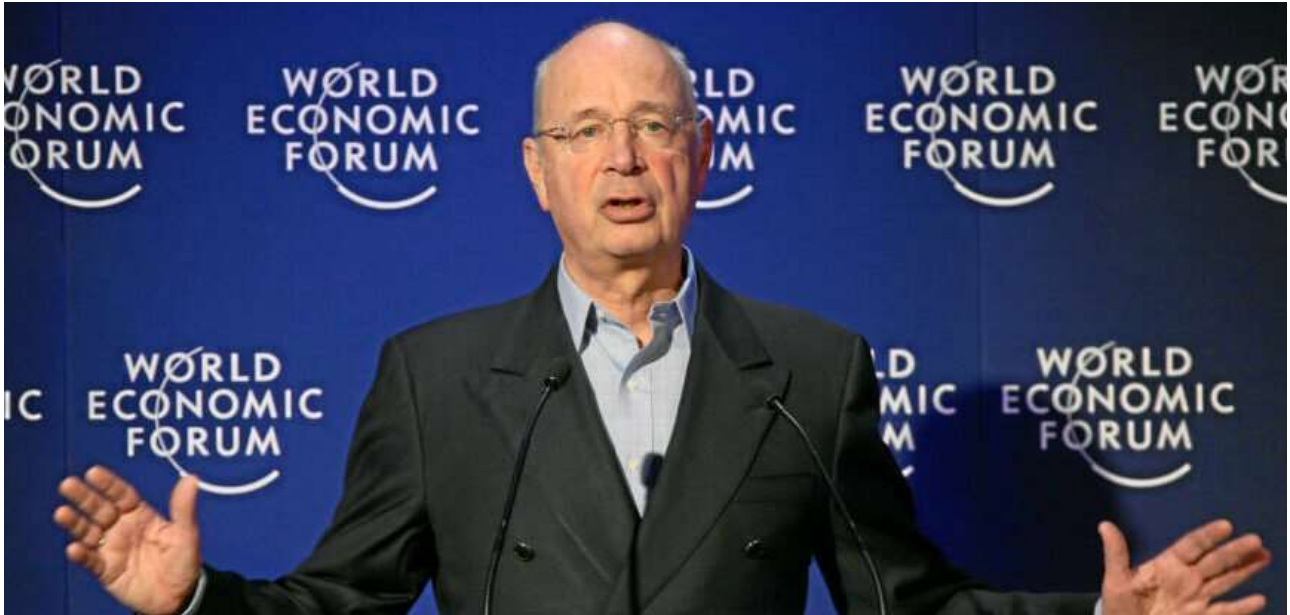
Ende Juli erweiterte das russische Kabinett die Liste ausländischer Staaten und Gebiete, die „feindselige Handlungen gegen Russland, russische Unternehmen und Bürger begehen“. Die Inseln Guernsey und Maine (die die britischen Sanktionen unterstützen) sowie die Bahamas wurden hinzugenommen. Diese untersagten jegliche Transaktionen mit der Bank von Russland, dem russischen Finanzministerium und einer Reihe weiterer Banken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Schwab und WEF: Enorme Gefahr für die Menschenrechte

Von DAVID BERGER

03. 11. 2022



Klaus Schwab, der Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums · Foto: World Economic Forum / Remy Steinegger

Die sog. „Vierte Industrielle Revolution“ ist verbunden mit einer eklatanten Verletzung der Menschenrechte. Nicht von ungefähr fordert daher der Chefideologe des WEF, Prof. Dr. Klaus Schwab, die Menschenrechte und die Grundrechte durch seine „Ethik“ zu ersetzen. Eine hochgefährliche Entwicklung, die spätestens jetzt alle Menschenrechtsaktivisten auf den Plan rufen müsste.

„Wollen Sie in so einer Welt leben?“ fragt Sven von Storch in seinem aktuellen Newsletter an die Leser der [„Freien Welt“](#). Der Anlass: Die „Anwälte für Aufklärung“ sehen in dem Ziel des Weltwirtschaftsforums (WEF) eines „Great Reset“ und der „Vierten Industriellen Revolution“ die Abschaffung des Menschenrechtssystems der UN und fordern die Kündigung des Vertrages zwischen der UN und des WEF.

Der Chefideologe des WEF, Prof. Dr. Klaus Schwab, will daß die Menschenrechte und die Grundrechte durch Ethik ersetzt werden. Die kollektiven Menschenrechte der Völker auf Selbstbestimmung und die Souveränität der Nationen behindern die Ablösung des Multilateralismus durch den „Multi-Stakeholderalismus“ des WEF. Die „Vierte Industrielle Revolution“ enthält sehr destruktive und sogar transhumanistische Inhalte, die viele Menschenrechte verletzen.

Wir dokumentieren hier den Text:

Am 13.06.2019 haben das sogenannte „World Economic Forum“ (WEF) und die UN einen (explizit nicht rechtlich durchsetzbaren) Vertrag mit dem erklärten Ziel „die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen“ unterzeichnet. Sie haben sich gegenseitig einen Partnerschaftsstatus, sogar eine „strategische und koordinierte Zusammenarbeit“ gewährt und versprochen, „sich gegenseitig zu helfen, ihre Reichweite zu erhöhen, Netzwerke, Gemeinschaften, Wissen und Fachwissen auszutauschen, Innovationsmöglichkeiten zu fördern und ein breites Verständnis und eine breite

Unterstützung für vorrangige Fragen zwischen den Ländern zu fördern und niemanden zurückzulassen“. Eine explizit genannte Motivation der VEREINTEN Nationen für diesen Vertrag ist es, mehr Finanzmittel für die Umsetzung der Agenda 2030 zu mobilisieren. Eine dreistellige Anzahl von NGOs, darunter Menschenrechts-NGOs, hat im September 2019 mit einem offenen Brief gegen diese Partnerschaft protestiert. Sie nannten es „grundlegend im Widerspruch zur UN-Charta“ und „eine Form der Vereinnahmung durch Unternehmen“ und dass es „das Mandat der Vereinten Nationen sowie die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Wirksamkeit dieses multilateralen Gremiums, insbesondere in Bezug auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, ernsthaft untergräbt“. Sie haben gehofft, dass das WEF den Multilateralismus der Staaten bei der UNO durch „Multistakeholderism“ schwächen will, um „transnationale Konzerne“ in die „globalen Entscheidungen“ einzubeziehen.

Die Agenda 2030 wurde mit einem Beschluss der UN-Generalversammlung vom 21.10.2015 (Aktenzeichen A/RES/70/1) abgeschlossen. Es enthält 17 Ziele, die auf S. 14 der Resolution aufgezählt sind:

- Armut in all ihren Formen überall beenden (Ziel 1)
- Den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung zu erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern (Ziel 2)
- Gewährleistung eines gesunden Lebens und Förderung des Wohlbefindens für alle in allen Staaten (Ziel 3)
- Gewährleistung einer inklusiven und gerechten hochwertigen Bildung und Förderung von Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle (Ziel 4)
- Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung aller Frauen und Mädchen (Ziel 5)
- Gewährleistung der Verfügbarkeit und nachhaltigen Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle (Ziel 6)
- Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle (Ziel 7).
- Förderung eines nachhaltigen, integrativen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle (Ziel 8)
- Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur, Förderung einer inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung und Förderung der Innovation (Ziel 9)
- Verringerung der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern (Ziel 10)
- Städte und menschliche Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten (Ziel 11)
- Gewährleistung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster (Ziel 12)
- dringende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (Ziel 13)
- Die Ozeane, Meere und Meeresressourcen für eine nachhaltige Entwicklung zu erhalten und nachhaltig zu nutzen (Ziel 14)
- Schutz, Wiederherstellung und Förderung der nachhaltigen Nutzung terrestrischer Ökosysteme, nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, Bekämpfung der Wüstenbildung sowie Eindämmung und Umkehrung der Bodendegradation und Eindämmung des Verlusts der biologischen Vielfalt (Ziel 15).
- Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung, Gewährleistung des Zugangs zur Justiz für alle und Aufbau wirksamer, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen auf allen Ebenen (Ziel 16)
- Stärkung der Umsetzungsmittel und Wiederbelebung der Globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung (Ziel 17)

Die Ziele der UNO und damit die Hauptgründe für die Existenz der UNO sind in Art. 1 UN-Charta verankert, darunter Frieden (Art. 1 Nr. 1 UN-Charta), Völkerfreundschaft (Art. 1 Nr. 2 UN-Charta) und Menschenrechte (Art. 1 Nr. 3 UN-Charta).

„Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution“

Im Gegensatz dazu will Prof. Dr. Klaus Schwab, der Chefideologe des WEF, dass die Menschenrechte und die Grundrechte durch nicht durchsetzbare Ethik ersetzt werden (S. 29+32 von „Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution“, Prof. Dr. Klaus Schwab; Paper „A New Social Covenant“ der WEF-Arbeitsgruppe „Global Agenda Council on Values“). Gleichzeitig will das WEF, dass Stakeholder-Kapitalismus und Subventionen für seine Vierte Industrielle Revolution in die nationalen Verfassungen aufgenommen werden (S. 60–62 + Fußnote 11 von „Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution“, Prof. Dr. Klaus Schwab; Paper „A New Social Covenant“ der WEF-Arbeitsgruppe „Global Agenda Council on Values“).

„Multistakeholderalismus“

Die kollektiven Menschenrechte der Völker auf Selbstbestimmung (Art. 1 IPbpR, Art. 1 CESCR) sowie Art. 1 Nr. 2 UN-Charta und die Souveränität der Nationen (Art. 2 Abs. 1 UN-Charta) behindern die Ablösung des Multilateralismus durch den „Multistakeholderalismus“ des WEF. Darüber hinaus zeigt Prof. Dr. Schwab in seinem Buch „Der Große Umbruch“ einen Mangel an Respekt vor der Souveränität der Staaten (S. 321 in Abschnitt 1.1.2 „Geschwindigkeit“): „Fazit ist, dass Politiken, Produkte oder Ideen und die Lebensdauer eines Entscheidungsträgers oder eines Projekts ein kürzeres Ablaufdatum und ein oft jähes Ende haben.“ Die Neuübersetzung ins Englische ist wie folgt: „Die Quintessenz ist, dass Richtlinien, Produkte oder Ideen und die Lebensdauer eines Entscheidungsträgers oder eines Projekts ein kürzeres Ablaufdatum und oft ein abruptes Ende haben.“

„Great Reset“ durch Revolutionen und Kriege

Prof. Dr. Schwab meint sogar, dass der „Great Reset“ durch Revolutionen und Kriege herbeigeführt werden könnte und postuliert, dass die Pandemie ein „seltenes, aber enges Zeitfenster“ sei, „um unsere Welt neu zu starten“ (S. 3355–3400 von „Der Große Umbruch“, Prof. Dr. Klaus Schwab + Thierry Malleret). Sowohl das Bemühen, Menschenrechte und Grundrechte durch Ethik zu ersetzen, als auch die Erwägung des Krieges stehen den Zielen von Art. 1 UN-Charta feindlich gegenüber. In Anbetracht dessen sieht der Vertrag vom 13.06.2019 eher wie der Beginn eines anhaltenden Versuchs einer feindlichen Übernahme des Rufs der UNO aus.

„Der Große Umbruch“

Die Vierte Industrielle Revolution, die Teil des Großen Neustarts ist, enthält konstruktive und auch sehr destruktive und sogar transhumanistische Inhalte, die viele Menschenrechte verletzen und de facto nur mit der Schockstrategie durchgesetzt werden können. Prof. Dr. Schwab hat es vor allem in seinen Büchern „Die Vierte Industrielle Revolution“, „Die Zukunft der Vierten Industriellen Revolution“ und „Der Große Umbruch“ näher erläutert. Die Vierte Industrielle Revolution beinhaltet, vor allem im Namen des „Social Distancing“, u. a., eine beispiellose Automatisierung im Dienstleistungssektor mit u. a. 47% Stellenabbau für die USA (S. 59, „Die Vierte Industrielle Revolution“), 86% in der Gastronomie (S. 1254, „Der Große Umbruch“), 75% im stationären Einzelhandel (S. 1254, „Der Große Umbruch“), 59% im Entertainment (S. 1254, „Der Große Umbruch“), 90% Automatisierung der Nachrichtenproduktion (S. 63+64, „Die Vierte Industrielle Revolution“), Telelearning,

Telebanking (S. 2455, „Der Große Umbruch“), Telemedizin (S. 2446, „Der Große Umbruch“), Ersatz vieler Arbeitsplätze durch Roboter in (S.44, „Die Vierte Industrielle Revolution“) Pflege, Polizei, Armee, private Sicherheitsfirmen. Die Vierte Industrielle Revolution enthält darüber hinaus transhumanistische Ziele wie 3D-gedruckte Lebensmittel und menschliche Organe (S. 218–220, „Die Vierte Industrielle Revolution“), genetische Manipulation von Embryonen (S. 222–224+240), „Die Vierte Industrielle Revolution“), Schnittstellen zwischen Gehirn und Computer (S. 224–228, „Die Vierte Industrielle Revolution“), obligatorischer Gehirnschscan für internationale Reisen(S. 254, „Die Vierte Industrielle Revolution“), Chippen des Menschen zur Heilung und zur Verbesserung (S. 124, „Die Vierte Industrielle Revolution“), Einsatz von Nanorobotern beim Menschen (S. 173, „Die Vierte Industrielle Revolution“), etc.

Offensichtlich behindern Menschenrechte wie die auf Menschenwürde (Art. 1 AEMR), auf körperliche Unversehrtheit, auf Gesundheit (Art. 12 CESC), auf das Verbot nicht genehmigter menschlicher Experimente (Art. 7 Abs. 2 ICCPR), auf Nahrung (Art. 11 CESC), auf Arbeit (Art. 6 CESC), auf Berufsfreiheit und auf Eigentum (Art. 17 AEMR) die vollständige Umsetzung der Vierten Industriellen Revolution. so dass das WEF sie durch nicht durchsetzbare Ethik ersetzen lassen will.

Transhumanismus

Beim Transhumanismus geht es nicht nur um die Verbindung zwischen Mensch und Maschine, es bedeutet auch, sich vom Humanismus und vom Christentum zu entfernen. Prof. Dr. Schwab hat postuliert, dass nichts jemals wieder so sein wird wie vor Corona, und dass die Krise ein sogar „biblisches“ Ausmaß hat, so dass es seiner Meinung nach sogar Vorschläge gibt, die Jahre „vor Corona“ und „nach Corona“ statt „vor Christus“ und „nach Christus“ zu zählen (S. 132 von „Der Große Umbruch“). Er pflegt politische Forderungen des WEF in Form von Prognosen und (scheinbaren) *Sachzwängen zu präsentieren.

In dem im Januar 2020 veröffentlichten Papier „Unlocking Technology for the Global Goals“ hat das WEF die Unverschämtheit, den Ruf der Vereinten Nationen für die Behauptung auszunutzen, dass die Vierte Industrielle Revolution die Ziele der UN-Agenda 2030 unterstütze. In S. 2 auf S. 5 des Papiers ist die transhumanistische Behauptung des WEF enthalten, dass „die Unterschiede zwischen dem physischen, digitalen und biologischen Bereich zunehmend verschwimmen“. Während es wahrheitsgemäße Behauptungen gibt, wo Technologien der Vierten Industriellen Revolution wirklich zur Förderung der globalen Ziele der Agenda 2030 genutzt werden können, wird der Ruf der Agenda 2030 in den folgenden Punkten ausgenutzt:

- Die Robotisierung der Landwirtschaft wird als Mittel gegen den Hunger dargestellt (S. 14, Ziel 2). In Wirklichkeit würde es den Hunger auf die bisherigen Landarbeiter ausdehnen. Vergleichbar ist, dass die Robotisierung der Fischerei als Unterstützung für das Leben unter Wasser gefördert wird (S. 18, Ziel 14) und die Fischer arbeitslos machen würde.
- Synthetisches Fleisch wird mit den Formulierungen „kostengünstige, treibhausgasarme synthetische Proteine“ und „hochgradig maßgeschneiderte, 3D-gedruckte Lebensmittel“ als Mittel gegen den Hunger (S. 14, Ziel 2) und für den Klimaschutz (S. 18, Ziel 13) gefördert. –
- GMOs in der Landwirtschaft werden als „biotechnologische Lösungen für Pflanzen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, der Produktivität und des Nährstoffgehalts“ beworben (S. 14, Ziel 2),und des Klimaschutzes (S. 18, Ziel 13).
- GVO in der Landwirtschaft werden als „Pflanzenbiotechnische Lösungen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, Produktivität und des Nährstoffgehalts“ (S.

14, Ziel 2) beworben, obwohl die Vereinten Nationen bereits 2001 erklärt haben, dass „Entwicklungen in der Biotechnologie und ihre Auswirkungen auf den Zugang zu Nahrungsmitteln und ihre Verfügbarkeit und Sicherheit“ das drittgrößte Hindernis für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung sind (Nr. 69 des Berichts vom 07.02.2001 (Aktenzeichen E/CN.4/2001/53) von Prof. Dr. Jean Ziegler in seiner damaligen Eigenschaft als UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung).

„Intelligente Implantate“ zur „Überwachung und Vorhersage von Gesundheitsmetriken und Krankheiten“ gehören zum Transhumanismus und zur totalen Überwachung, werden aber als Förderung der Gesundheit dargestellt (S. 14, Ziel 3). „Nanobots“ gehören zum Transhumanismus, werden aber als „zur Verbesserung der chirurgischen Leistung und des Zugangs“ und zur Förderung der Gesundheit (S. 14, Ziel 3) beworben. – Digitale Identitäten für den Zugang zu Gesundheitsdiensten und für den Zugang zu Dienstleistungen und zu Finanzmitteln sind ein Mittel der totalen Überwachung durch Unternehmen und darüber hinaus durch den Staat, werden aber mit der Behauptung gefördert, dass sie die Gesundheit unterstützen (S. 14, Ziel 3) bzw. die Gleichstellung der Geschlechter (S. 15, Ziel 5) und Ungleichheiten verringern (S. 17, Ziel 10).

„Echtzeit-Verarbeitung natürlicher Sprache zur Analyse der öffentlichen Stimmung, um die Politik zu informieren“ und „KI-fähige ‚Fake News‘-Verifizierung“ dienen der totalen Überwachung durch Unternehmen und darüber hinaus durch den Staat und werden als Förderung von „Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen“ gefördert (S. 19, Ziel 16). „Blockchain-fähige Bürgerbindungs- und Belohnungsplattformen“ sind ein Mittel der totalen Überwachung durch Konzerne und darüber hinaus durch den Staat und existieren heute bereits, z. B. in sogenannten „Sozialkreditsystemen“, werden aber als Förderung von „Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen“ beworben (S. 19, Ziel 16).

„Ausbreitung von Covid-19 stoppen“

Das WEF unterstützt nicht ernsthaft die Ziele 1+2 der Agenda 2030, was sein Artikel vom 21.03.2020 „Warum Lockdowns die Ausbreitung von Covid-19 stoppen können“ zeigt, in dem es Lockdowns gefordert hat, die sich auf die modellhaften Horrorprognosen von Prof. Dr. Neil Ferguson zu den Auswirkungen von Sars-Cov-2 mit geschätzten 510.000 Todesfällen in Großbritannien und 2.200.000 Todesfällen in den USA beziehen. Die Auswirkungen der Lockdowns, die viele Länder im Frühjahr 2020 gemacht haben, wurden vom Welternährungsprogramm auf 130 Millionen zusätzliche hungernde Menschen und vom International Food Policy Research Institute (USA) auf weitere 140 Millionen Menschen geschätzt, die in extreme Armut geraten, und zusätzlich zwischen 111.193 und 178.510 Kinder, die an Hunger sterben.

Dass das WEF Ziel 3 der Agenda 2030 nicht ernsthaft unterstützt, zeigt auch sein Papier „3 Taktiken zur Überwindung der COVID-19-Impfstoffskepsis“ vom 08.06.2021, in dem es sich nicht darauf konzentriert, ausreichend über die Risiken dieser genetisch manipulierenden und experimentellen Substanzen zu informieren, sondern Empfehlungen gibt, wie man Menschen dazu bringen kann, diese „Impfstoffe“ zu bekommen, nämlich l. a. durch „Telefonanrufe“ (unterstützt von lokalen Predigern), durch die Instrumentalisierung von vertrauenswürdigen „medizinischen Anbietern, politischen und glaubensbasierten Führern“, durch das Spielen „in die Angst vor dem Verpassen (FOMO), sowohl sozial als auch wirtschaftlich“, durch „Anreize“ wie „bezahlte Freizeit, kostenlose Produkte und Lotteriegeschenke“ und durch „mobile Gesundheitseinheiten“ und „Impfstoff-SWAT-Teams“. Es hat sogar das Ziel, „die Impfskepsis auszurotten“.

Eine solche Druckkampagne ist auch unvereinbar mit der informierten Einwilligung, die u. a. im Menschenrecht auf Gesundheit (Art. 12 CESC in Verbindung mit Nr. 8 allgemeine Bemerkung 14 zum CESC) enthalten ist und experimentelle Substanzen betrifft, die ebenfalls zum Menschenrecht gehören, ohne informierte Zustimmung nicht menschenversuchsweisen zu unterziehen (Art. 7 Abs. 2 ICCPR). Sowohl der „Great Reset“ mit seiner „Vierten Industriellen Revolution“ als auch das Verhalten des WEF in der Corona-Krise stehen den Zielen der UN-Charta diametral entgegen.

Zur Wahrung der Glaubwürdigkeit der UN fordern die „Anwälte für Aufklärung“ die Kündigung des Vertrages zwischen UN und WEF.

- [UN resolution](#) of the 21.10.2015 with the Agenda 2030
- [Contract between WEF and UN](#) of the 13.06.2019
- [NGO protest letter](#) of September 2019
- [WEF paper](#) „Unlocking Technology for the Global Goals“ from January 2020
- [WEF article](#) „Why lockdowns can halt the spread of Covid-19“ of the 21.03.2021
- [Estimations](#) by the Food Policy Research Institute (USA) in Lancet article „Impacts of Covid-19 on childhood malnutrition and nutrition-related mortality“ of the 22.08.2020)
- [Paper „3 tactics](#) to overcome COVID-19 vaccine hesitancy“ of the 08.06.2021

Dieser Beitrag erschien zuvor auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. b) Sonderthema Corona

Seiten E 30 – E 31

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New	Network	Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602		0609 1252
BIC: BPKOPLPW		

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

30 stk.  **€ 19,⁹⁰** inkl. Porto

Jetzt mit einem **Klick** bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Limitierte Auflage

01) Zemmour: „Soll Europa Afrika werden?“ – Orban: „Unsere Kultur wird aufhören zu existieren.“

12. 11. 2022



Jubel unter den Neo-Europäern

Diplomatische Spannungen zwischen Italien und Frankreich

Wie bereits berichtet, untersagte die italienische Meloni-Regierung dem NGO-Flüchtlingsschiff „Ocean Viking“, das Anlegen. Die Folge waren diplomatische Spannungen zwischen Frankreich und Italien.

Zemmour kritisiert Einschiffungserlaubnis der „Ocean Viking“

<https://www.youtube.com/watch?v=411zxzss8lY>

Doch auch der französische Ex-Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour reagierte harsch: Indem der Anti-Muslim- und Anti-Migrationskämpfer auf Twitter den französischen Präsidenten Emmanuel Macron wegen der Einschiffungserlaubnis für die „Ocean Viking“ in Toulon scharf kritisierte.

Noch am Hafen gab er den Medien ein Interview:

„Morgen, im Jahr 2050, wenn es in Afrika zwei Milliarden Afrikaner gibt, was werden die zukünftigen Emmanuel Macrons sagen? Dass es unsere Pflicht ist, sie alle aufzunehmen?“

Seien wir konsequent: Wollen wir wirklich, dass Europa in einigen Jahren zu Afrika wird?“ fragte er. ([twitter](#))

„Macron hat drei Fehler gemacht“

„Einen Fehler gegen Frankreich, das er lächerlich macht. Ein anderer Fehler für die Franzosen, die den Preis für die Einwanderung zahlen. Und ein dritter Fehler selbst für Migranten, die die gefährliche Überfahrt in zunehmender Zahl auf sich nehmen werden“.

Zemmour war außer sich:

„Vor 40 Jahren hörte ich: „Es gibt nur 30, es gibt nur 100... (Migranten – Anm. d. Red.), und heute sind es Millionen. Heute gibt es Viertel, ganze Städte, in denen wir nicht mehr in Frankreich sind.“ ([twitter](#))

Zemour wurde deutlich:

„Im Gegensatz zur (Flüchtlings-NGO) 'SOS Méditerranée' richtet sich mein humanitäres Gefühl in erster Linie an die Franzosen. Diese NGOs sind mitschuldig an der illegalen Einwanderung. Denn sie wollen, dass Europa Afrika wird!“

Philippot: „Soros trägt zur illegalen Einwanderung bei“

Unterdessen meldete sich auch Florian Philippot, ein EU- und NATO-skeptischer französischer Politiker diesbezüglich zu Wort:

„Französische staatliche Beihilfen für die Regierungsorganisationen „SOS Méditerranée“ und Soros müssen strengstens verboten werden, da sie zur geheimen, illegalen Einwanderung beitragen, die die Regierung verbal bekämpfen will!“

<https://www.youtube.com/watch?v=411zxzss8lY>

Philippot betonte auch die Probleme in Frankreich:

„Während Frankreich laut Regierung 'seine Menschheitspflicht erfüllt' – mit der Ocean Viking, lässt es einen 77-jährigen Patienten in einem Krankenhaus verhungern, begrüßt Kinder bei 11 Grad Kälte in der Schule und lässt 15.000 suspendierte Krankenschwestern auf der Straße stehen!“ ([twitter](#))

Laut dem französischen Europaabgeordneten ist dies das Luxushotel, in dem die afrikanischen Neuankömmlinge untergebracht werden.

<https://unser-mitteuropa.com/zemmour-soll-europa-afrika-werden-orban-unsere-kultur-wird-aufhoeren-zu-existieren/>

Orban:

„Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird.“

Bereits 2018 hatte der ungarische Ministerpräsident Orban diese Bevölkerungskatastrophe prophezeit:

„Bis 2050 wird sich die Zahl der in Afrika Lebenden verdoppeln (auf) 2,5 Milliarden Menschen. Afrika wird zehnmal mehr Jugendliche haben als Europa. ... Wenn man dieser aus mehreren hundert Millionen bestehenden jungen Masse erlaubt, nach Norden zu kommen, dann werden ... unsere Kultur, unsere Identität und unsere Nationen ... aufhören zu existieren.

Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird. ... Anscheinend haben sich die Entwicklungsrichtungen (von) West- und Mitteleuropa getrennt. ... In Westeuropa sind die alten, großen europäischen Nationen zu Einwanderungsländern geworden. Die ... Abnahme der Bevölkerung christlicher Kultur, die Islamisierung der Großstädte schreitet ... voran, und ich sehe jene politischen Kräfte nicht, die die Prozesse aufhalten wollten oder könnten... Wir (Ungarn) haben verhindert, dass die islamische Welt uns überströme. In dieser Richtung sind wir das letzte Land des lateinischen, das heißt des westlichen Christentums...

Die absurde Situation ist die, dass die Gefahr uns heute vom Westen droht. Dieser Gefahr setzen uns Brüsseler, Berliner und Pariser Politiker aus. ... Jene Politik, die ... den Weg für den Niedergang der christlichen Kultur und den Raumgewinn des Islam eröffnet hat. ... Weil das Fremde schön, die gemischte Bevölkerung besser sei und weil der wahre Europäer keine derart mittelalterlichen Dinge verteidigen soll wie seine Heimat und seine Religion. ... Jetzt heißt (es), wir müssten ihnen ähnlich werden wegen Solidarität. ... Wir werden niemals mit jenen europäischen führenden Politikern solidarisch sein, die Europa in ein postchristliches und postnationales Zeitalter führen wollen.“ (Viktor Orbán: „[Rede](#) zur Lage der Nation, 18.2.2018)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italienische Regierung macht Ernst: Migrantenschiffe gestoppt +UPDATE 7.11.+ Erwachsene Männer dürfen Schiffe nicht verlassen

07. 11. 2022



+UPDATE vom 7.11.2022+

Italien verbietet, erwachsenen Männern Schiffe zu verlassen

Giorgia Meloni hatte versprochen, hart gegen Migranten vorzugehen und wird ihr Versprechen halten. Unterdessen sagte die „Organisation für den Transport von Migranten“, dass die Aktionen der Italiener gegen das Völkerrecht verstießen.

Italien hindert erwachsene männliche Migranten daran, von Bord zu gehen, berichtete die [BBC](#). Italiens neue rechte Regierung hat 35 Männer daran gehindert, jenes Migrantenschiff zu verlassen, das vor zwei Wochen in einen italienischen Hafen einlaufen wollte.

Nur Minderjährige und Menschen mit gesundheitlichen Problemen

Dies liegt daran, dass nur Minderjährige und Menschen mit gesundheitlichen Problemen in Sizilien von Bord gehen durften. Das Schiff „Humanity 1“ ist eines von vier Schiffen, die darauf warteten, in Italien anlegen zu dürfen.

Die neue italienische Premierministerin Giorgia Meloni hat versprochen, hart gegen Migranten vorzugehen, die das Mittelmeer aus Nordafrika durchqueren. Ist doch Italien einer der Haupteingangspunkte nach Europa. Und nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Anfang des Jahres bereits 85.000 Migranten auf Schiffen angekommen.

Viele der Migranten brechen in kleinen Booten auf und werden unterwegs von Hilfsbooten gerettet.

Insgesamt 144 Menschen durften am Sonntagmorgen von dem, unter deutscher Flagge fahrenden, Schiff „Humanity 1“ aussteigen.

Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi sagte, diejenigen, die nicht als gefährdet gelten, sollten italienische Gewässer verlassen und vom „Flaggenstaat“ versorgt werden.

Explosive Stimmung an Bord

Laut der NGO, der das Schiff gehört, ist die Stimmung unter den Migranten äußerst deprimierend: „Ein Mann hatte gerade einen Nervenzusammenbruch.“

Petra Krischok von „SOS Humanity“ sagte der Nachrichtenagentur AFP. Hilfebedürftige daran zu hindern, von Bord zu gehen, verstößt nach Angaben der Hilfsorganisation gegen das Völkerrecht.

Orban ist zufrieden

In diesem Zusammenhang bedankte sich Viktor Orbán auf Twitter bei Giorgia Meloni:

„Endlich! Wir schulden Giorgia Meloni und der neuen italienischen Regierung großen Dank für die Verteidigung der Grenzen Europas. #GrazieGiorgia“

– schrieb der ungarische Ministerpräsident in einem Artikel, in dem er über die Verschärfung berichtete.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem Medienkooperationspartner.

ERST-Artikel

Erstes Schiff mit Migranten gestoppt

Mehr als 800 Flüchtlinge an Bord

Mit mehr als achthundert Menschen an Bord warten drei Schiffe von NGOs darauf, auf dem italienischen Festland anzulegen. Premierministerin Giorgia Meloni und Innenminister Matteo Piantedosi wollen auch weiterhin „Nein“ zu diesem Unterfangen sagen.

Berlin soll Flüchtlinge übernehmen

Das römische Außenministerium bestätigte am Donnerstag: Es habe Berlin zuvor angewiesen, diejenigen zu übernehmen, die mit dem unter deutscher Flagge fahrenden Schiff Humanity 1 ankommen und per mündlicher Note für asylberechtigt erklärt werden. Die deutsche Seite hätte bereits um Informationen über die an Bord befindlichen Personen gebeten.

Das diplomatische Dokument vom 23. Oktober wurde am Mittwoch vom öffentlich-rechtlichen Fernsehsender „RAI 3“ veröffentlicht. In seiner Antwort forderte das Auswärtige Amt in Berlin Rom auf, den Menschen auf dem NGO-Schiff, darunter mehr als hundert Minderjährige, frühzeitig Hilfe zu leisten. Mit 179 Menschen an Bord wartet „Humanity 1“ etwa 18 Kilometer von italienischen Hoheitsgewässern entfernt.

Mehrere Schiffe wollen anlegen

Mit 572 Menschen an Bord liegt auch ein Schiff namens „Geo Barents“, das von „Ärzte ohne Grenzen“ unterhalten wird, sowie eines mit mehr als zweihundert Menschen, welches von der „Ocean Viking“, einem Schiff der französischen Organisation „SOS Mediterranee“ und mit norwegischem Hoheitszeichen, vor Italien. Die Schiffe hatten zwischen dem 22. und 29. Oktober Menschen in internationalen Gewässern an Bord genommen. Italien hatte eine Anlegeerlaubnis verweigert. „Ocean Viking“ hatte bereits am Donnerstag Spanien, Frankreich und Griechenland zu einer Anlegeerlaubnis aufgefordert.

Rom will hart bleiben

Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi sagte am Mittwoch in einem „Corriere della Sera“-Interview: Rom werde unter der neuen Rechts-Regierung keine Menschen mehr aufnehmen, die von ausländischen Schiffen auf See an Bord aufgegriffen werden. Er betonte, dass NGO-Schiffe ihre Aktivitäten regelmäßig ohne minimale Beteiligung der Behörden ausüben.

Der Minister merkte an: „16 Prozent derjenigen, die an Italiens Küsten ankommen, kommen mit NGO-Booten, während die lokalen Behörden auch den restlichen 84 Prozent helfen müssen.“ sagte der Minister.

Flüchtlingskrise stoppen: Keine Anlandungen mehr

Laut Piantedosi sollten diejenigen, die mit NGOs ankommen, von europäischen Ländern akzeptiert werden, welche das Hoheitszeichen für ihre Schiffe bereitstellen. Seiner Meinung nach wäre der einzige Weg, den Migrationsstrom zu lösen, die Abgänge zu stoppen. Der Innenminister hatte zuvor ein Dekret erlassen, wonach das Anlegen von „Humanity 1“ und „Ocean Viking“ aus nationalen Sicherheitsgründen für gefährlich erklärt wurden.

„NGO-Schiffe zu Piratenschiffen erklären“

Giorgia Meloni schrieb in einem Buch, das am Freitag veröffentlicht wurde, aber bereits in Auszügen veröffentlicht wurde: „Wir dürfen nicht vergessen, welches Recht auf See gilt.“ Und sie präzisierte: „Wenn eine Schiffsbesatzung zwischen der afrikanischen Küste und Italien mit Migranten hin und zurück fährt, verstoße dies offen gegen das See- und das Völkerrecht. Wenn es dann ein NGO-Schiff ist, nehmen wir an, dass es unter deutscher Flagge zwei Möglichkeiten gibt: Entweder Deutschland erkennt es an und übernimmt es, oder es wird zu einem Piratenschiff.“

Insel Lampedusa besonders betroffen

Der Bürgermeister von Lampedusa, Filippo Mannino, gab bekannt, dass am Donnerstag wieder mehr als eintausendfünfhundert Menschen im Lager, welches für dreihundertfünfzig Menschen gedacht war, untergebracht sind. Gleichzeitig kündigte die deutsche NGO „Sea Watch“ an, mit „Sea Watch5“ ein fünftes Schiff im Mittelmeer vom Stapel zu lassen.

„Verleumdungs-Prozess gegen Ex-Innenminister Salvini“

Erst im Januar letzten Jahres war ein neues Gerichtsverfahren wegen Verleumdung gegen den italienischen Ex-Innenminister Matteo Salvini eröffnet, nachdem dieser die Kapitänin Carola Rackete des Schiffes „Sea-Watch 3“, als „Kriminelle und Komplizin von Menschenhändlern“ bezeichnet hatte, weil sie ohne Erlaubnis mit illegalen Einwanderern an Bord an italienischen Küsten anlandeten. Daraufhin klagte der Mailänder Staatsanwalt Giancarlo Serafini Matteo Salvini an. Er sagte, da es sich um ein Verbrechen handelt, das mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden kann, besteht keine Notwendigkeit für eine vorläufige Gerichtsverhandlung.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), einem unserer Medienkooperationspartner

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.11.2022

15. 11. 2022

Ägypten – Die 27. UN-Klimakonferenz in Scharm asch-Schaich sorgt in den sozialen Netzwerken für Unmut, weil die meisten der etwa 45.000 Teilnehmer per Flugzeug angereist sind. Besonders kritisiert werden jene Teilnehmer, die für ihre Reise an den ägyptischen Urlaubsort, einen Privatjet gewählt haben. „Es gibt keinen Grund, mit einem Privatjet tausende Kilometer weit zu fliegen, in Luxushotels abzusteigen, Luxuspeisen zu essen und teure Autokorsos mit mehr als 50 Wagen mitzubringen, wenn die eigenen Bürger ihre Häuser nicht beheizen dürfen.“ Inzwischen bestätigten ägyptische Quellen gegenüber AFP Einschätzungen, wonach bis Donnerstag mehr als 400 Privatjets gelandet sein sollen. RT.ru

- Klimakonferenz. Mit religiösen Erlassen gegen die Umweltverschmutzung. SRF.ch

Äthiopien – Rebellen und Regierung unterzeichnen Friedens-Fahrplan. SRF.ch

Antarktis – Ein neuer Flugplatz an der antarktischen Progress-Station empfängt erste Flüge. Der Flugplatz wurde von Russland gebaut und in Betrieb genommen und dient dem Empfang schwerer Flugzeuge. Unter anderem bedient der Flugplatz die Wostok-Station in der Ostantarktis. SP.ru

Bahrain – Parlamentswahl in Bahrain ohne Oppositionskandidaten. Die Einwohner des Königreichs Bahrain haben heute ein neues Parlament gewählt. Um die 40 Sitze des Unterhauses bewarben sich mehr als 330 Kandidaten, darunter 73 Frauen. Die beiden wichtigsten Oppositionsgruppen wurden allerdings im Vorfeld von der Teilnahme ausgeschlossen. ORF.at

Brasilien – Im brasilianischen Amazonasgebiet sind allein im Oktober rund 904 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt worden. Dies teilte das Nationale Institut für Weltraumforschung (Inpe) unter Berufung auf vorläufige Zahlen mit. Es ist dem brasilianischen Nachrichtenportal «G1» zufolge der höchste Wert für den Monat Oktober seit dem Jahr 2015. SRF.ch

China – China fördert seine Chipindustrie seit Jahren, und die neusten Restriktionen dürften den Bemühungen, ein unabhängiges Chip-System zu entwickeln, zusätzlichen Schub verleihen. Für die USA ist es militärisch wichtig, bei der Herstellung von Mikrochips und dem Einsatz von KI einen Vorsprung vor Russland und China zu halten. Aus diesem Grund haben die USA Anfang Oktober den Export von Chips nach China stark eingeschränkt. Betroffen sind leistungsstarke Chips, die für künstliche Intelligenz (KI) verwendet werden, ebenso wie alles, was zur Herstellung dieser Chips benötigt wird: Halbleiter, Maschinen, Software. Zudem dürfen US-Spezialisten chinesische Unternehmen nicht mehr bei der Chipherstellung unterstützen. China hat die Kapazitäten und Ressourcen, um selbst Chips herzustellen. Allerdings liegt das Land bei der Produktion der fortschrittlichsten Chips noch um etwa drei bis vier Jahre hinter den Fabriken in Taiwan und Südkorea zurück. SRF.ch

Deutschland – Die deutsche Tochter des russischen Energie-Konzerns Gazprom wird verstaatlicht. Die EU-Kommission hat die Übernahme durch die Bundesregierung gebilligt. Damit verbunden sind staatliche Beihilfen von mehr als 225 Millionen Euro. Bereits Anfang April hatte der Bund über die Bundesnetzagentur die Kontrolle über Gazprom Germania übernommen. Das Unternehmen betreibt große Erdgasspeicher.

- Die Bundestagswahl war in 431 Berliner Bezirken für ungültig erklärt worden und soll nun wiederholt werden. RBB.de
- Virologe Volker Thiel: Mit Spray gegen Corona.
- Beim Bürgergeld harzt es. Mehrere Länder lehnen das Reformvorhaben Berlins ab. Das Programm soll die umstrittene Hartz-IV-Reform ablösen. SRF.ch

Frankreich – Bei einer Zwischenlandung 1988 hatte er im Transitbereich seine Papiere verloren und konnte seinen Flüchtlingsstatus nicht mehr nachweisen. So durfte er weder weiterreisen noch den Flughafen verlassen. Nasser richtete sich im Terminal 1 ein. Mehran Karimi Nasseri (76) ist im Terminal 2 F des Flughafens Charles de Gaulle eines natürlichen Todes gestorben. Der iranische Flüchtling hatte 18 Jahre lang dort gelebt und zum Film «Terminal» inspiriert. SRF.ch

Indien – Washington hat Indien seinen Segen gegeben, weiterhin so viel russisches Öl zu kaufen, wie es möchte, selbst zu Preisen, die über den von den G7 auferlegten Obergrenzen liegen – aber nur, wenn es darauf verzichtet, westliche Versicherungs-, Finanz- und Seeverkehrsdienste zur Erfüllung der Transaktionen in Anspruch zu nehmen. RT.ru

Indonesien - Biden und Xi suchen beim G20 in Bali Kompromisse – «zum Wohl der Welt».. SRF.ch

Iran – Der Iran hat Deutschland vor langfristigen Schäden der bilateralen Beziehungen gewarnt. Grund ist die Kritik von Kanzler Scholz an Menschenrechtsverletzungen bei den Protesten im Land. Scholz hat dazu gesagt, eine Regierung, die auf ihre Bürger schieße, müsse mit Widerstand rechnen. Ein iranischer Sprecher nannte das provokativ und undiplomatisch und empfahl der Bundesregierung, zur Besonnenheit. RBB.de

Israel – Nach Wahlsieg. Israel: Netanjahu mit Regierungsbildung beauftragt. Der ehemalige Ministerpräsident soll sein Kabinett zusammenstellen. SRF.ch

Italien – Weil das Stück angeblich russische imperiale Bestrebungen propagiere, solle die Oper „Boris Godunow“ aus dem Repertoire der Scala verschwinden. Das verlangte der ukrainische Konsul in Mailand. RT.ru

Kambodscha – Auf dem Asean-Gipfel in Kambodscha könnte es ein Treffen der Außenminister der Ukraine und Russlands geben. Der ukrainische Außenminister Kuleba hat seine Bereitschaft dazu signalisiert. UNO-Generalsekretär Guterres sagte ebenfalls in Phnom Penh, es sei wichtig, Bedingungen für die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Ukraine und Russland zu vereinbaren. Seit heute nimmt auch US-Präsident Biden an dem Gipfeltreffen teil. Er will die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten in der Region umwerben und den Einfluss Chinas zurückdrängen. Er fordert mehr Härte gegen Nordkorea. RBB.de

Moldau - Steigende Energiepreise, niedrige Renten, kalte Wohnungen: In Moldau wächst der Protest gegen die proeuropäische Regierung. DW.de

Österreich - Österreichs einzige Schallplattenproduktion hat wegen der hohen Nachfrage in den vergangenen Jahren einen neuen Standort im oststeirischen Fehring eröffnet. Bis zu eine Million Platten sollen in dem Werk ab Jänner gepresst werden. www.austrovinyl.at; www.copyrath.at; www.media-care.at;

- Aufgrund des Schneemangels sind die Skiweltcup-Rennen in Zürs (Vorarlberg) dieses Wochenende abgesagt worden.
- Da die zahlungskräftigen Gäste aus China und Russland fehlen, stehen Fünfsternehäuser leer. Das Nobelhotel De France an der Ringstrasse wird jetzt Heimstatt für 350 ukrainische Familien. Da der Bürgermeister die Einwanderung forciert, werden wohl weitere Nobelherbergen folgen.
- Charismatischer Bühnenberserker, rebellischer Künstler, schwieriger Mensch: Heute jährt sich der Geburtstag von Oskar Werner († 23. Oktober 1984 in Marburg an der Lahn;) zum 100. Mal. Früher Ruhm, hohe Sensibilität und ein letztlches Scheitern am Leben haben das Leben des Künstlers geprägt.
- In St. Pölten (NÖ) sollen schon bald die Glocken im Turm des Rathauses bei der Geburt jedes Babys in der Stadt läuten. Noch im November wird im Rathaus ein neues Glockenspiel montiert. ORF.at

Russland – hat Sanktionen gegen weitere 200 amerikanische Bürger angekündigt, darunter Gesetzgeber, Beamte, Führungskräfte, Journalisten und die Familienmitglieder politischer VIPs. Den genannten Personen wird die Einreise nach Russland wegen ihrer Beteiligung an der „Förderung der Russophobie-Kampagne und der Unterstützung des Regimes in Kiew“ untersagt. Die Brüder James und Francis und die Schwester Valerie von Präsident Joe Biden wurden am Freitag zusammen mit Paul Pelosi, dem Ehemann von Nancy Pelosi, auf die Sanktionsliste gesetzt. Die US-Senatoren Bernie Sanders und Elizabeth Warren, die

Pressesprecherin des Weißen Hauses Karine Jean-Pierre, Gesundheitsminister Xavier Becerra, die Atlantik-Autorin und „Russland-Expertin“ Anne Applebaum und der Chefredakteur von Politico, Matthew Kaminski, gehörten ebenfalls zu denen, denen die Einreise nach Russland verwehrt wurde. Die Beschränkungen wurden „als Reaktion auf die immer umfassenderen Sanktionen der Regierung von Joe Biden verabschiedet, nicht nur gegen russische Beamte, sondern auch gegen all diejenigen, die Washington aus dem einen oder anderen Grund nicht gefallen“, Biden, seine Frau und ihre Kinder Hunter und Ashley standen bereits auf der Liste, ebenso wie Nancy Pelosi und die meisten bekannteren Mitglieder beider Kongresskammern. Sie schlossen sich über 1'000 anderen US-Bürgern an, denen die Einreise nach Russland auf unbestimmte Zeit verboten ist, eine Liste, zu der auch die Hollywood-Schauspieler Ben Stiller und Sean Penn gehören, die beide ihre Berühmtheit genutzt haben, um Unterstützung für die Regierung in Kiew zu gewinnen. Washington verhängt seit 2014 Sanktionen gegen Moskau, als die Bewohner der Krim nach einem von den USA unterstützten Putsch in der Ukraine dafür stimmten, sich Russland anzuschliessen. Das Tempo der Beschränkungen beschleunigte sich dramatisch nach Beginn des russischen Militärfeldzugs im Februar 2022, als die USA und andere westliche Nationen Wirtschaftssanktionen verhängten und russische Beamte, Gesetzgeber, Geschäftsleute und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ins Visier nahmen. SP.ru

- Garri Kasparow wurde 1963 als Garik Kimowitsch Weinstein in Baku geboren und wurde Schachweltmeister und Schachbuchautor. Er ist armenisch-jüdischer Abstammung. Er wuchs in der Aserbaidshanschen SSR auf. 2014 nahm er die kroatische Staatsbürgerschaft an. Kasparow war von 1985 bis 1993 offizieller Weltmeister des Weltschachbundes FIDE. 2005 beendete er, an der Spitze der Weltrangliste stehend, offiziell seine professionelle Schachkarriere. Seit dem Rückzug vom Schach ist er als russischer Oppositionsaktivist tätig. Er war Vorsitzender der Vereinigten Bürgerfront und gründete unter anderem „Das andere Russland“. Am 13. Dezember 2008 gründete er zusammen mit Boris Nemzow (63) die ausserparlamentarische Oppositionsbewegung Solidarnost. 2015 veröffentlichte er in Deutschland und USA Anti-Putin-Bücher. Der Ex-Schachweltmeister und heutige Oppositionelle traut dem russischen Präsidenten nicht und kritisiert die Schweiz. Es geht nicht nur um Waffen. Es braucht auch logistische Unterstützung – und dies geschieht durch finanzielle Hilfe. Da ist die Rolle der Schweiz sehr fragwürdig. Die Schweiz trägt die Sanktionen mit und hat über 7 Milliarden eingefroren. Dieses Geld muss konfisziert und für Reparationszahlungen und den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden, so Kasparow. SRF.ch

Schweiz – Zug akzeptiert Steuerzahlungen in Bitcoin. In Zeiten der Klima- und Energiekrise ist das nicht unumstritten. Der Kanton Zug sieht sich gerne als «Crypto Valley», und das nicht ohne Grund: Von den schätzungsweise rund 1000 Firmen, die in der Schweiz in der Blockchain-Technologie tätig sind, haben sich rund die Hälfte im steuergünstigen Zentralschweizer Kanton angesiedelt. Viele davon sind Start-up's mit nur wenigen Angestellten – dennoch dürften Kryptofirmen in Zug an die 3000 Personen beschäftigen. Kein Wunder also, versuchen die lokalen Behörden, Zug ein kryptofreundliches Image zu verpassen. Die Stadtverwaltung ermöglichte bereits 2016 Gebührenzahlungen in der Digitalwährung Bitcoin. Die Nachfrage blieb überschaubar, dennoch zog der Kanton nach und akzeptiert seit 2021 Steuerzahlungen in Bitcoin und Ether. Gut 50 Überweisungen von insgesamt etwa 200'000 Franken fanden so im vergangenen Jahr statt – was ungefähr einem Promille der Steuereinnahmen des Kantons entspricht. Nicht viel mehr als ein «PR-Gag» sei das, kritisierte am Donnerstag Luzian Franzini von den Alternativen-Die Grünen (ALG) im Zuger Kantonsparlament. Aber einer mit Folgen: Franzini zitierte eine Studie der Universität von Cambridge, gemäss der das sogenannte Mining – der Prozess zur Schaffung neuer Bitcoins durch ein Netz von Hochleistungscomputern – jährlich 140 Terrawattstunden Strom benötige. Das ist mehr als der doppelte jährliche Stromverbrauch

der Schweiz. Der damit verbundene CO₂-Ausstoss laufe sämtlichen Klimazielen zuwider, so Franzini. Der Kanton Zug dürfe diese Entwicklung nicht unterstützen – gerade auch «in Zeiten der Energiekrise, wo die Politik an die Bevölkerung appelliert, möglichst Strom zu sparen». In einem Vorstoß verlangte er daher, der Kanton dürfe nur noch Kryptowährungen akzeptieren, die «im Einklang mit den Klimazielen der Eidgenossenschaft» stünden. Die bürgerliche Ratsmehrheit versenkte den Vorstoß deutlich. Unter anderem mit dem Argument, dass auch klassische Zahlungsmittel viel Strom verbrauchten: «Wenn wir die Banken mitsamt ihrem Personal und ihren Computern anschauen, bin ich sicher, wir landen bei einem weit höheren Stromverbrauch als ihn Kryptowährungen haben», sagte etwa FDP-Kantonsrätin Jill Nussbaumer. Es gäbe umweltfreundlichere Kryptowährungen. Das ändert allerdings nichts daran, dass der Bitcoin ein Stromfresser ist. Und dass der Strom für das Mining zu einem grossen Teil von fossilen Energieträgern stammt – es verursacht daher so viel CO₂ wie ganz Griechenland. Andere Kryptowährungen stehen da besser da. «Die meisten benötigen nur die Energie der beteiligten Computer, also ähnlich wie in der normalen Finanzwelt», sagt Roger Wattenhofer, Professor für Verteilte Systeme und Netzwerke an der ETH Zürich. Vor allem neuere Währungen setzen auf einen energiesparenderen Prozess als jenen des Minings, wie Bitcoin ihn praktiziert. Auch die Nummer zwei der Kryptowährungen, Ethereum, stellt ihr Prozedere um. Bei Bitcoin, der größten Kryptowährung, ist dies eher nicht zu erwarten. Die Energiefrage wird in der Bitcoin-Community zwar diskutiert, eine Konsensfindung ist aber schwierig. «Bitcoin wird sich so schnell nicht ändern», sagt Roger Wattenhofer. Immerhin: Auch wenn das Zuger Parlament den Vorstoß zugunsten umweltfreundlicherer Bitcoin-Alternativen abgelehnt hat – die Regierung schloss nicht aus, dass sich die Steuern künftig auch in neueren Kryptowährungen begleichen lassen.

- Verzweifelte Suche nach Alzheimer-Medikament geht weiter. Roche fährt weiteren Alzheimer-Flop ein. Die Pharmabranche steckt seit Jahren Dutzende Milliarden in Forschung und Tests von Alzheimer. Bislang fast erfolglos.
- Folgen der Covid-Impfung? Darum geht es bei der Strafanzeige gegen Swissmedic. Ein impfskeptischer Anwalt und mutmaßlich Geschädigte wollen eine Strafuntersuchung.
- Die Kantone streichen Privilegien für Ukrainer bei der Sozialhilfe. Das trifft vor allem Flüchtlinge mit eigenem Auto. SRF.ch

Slowenien – Der konservative Ex-Außenminister Anže Logar hat die erste Runde der slowenischen Präsidentenwahl am Sonntag klar gewonnen. Logar kam auf 33,9 Prozent der Stimmen und wird am 13. November in einer Stichwahl gegen die liberale Rechtsanwältin Nataša Pirc Musar antreten, die 26,9 Prozent erreichte. Dies teilte die Wahlkommission nach Auszählung von 99 Prozent der Stimmen mit. Der Kandidat von Regierungschef Robert Golob, EU-Mandatar Milan Brglez, schied mit 15,4 Prozent aus. ORF.at

Türkei – In der Einkaufsstraße Istiklal beim Taksim kam es um 14 Uhr zu einer Explosion. Nach Angaben des Istanbulers Gouverneurs stieg die Zahl der Verletzten auf 53. Zudem gebe es 6 Tote. SRF.ch

Uganda – Internationaler Widerstand gegen beheizte Pipeline. Die französische Ölfirma Total hat im Nationalpark Öl entdeckt. Man plant eine Raffinerie für die heimische Produktion und eine Pipeline nach Tansania für den Export. Derzeit kostet ein Liter Treibstoff € 1.50. Das Land könnte die Einnahmen gut gebrauchen, doch Brüssel verweigert die Zustimmung. Die einen sprechen von Neokolonialismus, die anderen meinen, dass die Gewinne sowieso nur der Präsidentenfamilie zugutekommen. Auf der einen Seite: 1,2 bis 1,7 Milliarden Barrel förderbares Öl, pro Tag sollen 220'000 Barrel aus der Erde gepumpt werden – in Russland sind es im Schnitt 10,1 Millionen. Auf der anderen Seite ein Land, in dem der durchschnittliche Monatslohn bei umgerechnet 50 Euro liegt und 70 Prozent in der Landwirtschaft arbeiten. Mehr als zehn Milliarden Dollar Gesamtinvestitionen, bessere

Straßen, die Hoffnung auf etwas mehr Teilhabe am Weltmarkt, auf dem der Ölpreis wieder stark steigt. Ugandas Präsident Yoweri Museveni versprach, die Wirtschaft könnte ab Beginn der Ölproduktion um zehn Prozent jährlich wachsen. Energieministerin Mary Goretti Kitutu sprach von mehr als 160 000 neuen Jobs. Zwischen den Ölvorkommen am Albertsee im Westen Ugandas und dem Meer in Tansania, wo das Öl auf Tanker verladen werden soll, liegen Nationalparks und einige der artenreichsten Gebiete des Planeten. Klimaschützer wollen Pipeline verhindern. SRF.ch

Ukraine – Umsiedelung der Bevölkerung vom beschädigten Kachovka-Damm nach Krasnodar, der wichtigsten Stadt in Südrussland, 120 km vom Schwarzen Meer. ORF.at
• Die ukrainischen Behörden verhängten am 12.11. eine Ausgangssperre in Cherson und beschränkten die Ein- und Ausfahrt aus der Stadt unter Berufung auf Minenräumbemühungen, sagte Jaroslaw Januschewitsch, Chef der regionalen Militärverwaltung der Ukraine in Cherson.

• Söldner aus mehr als 40 Ländern seien derzeit in der Nähe von Saporischschja in Kämpfe verwickelt, sagte Wladimir Rogow, der die Bewegung „Wir stehen mit Russland“ leitet, am Samstag gegenüber TASS. Die überwältigende Mehrheit von ihnen sind 5'000 Polen. Er sagte auch, japanische, australische, kanadische, französische Staatsangehörige und Menschen aus spanischsprachigen Ländern seien unter den Söldnern. Rogov erinnerte daran, dass in der Stadt bereits mehr als tausend Söldner getötet worden seien. VESTI.ru

UNO – Generalversammlung: Russland soll für Kriegsschäden aufkommen. SRF.ch

USA – Die US-Raumfahrtbehörde (NASA) will am Mittwoch wie geplant ihre Mondrakete mit einer unbemannten Orion-Kapsel starten. NASA-Vertreter Jim Free sagte gestern, es gebe „nichts“, was von einem Start am 16. November abhalten würde. Die Startrampe in Cape Canaveral sei am Donnerstag untersucht worden, nachdem Hurrikan „Nicole“ zuvor durch den US-Bundesstaat Florida gezogen war. ORF.at «Donald Trump kann man nie abschreiben». Der Ex-Präsident sei zwar angezählt, sagt Politologin Claudia Brühwiler. Doch bis 2024 könne noch viel passieren. SRF.ch

• Nach den Midterms – Biden sieht sich für die Konfrontation mit Chinas Präsident Xi und Nordkoreas Kim gestärkt. SP.ru

• In den USA behalten die Demokraten offenbar ihre Mehrheit im Senat. Im Bundesstaat Nevada sind jetzt 98 Prozent der Stimmen ausgezählt. Der Sieg der demokratischen Kandidatin bei den Kongresswahlen gilt als sicher. Damit kommt die Partei von Präsident Biden jetzt auf mindestens 50 der 100 Sitze. In Patt-Situationen darf die Präsidentin des Senats, die demokratische Vizepräsidentin Harris, mitabstimmen. Über einen der Senatssitze ist noch nicht entschieden: Im Bundesstaat Georgia findet am 6. Dezember eine Stichwahl statt. RBB.de

• Google muss fast 400 Millionen US-Dollar zahlen. US-Ermittlungen zeigen, dass Ortungsdaten auch dann erfasst wurden, wenn die User dies eigentlich abgelehnt hatten.

• Max Franz bricht sich bei schwerem Sturz beide Beine. Er kann in diesem Winter keine Rennen mehr bestreiten. Der 33-jährige Speed-Fahrer aus Österreich hat sich im Training in Copper Mountain (USA) schwer verletzt. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 13.11.2022

Bahamas – Der Konzern von Sam Bankman-Fried (30) beantragte am 11.11. Gläubigerschutz. Er gab zudem seinen Rücktritt bekannt. Am Vorabend hatte bereits die Wertpapieraufsicht bekanntgegeben, bestimmte Vermögenswerte von FTX eingefroren zu haben. Die Schieflage der großen Handelsplattform für Digitalwährungen hält den Kryptomarkt seit Tagen in Atem. Viele Kunden fürchten um ihr Geld. Das Krypto-Imperium von Bankman-Fried ist innerhalb von nur einer Woche kollabiert. SRF.ch

Belgien und Griechenland – Streiks am 9.11. gegen die Teuerung. Flüge abgesagt. ORF.at

Eurasien – Das primäre Ziel US-amerikanischer Aussenpolitik sei es, einen Keil in die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu treiben, um somit die eigene globale Vormachtstellung zu festigen. Dies sagte einst George Friedman (73), Gründer und Leiter der einflussreichen US-amerikanischen Denkfabrik Stratfor. Gegenwärtig könnte man zur Auffassung kommen, dass im Zuge des Ukraine-Krieges genau diese Strategie zur Anwendung kommt. „Es war schon immer im Interesse der USA, ein eurasisches Bündnis zu verhindern“, sagt der ehemalige SPD-Politiker Andreas von Bülow (85) im Interview. Hintergrund sei die Urangst der sogenannten „Seemächte“ Großbritannien und USA, durch ein Zusammenrücken der Kontinentalmächte China, Russland und Europa und die Schaffung effektiver Transportmöglichkeiten auf dem Land ihren Einfluss zu verlieren und an den Rand der Entwicklung gedrängt zu werden: „Die Amerikaner haben Angst, dass auf dem riesengroßen Kontinent zwischen dem Atlantik und dem Pazifik, Eurasien genannt, eine neue Machtstruktur entsteht mit Russland, China, aber auch Deutschland und den ganzen westeuropäischen Ländern.“ Schon die Entspannung nach 1989 war, erinnert sich von Bülow an seine aktive politische Zeit, eine Gefahr für die US-Vorherrschaft in Europa. Er plaudert aus dem „Nähkästchen“ der Gespräche über die deutsche Wiedervereinigung, die von der sowjetischen Seite schon Anfang der Achtziger angestossen wurden und an denen er teilweise selbst beteiligt war: „Die sowjetische Bedingung für die Wiedervereinigung war, dass die NATO die Situation nicht ausnutzen darf, um ihre Militärstrukturen an die russischen Staatsgrenzen zu verschieben. Diese Selbstverpflichtung der NATO-Staaten hat der amerikanische Außenminister abgegeben, die hat Mitterand abgegeben, die hat Margaret Thatcher abgegeben. Alle haben gesagt, wir werden das nicht ausnutzen, **wir werden die Militärstruktur der NATO nicht ostwärts erweitern**. Und das ist von den Nachfolgern wie eine Zechprellung nicht gehalten worden.“ Er erklärt auch, was aus russischer Sicht die Gefahr ist und warum es nun zum heißen Krieg in der Ukraine gekommen ist: „Die Gefahr aus russischer Perspektive besteht darin, dass man wenige Raketenflugminuten von Moskau entfernt amerikanische Raketen stationiert bekommt. Und damit die Möglichkeit eröffnet wird, einen Enthauptungsschlag durchzuführen, der in der amerikanischen Diskussion immer wieder eine Rolle gespielt hat.“ (Andreas von Bülow, Autor, 1976–1980 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister, im Kabinett Helmut Schmidt bis 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie) RT.ru

[Anmerkung der Red. von AWR: ziemlich unverfroren! Möchten Sie im heutigen Russland leben oder doch - bei allen Schwächen - in einer westlichen Demokratie wie der USA?]

Frankreich – Nach Kampfjet-Entscheid. Tauwetter zwischen Frankreich und der Schweiz. Am Rande des Pariser Friedensforums kam es erstmals wieder zu einem direkten Gespräch auf höchster Ebene. SRF.ch

Indonesien – Joe Biden und Xi Jinping treffen sich am 14.11. Es wird das erste bilaterale Treffen seit Bidens Amtsantritt zusammen sein. Das Treffen findet am Rande des G20-Gipfels statt, wie das Weiße Haus mitteilt. SRF.ch

Israel – «Möge dieser Stoßzahn die Läuse in Haar und Bart ausrotten» – so lautet die Inschrift auf einem Kamm aus Elfenbein, der rund 3700 Jahre alt ist. Gefunden wurde er 2017 in Israel. Doch erst letztes Jahr wurde die Inschrift entziffert. Der Fund gilt als Sensation, weil es sich um den ersten entschlüsselten Satz der kanaanitischen Schrift handelt, aus der frühen Entwicklungsphase des Alphabets. Aus diesem Uralphabet entwickelte sich unser Alphabet. SRF.ch

Italien – Italien sperrt Häfen für Humanschiffe. Erstes Schiff legt in Toulon (FR) an. Paris und Brüssel fordern Italien auf das Internationale Seerecht zu respektieren. SRF.ch

- Sensationeller Fund in der Toskana: 24 Bronzestatuen nach 2'300 Jahren aus Therme geborgen. Sie sind dank dem heißen Wasser und dem Schlamm gut erhalten: Es ist die wichtigste Entdeckung seit 50 Jahren. Der Fund stammt aus der Übergangszeit vom Etrusker- zum Römerreich, auch mit zweisprachigen Texten. Die etruskische Sprache der paleoeuropäischen, tyrsenischen Sprachfamilie ist eine ausgestorbene Sprache. Sie wurde vom 9. Jh. v. Chr. bis zum 1. Jh. n. Chr. in der damaligen Provinz Etrurien von den Etruskern gesprochen. Die Texte können bis heute nur in Bruchstücken übersetzt werden. Die etruskische Schrift wurde seit dem 7. Jh. v. Chr. bis zur Assimilation durch die Römer im 1. Jh. v. Chr. geschrieben. Die Schrift wurde mit spiegelverkehrten Buchstaben von rechts nach links geschrieben. RAI.it

Kambodscha – Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird am 11./12.11. am 17. Ostasiengipfel in Kambodscha teilnehmen. Der russische Spitzendiplomat führt die russische Delegation zum Gipfel. Am Rande wird der russische Aussenminister auch mehrere bilaterale Treffen abhalten. Von Kambodscha aus wird er als Leiter der russischen Delegation zum G20-Gipfel nach Bali reisen. Im Rahmen des Ostasien-Gipfels beabsichtigt die russische Seite, die Herausforderungen, denen sich die asiatisch-pazifische Region gegenüber sieht, ausführlich zu erörtern. Laut Moskau sind die wichtigsten unter ihnen die Versuche der USA und ihrer Verbündeten, das Gleichgewicht der Beziehungen in der Region zu stören, und ihr Bestreben, „einen konfrontativen Angriff auf Asien mit engstirnigen Block-Instrumente der Herrschaft.“ „Gefährliche Trends“ sieht Russland auch darin, dass militärische Strukturen der NATO in die Region gebracht werden und diese Infrastruktur mit dem militärischen Potenzial von Washingtons Verbündeten einschließlich der AUKUS-Allianz (Australien, Großbritannien und USA) verschmilzt. Lawrow betonte wiederholt, dass das Südchinesische Meer zur neuen Verteidigungslinie der NATO werden soll. VESTI.ru

Niederlande – Petrus Antonius Laurentius Kartner, geboren am 11. April 1935 in Elst, verstarb am 8. November 2022 in Breda. Er war ein Sänger, Komponist, Texter und Produzent. Er schuf die Bühnenfigur des Vader Abraham und wurde schließlich auch in Deutschland durch sein Lied der Schlümpfe von 1977 unter diesem Namen bekannt. Zu seinen erfolgreichsten Hits gehört „In 't kleine café aan de haven“ („In einem kleinen Café am Hafen“). NPO.nl

Österreich – Wiens Bürgermeister fordert schnellere Einbürgerung für Zuwanderer in Wien, um die Einwanderung zu forcieren. Im restlichen Land möchte man nur noch Einwanderung aus der Ukraine, aber keine Männer mehr aus fremden Kulturkreisen.

- Künstler der Salzburger Festspiele fordern 10 Millionen Schadenersatz wegen Corona-Ausfällen.

- Der Entminungsdienst des Bundesheeres hat auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig (NÖ) über 12'000 Kilogramm alte Munition vernichtet. Ziel der Sprengungen war es, Kriegsrelikte unschädlich zu machen. ORF.at

Ostsee – Der Ostsee geht es schlecht. Die toten Zonen am Meeresboden werden größer und größer, die Fische weniger und kleiner. Fachleute befürchten, die Ostsee könnte «kippen» und zu einem weitgehend toten Gewässer werden. Schon heute akut bedroht ist der Dorsch, der wichtigste Fisch für die Fischer. Als Notfallmaßnahme hat die Europäische Union 2019 ein Fangverbot für den Dorsch verhängt und es seither immer wieder erneuert. Doch die Bestände erholen sich nicht. Zu groß ist die Umweltbelastung durch die vielen Stoffe, welche die Flüsse in die Ostsee schwemmen; zu groß ist die Erwärmung des Meeres durch den Klimawandel. In Polen leben mehr Menschen im Einzugsgebiet der Ostsee als irgendwo sonst. Die Reportage von dort geht den Ursachen für das wahrscheinliche Ende des Dorsches nach. Sie zeigt, was es heißt für die Menschen, die von diesem Fisch lebten. Und sie fragt, wie es mit der Ostsee als Lebensraum weitergeht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der Ostsee große Mengen Munition, darunter auch Giftgasmunition, entsorgt. Vor allem von phosphorhaltiger Munition geht nach wie vor eine große Gefahr aus. Bernsteinfarbene Phosphorklumpen entzündeten sich nach dem Trocknen schon bei 34 °C, brennen dann mit einer Temperatur von 1300 °C und sind nur noch schwer zu löschen. Es gibt Berichte über die Verklappung von chemischen Kampfstoffen und radioaktiven Abfällen der sowjetischen Marine vor Gotland in den Jahren 1989 – 1992. Diese stammten von der Marinebasis Karosta in Lettland. Laut Untersuchungen aus Deutschland lagen 2020 noch etwa 300'000 t Kampfmittel und etwa 40'000 t chemische Waffen des Dritten Reichs in der Ostsee. Zudem sollen sich noch bis zu 50'000 Seeminen beider Weltkriege in der Ostsee befinden. «International» SRF.ch

Russland – Insgesamt belief sich die Zahl der russischen Auslandsreisenden von Juli bis September auf 9,7 Millionen, was fast doppelt so viel ist wie im zweiten Quartal des Jahres (damals lag die Zahl der Reisenden bei fünf Millionen) und 1,2 Millionen mehr als im Zeitraum von Juli bis September letzten Jahres. Auf fünf Länder entfielen fast 70 % aller Reisen: Abchasien, Türkei, Kasachstan, Georgien und Finnland. Die Zahl der russischen Abflüge nach Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, in die Mongolei und nach Abchasien war von Juli bis September so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. VESTI.ru

- Russland exportiert für Europa bestimmtes Öl und Gas jetzt nach Indien. SRF.ch

Schweden – Albert Einstein aus Ulm (1879–1955) sollte den Nobelpreis für das Jahr 1921 bekommen, der ihm allerdings erst am 9. November 1922 zugesprochen wurde. Das führte zu der kuriosen Situation, dass der Geehrte nicht im Lande war, als das Telegramm eintraf. Er hatte sich auf eine Weltreise begeben und dümmerte über die Ozeane in Richtung Japan, als sich die Nachricht aus Stockholm weltweit verbreitete. Im November 1919 wurde er mit einem Schlag weltberühmt. Durch die Vermessung einer Sonnenfinsternis konnten britische Astronomen zeigen, dass der in Deutschland tätige Physiker die Geometrie des Weltalls besser verstanden hatte als der Engländer Isaac Newton Jahrhunderte vor ihm. Große Zeitungen wie die «London Times» und die «New York Times» verkündeten in Riesenschlagzeilen: «Wissenschaftliche Revolution», «Neue Theorie vom Universum», «Einsteins Theorie triumphiert». Dabei hatte man dem aufsteigenden Weltstar den Nobelpreis noch nicht mal verliehen. Jetzt war in der Schwedischen Akademie Eile angesagt. Bloß fand sich so schnell niemand, der Einsteins umwerfendes Bild vom Kosmos hinreichend verstanden hätte – was bis heute Mühe macht. Aus Verlegenheit ehrte man den Star der Physik mit der allgemeinen Floskel, dass er den Nobelpreis «für seine Verdienste um die theoretische Physik» erhalten solle. Diese Worte ergänzte das Komitee durch einen Hinweis auf den photoelektrischen Effekt, den Einstein 1905 genutzt hatte, um zu zeigen, dass sich Licht nicht nur wie eine Welle, sondern auch wie ein Strom aus Teilchen

ausbreiten würde. Als ihm diese Idee kam, meinte Einstein selbst, sie sei wahrlich revolutionär. Womit er sagen wollte, dass sie nicht so ohne Weiteres zu verstehen sei. Was die Mitglieder der Schwedischen Akademie bestätigen konnten. Ihnen kam es vor allem darauf an, den berühmter werdenden Wissenschaftler nach Stockholm einzuladen. Einstein nahm diese Ehrung einerseits gelassen zur Kenntnis – er hatte schon länger mit dem Nobelpreis gerechnet, wusste er doch, was er als theoretischer Physiker erreicht hatte –, er war andererseits aber auch beruhigt, endlich von der Schwedischen Akademie bedacht zu werden, war der Nobelpreis doch mit einem ansehnlichen Geldbetrag verbunden. Zwar wollte Einstein mit den über 100'000 Schwedischen Kronen selbst nichts anfangen, aber er plante, sich von seiner Frau Mileva scheiden zu lassen. Um ihre Zustimmung zu erreichen, hatte er ihr lange vor der Entscheidung des Komitees die mit dem Preis verbundene Summe zugesagt. Während Einstein in Berlin lebte, wohnte seine Familie weiter in der Schweiz. Als man sich 1922 in Stockholm versammelte, wollte der Schweizer Botschafter den Preis abholen. Schließlich war Einstein Bürger seines Landes. Doch plötzlich entdeckten die Deutschen die Bedeutung des Mannes. Sie holten den verlorenen Sohn heim ins Reich und schoben den Schweizer Diplomaten zur Seite. Einstein wird wahlweise als Deutscher, Schweizer oder US-Amerikaner bezeichnet. Durch Geburt besaß er wie seine Eltern die württembergische Staatsbürgerschaft. Von 1896 bis 1901 war er staatenlos, weil er in Deutschland keinen Militärdienst leisten wollte. Ab 1901 war er bis zu seinem Tode Staatsbürger der Schweiz, 1911/1912 war er in Österreich-Ungarn auch Bürger Österreichs. «Tageschronik» SRF.ch

Schweiz – Die Neutralitätsinitiative, die der Schweiz Verteidigungsbündnisse und die **Teilnahme an Sanktionen weitgehend untersagen** will, ist am Start. Die Initianten haben bis zum 8. Mai 2024 Zeit, die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln. Die Neutralität soll in der Bundesverfassung verankert werden. Im Artikel 54 soll festgehalten werden, dass die Schweiz keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten darf, es sei denn, die Schweiz würde direkt militärisch angegriffen. Trainings mit ausländischen Partnern blieben laut Komitee aber zulässig, und friedensfördernde Einsätze der Armee könnte das Parlament weiterhin bewilligen. Untersagt würden der Schweiz «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen» gegen Krieg führende Staaten. Damit gemeint sind etwa Sanktionen, wie sie die Schweiz aktuell gegen Russland mitträgt. Lanciert wurde die Initiative von **Pro Schweiz**. Der Verein besteht aus Mitgliedern der ehemaligen AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz), der Organisation «**Nein zum schleichenden EU-Beitritt**» und der Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt. Vize-Präsident des Vereins ist Walter Wobmann. Der SVP-Nationalrat hat bereits die Verhüllungs- und Minerettinitiative zum Erfolg geführt. Alt Bundesrat Christoph Blocher, Treiber der Neutralitätsinitiative von 2013, ist nicht im Komitee dabei. Er hatte sich in den vergangenen Monaten für die Neutralitätsinitiative starkgemacht. Bereits 2013 wollte die damalige AUNS die Neutralität in die Verfassung schreiben lassen. Die AUNS ist dabei aber bereits bei der Unterschriftensammlung gescheitert. Außerdem plant auch die aus der Coronapandemie hervorgegangene Gruppierung «Massvoll» aktuell eine Initiative. Mit ihrer «Souveränitätsinitiative» will die Gruppierung, dass die Schweiz keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingeht, die in die Schweizer Grundrechte der Bürger eingreifen. Wieso wird die Initiative genau jetzt lanciert? Bundespräsident Ignazio Cassis sprach im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen gegen Russland von «kooperativer Neutralität». Die Initianten sehen darin eine **Erosion des Neutralitätsbegriffes**. «Nun sprechen wir nicht mal mehr von der differenziellen Neutralität, sondern von einer kooperativen», sagt Historiker Rene Roca an der Pressekonferenz. Damit sei die Schweiz weiter gegangen, als in anderen Konflikten. Was sagt der Bundesrat? Die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates regelt das Neutralitätsrecht gemäss den Haager Abkommen von 1907, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten schreibt. Der Bundesrat hält es nicht für zweckmässig, eine weitergehende Verankerung des Kerninhalts der Neutralität

in die Verfassung und auch in Gesetze zu schreiben. Dies würde den sicherheits- und außenpolitischen Spielraum der Schweiz einschränken. Gegen die Initiative stellen sich FDP, die Grünliberalen, die Mitte und Linke.

- Zürich unterstützt ukrainische Kunstschaaffende, die geflüchtet sind. Unter ihnen auch die Schauspielerin Viktoria Mytsyk (27) aus Kiew. 400'000 Franken für zehn Kultur-Projekte: 21 Organisationen haben sich um einen städtischen Förderbeitrag beworben: vom Orchester über filmische Projekte bis hin zum Theater. Die zehn ausgewählten Projekte erhalten Beträge zwischen 10'000 und 70'000 Franken. Eines davon wird im Theater Purpur im Zürcher Quartier Enge umgesetzt.
- Die Schweizer Armee vermisst seit einer Kontrolle in der Kaserne Aarau im Jahr 2016 mehrere Kilogramm Sprengmittel, unter anderem Granaten
- Kraxeln in der Stadt statt in den Bergen: In Bern können Kletterbegeisterte schon bald das 45-m-Felsenauviadukt besteigen.
- Cyberangriffe in der Schweiz haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Unternehmen müssen sich besser schützen.
- Die Reise von Bundespräsident Ignazio Cassis nach Kiew wurde wegen eines Informationslecks in den Medien bekannt. Das habe die Sicherheit der Schweizer Delegation in der Ukraine gefährdet.
- Eine Studie der Uni Basel zeigt, dass ein mRNA-Booster häufiger als erwartet Zellschädigungen am Herzmuskel auslösen kann. SRF.ch

Türkei – Nachdem Russland Ende letzter Woche seine Beteiligung an dem Getreideabkommen von Istanbul aufgekündigt hatte, übte der Westen plötzlich auf globaler Ebene einen ungeheuren diplomatischen Druck auf Moskau aus, damit es dem Abkommen wieder beitrifft. Der Druck kam von denselben Politikern und Medien, die zuvor die Ursache für diesen russischen Schritt bejubelt hatten, nämlich den kombinierten ukrainischen Angriff mit Luft- und Wasserdrohnen auf die russische Schwarzmeerflotte im Hafen von Sewastopol, unter Bruch des Getreideabkommens von Istanbul. Die logischen Folgewirkungen wurden vom Westen dann aber wieder für anti-russische Propaganda benutzt, wobei man dem Kreml vorwarf, er wolle mit einer Hungersnot in Afrika und anderen Entwicklungsländern die Weltgemeinschaft erpressen, sich im Ukraine-Konflikt hinter Russland zu stellen. Durch Russlands Rückkehr in das Getreideabkommen sieht es nun so aus, als habe Moskau sich dem westlichen Druck gebeugt. Deshalb tun die Westmedien auch nichts, um die Öffentlichkeit über die Hintergründe aufzuklären. Das soll hier nachgeholt werden. Aus Sicht Moskaus missbrauchte die Ukraine den Getreidedeal eindeutig für den Angriff gegen die russischen Kriegsschiffe und erhielt dabei aktive Unterstützung durch die Briten. Dafür will Russland laut offizieller Ankündigung in den nächsten Tagen Beweise vorlegen. Dazu gehören angeblich auch die Navigationsinstrumente, die aus den abgeschossenen bzw. im Wasser abgefangenen ukrainischen Drohnen geborgen wurden, von denen der grösste Teil nicht zur Explosion gekommen ist. SP.ru

- Streit um Kurden-Organisation. Erdoğan verzögert Beitritt Schwedens und Finnlands weiter. Schwedens neuer Premier hat Erdogan besucht. Dieser will mehr Zugeständnisse, bevor er der Nato-Erweiterung zustimmt. SRF.ch

Ukraine – Die Ukraine baut eine Betonwand und Sperranlagen entlang der mehr als 1'000 km langen Grenze zu Belarus. ORF.at

- Nach dem Beginn der russischen Militäroperation hat die Ukraine die Grenzübergänge zu Russland und Weißrussland vorübergehend geschlossen. Am 1. Juli wurde eine Visumspflicht für ausreisende russische Staatsbürger eingeführt. Russen dürfen nur mit einem Visum in die Ukraine einreisen, sich dort aufhalten, ausreisen oder durch die Ukraine reisen. Es kann in den Visazentren von VFS Global in acht russischen Städten, nämlich Moskau, Sankt Petersburg, Jekaterinburg, Kaliningrad, Kasan, Nowosibirsk, Rostow am

Don und Samara, oder in Drittländern beantragt werden. Im Juli meldete die Ukraine die ersten zehn Visumanträge von Russen. VESTI.ru

- Die russischen Truppen überquerten am 10.11. die letzte Dnjeprbrücke (Antinovkabücke) und befestigen das Ostufer. Soldaten desertieren in die Ukraine. Beschießung von Cherson, das vorher vollständig vermint wurde und auch des Kachowka-Staudammes.. Ukrainer hissen blaugelbe Fahne am Hauptplatz und feiern den Sieg. Man plant bereits Blitzkrieg, um Krim und Dombas zurückzuerobern. USA loben die amerikanischen Ausbilder, die die ukrainische Armee auf Topniveau brachten und die Tatsache, dass sie auf die modernsten KI Waffensysteme zurückgreifen können. Russen sprechen von jahreszeitlichbedingter Neuaufstellung. Experten begründen ihre Ratlosigkeit mit dem Wetter. Viele Straßen in der Ukraine sind nicht befestigt. Raupenfahrzeuge haben es hier leichter. Diese fehlen aber in der Ukraine. Je nach Witterung werde der Fortgang des Kriegs ausfallen. Russen beginnen die Krim zu befestigen. SRF.ch u.a.

- Der Abzug der Russen aus Cherson ändert den Status der Region nicht, betonte Moskau am 11.11., da sie letzten Monat nach einem öffentlichen Referendum offiziell in Russland eingegliedert wurde. RT.ru

- Die provisorische Hauptstadt von Neu-Cherson wurde in der Hafenstadt Genichesk (25'000 Ew.) am Asowschen Meer errichtet, wo wichtige Regierungsbehörden ihren Sitz haben. Es ist 180 km OSO von der Stadt Cherson. Am 27. Februar wurde die Stadt unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte gebracht. Am 9.11. befahl der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu, dass russische Truppen vom rechten Ufer des Dnjepr zurück an das linke Ufer gezogen werden, basierend auf einem Vorschlag von Armeegeneral Sergej Surovikin, dem Chef der russischen Militäroperation in der Ukraine. Surovikin wies darauf hin, dass russische Truppen ukrainische Angriffe erfolgreich vereitelt hätten und einer der Gründe für den Rückzug das Risiko sei, dass russische Streitkräfte isoliert würden, wenn Gebiete stromabwärts des Wasserkraftwerks Kachovka überflutet würden. Laut Surovikin wurden alle Zivilisten, die das Gebiet verlassen wollten – über 115'000 Menschen – vom rechten Ufer umgesiedelt. VESTI.ru

Vereinten Nationen – Die UNO ruft weltweit auf, für Düngemittel aus Russland den Weg frei zu machen. Zu wenig Düngemittel am Markt dürften nicht zu einer weltweiten Nahrungsmittelknappheit führen.

USA – Bereits seit neun Jahren veröffentlicht die in Washington ansässige „Heritage Foundation“, eine konservative US-Denkfabrik, ihren jährlichen „Index der militärischen Stärke der USA“, der auf einer Reihe einheitlicher Kriterien basiert, um die Leistungsfähigkeit des US-Militärs zu bewerten. Der jüngste Bericht bezieht sich auf das Jahr 2023. Während die militärische Stärke der USA in den Bereichen Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanterie und Weltraumstreitkräfte von der Denkfabrik in den letzten Jahren noch als „stark“ eingestuft wurde, kamen die Autoren der rund 600 Seiten langen Publikation in diesem Jahr jedoch zu dem Schluss, dass die Fähigkeiten des gesamten US-Militärs zur Kriegsführung erstmals ungewöhnlich mangelhaft sind. Militärisch haben die USA stark abgebaut. Heute entscheidet aber die Technik und die Künstliche Intelligenz. So verfügen die USA über eine Wunderwaffe, den Wunderchip. Er ist der kleinste, schnellste und intelligenteste weltweit und man müsse ihn gut gegen Diebstahl und Spionage schützen. Derzeit braucht es noch eine Firma in den Niederlanden und Japan zur Herstellung. Waffensysteme, die auf dem Chip basieren, stehen auch den Verbündeten zur Verfügung. So ist klar, dass die Ukraine schon gewonnen hat, es fragt sich nur, wie lange Russland durchhalten kann. Präsident Selenski ist jederzeit zu Friedensverhandlungen bereit, Russland müsste sich aber aus allen besetzten Gebieten zurückziehen, auch aus der Krim, und die Reparationen zahlen. Es gäbe reiche Leute in Russland, die dies können. Der zweitintelligenteste Chip wurde in Taiwan entwickelt und der dritte in Südkorea. So bleiben die USA trotz Mängeln in der traditionellen Kriegsführung weiter unbesiegbar. So

werden insbesondere die europäischen und pazifischen Schauplätze weiterhin als „günstig“ für die Erreichung militärischer Ziele der USA eingestuft. SRF.ch

- Patt bei den Zwischenwahlen. Trump bekommt die Schuld. Nevada und Georgien – Stichwahl in 3 Wochen – sind noch offen.
- Florida Gouverneur Ron de Santis (44) wird als neuer republikan. Präsidentschaftskandidat gehandelt.
- US Charmoffensive in Indien. Biden erlaubt Indien bis auf weiteres russisches Öl und Gas zu importieren. Charmoffensive auch in Kambodscha...
- Massenentlassungen bei Twitter und Meta. SRF.ch

Welt – Am 15. November kommt das Baby zur Welt, das die Weltbevölkerung auf 8 Milliarden erhöht. Seit 1950 wuchs die Weltbevölkerung um 5.48 Milliarden (+219%). die Schweiz um 4.05 Millionen (+86%). 1960 lebten ca. 3 Milliarden auf der Welt, 5,33 Mio in der Schweiz. 1970 3,7 Mrd / 6.18 Mio; 1980 4,44 Mrd / 6.32; 1990 5.32 Mrd / 6.71 Mio; 2000 6.15 Mrd / 7.18 Mio; 2010 6.99 Mrd. / 7.82 Mio; 2020 7.84 Mrd. / 8.64 Mio. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 06.11.2022

Brasilien – Im Regierungssitz in Brasilien ist es am 3.11. zu einem Treffen zwischen Noch-Präsident Jair Bolsonaro und dem künftigen Vize-Präsidenten Geraldo Alckim gekommen. Das Treffen für die Machtübergabe verlief laut Alckim «positiv». Bislang schwieg Bolsonaro zu seiner Wahlniederlage. «Er bekräftigte die Bereitschaft, mit uns zusammenzuarbeiten, um einen vom öffentlichen Interesse geleiteten Übergang zu ermöglichen», so Geraldo Alckim über Bolsonaro. Der künftige Vize-Präsident organisiert den Regierungswechsel für den gewählten Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Am Sonntag hatte Jair Bolsonaro die Stichwahl gegen seinen Herausforderer Lula knapp verloren. Bislang hat er seine Wahlniederlage noch nicht öffentlich eingeräumt und vor der Wahl immer wieder Zweifel am Wahlsystem geäußert. Sein Kabinettschef Ciro Nogueira sagte allerdings, dass Bolsonaro ihn ermächtigt habe, den Prozess des Regierungswechsels einzuleiten. Die Machtübergabe in Brasilien ist ohnehin gesetzlich geregelt und braucht keine Zustimmung des abgewählten Präsidenten. Am 1. 1.2023 wird Lula sein Amt als brasilianischer Präsidenten antreten. Im Parlament ist die Bolsonaropartei stärker. SRF.ch

China – Der deutsche Kanzler Olaf Scholz reist zu einem Kurzbesuch nach Peking. Dort wird er den chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping treffen – als erster westlicher Regierungschef seit Xis Wiederwahl. Für ganze elf Stunden weilen Scholz und eine deutsche Wirtschaftsdelegation am 4.11. in der chinesischen Hauptstadt. Kurz vor seiner Abreise kündigte der SPD-Politiker in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» einen Kurswechsel gegenüber China an. «Das China von heute ist nicht mehr dasselbe wie noch vor 5–10 Jahren», schrieb Scholz. «Es ist klar: Wenn sich China verändert, muss sich auch unser Umgang mit China verändern.» Zwar sprach sich der Kanzler in dem Zeitungsbeitrag gegen eine wirtschaftliche Entkopplung von China aus. Einseitige Abhängigkeiten müssten aber abgebaut werden. Scholz kündigte auch an, bei seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung «schwierige Themen» wie die Achtung der Menschenrechte nicht ausklammern zu wollen. Er wird als Bittsteller gesehen. SRF.ch

Dänemark – Nach Jahrzehnten der Polarisierung zwischen den Blöcken befürworten die Dänen eine breite Regierung in der politischen Mitte. Ein Steilpass für Regierungschefin Mette Frederiksen und ihren Vorgänger Lars Løkke Rasmussen. Die Wahlnacht in der

Kopenhagener Christiansborg war noch länger und spannender als gewöhnlich. Erst die ganz zuletzt ausgezählten Stimmen in Kopenhagen und dem fernen Grönland gaben den Ausschlag für das 90. Mandat im dänischen Parlament, das dem einen politischen Lager die Mehrheit verschafft. Und wie schon bei den letzten Wahlen 2019 waren es die rot-grünen Parteien, die dazu beitrugen, dass die Sozialdemokraten eine Minderheitenregierung bilden konnten. SRF.ch

Frankreich – Auf verbrannter Erde soll ein neuer Wald wachsen. Im Sommer kämpfte der Südwesten Frankreichs gegen verheerende Waldbrände. Am stärksten betroffen war die Gironde. SRF.ch

Israel – Der ehemaliger Ministerpräsident Benjamin Netanjahu (73) ist wieder da, wo er immer sein wollte: im Zentrum der Macht. Seine Likud-Partei holt laut Hochrechnungen – zusammen mit dem rechts-konservativen Block – eine Mehrheit im israelischen Parlament, der Knesset. Damit steht Netanjahu nichts mehr im Weg, um wieder Premierminister zu werden – trotz laufendem Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Korruption und Bestechlichkeit. Dass dem 73-jährigen Netanjahu das politische Comeback gelingt, verdankt er insbesondere einem Mann: dem Rechts-Politiker Itamar Ben-Gvir (46). Ben-Gvir kann man ungestraft einen Rassisten nennen. 2007 wurde er wegen Anstiftung zu Rassismus verurteilt, weil er gegen Araber gehetzt hatte. Seine öffentliche Rhetorik hat sich seither zwar etwas gewandelt. Aber noch immer macht Ben-Gvir mit anti-arabischen Bemerkungen auf sich aufmerksam. Er spricht sich für die Annexion des palästinensischen Westjordanlands aus und will israelische Araber ermuntern, aus Israel auszuwandern. Seine Anhänger skandieren gerne mal «Tod den Arabern!». Bis vor kurzem waren Itamar Ben-Gvir und seine Partei «Otzma Yehudit» («Jüdische Stärke») eine Randerscheinung in der israelischen Politik. Eine Bewegung, die als zu extrem galt – selbst für rechte Politiker. Dann kam Netanjahu: Er hat mit Ben-Gvir und anderen rechten Parteien zusammengespant – und so Ben-Gvir und sein Gedankengut salonfähig gemacht. Mit dem Resultat, dass Ben-Gvir und sein Parteibündnis bei den Wahlen nun drittstärkste Kraft im neuen Parlament werden. Und so Netanjahus rechts-konservativem Block eine Mehrheit sichern kann. Der Ausgang der Wahlen bedeutet das Ende der bisherigen Regierung von Mitte-Politiker Yair Lapid. Er hatte zusammen mit einem Acht-Parteien-Bündnis regiert – erstmals war in seiner Koalition auch eine arabische Partei vertreten. Der Erfolg des anti-arabischen Politikers Ben-Gvir ist deshalb auch als Zeichen gegen die Beteiligung der Araber an einer israelischen Regierung zu verstehen. Die arabischen Israeli machen rund 20 Prozent der Bevölkerung Israels aus. Der Ausgang der Wahlen, dass Netanjahu wieder an die Macht zurückkehrt, könnte den Zyklus der ewigen Neuwahlen durchbrechen. Das Land bleibt aber auch nach diesen Wahlen gespalten: in ein Anti- und ein Pro-Netanjahu-Lager. Eine neue Regierung Netanjahu, an der sich auch der anti-arabische Ben-Gvir beteiligt, könnte für eine weitere Spaltung der Gesellschaft sorgen – und auch für neue Unruhen. Nicht nur innerhalb Israels, sondern auch in den Palästinensergebieten. SRF.ch

Katar – Katar orchestrierte mit Hilfe von Ex-CIA-Agenten jahrelang eine großangelegte Spionageoperation gegen Fifa-Funktionäre. Die Schweiz war zentral. Höchste katarische Regierungskreise sind involviert. Die Ausmaße der Spionage sind erheblich. Alleine für eine Teiloperation waren mindestens 66 Agenten während neun Jahren vorgesehen. Das Budget dafür lag bei 387 Millionen Dollar. Auf fünf Kontinenten waren die Spione aktiv. Höchste katarische Regierungskreise waren in Spionage involviert – unter anderem das heutige Staatsoberhaupt, der Emir. Die Dokumente zeigen: Der Wüstenstaat wollte, dass ihm innerhalb der Fifa keine Positionsänderung, keine neuen Freundschaften, keine potenziell gefährliche Allianz entgeht – einfach nichts, was die WM-Austragung gefährden könnte. Dafür beauftragte Katar eine amerikanische Firma: Global Risk Advisors. Ein Unternehmen, maßgeblich bestehend aus Ex-Mitarbeitern amerikanischer Geheimdienste – angeführt vom

früheren CIA-Spion Kevin Chalker. Das Ziel war totale Kontrolle. Oder «worldwide penetration», die «weltweite Durchdringung», wie es in einem Dokument der Spionageoperation heisst. SRF.ch

Korea – Seit Jahren provoziert Nordkorea mit Raketentests. Die Häufung und Reichweite der aktuellen Abschüsse hat Fachleuten zufolge eine neue Dimension erreicht. Die Sorge vor einem kurz bevorstehenden Atomtest wächst. Zuletzt landete eine Rakete fast in Südkorea. Dies würde Krieg bedeuten. Die USA versprechen Unterstützung. Flugzeuge, die in die gemeinsamen Militärübungen mit den USA eingebunden sind, bleiben „in Bereitschaft“. KBS.kr

Niederlande – China muss seine Polizeibüros mit sofortiger Wirkung schließen. Das ordnete Außenminister Wopke Hoekstra am 1.11. in Den Haag an. Er habe dies dem chinesischen Botschafter mitgeteilt, sagte der Minister nach einem Bericht der Nachrichtenagentur ANP. Die Polizeibüros nannte der Minister inakzeptabel. Die niederländischen Behörden hätten nie die Zustimmung erteilt. Das Ministerium werde nun untersuchen, was für Aktivitäten genau in den Büros, als Wohnungen getarnt, stattgefunden hätten. Medien hatten in der vergangenen Woche herausgefunden, dass China Polizeibüros in Rotterdam und Amsterdam errichtet hatte. Einerseits sollen sie Anlaufstellen für chinesische Bürger für gewöhnliche Probleme sein. Ein Beispiel ist Corona: Für viele Chinesen ist es derzeit sehr schwierig bis unmöglich, nach Hause zurückzukehren. Es gibt nur wenige Flüge und die sind sehr teuer. Andererseits gibt es den Vorwurf, dass die Stellen polizeiliche Arbeiten übernehmen. Das berichtet die Nichtregierungsorganisation «Safeguard Defenders» in einem Bericht von September. Gemäß dem Bericht geht es unter anderem um die Bekämpfung von Telekom- und Online-Betrug von Chinesen im Ausland. Das ist ein großes Thema in China, da der Betrug oft bandenmäßig betrieben wird. Chinesische Bürger, die wegen Korruption im Ausland gesucht werden, sollen von den chinesischen Stellen überzeugt werden, nach Hause zurückzukehren. SRF.ch

Österreich – Nach den Halloween-Ausschreitungen in Linz durch afghanische und syrische Jugendliche: Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) lässt bereits Abschiebungen prüfen und will die Härte des Gesetzes voll ausschöpfen, wie er sagt: „Daher habe ich heute die zuständige Asylbehörde angewiesen, die Asyl-Aberkennung einzuleiten und auch, wenn möglich, bei schweren Delikten, auch die Außer-Landes-Bringung einzuleiten. Zunächst hat das die Justiz zu beurteilen, welche Delikte hier vorgefallen sind.“ Auf den sozialen Plattformen sind erneute Straßenkrawalle für Silvester angekündigt ORF.at

Russland – Kadyrow (46) und Prigoschin (61) sind die derzeit lautesten Stimmen im Lager der Hardliner, die in den vergangenen Monaten eine härtere Gangart im Krieg gegen die Ukraine gefordert haben. Beide verfügen über eigene Truppen: Kadyrow als Herrscher über Tschetschenien über eine eigene Nationalgarde und Militärpolizei, Prigoschin über seine Wagner-Söldnertruppe, die auch schon in Syrien oder Afrika aktiv war und jetzt in der Ukraine kämpft, sagt Experte Fabian Burkhardt. In der Machtelite haben Kadyrow und Prigoschin einige Verbündete – aber auch viele Feinde. Beide können vom Kreml sehr schnell zurückgepfiffen werden, sollte dies notwendig sein. SRF.ch Putin sei für einen sanften Krieg, da Russen und Ukrainer Brüder seien. SP.ru

Schweiz – Stellenweise 15 cm Neuschnee. Vor allem im Kanton Graubünden. Richtig weiss wurde es im Oberengadin und im Landwassertal.

- Graubünden und Glarus. Bedenkliches Testresultat: Alpbutter ranzig oder verunreinigt. Drei Viertel der Alpbutter-Proben fallen durch. Die Gründe: Keime, ranziges Fett oder nicht erfüllte Normen.

- Im Kampf gegen den Fachkräftemangel suchen Schweizer Spitäler in Italien und Polen Mitarbeiter.
- Da in den Wintermonaten die inländische Stromproduktion den Verbrauch in der Schweiz nicht deckt, importiert die Schweiz in dieser Zeit zusätzlichen Strom aus dem Ausland. Das ist seit Jahren eine bewährte Praxis. Im Zuge der Energiekrise steht diese Strategie nun auf wackligen Füßen: Was, wenn die umliegenden Staaten selber zu wenig Strom haben? In diesem Fall würden auch die ausländischen Wind- und Solaranlagen im Besitz der Schweizer Stromfirmen nichts helfen, ist Urs Meister, Geschäftsführer der Elektrizitätskommission Elcom, überzeugt: «Im Grunde sind die Besitzverhältnisse dieser Anlagen für die Winterstromversorgung der Schweiz nicht relevant.» Die Elcom überwacht die Stromversorgung in der Schweiz.
- Wohnen wir bald in Pilzhäusern? Die interaktiven Ausstellungen im Stapferhaus Lenzburg sind national bekannt. Soeben hat die neue Ausstellung «Natur – und wir?» eröffnet. Sie thematisiert unter anderem Pilze, und wie wir sie zukünftig auch als Baustoffe nutzen könnten. Künftig könnten nachhaltige Bauplatten aus Pilz zum Beispiel Backsteine oder Beton ersetzen. In einer Lagerhalle in Emmenbrücke werden Pilze gezüchtet, die dann wiederum mit Wasser, Holzspänen und pflanzlichen Abfällen zu robusten Platten gemacht werden. Austernseitlinge werden dafür verwendet, deren Zellfäden (Myzel) normalerweise in der Erde wachsen. In der besagten Lagerhalle breiten sich die Fäden in einer pflanzlichen Mischung aus. Die zwei Zentimeter dicken Platten sind robust und sehen ähnlich aus wie Sperrholzplatten.
- Laut, schrill und unbewilligt zogen Gegner der Corona-Maßnahmen im vergangenen Herbst Donnerstag für Donnerstag durch die Stadt Bern. Sie verschafften ihrem Ärger über das Pandemie-Management der Behörden Luft. Polizisten, Wasserwerfer und Verkehrsdienst kosteten den Staat Abend für Abend rund 200'000 Franken. Demonstrieren sei legitim, aber nicht unbewilligt und auch nicht 20 Mal zum gleichen Thema, befand der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause. Öffentlichkeitswirksam sinnierte der Gemeinderat, renitente und gewalttätige Teilnehmende der Demonstrationen an den Kosten für das Sicherheitsdispositiv zu beteiligen. Eine solche Kostenüberwälzung ist seit Juni 2020 im Berner Polizeigesetz verankert. Recherchen von «Schweiz aktuell» zeigen, dass die Stadt Bern basierend auf rechtskräftigen Verurteilungen nun sechs Demonstrationsteilnehmenden Verfügungen zur Kostenüberwälzung zugestellt hat. Die Stadt Bern fordert je nach individueller Kostenverursachung eine Gebühr in der Höhe von bis 1000 Franken. «Diese Personen haben Gewalt angewendet und zum Teil auch Sicherheitsleute angegriffen», sagt der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause. Möglich, dass noch weitere Teilnehmende demnächst Verfügungen erhalten. Laut Reto Nause sind weitere Verfahren hängig.
- Die Teuerung in der Schweiz ist im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat weiter gesunken – auf 3 Prozent. Im internationalen Vergleich ist die Inflation hierzulande sehr tief. So lag die Teuerung in der Eurozone im Oktober bei 10.7 Prozent und damit so hoch wie nie seit Einführung der Gemeinschaftswährung im Jahr 1999. In den USA betrug die Inflation im September etwas über 8 Prozent. Dort hatte die Teuerung allerdings im Juni mit 9.1 Prozent den höchsten Stand seit über 40 Jahren erreicht. In der Türkei beträgt die Inflation aktuell 85.5 %.
- Sie kleben sich an Autobahnen, Brücken und Bildern fest. Sie werfen Farbbeutel auf ein Gebäude des Bundes und stören die 1.-Augustrede der Umweltministerin. Die Aktivisten von Renovate Switzerland haben allein im Oktober zehnmal den Verkehr blockiert – illegal. Ziviler Ungehorsam heissen diese Aktionen. Ein Mittel, zu dem zuvor bereits andere Umweltorganisationen gegriffen haben. So kennt man vor allem von Greenpeace solch spektakuläre, medienwirksame und auch das Gesetz ritzende Aktionen wie mit Booten gegen Walfangschiffe ankämpfen, AKW besteigen und Transparente ausrollen. Laut Mediensprecherin Yvonne Anliker sieht Greenpeace Schweiz Renovate Switzerland klar als Mitspielerin und keineswegs als Konkurrenz. «Denn je mehr Menschen wir sind, die verstärkten Klimaschutz fordern, desto eher können wir Politik und Wirtschaft aufrütteln,

damit wir endlich wirkungsvollen Klimaschutz haben.» Deshalb zeigt Greenpeace Schweiz Verständnis für die Protestformen der neuen Gruppierung: «Angesichts der Klimakrise ist verständlich und nachvollziehbar, dass Menschen sich zu solchen Aktionen gedrängt fühlen.» Laut Anliker agiert Renovate Switzerland friedlich, um sich Gehör zu verschaffen. «Es ist ziviler Ungehorsam und eine legitime Form von Protest.» Für Yvonne Anliker sollten aber nicht die Aktion selbst und der zivile Ungehorsam im Zentrum der Diskussionen stehen, sondern die Tatsache, dass immer mehr Menschen bereit seien, rechtliche Konsequenzen auf sich zu nehmen, um auf die Klimakrise hinzuweisen. «Das sollte ein Weckruf sein für Politik und Wirtschaft.»SRF.ch

Singapur – Die Biden-Regierung bietet eine Belohnung von 5 Millionen US-Dollar für Informationen über eine Schmuggeloperation des singapurischen Geschäftsmanns Kwek Kee Seng an, um Luxusgüter, Geld, Benzin und Materialien zur Waffenherstellung unter Verstoß gegen die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates nach Nordkorea zu versenden. Kwek ist verantwortlich für die Lieferung von Öllieferungen nach Nordkorea im Austausch für Gelder, die über Briefkastenfirmen mit Sitz in Panama und Singapur gewaschen wurden, und hatte im April 2021 einen Bundeshaftbefehl ausgestellt, heißt es in einer Erklärung des US-Außenministeriums vom Donnerstag. [RFA.us](https://www.rfa.us)

Spanien – Der unkontrollierte Eintritt in die Atmosphäre eines 36-Tonnen-schweren Moduls einer chinesischen Trägerrakete sorgt am Freitagmorgen (4.11.) für Chaos im spanischen Luftraum. Die Flughäfen von Barcelona, Reus und Ibiza waren für Stunden gesperrt. RNE.es

Tonga – Der Vulkanausbruch hat die höchste jemals auf der Erde gemessene Aschewolke erzeugt. Die Eruptionssäule drang mit 57 Kilometern sogar in die dritte Schicht der Erdatmosphäre vor, der Mesosphäre. ORF.at

Uganda – Der Staat schaut ins Schlafzimmer. Mit Überwachungskameras aus China und Spionagesoftware aus Israel kann Uganda fast jeden Schritt seiner Bürger mitverfolgen. Günstige Technologie macht die staatliche Überwachung in Afrika einfacher denn je. Die Menschenrechte bleiben auf der Strecke. Der ostafrikanische Staat bespitzelt etwa Oppositionelle und kritische Journalisten. Oppositionsführer Bobi Wine zeigt auf eine hohe Videokamera vor seinem Grundstück: «Die filmt bei mir direkt ins Schlafzimmer». Auch seine Telefonate würden abgehört, so der Politiker. Das chinesische Kamerasystem sei ein Erfolg im Kampf gegen Kriminalität, erklärt hingegen der Informatik-Direktor der Polizei. Auf einer riesigen Videoleinwand werden in Echtzeit Straßenszenen aus dem ganzen Land gezeigt. Ugandas Behörden wollen die Überwachung noch ausbauen. «Die Nutzung von Überwachungstechnologie nimmt zu in Afrika», erklärt Bulelani Jili. Der Südafrikaner untersucht, wie China die Präsenz seiner Technologie auf dem afrikanischen Kontinent ausbaut. Der Schutz der Privatsphäre ist dabei zweitrangig. «International» SRF.ch

Ukraine – Deutschland darf der Ukraine weiterhin kein Schweizer Kriegsmaterial liefern. Dies geht aus einer Mitteilung des eidgenössischen Wirtschaftsdepartements hervor. Bundesrat Guy Parmelin hat ein Schreiben der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht entsprechend beantwortet. Der Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmelin erteilt Deutschland eine Absage. Bei der Anfrage von Bundesministerin Christine Lambrecht geht es um rund 12'400 Patronen 35mm-Munition schweizerischen Ursprungs für den Flugabwehrpanzer Gepard, welche Deutschland an die Ukraine weitergeben möchte. Wie aus der Mitteilung hervorgeht, wiederholt Guy Parmelin im Schreiben an seine deutsche Amtskollegin die rechtliche Situation. «Die Schweiz wendet im Verhältnis Russland-Ukraine das Neutralitätsrecht an, welches Teil des Völkergewohnheitsrechts ist», heißt es. Aufgrund des neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots kann die Schweiz einer Anfrage um

Weitergabe von Kriegsmaterial mit Schweizer Ursprung an die Ukraine nicht zustimmen, solange diese in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Zudem schließen auch die Bewilligungskriterien des Schweizer Kriegsmaterialgesetzes die Lieferung von Kriegsmaterial an Länder aus, die in einen internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Dies ist zumindest die Argumentation des Bundesrats. Anders diejenige von Christine Lambrecht. In ihrer Anfrage schreibt sie nämlich, dass die Ukraine die Munition für den Schutz ihrer Schwarzmeer-Häfen brauche. Konkret, um ihre Getreidelieferungen an Entwicklungsländer vor russischen Angriffen zu schützen. Ob sich diese Herleitung mit den Schweizer Gesetzen und dem Neutralitätsrecht vereinbaren lässt, ist allerdings unklar – zumal streitbar ist, ob die Schweizer Munition in diesem Kontext von derart großer Wichtigkeit ist. So hat Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel Ende Oktober bezweifelt, dass die ukrainischen Getreideexporte von Schweizer Munition abhängen: SRF.ch

Ungarn – Ministerpräsident Viktor Orbán empfing am 2.11. den armenisch-katholischen Patriarchen Peter Raphael XXI. im Karmeliterkloster. Das Karmeliterkloster in Budapest ist seit 2019 der offizielle Amtssitz des Ministerpräsidenten von Ungarn. Es befindet sich im Burgviertel am Sankt-Georgs-Platz (Szent György tér) in unmittelbarer Nähe zum Palais Sándor (dem Amtssitz der Präsidentin von Ungarn, Katalin Novák). Orbán nahm am 2.11. die Dankbarkeitsmedaille vom Oberhaupt der armenisch-katholischen Kirche, entgegen. Orbáns Sprecher Bertalan Havasi sagte, der Patriarch habe die Auszeichnung verliehen, weil „Ungarn und Orbán persönlich unterdrückten und verfolgten Christen auf der ganzen Welt wertvolle Unterstützung geleistet haben“. Havasi zitierte die lobende Erwähnung, die die Auszeichnung begleitete: „Ihr vorbehaltloses Engagement für Christen und Ihre Unterstützung beim Schutz ihres Lebens und ihrer moralischen und sozialen Werte werden sehr geschätzt.“ Berichten zufolge zitierte Orbán in seiner Dankesrede die Empfehlungen des ersten ungarischen Königs István vor tausend Jahren und sagte, es sei „wichtig, dass der ungarische Staat das Christentum und die Kirche jederzeit unterstützt“. Mehr als 360 Millionen Christen „erfahren aufgrund ihres Glaubens grosse bis extreme Verfolgung und Diskriminierung“, sagt die Interessenvertretung Open Doors.

- In Budapest wird die Kultur-Delegation des Europaparlaments mit einer Delegation der Soros-Uni CEU zusammentreffen. Von dieser wird seit Jahren behauptet, dass sie aus der ungarischen Hauptstadt verdrängt wurde. Nur Kurse, wie etwa Gender Studies, die dem ungarischen Recht widersprechen, waren im September 2019 nach Wien ausgelagert worden. Jetzt pendeln Studenten und Professoren zwischen den beiden Städten. Die CEU Soros University ist als Institution nach amerikanischem Vorbild organisiert, die von einem Kuratorium geleitet wird, mit einer Charta des Board of Regents der University of the State of New York, für und im Auftrag des New York State Education Department. In den Vereinigten Staaten ist die Soros-CEU von der Middle States Commission on Higher Education akkreditiert. In Ungarn ist die CEU offiziell immer noch als privat unterhaltene und betriebene Universität anerkannt. Die Universität wurde 2004 vom ungarischen Akkreditierungsrat akkreditiert. In Österreich ist die CEU über die Akkreditierung als private Universität anerkannt. Bis zum Studienjahr 2019–2020 war die CEU eine postgraduale Universität und daher nicht für die allgemeine Weltrangliste der Universitäten qualifiziert.

- Mehr als 50 Werke von El Greco (1541–1614) zeigt das Budapester Museum der Schönen Künste am Heldenplatz bis 19.2.2023. Dieses Haus verfügt außerhalb Spaniens über die meisten Original-Gemälde, eine Werksschau dieser Dimension hat es für den griechisch-spanischen Altmeister in Ungarn noch nie gegeben. Die Besucher der Ausstellung können die Wanderungen des Künstlers von Kreta über Italien nach Spanien nachvollziehen. Einen wichtigen Anteil an seiner „Wiederentdeckung“ hatte der ungarische Bankier und Kunstsammler Marcell Nemes (1866–1930), in dessen Kollektion sich gleich ein Dutzend seiner Bilder befanden. KR.hu

USA – Im US-Bundesstaat Ohio dürfen Lehrpersonen neu nach einem dreitägigen Kurs eine Waffe im Klassenzimmer tragen.

- Die US-Notenbank hat den Leitzins um 0.75 Prozentpunkte auf vier Prozent erhöht. Mit dem vierten großen Zinsschritt in Folge und dem insgesamt sechsten im laufenden Jahr will das FED die Teuerung in den USA in den Griff bekommen. In den USA sind die hohen Preise vor allem für Menschen ein Problem, die jetzt schon Mühe haben, die wichtigsten Dinge wie Essen oder Miete zu bezahlen. Im Euro-Raum ist die Inflation höher als in den USA, die Zinsen liegen aber tiefer. Inzwischen ist auch die Europäische Zentralbank EZB in die Gänge gekommen. Sie hat einfach später angefangen als das FED. Denn: Die Wirtschaft im Euro-Raum leidet stärker unter dem Krieg in der Ukraine, vor allem was Lieferengpässe und Energiepreise angeht.

- Auch Elon Musk wird den Abstieg nicht aufhalten können. Alle Daumen nach unten: Twitter wird in Zukunft wohl an Relevanz verlieren. SRF.ch

- Der frühere US-Präsident Donald Trump hat erneut angedeutet, dass er bei den Wahlen 2024 noch einmal für das Weiße Haus kandidieren könnte. „Um unser Land erfolgreich, sicher und ruhmreich zu machen, werde ich es sehr, sehr, sehr wahrscheinlich wieder tun“, sagte er bei einer Wahlkampfveranstaltung der Republikaner in Sioux City im Bundesstaat Iowa gestern Abend (Ortszeit). „Macht euch bereit, das ist alles, was ich euch sage“, ergänzte der 76-Jährige. ORF.at

- WZHF, ein ehemaliger spanischsprachiger Sender 15 km östlich des Weißen Hauses in den Capitol Heights, ist das Flaggschiff des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die amerikanischen Funkwellen zu nutzen, um die Sichtweise des Kreml zu verkaufen. Trotz regelmäßiger rechtlicher und politischer Herausforderungen und der Verhängung von Sanktionen gegen Russland blieb der Sender auf Sendung. Der Sender auf 1390 kHt ist einer von 5 Sendern in den Vereinigten Staaten, die englischsprachige Sendungen von „Radio Sputnik“ ausstrahlen, die in Moskau und Washington unter der Aufsicht der russischen Regierung produziert werden. Sputnik ist der Radio- und Digitalzweig von Rossiya Segodnya (Russia Today), derselben vom Kreml kontrollierten Medienagentur, die RT und RT America leitet, die bekannteren Fernseh- und Digitalmedienunternehmen, die 2005 von Russland gegründet wurden. Europäische Regierungen haben RT 2014 blockiert, WZHF bietet seinen Hörern immer noch Sputniks Inhalte an. RT war Russlands Antwort auf CNN. Trotz eines 9000-Watt-Signals, das in der gesamten Region zu hören ist, forderte die National Association of Broadcasters die Senderbesitzer auf, die Übertragung russischer Programme einzustellen. Sputnik besitzt weder WZHF, noch könnte es nach Bundesvorschriften sein, die ausländische Regierungen daran hindern, US-Rundfunklizenzen zu kontrollieren. Aber der Kreml fand einen anderen Weg, um auf Sendung zu gehen. Laut Aufzeichnungen der FCC ist WZHF seit 2001 an das New Yorker Unternehmen Way Broadcasting lizenziert. Aber Way scheint ein weitgehend passiver Eigentümer zu sein. Im Jahr 2017 wurde vereinbart, die Sendezeit des Senders an eine zweite Partei, RM Broadcasting aus Jupiter, Florida, zu vermieten. RM wiederum verkaufte die gesamte Sendezeit des Senders an Rossiya Segodnya und Sputnik. RM hat 2020 einen ähnlichen Vertrag mit Alpine Broadcasting abgeschlossen, um Sputniks Programme auf den drei Sendern von Alpine in der Region Kansas City zu platzieren. Die als Zeitvermittlungsvereinbarung bekannte Praxis ist seit den 1930er Jahren eine finanzielle Rettungsleine für kleine und finanziell angeschlagene Rundfunkanstalten. Sputniks Deals waren für die beteiligten Sender lukrativ. Laut Bundesunterlagen zahlte RM Way Broadcasting letztes Jahr 1,12 Millionen Dollar für die Vollzeitausstrahlung von Radio Sputnik und Alpine Broadcasting etwa 160.000 Dollar, um Sputnik sechs Stunden am Tag auf seinen Sendern in Kansas City zu übertragen. Radio Sputnik aus Moskau wird im analogen und digitalen Format in 11 Sprachen in mehr als 100 Städten auf der ganzen Welt ausgestrahlt, u.a. in Erewan (106,0, 90,1 FM), Sukhumi (101,3, 103,2, 105,9, 100,7, 102,5, 101,7 FM), Buenos Aires (92,5, 103,0 FM), Rio (76,0 FM), Kirgisistan (89,3, 89,3, 101.1, 101.9, 95.1, 105.0, 107.1 FM), Bagdad (91.5 FM), USA (Washington WZHF1390MW,

105.5, Kansas KCXL 1140MW/102.9/104.7 FM), Türkei (101.4, 90.2, 97.8, 91.0, 96.2 FM), Beirut (93.3 FM), Serbien (100,8/99,1/105,4, 104,7, 101,7, 88,9, 97,7, 92,0, 93,2, 104,9, 107,5, 93,0, 89,5, 98,7 FM), Uruguay (97,9, 102,5 FM) und Zchinwali (106,3 FM). In Russland wird Sputnik auf FM-Wellen in Moskau (91,2 FM), St. Petersburg (91,5 FM), Sewastopol (105,6 FM), Simferopol (102,3 FM), Ulan-Ude (102,8 FM), Pskow (102,6 FM), Kasan (105,8 FM), Ufa (91,1 FM), Kaliningrad (94,7 FM), Schatura (105,1 FM), Dubna (106,8 FM), Alushta (91,1 FM), Belogorsk (101,9 FM), Dzhankoi (87,7 FM), Yevpatoria (102,5 FM), Kertsch (105,3 FM), Sudak (92,2 FM), Feodosia (102,3 FM) und Jalta (107,5 FM), Stream: icecast-rian.cdnvideo.ru/voiceusahi_KCXL.us

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.11.2022

Brasilien – (Teil 2): Der neue Präsident Lula da Silva muss das Land einen. In seiner Siegesrede sagte er: «Es gibt nicht zwei Brasilianer, es gibt nur ein Land, nur ein Volk, nur eine große Nation.» Lula wird das Land einen können, denn der 77-Jährige ist ein Meister der Allianzen. Sein Vizepräsident ist der rechtsgerichtete ehemalige Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin. Und mit ihm im Team zieht Lula ins sozialdemokratische Zentrum und spricht so viel mehr Menschen in der Bevölkerung an. Aber, und das ist ein großer Unterschied zu seinen ersten beiden Amtszeiten vor zwanzig Jahren: Lula hat weniger Macht. Die Brasilianer haben Lula diesmal vor allem gewählt, weil sie Bolsonaro verhindern wollten und nicht, weil sie von Lula überzeugt sind. Viele halten ihn für korrupt, er war deswegen auch eineinhalb Jahre im Gefängnis. Lula wird im Amt gegen eine fast so hohe Ablehnung wie Bolsonaro (67) zu kämpfen haben. Für Lula und sein Team besteht auch die Gefahr der Unregierbarkeit. Seine Koalition reicht von ganz links bis rechtskonservativ, da wird er große Kompromisse eingehen müssen in seinem Regierungsprogramm. Er wird sich in seinen eigenen Vorstellungen nicht wiederfinden. Der Kongress erlebte bei den Parlamentswahlen einen regelrechten Rechtsrutsch. Bolsonaros Partei ist die stärkste Kraft. Vieles von dem, was der linke Lula umsetzen will, wird er nicht umsetzen können. Bolsonaro hat sich bis jetzt zu seiner Niederlage noch nicht geäußert. Brasilianische Zeitungen schreiben, er sei am Sonntag bereits um 22 Uhr eingeschlafen und habe sich im Präsidentenpalast verschanzt. Verbündete des Amtsinhabers erkannten hingegen Lulas Wahlsieg an. SRF.ch

China – Null-Covid-Politik. «Manche gehen bis 100 Kilometer zu Fuß nach Hause». In einer Fabrik in Zhengzhou treibt die Null-Covid-Politik viele Menschen zur Flucht. SRF.ch

Dänemark – Am 1.11. kämpft Premier Mette Frederiksen (44) um eine zweite Amtszeit. Den Wahlkampf dominiert ein überraschendes Thema – Migration interessiert wenig, wahlentscheidend ist die Pflegemisere. ORF.at

Deutschland -Wenn die Menschen kein Asylgesuch stellen und weiterreisen, dann gibt es auch kein Dublin-Verfahren. Viele Migranten, die in Buchs (SG) in die Schweiz einreisen, wollen weiter in andere Staaten. Die Polizei kontrolliert sie zwar, hält sie aber nicht fest. Mit der SBB reisen die Migranten weiter, etwa nach Deutschland. Ein Sprecher des deutschen Bundesamts für Migration kritisierte diese Praxis : Die Schweiz handle nicht im Sinne des Dublin-Abkommens, das die Asylverfahren in Europa regle.

- Tabakrauch macht Lungenkrebs, UV-Strahlung schwarzen Hautkrebs, und HP-Viren Gebärmutterhalskrebs. Dass auch Bakterien Krebs auslösen können, ist weniger bekannt. Doch sie tun es – im Magen und im Darm. Manchmal macht das Leben Umwege. «Ich hätte

nie gedacht, dass ich mal krebsauslösende Bakterien erforschen würde», sagt Jens Puschhof, Forscher am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg. Das Immunsystem fand er spannender, doch es gab schon zu viele, die sich damit beschäftigen wollten. Er stolperte dann über ein Exotenthema: Eben, krebsauslösende Bakterien, und blieb hängen. Die Community, die inzwischen dazu forscht, ist immer noch klein, aber die Studienlage wird immer besser. Diese Woche nun ist im Fachmagazin Science eine Studie erschienen, die erstmals zeigt: Es sind nicht nur eine paar wenige Bakterien, die zur Krebsentstehung beitragen, sondern viele. «Die Bandbreite, wie viele Bakterien dazu in der Lage sind, hat mich überrascht», sagt Puschhof. Zwölf Bakterienstämme haben die Forscher aus der Darmflora von Menschen mit entzündlichen Darmerkrankungen isoliert und konnten zeigen, dass sie alle Wirkstoffe bilden, die die DNA schädigen. Schäden in der DNA sind der Anfang jeder Krebserkrankung, immer dann, wenn sie in bestimmten Genen auftreten, die für das Zellwachstum wichtig sind. Einem dieser Wirkstoffe gingen die Forscher dann genauer nach und zeigten, dieser fördert in Mäusen das Wachstum von Darmtumoren. Es gibt viele Möglichkeiten, die DNA zu schädigen. Das Erbgut besteht aus zwei DNA-Strängen, die verknüpft sind, so ähnlich wie ein Reißverschluss mit zwei Strängen, die ineinandergreifen. Manche Bakterien scheiden Wirkstoffe aus, die den DNA-Doppelstrang komplett durchschneiden, andere schneiden einen der beiden Stränge, manche schneiden gezielt an bestimmten Stellen im Strang, andere wahllos. 2020 konnte Jens Puschhof zeigen, dass ein bestimmter Stamm des Darmbakteriums Escherichia coli im Erbgut von Darmzellen noch etwas ganz anderes anstellen kann. Dieser E. coli-Stamm scheidet Colibactin aus, einen Wirkstoff, der sich um den DNA-Doppelstrang herumwickeln kann. In etwa so, als «würde jemand einen Knoten um den DNA-Strang herum knoten», sagt Puschhof. Wenn die Darmzelle dann ihr Erbgut ablesen will, muss sie den Doppelstrang, also den Reißverschluss, öffnen. Denn der Erbcode liegt auf der Innenseite dieses Reißverschlusses verborgen. Und eben das geht nicht mehr – wegen des Knotens. Oft bricht der DNA-Doppelstrang dann beim Versuch der Zelle, die DNA abzulesen. Jens Puschhof untersuchte nicht nur diese E-coli Bakterien und ihren Wirkstoff Colibactin, sondern auch Tumorgewebe von Darmkrebspatienten. Bei sieben Prozent fand er in den Tumoren charakteristische Muster, die Colibactin im Erbgut hinterlässt. Das lässt darauf schließen, dass Colibactin diese Tumore mitverursacht hat. Puschhofs Forscher-Community ist noch klein, viele Fragen sind noch offen, nicht zuletzt, wie sich das neue Wissen zum Schutz vor Krebs nutzen lässt. Erbbelastung, Lebensstil und Entzündungen bleiben für sich genommen wichtige krebsauslösende Faktoren, aber es ist deutlich: Die Darmbakterien darf man bei der Frage, wie im Darm Krebs entsteht, nicht mehr aus dem Blick lassen. SRF.ch

Europa – Die Teuerung in Europa drückt den Menschen noch stärker aufs Portemonnaie. Die Inflationsrate im Euroraum hat im Oktober erneut ein Rekordhoch erreicht und liegt nun bei 10.7 Prozent. Das ist nochmals deutlich mehr als im Vormonat und mehr, als Experten erwartet haben. In der Schweiz bei 3%. SRF.ch

Frankreich – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Dessen Vorsitz übernimmt zum ersten Mal eine Frau: die Irin Siofra O’Leary (54). SRF.ch

Indien – Das Land exportiert global am meisten Reis. Die schlechte Ernte in diesem Jahr stellt die Bauern vor große Probleme. SRF.ch

Israel – Nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen zeichnet sich in Israel ein klarer Wahlsieg des rechtskonservativen Oppositionsführers Benjamin Netanyahu ab. Sein rechts-religiöses Lager sicherte sich nach israelischen Medienberichten vom Mittwoch eine Mehrheit von 65 der 120 Sitze im Parlament (Knesset). Die Likud-Partei des 73-Jährigen, gegen den ein Korruptionsverfahren läuft, wurde den Angaben zufolge stärkste Kraft mit 31

Parlamentssitzen. Die Zukunftspartei des liberalen Ministerpräsidenten Yair Lapid kam mit 24 Sitzen an zweiter Stelle. Auf den dritten Platz schaffte es zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein rechtsextremes Bündnis. Die Religiös-Zionistische Partei von Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir gilt als Königsmacher für Netanyahu. SN.at

Italien – Anders als in Deutschland hegt und pflegt in Italien der Staat Bauten aus der Zeit des Faschismus. Zu Kritik führt das nur selten. Da sind die Obelisken mit faschistisch-martialischen Inschriften, immer wieder mit dem Titel «Duce» oder «Dux». Es gibt Friedhöfe und Stadien, einzelnen Bauwerke und ganze urbanistische Projekte, in Italien und Afrika. Italiens faschistisches Regime war architektonisch recht aktiv und viele der Baumeister des Regimes arbeiteten nach 1945 weiter als ob nichts geschehen sei. Rombesuchenden fallen an vielen Gebäuden auch die sogenannten Liktorenbündel auf, das Symbol der römischen Antike, das die Faschisten um Benito Mussolini fast inflationär einsetzten. Auch Inschriften, die den Duce würdigen, finden sich an vielen Orten Roms, an Brücken und auf Monumenten. Prominentes Beispiel: Der 18 Meter hohe Obelisk vor dem Stadio dei Marmi, das Mussolini persönlich gebaut haben wollte. Hier erheben sich rund fünf Meter hohe Skulpturen fast nackter Athleten mit entschieden männlichem Gesichtsausdruck – es sind Prototypen des damaligen faschistischen Menschenideals. Der Obelisk und das Stadion werden regelmässig vom Staat gereinigt und restauriert, genau wie die wichtigsten faschistischen Bauten im römischen Stadtteil EUR, in Latina, Sabaudia oder in Como. Auch das seien ja italienische Kulturgüter, heisst es von linken und rechten Kulturpolitikern. Auch linke Intellektuelle, Historikerinnen, Künstler und Architektinnen finden es gut, dass diese Bauten des Regimes geschützt werden, das sich 20 Jahre lang an der Macht hielt. Einzige Kritik: Es fehle an Erklärungstafeln zur Kontextualisierung der faschistischen Bauten und Monumente. Abreißen stand in Italien nie wirklich zur Debatte. Eine einheitliche faschistische Architektur gab es in Italien nie. Da mischten sich Monumentalismus, Neoklassizismus und der sogenannte italienische Rationalismus zu teilweise interessanten Bauwerken. Gutes Beispiel: die 1936 gebaute «Casa del Fascio» in Como, das Haus der Partei. Dieses an das deutsche Bauhaus erinnernde Gebäude gilt als Hauptwerk der italienischen Moderne. Auch in den afrikanischen Kolonien hinterließen Italiens Faschisten bleibende Spuren. Das vom Duce-Regime neuerrichtete Stadtzentrum im eritreischen Asmara wurde wegen seiner Vielzahl an Bauwerken im modernistischen Stil zum UNESCO-Weltkulturgut ernannt. Auch die italienischen Kleinstädte Latina und Sabaudia, beide auf Mussolinis Wunsch hin errichtet, sind geschützte Kulturgüter. Interessant ist auch, dass in Italien eine Fortführung der faschistischen Architektur nach Kriegsende zu beobachten ist. Eine Zäsur gab es nicht. Der schmucklose rationalistische Stil des Faschismus gefiel auch nach 1945. In diesem Sinn hat das Mussolini-Regime Italien einen architektonisch bedeutsamen und nachwirkenden Stempel aufgedrückt, der bis heute als integraler Bestandteil der italienischen Kulturgeschichte bewahrt wird. SRF.ch

Österreich – Ausschreitungen zu Halloween. Kurz nach 21 Uhr zog eine Gruppe von rund 200 Jugendlichen durch Linz und zündete Böller. Der ÖV wurde eingestellt. Auch in Salzburg Ausschreitungen. ORF.at

Philippinen – Fast 100 Tote und Dutzende Vermisste durch Tropensturm «Nalgae». SRF.ch

Russland – Die englischen, spanischen, portugiesischen und russischen Sendungen von Radio Sputnik werden in den USA und anderen Staaten in Amerika von privaten Sendern auf Mittelwelle und UKW übertragen. In den meisten europäischen Ländern braucht man spezielle Software, um die blockierten Sendungen hören zu können. Die Schweizer Neutralität verbietet das Blockieren. SP.ru

- Präsident Wladimir Putin empfing am Montag in Sotschi den armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan und den aserbaidischen Staatschef Ilham Aliyev. In einer gemeinsamen Erklärung wurde vereinbart, auf Drohungen und Gewalt bei der Lösung von Konflikten zu verzichten. Ein Friedensvertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan sei nötig, erklärten die drei Spitzenpolitiker. Moskau sei bereit, den Weg dorthin zu unterstützen. ORF.at

Saudiarabien – Saudischer Ölkonzern Aramco steigert Gewinn um 39 Prozent. Der saudi-arabische Ölkonzern Aramco profitiert enorm von den steigenden Ölpreisen und damit indirekt von der Ukraine. Wie das Unternehmen heute in Riad mitteilte, stieg sein Nettogewinn im dritten Quartal um 39 Prozent auf 42,4 Milliarden Dollar (42,7 Mrd. Euro). Im Vorjahreszeitraum war dieser noch bei 30,4 Mrd. Dollar gelegen. Der Zuwachs sei im Wesentlichen „auf höhere Ölpreise und höhere Verkaufsmengen“ zurückzuführen. ORF.at

Schweiz – Die Schweizer Neutralität verbietet das Liefern von Munition in Kriegsgebiete, auch wenn EU und Deutschland großen Druck ausüben.

- Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist im Zürcher Unterland zu Gast gewesen. Zum ersten Mal, seit die Wahl fürs atomare Tiefenlager auf das Gebiet nördlich der Lägern gefallen ist, hat Bundesrätin Sommaruga die Region besucht. Sie hat sich am Montagabend in Glattfelden an einer Infoveranstaltung der Bevölkerung gestellt und ihre Fragen angehört, doch bevor sie überhaupt die Bühne betreten konnte, bekam Sommaruga von einer besorgten Bürgerin aus der Region einen Brief überreicht. Es freue die Bürgerin, der Bundesrätin den Brief mit über 400 Unterschriften persönlich übergeben zu dürfen. Sommaruga antwortet darauf: «Merci, ich nehme ihn gerne mit, lese ihn und danach erhalten Sie auch eine Antwort von uns.» Die Forderung der Unterschriftensammlung war eine Zweitmeinung von neutralen Geologinnen und Geologen, ob «Nördlich Lägern» wirklich der sicherste Standort ist fürs Atom-Endlager. Genau um solche Bedenken aus der lokalen Bevölkerung zu hören, sei sie in die Region gekommen, sagt Simonetta Sommaruga kurz darauf in ihrer Rede. «Ich möchte hören, was euch als Menschen aus dieser Region bewegt, aber auch die politischen Behörden, die in dieser Region zuständig sind für die Bevölkerung. Ich möchte ihnen heute Abend vor allem zuhören», so die UVEK-Vorsteherin. Rund 500 Leute kamen. Das waren mehr, als es Stühle hatte. Das Lager muss eine Million Jahre halten. So lange strahlt der Abfall.

- So warm wie noch nie im Oktober. Im Oktober herrschten in der Schweiz Temperaturen wie normalerweise in Spanien.

- Der neue Schweizer Pass ist ab sofort erhältlich: Er kann bei den kantonalen Passbüros oder den Schweizer Vertretungen im Ausland bestellt werden. Die neue Pass-Serie entspricht den neuesten Standards für Identitätsdokumente, wie das Bundesamt für Polizei (fedpol) mitteilt. Das nach wie vor rote Büchlein enthält zudem Designelemente, die von der Schweizer Landschaft inspiriert sind. Wie bisher sind die biometrischen Daten auf dem Mikrochip im Einband des Passes gespeichert. Die Daten sind nur mit einem Gerät ablesbar, das eine verschlüsselte Übertragung garantiert. Die Fingerabdrücke sind besonders geschützt. Zugriff erhalten nur Staaten mit einem gleichwertigen Datenschutz wie die Schweiz. Die neue Pass-Serie umfasst neben dem ordentlichen Schweizer Pass Diplomatenpass, Dienstpass, Reiseausweis für Flüchtlinge («Flüchtlingspass») und einen Pass für Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz leben. Bisherige Pässe bleiben gültig.

- SP-Parteitag in Basel. Trotz aufmüpfigen Jungen: SP hält am Ziel EU-Beitritt fest. Die Partei will in mehreren Etappen in die EU. Eine deutliche Mehrheit stimmte dem entsprechenden Papier zu.

- Die besten Uhren kommen seit vielen Jahren aus der Westschweiz. 1997 wurde am Observatorium Neuenburg eine Atomuhr konstruiert, die in 30 Millionen Jahren gerade mal eine Sekunde verliert. Vor einem Vierteljahrhundert brauchte es dazu ein ganzes

Physiklabor: Linsen, Spiegel, eine Heizung, eine Glaszelle und ein Laser verteilt auf zwei Tischen. In einem ersten Schritt wurde diese Anordnung so weit geschrumpft, dass sie in einem GPS-Satelliten Platz fand, denn: Für Navigationsgeräte auf der Erde braucht es präzise Uhren am Himmel. Doch es geht noch kleiner. 14 europäische Universitäten und Unternehmen haben im Rahmen eines EU-Projektes gemeinsam eine Atomuhr auf einem Chip entwickelt. SRF.ch

Südkorea – Nachdem am Samstagabend in Seoul mehr als 150 Menschen bei einer tödlichen Halloween-Menge getötet wurden, untersucht die BBC, wie sich die Tragödie abspielte. Am frühen Samstagabend versammelten sich Tausende, meist junge Menschen in Itaewon im Zentrum der südkoreanischen Hauptstadt, einem lebhaften Partyort, dessen labyrinthartige Straßen und Gassen voller Bars und Restaurants sind. Einigen Berichten zufolge waren 100.000 Menschen in die Gegend gekommen, um Halloween zu feiern, aufgeregt über die Aussicht, nach zwei Jahren strenger Covid-Beschränkungen im Land wieder zu feiern. Die Feierlichkeiten im vergangenen Jahr waren lebhaft, aber unter Kontrolle, da die Polizei die Menschen daran hinderte, belebte Bereiche zu betreten. Ab 17 Uhr es waren zu viele Menschen auf den Straßen. Ungefähr zu dieser Zeit wurden Social-Media-Nachrichten online gestellt, in denen die Leute sagten, dass die Straßen der Nachbarschaft so überfüllt waren, dass sie sich unsicher fühlten. Bis 23 Uhr es war klar, dass etwas nicht stimmte. Die Leute fingen an, von hinten zu drängen, es war wie eine Welle – da konnte man nichts machen. BBC.uk

Ukraine – Selenski-Gerüchte. Er hat schon mehrere Anschläge überlegt, dank seiner Doppelgänger. Wie Stalin bewohnt er einen Schacht der U-Bahn. Er lebt blendend von seinen Waffengeschäften. Demnächst bekommt er den Nobelpreis und ein Denkmal am Majdan. Auch ein hartes Getränk soll nach ihm benannt werden. MAAK.ru

UN – Trotz einer von Russland angekündigten Aussetzung des Getreideabkommens mit der Ukraine kann der Export nach Lesart der Vereinten Nationen weitergehen. SRF.ch

USA – Elon Musk hat nach der Übernahme von Twitter den Verwaltungsrat des Kurzbotschaftendienstes aufgelöst. Der Chef des Elektroautoherstellers Tesla und reichste Mann der Welt sei jetzt der „alleinige Direktor“ der Onlineplattform, heißt es in einer Mitteilung an die US-Börsenaufsicht SEC von gestern. Die neun bisherigen Direktoren einschließlich Verwaltungsratschef Bret Taylor hätten ihre Posten nicht mehr inne. ORF.at

Vatikan – Seit über 500 Jahren. Sie sind fast so bekannt wie der Papst selbst, die Soldaten der Päpstlichen Schweizergarde in ihren blau-gelb-rot gestreiften Uniformen. Jede und jeder Romreisende kennt sie. «Es ist schon speziell, wenn einen alle so anschauen. Man fühlt sich ein bisschen wie ein Rockstar», bekennt Eliah Cinotti aus Biel denn auch. Cinotti ist einer von 135 Soldaten und Offizieren, die zurzeit in Rom ihren Dienst verrichten. Für einen Sold von 1200 Euro. Kost und Logis inbegriffen. Pierre Pistoletti, Westschweizer Journalist und Filmemacher, wollte wissen, was junge Schweizer heutzutage dazu bewegt, sich für zwei Jahre in den Dienst des Vatikans zu stellen. Daraus hat er den Dokumentarfilm «Die Schutzengel von Papst Franziskus» gemacht. Pistoletti verbrachte viel Zeit mit den jungen Männern, das war ihm wichtig. «Es sind junge Männer, für die der Glaube im Zentrum steht», erzählt Pistoletti. «Sie müssen körperlich fit sein, erhalten eine Ausbildung in Personenschutz und dürfen zwei Jahre in einer der schönsten Städte der Welt verbringen. Das ist nicht unattraktiv.» Christoph Graf ist Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde. Ihm sei es ein Anliegen, den Dienst in Rom einer neuen Generation schmackhaft zu machen. Denn die Garde hat ein Nachwuchsproblem. Das Ansehen der römisch-katholischen Kirche ist nach all den Missbrauchsskandalen nicht das Beste. Das merkt auch die Garde. Die Schweizergarde ist ein Überbleibsel aus der Zeit der Reisläuferei, als

Schweizer Soldaten in ganz Europa begehrte Söldner waren. 1505 holte Papst Julius II. 200 von ihnen nach Rom. Sein Nachfolger Clemens VII. tat ihnen allerdings keinen Gefallen, als er sich mit Frankreich, England und den umliegenden Fürstentümern verbündete und damit den Zorn des Kaisers von Habsburg Karls V. auf sich zog. Dieser fiel am 6. Mai 1527 in die Stadt Rom ein. Bei der Verteidigung kamen 147 Schweizergardisten ums Leben, die restlichen verschanzten sich zusammen mit Papst Clemens VII. in der unweit des Petersdoms gelegenen Engelsburg. Von dort aus konnte sich dieser in Sicherheit bringen. Das Leben des Papstes wurde gerettet. Seither werden jedes Jahr am 6. Mai die neuen Gardisten vereidigt. Sie schwören Tapferkeit und Treue bis zum Einsatz des eigenen Lebens. Seit den beiden Attentaten auf Papst Johannes Paul II. von 1981 und 1982 ist die Ausbildung der Gardisten erheblich professionalisiert worden. Heute verfügt die Truppe über Pistolen, Maschinenpistolen und Taser, deren Handhabe die Rekruten seit den Attentaten von Paris von 2015 in enger Zusammenarbeit mit der Tessiner Kantonspolizei trainieren. Die Offiziere, die den Papst auf Dienstreisen begleiten, arbeiten mit der italienischen Armee und den Carabinieri zusammen. Dienstwillige müssen die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen, die Rekrutenschule abgeschlossen haben und katholischen Glaubens sein. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Europa droht schwerer Diesel- und Gas-Mangel – Energieversorgung in Deutschland gefährdet

31. 10. 2022



Ab Dezember Einfuhrverbot für russisches Rohöl

Europa muss sich auf eine weitere Verschlechterung der Dieselsversorgung einstellen: Wird doch die Einfuhr von Rohöl ab Dezember und für Diesel aus Russland ab Februar nächsten Jahres verboten.

Nicht alle Staaten gleichermaßen betroffen

Allerdings trifft das die verschiedenen Staaten unterschiedlich: Ungarn beispielsweise ist vorerst vom Embargo ausgenommen, und die Niederlande, die reich an Ölraffinerien ist, haben nichts zu befürchten: „Wir sind sehr gut aufgestellt und produzieren drei- bis viermal so viel Diesel, wie wir verbrauchen. Die Lagerbestände im übrigen Europa sind jedoch besorgniserregend niedrig“, sagte Erik Klooster, Direktor von VEMOBIN, dem niederländischen Verband der europäischen Raffinerien.

Insgesamt aber wird in Europa viel mehr Diesel verbraucht, als europäische Raffinerien derzeit produzieren können. Der Grund: Die russischen Importe wurden aufgrund von Sanktionen bereits reduziert, wobei aber immer noch keine alternative Lösung gefunden wurde, um ihn zu ersetzen.

„Früher kam ein Drittel des Rohöls aus Russland. Als der Krieg in der Ukraine Ende Februar ausbrach, haben wir den Import sofort eingestellt“ – wie Karen de Lathouder, CEO von BP, eingestand.

Obwohl die Zahl der Diesel-Pkw zwar mittlerweile rapide abnimmt, fährt die überwiegende Mehrheit der Fahrzeuge im Güter- und Transportsektor mit Diesel, so dass die Verbraucher letztlich für den Preisanstieg bezahlen. ([msn](#))

Russland stellt voraussichtlich Gas-Lieferungen ein

Auch sei nicht zu erwarten, dass die EU-Gasmarktp Probleme mittel- und langfristig gelöst wären – wie der Leiter der „Energie- und Klimapolitik von Századvég Economic Research Plc.“ sonntags um ungarischen Kossuth-Radio erklärte. Laut Oliver Hortay würde es in der nächsten Saison nicht mehr genug Gas in Europa geben wird, weil Russland voraussichtlich nicht liefern werde.

Ungarn gegen obligatorische EU-Gasbeschaffung

Außerdem: Zwar würde die gemeinsame Gasbeschaffung seit einem halben Jahr auf dem Tisch der EU-Entscheidungsträger liegen. Alles spießt sich aber an der Frage , ob jene obligatorisch oder freiwillig sein sollte.

Denn nicht nur der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sind eine obligatorische gemeinsame Gasbeschaffung, sondern auch viele andere Mitgliedstaaten sind dagegen. Der Grund: Vorteilhafte Verträge wären dann gefährdet.

Zudem gibt es Bedenken: Ob sich nämlich die EU-Kommission, welche die gemeinsame Beschaffung koordiniert, sich auf das politische Ziel, also unabhängig von russischen Energieimporten zu werden, oder nur auf das gemeinsame Ziel konzentrieren sollte, nämlich Gas so billig wie möglich zu beziehen.

Ist EU-Solidarität kontraproduktiv ?

In Bezug auf die EU-Solidarität verwies der Experte auf Planungen, wonach Länder mit großen Lagerstätten im Falle eines Gasnotfalls Gas abgeben müssten. Dies könnte aber dazu führen, dass verantwortungsvolle Wirtschaftende unverantwortlichen Menschen Gas geben müssen, auch auf Kosten ihrer eigenen Bürger.

Deutschlands Energieversorgung gefährdet

Nebenbei verwies Hortay auf die Versuche Deutschlands, ein entwickeltes Industrieland ohne Kohle, Gas und Öl zu bleiben. Was aber unter den derzeitigen technischen Voraussetzungen nicht machbar erscheint, wodurch die Versorgungssicherheit in Frage gestellt werden könnte. ([Index](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 62 – E 65)

Keine Berichte!

Keine Berichte!

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 67 – E 125

BENELUX-LÄNDER (Seite E 67)

Keine Berichte!

BR Deutschland (E 68 – E 103)

01) Stromfresser E-Autos: „Wir fahren mit Braunkohle“

Von PETER HAISENKO

15. 11. 2022



Bild: www.publicdomainpictures.net und pixapay / Montage: Unser-Mitteuropa

Die Ökobilanz von E-Autos wird schöngerechnet mit der Annahme, sie würden mit Ökostrom betrieben. Das ist Unsinn, denn auch in deren Akkus fließt der ganz normale Strommix. Ohne E-Autos könnten einige Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden und wir bräuchten weniger Gas zur Stromherstellung.

Wer Strom aus dem Netz verbraucht, kann sich nicht aussuchen, aus welchen Quellen diese Energie gewonnen wird. So ist es Augenwischerei zu behaupten, man würde nur Ökostrom beziehen. Jeder Verbraucher erhält seinen Strom anteilmäßig aus allen verfügbaren Quellen und da ist die Aufteilung so (Stand 2021, Quelle strom-report.de): Windkraft 23 %, Braunkohle 20,2 %, Kernenergie 13,3 %, Erdgas 10,5 %, Photovoltaik 9,9 %, Steinkohle 9,5 %, Biomasse 8,8 % und Wasserkraft 4 %. Die gesamte produzierte Strommenge pro Jahr beträgt etwa 500 TWh (Terawattstunden), also 500 Milliarden Kilowattstunden.

Aktuell sind auf unseren Straßen etwa 600.000 E-Autos zugelassen. Es sollen aber ganz schnell mehr als eine Million werden. So rechne ich hier mit einer Million, denn das soll die nahe Zukunft sein. Angenommen, und das dürfte realistisch sein, jedes E-Auto fährt pro Tag im Durchschnitt 100 Kilometer. Dann ergibt das einen Stromverbrauch pro Jahr und E-Auto von 5.400 Kilowattstunden, wenn man vorsichtig, also E-Auto-freundlich, von einem Durchschnittsbedarf von 15 kWh pro 100 Kilometer ausgeht. Das wiederum ergibt einen Jahresverbrauch für eine Million E-Autos von 5,4 TWh. Das ist dann etwa ein Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland. Man könnte meinen, das fällt (noch) nicht ins Gewicht. So ist es aber nicht.

Wir fahren mit Russen-Gas

Gerade dieses letzte eine Prozent ist es, das uns zwingt, Gaskraftwerke früher ans Netz zu nehmen. Es ist dieser Strom aus Gas, der den Spitzenpreis für Strom bestimmt, so pervers diese Regelung auch sein mag. Mehr darüber hier: www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/strompreise-rot-gruen-bedient-ihr-klientel/

Hätten wir also keine E-Autos auf unseren Straßen, wäre die Stromrechnung für alle erheblich niedriger. Auch die Steuerlast wäre geringer, denn alle Steuerzahler müssen mit ihrem Obolus die Subventionen für E-Autos bezahlen. Bei dieser Betrachtung habe ich den Aufwand für die Ladeinfrastruktur noch nicht eingerechnet. Jede dieser Ladesäulen kostet viel Geld und auch das geht in den Strompreis ein. Jeder Stromkunde – und jeder ist einer – bezahlt also auch mit seiner Stromrechnung für die Ladeinfrastruktur, ganz gleich, ob er ein E-Auto fährt und schon die staatlichen Subventionen kassiert hat.

So kann man als primäre Quellen des Stroms für E-Autos zwei nennen: Braunkohle mit dem Anteil am Gesamtstromaufkommen von 20,2 Prozent und Gas aus Russland. Während der Braunkohlestrom noch als ökonomisch vernachlässigbar bezeichnet werden kann, ökologisch eher nicht, ist der Gasstrom zur Zeit eine ökonomische Katastrophe. Nicht nur für den „Kleinen Mann“, sondern vor allem für den Industriestandort Deutschland. Stromintensive Sparten wie die Aluminiumindustrie schließen reihenweise ihre Betriebe. BASF plant ihre Hauptbetriebsstätten nach China zu verlegen. Aber nochmals: Warum sind die E-Autos wesentlich für den irrsinnigen Strompreis?

Nachts gibt es keinen Solarstrom

Gaskraftwerke werden nur zugeschaltet, wenn alles andere nicht ausreicht. Wenn also Windstille herrscht oder/und die Sonne von Wolken verdeckt ist. Nun könnte man anführen, der Anteil an Gasstrom beträgt nur 10,5 Prozent. Das ist aber nur ein statistischer Durchschnittswert. Nachts bei Windstille ist das erheblich mehr und gerade dann saugen besonders viele E-Autos Strom aus dem Netz. Zuhause an der eigenen Ladestation in der Garage. Aber genau dann wäre eine Entlastung der Netze förderlich, um den Gasverbrauch niedrig zu halten. Es ist ja nicht so, dass das die Verantwortlichen nicht wüssten. Erinnern Sie sich noch an den günstigen „Nachtstrom“? Für elektrisch betriebene Nachtspeicheröfen? Den gibt es nicht mehr, eben weil nachts keine Sonne scheint und so nachts einfach 9,9 Prozent weniger Strom zur Verfügung steht. Darf man da eine Relation sehen, zu dem Anteil von 10,5 Prozent Gasstrom? Wieviel Strom aus Gas wird nachts hergestellt? Darf man annehmen, dass tagsüber 9,9 Prozent Solarstrom ins Netz fließt und nachts das von Gas übernommen wird? Zahlen dazu konnte ich nicht finden, aber so wäre der Anteil an Gasstrom nachts erheblich höher. Das sollte man im Gedächtnis behalten, für die weiteren Ausführungen.

So kann man sagen, nachts bei Windstille gibt es keinen „Ökostrom“ für E-Autos. Sie fahren also mit Braunkohle und Atomstrom, der nächtens aus dem Netz gesaugt wird. Genau hier sorgen die E-Autos dafür, dass Gaskraft zugeschaltet werden muss. Jede Nacht. Auch wenn der Wind bläst. Darf man nun annehmen, dass der Stromverbrauchsanteil der E-Autos nachts mehr als ein Prozent beträgt? Nachts, wenn die industriellen Verbraucher weniger anfordern? Die Großraumbüros dunkel sind? Ja mittlerweile sogar die Städte dunkel sind und der brave Bürger auf den Föhn zum Haare-trocknen verzichtet, während in der Garage die Kilowatt in die Akkus der E-Autos fließen? Grenzt es nicht an galoppierenden Irrsinn, zum Stromsparen aufzurufen und gleichzeitig E-Autos zu propagieren und subventionieren?

E-Autos müssen ihren (Öko-)Status verlieren

Vergleicht man nochmals den Tag- und Nachtanteil am Strommix, wird der Anteil der E-Autos am Stromverbrauch zu einer anderen Dimension. Selbst wenn man auch nachts den Anteil an Strom für E-Autos nur mit einem Prozent annimmt, beträgt dieser für Gasstrom allein immerhin zehn Prozent. Wie ist das zu rechnen? Gasstrom hat einen Anteil von 10 Prozent, um die Hundert Prozent zu erreichen. Diese zehn Prozent werden aber nur angefordert, wenn nichts anderes zur Verfügung steht. Reduziert man die Gesamtmenge um ein Prozent, wirkt sich das nur auf den Gasstromanteil aus. Das heißt, man bräuchte zehn Prozent weniger Gasstrom. Tags und nachts. Weil aber wie dargestellt der Anteil am Stromverbrauch für E-Autos nachts höher ist, könnte genau dieser Anteil an Gasstrom nachts um vielleicht 20 oder mehr Prozent reduziert werden, wenn nachts keine E-Autos am Netz hängen. Oder sogar auf Null, wenn ein kräftiger Wind bläst.

Der zur Zeit extrem hohe Preis für Gasstrom bestimmt den Strompreis. Das heißt, der Strompreis für alle könnte erheblich günstiger sein, ohne E-Autos. So oder so, jedes E-Auto fährt immer mit einem hohen Anteil an Braunkohlenstrom und in Mangelzeiten mit Russen-Gas. Und zwar dann nur mit Russen-Gas, eben weil dieser Gasstrom nur produziert werden muss, weil es E-Autos gibt.

So würde ich mir wünschen, dass jemand Aufkleber herstellt und verkauft, die den Lack nicht beschädigen, mit der Aufschrift: „Ich fahre mit Braunkohle“ oder „Ich fahre mit Russen-Gas“. Die könnte man dann auf E-Autos kleben, um die E-Autofahrer von ihrem hohen Ross zu holen. Die Obergrünen, die sich die teuren E-Autos überhaupt leisten können und so ökologisch/politisch korrekt mit ihrem Reichtum angeben können. Das wäre vorbei, wenn man sich bezüglich E-Autos und ihrer fatalen Ökobilanz endlich ehrlich machte. Ich denke da auch an die armen Bauern in Südamerika, denen die Lebensgrundlage mit dem Raubbau für Lithium genommen wird. Der grüne Wahnsinn muss ein Ende haben.



Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Bargeldobergrenze von 10.000 Euro dank Faeser?

15. 11. 2022



Schleichende Bargeldabschaffung durch Faeser?

Geplante Bargeldobergrenzen und die Bezeichnung des digitalen Euro als „Innovationssprung“ durch Finanzminister Lindner verunsichern die Bürger.

Viele befürchten, angesichts des Vorpreschens von Bundesinnenministerin Nancy Faeser möglicher Weise zu Recht, eine völlige Abschaffung des Bargelds durch die Politik.

Faeser prescht mit „fadenscheinigen Begründungen“ vor

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) begründet ihre Forderung, eine Bargeldobergrenze von 10.000 Euro einzuführen, in erster Linie mit erkennungsdienstlichen Erfahrungen aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität.

In einem aktuellen [Interview mit der Bild am Sonntag \(BamS\)](#) erläutert die Ministerin, „ein 30.000-Euro-Barkauf von Schmuck oder Uhren sollte bald der Vergangenheit angehören. Ich setze mich für die Einführung einer allgemeinen Bargeldobergrenze von 10.000 Euro ein. Das verringert die Gefahr, dass Vermögenswerte von Kriminellen verschleiert werden.“

Faeser schließt sich damit einem Vorschlag der EU-Kommission an, den diese bereits im Juli des Vorjahres bezüglich einer europaweit geltenden Obergrenze für Zahlungen mit Bargeld ins Spiel gebracht hatte.

Dazu hieß es [beim Europäischen Verbraucherzentrum Deutschland](#) bereits im September 2021, „wenn Sie im EU-Ausland höhere Geldbeträge begleichen wollen, zum Beispiel beim Autokauf, müssen Sie sich an gewisse Spielregeln halten. Wer mit Bargeld im Gesamtwert von über 10.000 Euro in die EU einreist oder aus der EU ausreist, muss den Betrag beim Zoll anmelden“.

Außerhalb EU genau gegenteiliger Trend

Um die Ausgaben besser „kontrollieren“ zu können setzten beispielsweise die Briten wieder vermehrt auf Bargeld.

Ministerin Faeser hingegen gehe es laut der *BamS* angeblich darum, „kriminelle Strukturen zu zerschlagen und deren Einnahmen konsequent zu entziehen“. Entsprechende Obergrenzen gelten zum Beispiel bereits in Frankreich und liegen bei 1.000 Euro für Einheimische und 10.000 Euro für nicht dauerhaft in Frankreich ansässige Personen.

Der Umgang mit Bargeld in den genannten Größenordnungen gilt unter Normalbürgern angeblich als eher untypisch. Kritiker entsprechender Maßnahmen vermuten in den Plänen jedoch den Anstoß eines kontinuierlichen Prozesses, der zur vollständigen Bargeldabschaffung führen soll.

Im Bereich der Waren und Dienstleistungen sind die [Höchstgrenzen für Bargeldzahlungen](#) unter den EU-Ländern bislang wie nachstehend festgesetzt:

in Griechenland bei 300 Euro

in Spanien bei 1.000 Euro

in Italien bei 2.000 Euro

in Belgien bei 3.000 Euro

in Bulgarien bei 5.000 Euro

in Kroatien bei 15.000 Euro

Holland hat keine Höchstgrenze, allerdings „eine Verpflichtung zur Meldung auffälliger Zahlungen über 2.000 Euro“.

Keine Höchstgrenzen für Bargeldtransaktionen gelten bis dato in Deutschland, Österreich, Dänemark, Luxemburg, Finnland, Norwegen sowie in Großbritannien und Irland.

Lindner „setzt noch einen drauf“

Finanzminister Christian Lindner (FDP) sorgte jüngst durch einen Twitter-Beitrag für das erneute Aufflammen von Gerüchten über eine drohende Bargeldabschaffung. Dazu schrieb er am 7. November.

„Die Einführung eines digitalen Euro sollten wir für einen großen Innovationssprung nutzen. Digitales Bargeld kann unseren Alltag leichter machen und ein Wachstumsmotor für die Wirtschaft sein.“

In einer Bundestagsrede am 11. November betonte er, dass ihm zufolge „Geldwäsche und Steuerhinterziehung nicht nur Betrug am Fiskus, sondern Betrug an der gesamten Gesellschaft“ darstellten.

Den Sorgen der Bürger hinsichtlich der Wahrnehmung einer politisch motivierten Bargeldabschaffung begegnete der Minister noch am 7. November mit einem weiteren Twitter-Beitrag.

„Es ist keine Rede davon, das Bargeld abzuschaffen. Im Gegenteil, wir arbeiten daran, dass der geplante digitale Euro in Sachen Privatheit dieselben Eigenschaften hat wie der gedruckte und geprägte Euro.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Julian Reichelt, ehem. Chefredakteur bei BILD, gastierte bei Kurt Krömer



paperpress

seit 1976



Nr. 607-17

15. November 2022

47. Jahrgang

Julian Reichelt



Kita-Kinder lernen, ihre Eltern zu überwachen: Die ekelhafteste Polit-Propaganda seit dem DDR-Ende



Achtung, Reichelt!

Abonnieren

13.386



Teilen

Abbildung: YouTube

Sollten Sie vorgehabt haben, sich heute Abend im rbb um 22:15 Uhr die neueste Folge von „Chez Krömer“ (jetzt schon in der Mediathek) anzuschauen, können wir Ihnen nur empfehlen, die Zeit sinnvoller zu verbringen. Es lohnt sich nicht. Bei Kurt Krömer zu Gast war Julian Reichelt, ehemaliger Chefredakteur der BILD. Die Abneigung Krömers gegenüber Reichelt zelebriert er von der ersten bis zur letzten Sekunde.

Rauchend betritt Krömer den Verhörraum, nimmt sich ein Getränk, bietet Reichelt nichts zu Trinken an, hakt mit seinem 390 Euro Mont Blanc Meisterstück den Fragenkatalog ab, und konfrontiert seinen Gast mit allen hinreichend bekannten Beschwerden und Rügen über die Berichterstattung in BILD. Nach 25 von 30 Minuten Sendezeit zündet sich Reichelt selbst eine Zigarette an. Das bekannte Schlussbild, wenn er sich mit seinem Gast hinter zwei Stehpulten verabschiedet, fiel aus, Krömer verlässt den Raum, schließt die Tür, lässt Reichelt sitzen und entschwindet in den Kulissen.

Reichelt erhielt in der Sendung Gelegenheit, alles zu relativieren. Zu den Frauen-Affären in der Redaktion sagte er nichts, wich aus und warf Krömer vor, „unlauter“ zu sein, beklagte „den Einbruch in seine Privatsphäre“, beschwerte sich über die „Kampagne“ gegen ihn, nannte Krömer einen „ekelhaften Vollstrecker“ von wem auch immer, drohte mehrfach damit, die Sendung zu verlassen, wenn das nicht aufhöre und wisse bis heute nicht, warum er bei BILD entlassen wurde. Gegen all das, was BILD häufig vorgeworfen wird, verwahrt sich Reichelt. Nein, so einen Scheiß muss man sich nicht antun.

Während es natürlich vollkommen in Ordnung ist, dass jeder wissen will, wofür der öffentlich-rechtliche Rundfunk Geld ausgibt, verrät Reichelt nicht, wer sein YouTube Format „ACHTUNG REICHELT!“ finanziert. 20 Beschäftigte soll er von BILD abgeworben haben. Und alle bekommen am Monatsende Geld, von wem, wissen nur die Empfänger.

230.000 Abonnenten lassen sich von Reichelt die Welt erklären, so zum Beispiel in der 40-minütigen Folge „Kita-Kinder lernen, ihre Eltern zu überwachen: Die ekelhafteste Polit-Propaganda seit dem DDR-Ende.“ Das muss man sich wirklich antun, vor allem geeignet für Beschäftigte in Kindertagesstätten, Eltern, Anhänger und Politiker der Grünen und Linken.

<https://www.youtube.com/watch?v=22qDq3aUQcE>

Die Grünen würden „Angst, Angst, Angst“ verbreiten, wirft Reichelt der Partei vor, verbreitet aber selbst Angst vor der „Grünen Umerziehung“ unserer Kinder. Vergleiche mit der DDR müssen natürlich erhalten. Können Eltern sorglos ihre Kinder in den Tagesstätten abgeben? Reichelts Antwort ist eindeutig. Erzieherinnen und Erzieher bemühen sich, auch schon den Kleinsten ein umweltbewusstes Verhalten beizubringen. In Reichelts Augen ist das blanke Indoktrination.

Muten Sie sich die „Reichelt-Doku“ zu, wenigstens für ein paar Minuten. Wir würden uns über eine Reaktion freuen.

Ed Koch

04) Katar - Warum nur? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 607-15

13. November 2022

47. Jahrgang



Katar – Warum nur?

Die Mediatheken von ARD und ZDF sind prall gefüllt mit Dokumentationen über die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar. Eigentlich ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem. Selten geht es in der Berichterstattung um Fußball, sondern vielmehr um alles drumherum, vor allem natürlich um Katar und die dortigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Katar ist mit 11.627 qkm etwa halb so groß wie Mecklenburg-Vorpommern. Von den 2,7 Millionen Einwohnern besitzen nur zehn Prozent die Staatsangehörigkeit des Landes, der weitaus größere Teil besteht aus „Arbeitsmigranten“. 6.500 von ihnen sollen beim Aufbau der Fußballstadien gestorben sein.

Sigmar Gabriel sagt, dass wir Katar nicht nur als Tankstelle betrachten sollen, weil dort rund 13 Prozent der weltweit verfügbaren Gasvorkommen liegen. Die Schlange vor dieser Tankstelle ist aber lang, und wir stehen mittendrin. Katar ist eine lupenreine Diktatur, aber mit einer positiven Entwicklung, wie uns Herr Gabriel verrät. All das und vieles mehr haben wir inzwischen aus zahllosen Dokumentationen erfahren.

Die ARD widmet dem Thema dennoch einen ganzen langen Fernsehabend. Los geht es um 20:15 Uhr mit der Frage „Katar – Warum nur?“. „Fans und Spieler fragen sich ebenso wie der überwiegende Teil der Weltöffentlichkeit: Warum findet die Fußball-WM in diesem Jahr in Katar statt? **Thomas Hitzlsperger** als ehemaliger leidenschaftlicher Nationalspieler und Bundesliga-Manager kritisiert die WM-Vergabe – aber er resigniert nicht, er will verstehen.“

Sollten wir nach 45 Minuten immer noch nichts verstanden haben, helfen uns ab 21:00 Uhr **Frank Plasberg** und seine Gäste bei „hart aber fair“ auf die Sprünge. Neben **Thomas Hitzlsperger**, dessen Dokumentation wir zuvor gesehen haben, gehören zum Erklär-Team Sportministerin **Nancy Faeser**, **Tugba Tekkal** (Ex-Bundesligaspielerin, macht einen „Spiegel“/„Spotify“-Podcast zu Katar: „Ausverkauft“), **Willi Lemke** (ehem. Manager SV Werder Bremen und ehem. UN-Sonderbotschafter Sport), und der DFB-Mediendirektor **Steffen Simon**. Mal hören, ob an irgendeiner Stelle auch über Fußball gesprochen wird.

Nach den „tagesthemen“ geht es um 22:50 Uhr weiter mit „WM der Lügen – wie die FIFA Katar schönredet.“ „Hat diese WM wirklich die Gesellschaft Katars nach vorne gebracht oder hat sie sie weiter

gespalten? Man darf Zweifel haben, ob die FIFA mit diesem Turnier tatsächlich den Fußball in der Region unterstützt hat oder ob sich der Weltverband im reichsten Land der Welt vor allem fürs Finanzielle interessiert. „WM der Lügen“ schaut hinter die Hochglanzbilder, hinterfragt die flauschigen Werbebotschaften und prüft die gutausschenden Zahlen. Ein Faktencheck für den Fußball.“

Die beiden Dokumentationen sind vorab in der Mediathek zu sehen, „hart aber fair“ aus verständlichen Gründen erst morgen.

Höhepunkt des Abends



Um 23:20 Uhr beginnt der Höhepunkt des Abends, leider noch nicht in der Mediathek verfügbar. „**Infantinos Friseur** – **Leo Marchetti** und die FIFA-

Milliarden“ ist der Titel der inzwischen 13. Persiflage innerhalb **Olli Dittrichs** TV-Zyklus. „Es gilt als offenes Geheimnis, dass FIFA-Funktionäre in entscheidenden Momenten die Hand aufhalten. Doch wie funktioniert das geheime Milliardengeschäft Fußball? Wie schleust man Schmiergelder an den Ermittlern vorbei? Sind womöglich prominente Gesichter beteiligt, die wir alle kennen? Und wo ist vielleicht sogar die Grenze der Geschäftemacherei?“

Wo anders als beim Friseur laufen die Fäden zusammen. **Leo Marchetti** ist der Figaro der FIFA, ob **Sepp Blatter** oder **Gianni Infantino**, alle saßen auf seinem Stuhl. Jetzt packt er aus. Uns erwartet die Enthüllung der wahren Machenschaften. Und wer danach immer noch nicht müde ist, kann sich ab 00:15 Uhr bis 02:15 Uhr die viertellige Dokumentation „Katar – WM der Schande“ anschauen.

Das ganze Katar-Gejammer ist allerdings ziemlich verlogen. Alle Versuche, die Entscheidung vom 2. Dezember 2010, die WM an Katar zu vergeben, rückgängig zu machen, scheiterten. Die WM nun durch Nichtanschauchen der Spiele zu boykottieren, ist lächerlich. Fußballfans werden so oder so vor der Glotze sitzen. Und wenn dies in ihrer Lieblingskneipe, die sich am TV-Boycott beteiligt, nicht möglich ist, dann eben zu Hause. ARD und ZDF übertragen live, wir haben es bezahlt, also können wir auch zuschauen. Keinem toten Arbeitsmigranten nützt jetzt noch der Boykott.

Ed Koch

05) Peter Priskil: Der Kalte Krieg. Wie der Mono-Imperialismus in die Welt kam. Band 1

Buchvorstellung

12. 11. 2022



Das ungefähre halbe Jahrhundert nach dem 2. Weltkrieg, das unter der Epochenbezeichnung „Kalter Krieg“ firmiert, endete mit der Zerstückelung der ökonomisch und technisch rückständigen (eine historische Erblast), daher militärisch unterlegenen und mit atomaren Erstschlagswaffen eingekreisten Sowjetunion. In der entscheidenden letzten Dekade unter US-Präsident Reagan hatte man sie vor die „Alternative“ gestellt, entweder mit einem „Winseln“ oder mit einem „großen Knall“ unterzugehen (mit Westdeutschland als Raketenrampe), also zu kapitulieren oder atomar enthauptet zu werden. Wer sagt das schon in dieser Deutlichkeit? Außer dem Autor dieses Buches keiner, der sich eingehender mit diesem Thema befasst hat.



Wer sich gerne etwas vormachte bzw. einreden ließ, der konnte nach dem Untergang der Sowjetunion so tun, als sei „alles gegessen“, die Schwächsten im Geiste frohlockten vielleicht sogar. Aber in den drei Jahrzehnten danach hat sich der Lebensstandard in den mitteleuropäischen Industrienationen in etwa halbiert, die Überwachung nimmt Orwellsche Ausmaße an, die ganze Welt wurde in den Corona-Knast gesteckt, und die Messer werden weiter geschliffen: Räterussland soll, so die Aussage führender US-Militärs, „balkanisiert“ werden, also dem Beispiel Jugoslawiens folgen. Wir erleben es gerade. Wer diesen trüben und drückenden Jetztzustand begreifen will, kommt um die Lektüre von Priskils Buch nicht herum.

Seine Studie beginnt mit den atomaren Massakern von Hiroshima und Nagasaki, die keineswegs das beschleunigte Ende des 2. Weltkriegs herbeiführen sollten – Nazi-Deutschland hatte schon kapituliert –, sondern den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion eröffneten. Die ersten rund 100 Seiten des Buches lesen sich wie eine spannende Anatomie dieses Menschheitsverbrechens, das die gängige Historiographie verschämt – wenn überhaupt! – als „Sünde“ bezeichnet. Priskils Herangehensweise an die komplexe Materie ist durchaus originell: Er präsentiert rund 30 sogenannte „Legenden“, d.h. Mediensuggestionen und Presselügen (das so treffende Schlagwort „Lügenpresse“, das den professionellen Lügner wie eine Ohrfeige auf der Backe brannte, war noch nicht geprägt), welche die aggressive Konfrontationspolitik der NATO, also der USA rechtfertigten, beschönigten, als pure Notwendigkeit zum Schutz der „freien Welt“ darstellten, und widerlegt sie durch eine ausführliche Darlegung der Fakten, mit unterdrückten oder längst in Vergessenheit geratenen Dokumenten.



Als eine Besonderheit des Buches muss gelten, dass Priskil nicht nur als sachkundiger Historiker schreibt, der nicht an der Staatsleine hängt, sondern für die letzten beiden Jahrzehnte dieser Ära auch aus der Perspektive des Zeitzeugen und ab 1980 als politischer Aktivist. So benennt er die völkerrechtswidrigen Kriege des westlichen Militärbündnisses respektive ihrer unbestrittenen Führungsmacht, der USA, gegen Korea, Kuba und Vietnam als das, was sie sind: imperialistische Verbrechen, deren ungeheurer Blutzoll nie gesühnt

wurde, weil die US-Präsidenten ihre Kriege im Gegensatz zu einem Hitler, Pavelić oder Mussolini gewannen (auch wenn einzelne Schlachten verloren gingen). Aufschlussreiche Schlaglichter illustrieren den Kampf der sog. „Dritten Welt“ um Unabhängigkeit vom spätkolonialen Joch im freiheitsfördernden, aber stets durch westliche Vorrüstung gefährdeten atomaren Patt: am Beispiel des kongolesischen Demokraten Patrice Lumumba (ermordet 1961); des chilenischen demokratischen Sozialisten Salvador Allende (ermordet am 9. September 1973); aber auch der Kampf der US-amerikanischen schwarzen Bevölkerung um Gleichberechtigung wird einer eingehenden Betrachtung unterzogen (am Beispiel des am 4. Dezember 1969 in einem Polizeiüberfall ermordeten „Black Panther“-Führers Fred Hampton).



Damit genug – man vergleiche Priskils Arbeit mit den Erzeugnissen beliebiger staatsloyaler, weil vom Staat besoldeter Akademiker, etwa vom Schlage eines Heinrich August Winkler („Geschichte des Westens“ – von welchem Punkt aus betrachtet? China liegt westlich von den USA...), der schon auch mal das politische Wort zum Sonntag im Bundestag vortragen durfte, dann wird man die Unterschiede schnell erkennen. Priskil leistet eine Geschichtsschreibung „gegen den Strich“, und das nicht nur überzeugend, sondern auch spannend zu lesen.

Peter Priskil: Der Kalte Krieg. Wie der Mono-Imperialismus in die Welt kam.

2 Bde. im Schuber, AHRIMAN-Verlag Freiburg, 1029 S., € 34,90 / ISBN 978–3-89484–822-4

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Deutsche Außenministerin stört sich am Christentum

Ein Gastbeitrag von BÁNÓ ATTILA

12. 11. 2022



Deutsche Außenministerin Baerbock mit US-Außenminister Blinken

Die deutsche grüne Außenministerin Annalena Baerbock spürte wohl, dass sich die Teilnehmer des G7-Gipfels durch das Kruzifix aus dem Jahre 1540, das einst im Friedenssaal des Münsteraner Rathauses aufgestellt war, gestört fühlten.

Baerbock kümmert sich nicht um öffentliche Meinung

Deshalb also nahm sie es für die Dauer des Treffens von dort ab – ohne sich um die Empörung eines großen Teils der deutschen Gesellschaft zu kümmern. Sie kümmerte sich nicht um die öffentliche Meinung – so wie auch erst kürzlich nicht, als sie auf einem Forum in Prag ihr Engagement für die Ukraine demonstrierte:

„Wenn ich den Menschen in der Ukraine verspreche, dass wir so lange auf ihrer Seite sein werden, wie sie uns brauchen, dann will ich das einlösen. Es spielt keine Rolle, was meine deutschen Wähler denken.“

Die Deutschen waren damals zwar empört und protestierten gegen ihre Aussage, schließlich aber überwog in ihnen die übliche Resignation, und sie gingen wieder nach Hause. Frau Baerbock folgerte daraus offenbar, dass sie sich bei ihren frommen Landsleuten alles leisten und sogar die Empfindungen der Christen kühn ignorieren könne.

Globalistische, antichristliche, linksliberale Kreise verachten Demokratie

Hätte die grüne Außenministerin die Mondsichel, ein muslimisches Symbol, von einem islamischen Denkmal entfernt, würde ihr Name wohl auf einer jener Todeslisten stehen. – Wegen der Entfernung des alten christlichen Symbols muss sie so etwas jedoch nicht fürchten. Denn ganz im Gegenteil punktet sie sogar in globalistischen, antichristlichen, linksliberalen Kreisen, denen auch sie selbst angehört.

Die deutsche Außenministerin Baerbock somit hat endlich zugegeben, das zu tun, was Menschen von einem elitären Ort aus wollen. Für die Mitglieder der globalen Elite spielen Demokratie und der Wille des Volkes schon lange keine Rolle mehr.

Das fragliche Kreuz im Münsteraner Rathaus wäre zwar „nur“ vorerst von seinem Platz genommen worden. Trotzdem erinnert alles aber doch an die alarmierenden Manifestationen destruktiver Instinkte gegenüber alten religiösen Symbolen.

Terroristische Methoden der Taliban erreichen den Westen

Wir erinnern uns gut an die Moschee in Mossul, die von Terroristen des Islamischen Staates gesprengt wurde. Noch schockierender war das menschenverachtende Vorgehen der Taliban in Afghanistan gegen die Buddha-Statuen in Bamiyan. Die islamische Eroberung erreichte das ehemalige buddhistische Zentrum, im zentralen Teil des Landes, zwar schon im X. Jahrhundert. Dennoch überlebten die aus der Felswand gehauenen, riesigen Buddha-Statuen das nächste Jahrtausend intakt. Dann kamen die fanatischen Taliban, welche dieses spektakuläre Weltkulturerbe in die Luft sprengten, bis nur noch irreparable Trümmer übriggeblieben waren.

Heute sind wir Zeugen dieses wahnsinnigen Prozesses, der seitdem in vielen Teilen der Welt das Schicksal geschützter Statuen und Denkmäler besiegelt hat. So z.B. in den USA, wo mittlerweile Ungerechtigkeiten der Bürgerkriegszeit von einigen wenigen an alten Statuen zurückgewiesen werden. – So wurde die imposante Reiterstatue des legendären konföderierten US-Helden, General Robert Edward Lee, in Charlottesville im Sommer 2017 entfernt, nachdem dem Druck von dummen Demonstranten nachgegeben wurde.

Vor zehn Jahren zerstörten islamische (salafistische) Extremisten achttausend Jahre alte Felsgravuren im Hohen Atlas im Süden Marokkos. Die Vandalen waren wütend über deren Sonnendarstellungen, welche sie für Götzendienst hielten. Salafistische Militante zerstörten auch marokkanische Moscheen, die auf der Liste des Weltkulturerbes standen.

Christen werden weltweit am meisten angegriffen

Sehr traurig ist freilich, dass immer mehr linksliberale Führer eines Europas mit christlichen und jüdischen Wurzeln eine beschämende Rolle bei der Schwächung des Christentums einnehmen. Annalena Baerbock ist nur eine von ihnen. – Traurig ist aber, dass Baerbock einen Platz im deutschen politischen Leben einnimmt, und dass es überhaupt einen Platz für Menschen wie sie geben kann.

Europa aus der Sicht eines Muslim

Und jetzt fangen wir nicht einmal bei den extremen Feinden des Christentums an, sondern versetzen uns an die Stelle eines durchschnittlichen Muslims. Denn in dessen Augen ist die deutsche Außenministerin ebenso eine Christin wie ihre christlichen Landsleute.

Wenn so ein Muslim hört, das Bearbock ein uraltes Kruzifix von seinem Platz entfernt hat, denkt ersterer nämlich, dass Christen ihre eigenen Symbole nicht wertschätzen. Und von da an wird er Christen mit noch größerer Verachtung betrachten. Und er wird aus seiner eigenen Sicht Recht behalten.

Ja, die Ministerin, indem sie sich auf diese Weise der linksliberalen Elite der G7 anpassen will, erweist dem Christentum einen sehr schlechten Dienst. Leider wurde aber auch jene auf den christlichen ideologischen und moralischen Grundlagen Europas aufgebaut, die ihr eine Heimat und einen Lebensunterhalt bieten.

Der Artikel erschien zuerst auf [Magyar Nemzett](#), einem unserer Kooperationspartner. Die Zwischenüberschriften wurden von der UM-Redaktion eingefügt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Dresden: Messehallen-Umbau für 500 „allein reisende Männer aus Afghanistan, Irak, Syrien und Türkei“

11. 11. 2022



Bildquelle: BILD

DRESDEN – Ab Montag wird die Messe-Halle 4 zur Notunterkunft für rund 500 Flüchtlinge umfunktioniert – ausschließlich für „allein reisende Männer aus dem Irak, Syrien, Afghanistan oder der Türkei“, berichtet [BILD](#).

Unter Hochdruck schrauben Handwerker und Messebauer derzeit in der Halle auf der Dresdner Messe, bauen Boxen und Container auf, laden Waschmaschinen, Notbetten, mobile Duschen aus. Die ersten „Schutzsuchenden“ werden im November eintrudeln, im Dezember werden dann weitere 100 Goldstücke erwartet.

Für „Flüchtlings“-Nachschub wird weiter gesorgt

Obwohl die vorhandenen Quartiere für „Flüchtlinge“ bereits aus allen Nähten platzen, tut die aktuelle Regierung alles, damit der Zustrom an „allein reisenden Männern“ ja nicht abreißt. So hat sich **Deutschland sofort bereit erklärt ein Drittel** der 200 „schiffbrüchigen Migranten des Rettungsschiffs ‚Ocean-Viking‘ aufzunehmen“, wie [t.online](#) berichtet. Der Schlepperkahn der Organisation SOS Méditerranée hatte am Mittwoch die sizilianischen Gewässer in Richtung Frankreich verlassen und wird für heute Freitag in Toulon erwartet, nachdem Italien sich tagelang geweigert hatte, das Schiff anlegen zu lassen.

Paris nannte die Weigerung Roms, die Shuttle-Schiffe künftig anlegen zu lassen, „inakzeptabel“. Natürlich hat auch EU-Kommission hatte angesichts des Streits mit Italien darauf verwiesen, dass Regierungen gesetzlich verpflichtet seien, Schiffbrüchigen zu helfen. Der Schönheitsfehler dabei: Sind das wirklich Schiffbrüchige, die da von nordafrikanischen Schleuserbanden zu europäischen „Rettungsschiffen“ gesendet werden und wenn ja, ist nach der „Rettung“ nicht der nächste Hafen abzulaufen?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Demnächst auch Milliarden für zahlreiche Staaten: „Warum Deutschland Klima-Reparationen zahlen soll“

10. 11. 2022



Bild: Shutterstock



Weshalb Deutschland Reparationen an Vanuatu zahlen soll

Wer Zerstörung verursacht, muss zahlen – dieses Prinzip wollen viele Staaten auch auf die Klimakrise anwenden. Für Deutschland geht es um Milliardensummen, schreibt das Nachrichtenmagazin [t-online](#) in einem langen Artikel über die Schwierigkeiten von Ländern mit Überflutungen.

Neben den sattsam bekannten Berichten über die weltweiten Naturkatastrophen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, steht das Thema „Entschädigungen“ für Drittwelt-Länder im Mittelpunkt der Berichterstattung des Artikels. Und natürlich auch, wie man diese Länder „entschädigen“ könne. Lassen wir auch außer Acht, inwieweit Länder wie Deutschland „schuld“ seien, beispielweise am Hochwasser in Pakistan mit unzähligen Toten und die „acht Millionen“ Vertriebenen dort, wie es heißt.

Die Botschaft des Aufzeigens derartiger Zustände ist jedoch die: Wir sind schuld, und deshalb ist es unsere moralische Verpflichtung wieder ein paar Milliarden locker zu machen. Und welche Adresse bietet sich da besser an als Deutschland? Denn dort sind Moralapostel am Ruder, die nichts lieber machen, als sich als Retter der ganzen Welt aufzublasen. Als Weltsozialamt, Weltgesundheitsamt oder Weltluftkurort (für den Klimaflüchtling) freut man sich förmlich darauf, sich auf Kosten des Steuerzahlers auch als Weltklimaretter einen Namen zu machen. Das wissen auch die betroffenen Staaten und richten logischerweise ihre Forderungen an das Land, welches bald unter der Zahllast für Habenichtse und unter der kommenden De-Industrialisierung zusammenbrechen wird.

Deshalb wollen wir die entsprechende Teststelle im t-online-Artikel hier wörtlich wiedergeben:

„Deutschland in Ägypten im Fokus

*Und auch die diesjährige Klimakonferenz begann mit einem Teilsieg für die Entwicklungsländer: Entgegen der ursprünglichen Planung wurde „Loss and Damage“ erstmals mit förmlichen Verhandlungen auf die Agenda gesetzt. Von einem „historischen Schritt“ sprach die ägyptische Präsidentschaft. Und **das Augenmerk liegt nun auch auf Deutschland**: Zusammen mit der chilenischen Umweltministerin Maisa Roja ist Jennifer Morgan, Staatssekretärin im Außenministerium, offizielle Vermittlerin für das Thema.*

*Bereits im Oktober sendete Morgan das Signal, **Deutschland würde nun mehr Verantwortung übernehmen**: ‚Die Industrieländer müssen wirklich mehr tun, um die vulnerabelsten Länder zu unterstützen‘, sagte sie der Nachrichtenagentur Reuters. „Wir sind lösungsorientiert, aber es braucht Zeit.“ Konkreter wollte das Auswärtige Amt, welches die deutsche Delegation in Scharm el-Scheich leitet, trotz mehrerer t-online-Anfragen nicht werden.“ (Anmerkung: Hervorhebung durch unsere Redaktion)*

Muster-Wiedergutmacher und Zahlmeister Deutschland prescht vor

Dass, wenn es ums Zahlen geht, Deutschland da wieder einen Spitzenplatz einnehmen will, versteht sich von selbst. Ganz in diesem Sinnen verspricht Kanzler Scholz eine deutsche Beteiligung von 170 Millionen Euro – deutlich mehr als der erwartete zweistellige Millionenbetrag. Diese Mittel sollen **zusätzlich** zu bereits geplanten Mitteln für den Kampf gegen die Klimakrise bereitgestellt werden, bestätigte das Entwicklungsministerium t-online. „Wir arbeiten daran, dass sich weitere Staaten an der Finanzierung beteiligen“, sagte eine Sprecherin. Gerade so, als ob Deutschland jetzt um Hilfe von anderen erbetteln muss.

Derartige Projekte bedürfen einer internationaler Lösung. Die Herrschaften, die jetzt wie bei vergangenen Klimakonferenzen, wieder mit über 400 Privat-Jets und Regierungsflugzeugen in Ägypten eingetrudelt sind, haben nach unserem Dafürhalten nicht das Zeug dazu, die Welt zu retten und Deutschland alleine wird es auch nicht schaffen.

Regierungsflugzeug in Zypern „diskret“ geparkt – unverschämte Ausrede

Dazu eine kleine Pikanterie am Rande: Der Regierungs-Airbus mit der Scholz in Ägypten eintrudelte, hob gleich nach Verlassen der Deutschen Delegation wieder ab. Man flog zum Parken des Flugzeuges 800 Kilometer weiter nach Zypern und dann zum Abholen der Herrschaften die gleiche Strecke wieder zurück. Es hätte wohl keine gute Optik gemacht, wenn inmitten der vielen Privatjets der „Klimaretter“ das große Regierungsflugzeug wie eine fette Pute zu sehen wäre. Die offizielle Ausrede für dieses kostenintensive und klimaschädliche Versteckenspiel: es gab „Visa-Probleme der Crew“. Selbst wenn das stimmen würde, erhebt sich die Frage, hat eine Regierung, die nichtmal Visa für die Besatzung eines Regierungsflugzeuges organisieren kann, das Zeug dazu die ganze Welt zu retten?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Wie vor 130 Jahren – Wärmestuben und Suppenküchen „im besten Deutschland aller Zeiten“

09. 11. 2022



Es war gegen Ende des 19. Jahrhunderts als, aus der Not geboren, in Berlin die ersten Wärmestuben entstanden. Neben einer wärmenden Feuerstelle gab es dort auch Heißgetränke und Suppe.

Am 4. November 2022 belebte die Berliner Bürgermeisterin mit der „Charta der Wärme“ diese, aus der Not entstandene „Tradition“ in der Hauptstadt wieder, auch Suppe soll es wieder geben.

„Zurück in die Zukunft“ ohne Scham im „linken Berlin“

Am 4. November unterzeichneten Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), Sozialsenatorin Katja Kipping (Die Linke) und 20 Vertreter aus Kultur, Wirtschaft und Vereinen im Wappensaal des Roten Rathauses die sogenannte „Charta der Wärme“.

Damit startete das, in der Charta vereinbarte Projekt „Netzwerk der Wärme“. Die [Berliner Zeitung \(BZ\) berichtete](#) darüber. Demnach sollen Einrichtungen aus unterschiedlichen Bereichen in der kalten Jahreszeit ihre Räumlichkeiten zum Aufwärmen und zur Begegnung zur Verfügung stellen. Zum Konzept gehört auch das kostenlose Angebot von Tee, Kaffee und Suppe in den neu eröffneten Berliner Wärmestuben.

Clubs, Kirchen, Sozialeinrichtungen, das Technikmuseum und die neue Nationalgalerie beteiligten sich am „Netzwerk der Wärme“. Allerdings hätten zum Projektstart am Freitag nur Bibliotheken und Nachbarschaftstreffs ihre Räume als Wärmestube eingetragen.

Geld dafür noch nicht „abgesegnet“

Allerdings hätten zum Projektstart am Freitag nur Bibliotheken und Nachbarschaftstreffs ihre Räume als Wärmestube eingetragen.

Dies läge der BZ zu Folge daran, dass der Senat zwar elf Millionen Euro für das Projekt bewilligt habe, der Nachtragshaushalt aber noch nicht vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden sei.

Laut Giffey wurde die Energieversorgung der Berliner mittlerweile sichergestellt und Entlastungen auf den Weg gebracht. Die Einrichtung der Wärmestuben für die Bevölkerung diene dementsprechend nur der Beruhigung von Unsicherheiten und als Kommunikationstreffpunkt, beschwichtigte sie gegenüber der BZ.

„Man merkt, dass es Unsicherheiten gibt und sich die Leute Sorgen machen. Dem wollen wir etwas entgegensetzen. Orte, wo man mit anderen ins Gespräch kommt, wo man eine gute Zeit haben kann.“

Deshalb unterschieden sich die neuen Wärmestuben auch von ihren historischen Vorbildern. Es gebe keine offenen Feuerstellen zum Wärmen klammer Finger, teilte Berlins Bürgermeisterin mit: „Es ist sinnbildlich gemeint, es geht um menschliche Wärme!“

Nun Letztere lässt die gleichgesinnte Ampelregierung ganz klar vermissen, wie es im Laufe des Winters mit „Heizwärme“ aussehen wird ist ebenfalls unklar, aber in Berlin scheint das Problem ja nun zumindest „gelöst“ zu sein.

Die erste Wärmestube wurde in Berlin 1891 am Alexanderplatz eingerichtet und konnte bis zu 500 Menschen aufnehmen. In der Kaiserzeit gehörten Wärmestuben, Volksküchen und Nacht-Asyle in Berlin zur Armenfürsorge.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**10) „SPIEGEL“-Klima-Hysteriker wärmen Cover von 1986 nach 36 Jahren
2022 wieder auf**

05. 11. 2022



.Spiegel Cover 1986 und 2022

Man muss dem „SPIEGEL“ geradezu dankbar für seine Klima-Panikmache sein. Denn nirgends zeigt sich die verlogene Hysterie dermaßen durchsichtig, wie auf diversen „SPIEGEL“-Covern.

Hatte der SPIEGEL bereits 1986 den Kölner Dom unter Wasser gesetzt, so droht dem weltberühmten Sakralbau auch 2022 das gleiche Schicksal. Nur noch dramatischer: Die See ist aufgewühlter, das Bauwerk ist von einer Mauer umgeben, denn man tut ja inzwischen was – vermutlich vergeblich, außer wir deindustrialisieren uns komplett und fahren nur mehr Rad statt Auto.

„Rette sich wer kann“

Setzte man 1986 noch auf Panikmache pur, man sprach von „Ozon-Loch, Pol-Schmelze, Treibhaus-Effekt“, so ist die Botschaft 2022 gänzlich auf den Menschen zugeschnitten: „Rette sich, wer kann“, „Das 1,5-Grad-Ziel wird verfehlt – wie Deutschland sich jetzt wappnet“. Indirekt soll wohl dadurch auch für den kommenden „Klima-Flüchtling“ Verständnis geschürt werden. Bleibt für ihn zu hoffen, dass in Köln neben dem Dom dann nicht auch die allseits bekannte Groß-Moschee unter Wasser steht.

Kölner Dom nicht nur von Wasser bedroht

Wer nun SPIEGEL-gläubig fürchtet, dass er bald bis zur Unterkante/Oberlippe im Wasser stehen wird, soll wissen, dass die Gefahr auch völlig anderer Natur sein kann. Um das zu

begreifen, halfen uns Spiegel-kongeniale CO-Hysteriker weiter. Nachdem das „Klima“ frei nach der Bauernregel: „Kräht der Hahn auf dem Mist, so verändert sich das Wetter, oder es bleibt wie es ist“ – völlig unberechenbar bleibt, hat man uns in den letzten Jahrzehnten auf allerlei andere Szenarien warnend vorbereitet. Im Zentrum stand wieder der Kölner Dom, nur einmal in einer Wüste, dann wieder vom Eis umringt. Wir bekommen es kalt/warm so zu sagen – fest steht nur: Wir werden alle bald sterben. Irgendwie halt.



Zum Abschluss ein kleiner Trost

Um die Kölner Domherren brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, da Kardinal Rainer Maria Woelki bereits Vorsorge getroffen hat. Aus Lampedusa ließ er vor ein paar Jahren um viel Geld ein Flüchtlingsboot in den Kölner Dom bringen, um von dort aus zu predigen (siehe Bild). Dieses fluchterprobte Schinackel könnte im Notfall dann wieder zum Einsatz kommen und in See stechen. Eine ganze Ladung feister Domherren ließe sich da locker unterbringen.



Uns hingegen bleibt die Hoffnung, dass die Klima-Krise doch nicht so schlimm ausfallen könnte, wie kolportiert. Denn stünde die Welt wirklich vor dem Klima-Kollaps, wäre der „Kampf gegen Putin“ wohl zweitrangig! Statt Kriegshetze müsste man umgehend für Frieden sorgen. Denn nichts versaut aktuell die Luft mehr, als der Krieg in der Ukraine und die Folgen der „neuen Energie“ wie Fracking-Gas, das mit Frachtschiffen, die hunderttausende Tonnen Schweröl im Atlantik verfeuern werden, von Amerika nach Europa gebracht werden wird. Das alles stört die Klimahysteriker, wie die SPIEGEL-Redaktion oder die Klima-Klima Kleber natürlich nicht. Umweltsünder können auch „gut“ sein, wenn es gilt, die lieben Ukrainer vor den bösen Russen zu schützen.

Die Wahrheit ist, dass hier eine weitere Agenda umgesetzt wird: Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich. Wir verweisen auf unseren Artikel vom letzten Jahr:

„Energiewende soll dank ‚Klimakrise‘ und Klima-Hysterie Groß-Konzernen Milliarden Gewinne verschaffen“

Dazupassend auch unser soeben erschienener Beitrag:

„Klima-Proteste von US-„Philanthropen“ finanziert – Nähe zu Öl-Multis“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Erdogan behauptet Scholz habe Haltung gegenüber Russland geändert

05. 11. 2022



Macht Scholz den Schwenk in der Russland-Strategie?

Bundeskanzler Olaf Scholz soll seine Position zu Russland geändert haben. Das erklärte zumindest der türkische Präsident Erdogan.

Demnach plädiere der Kanzler nun dafür, eine gemeinsame Sprache mit der Kremlführung zu finden. Fraglich bleibt allerdings, ob die Bundesregierung ihre Haltung zum Ukraine-Krieg revidieren wird.

Gemeinsame Basis mit Putin?

Der deutsche Bundeskanzler habe seine Haltung gegenüber Russland geändert und gesagt, dass „wir eine gemeinsame Basis“ mit dem russischen Präsidenten Putin finden sollten, erklärte der türkische Präsident am 2. November.

Erdogan verwies dabei auf ein Telefonat mit Olaf Scholz vom 1. November und unterstrich dabei die Bedeutung „persönlicher Beziehungen“, um „die wichtigsten Schritte“ in der Diplomatie zu vollziehen.

„Die Diplomatie der Staats- und Regierungschefs ist entscheidend für die Lösung von Problemen. Selbst der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hatte vor einem Monat noch eine ganz andere Position zu Putin, aber inzwischen hat er seine Haltung zu Russland geändert und plädiert dafür, eine gemeinsame Sprache zu finden“, so Erdogan.

„Putin macht keinen Schritt zurück“

Der türkische Präsident Erdogan betonte, dass der russische Präsident „nicht jemand ist, der einen Schritt zurück macht, wenn man sich gegen ihn stellt“.

Russland stieg am 2. November wieder in das, am 29. Oktober ausgesetzte Abkommen zum Export von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer, ein.

Auf Vermittlung der Türkei habe die Ukraine zugesichert, den Seekorridor nicht für Kampfhandlungen gegen Russland zu nutzen. Das sei für den Moment ausreichend, um das Abkommen zu erfüllen, hieß es seitens Moskau am 2. November.

Ende September ist es an den Nord-Stream-Pipelines zu Explosionen gekommen. Russland, Dänemark, Schweden und Deutschland gehen dabei von Sabotage aus. Nachdem das russische Verteidigungsministerium am 29. Oktober, Großbritannien der Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines beschuldigt hatte, sah dann auch der russische Sicherheitsrat die britische Marine hinter den Anschlägen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Kreuz aus Friedenssaal während G7-Treffen entfernen

04. 11. 2022



Die Aversion der aktuellen Machthaber und im Besonderen der Grünen zum Christentum verhält sich offenbar verkehrt proportional zur Liebe dieser „fortschrittlichen“ Leute zum Islam. Anders ist es nicht zu erklären, dass ohne Not Symbolik und Feierlichkeiten unserer abendländischen Kultur zunehmend durch Riten und Gebräuche einer importierten orientalischen Wüstenreligion ersetzt werden. Die obendrein noch dazu das Gegenteil von dem vorschreibt, was gemeinhin als „fortschrittlich“ bezeichnet wird. Nachdem gerade Claudia Roth mit ihrem Vorhaben die Bibelsprüche am Berliner Schloss zu überblenden auffällig wurde, setzt nun Annalena Berbock mit einer weiteren Aktion gegen das Christentum nach. Die grüne Bundesaußenministerin hat für die Dauer des G7-Gipfels das Jahrhunderte-alte Kruzifix aus dem Friedenssaal im Historischen Rathaus in Münster entfernen lassen.

Das Ratskreuz zählt noch dazu zum festen Inventar des Friedenssaales. Auf den Foto- und Filmaufnahmen, die am Donnerstag und Freitag aus Münster rund um die Welt gehen, wird es allerdings nicht zu sehen sein. Auf Bitten des von Baerbock geführten Außenministeriums sei das Ratskreuz für die Dauer des G7-Treffens aus dem Friedenssaal entfernt worden, bestätigte die Stadt Münster auf Anfrage, der *Westfälischen Nachrichten*.

Das Außenamt habe seine „Bitte“ damit begründet, dass Menschen mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund an dem Treffen teilnehmen würden. Eine solche Bitte sei bislang noch nie an die Stadt gerichtet worden, heißt es aus Kreisen der Verwaltung. Das ist natürlich eine fiese Ausrede, denn kaum einer der anwesenden G7-Politiker würde sich wegen dem Kreuze „beleidigt“ fühlen. Hier soll vielmehr ein Zeichen bzw. ein Signal in Richtung „Abschied vom Abendland“ gesetzt werden, indem Baerbock einen wichtigen Teil der Geschichte aussperrt: das 482 Jahre alte Ratskreuz!



G7-Gipfel im Friedenssaal – an dieser Stelle (weißer Pfeil) hing beinahe 500 Jahre das historische Kreuz bis eine Baerbock die temporäre Entfernung anordnete.

Das G7-Außenministertreffen findet nämlich ausgerechnet im geschichtsträchtigen Friedenssaal von Münster statt: Der war 1648 Schauplatz der Beschwörung des Spanisch-Niederländischen Friedens – Teil des Westfälischen Friedens.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Völlig falscher Ansatz, Herr Buhrow. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 607-08

4. November 2022

47. Jahrgang



Völlig falscher Ansatz, Herr Buhrow



Quelle: BILD-Zeitung

Nicht erst seit der Schlesinger-Affäre führt BILD einen unerbittlichen Krieg gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wer BILD TV eine Stunde lang gesehen hat, weiß, warum es den ÖRR in Deutschland geben muss. Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, **Tom Buhrow**, hat jetzt als „Privatperson“ eine Rede vor dem Hamburger Übersee-Club gehalten, in der er sich Gedanken um die Zukunft des ÖRR machte. Sendeanstalten der ARD könnten zusammengelegt werden, sogar eine Fusion von ARD und ZDF brachte er ins Spiel.

„Mein fester Eindruck ist: Deutschland scheint uns in zehn Jahren nicht mehr in dem Umfang zu wollen – und auch finanzieren zu wollen wie heute.“, sagte Buhrow. Also: erst einmal ist Buhrow, wenn er irgendwo auftritt und sich zu seinem Job äußert, nicht Privatperson. Zweitens redet der Mann Unsinn. Millionen Menschen sehen und hören täglich die Programme von ARD und ZDF, auch noch in zehn Jahren. Sendeanstalten zusammenzulegen, um Kosten zu sparen, ist der falsche Ansatz. Richtig wäre es, die immensen Gehälter des aufgeblähten Verwaltungsapparats zu deckeln. Wir brauchen keinen Einheitssender, sondern einen Gehaltsdeckel. Nicht über das Programm ärgern sich die Menschen, sondern über die Entgleisungen völlig aus der Bahn geratener Funktionäre. Um das zu verhindern, müssen die Kontrollgremien gestärkt werden. So etwas wie beim rbb darf sich nicht wiederholen.

Buhrow stellt die Frage: „Will Deutschland im 21. Jahrhundert weiter parallel zwei bundesweite, lineare Fernsehsender?“ Warum nicht? Was spricht dagegen. ARD und ZDF befinden sich in einem guten Wettstreit, der entfeile, wenn es einen Einheitsbrei-Sender gäbe. „Soll einer ganz verschwinden und der andere bleiben? Oder sollen sie fusionieren, und das Beste von beiden bleibt erhalten?“ Was ist das „Beste“? Florian Silbereisen oder Thomas Gottschalk? Die tagesthemen oder das heute-journal? extra 3 oder die heute-show? Wer soll das ent-

scheiden. Es ist gut, dass es beides gibt. „Zudem warb Buhrow dafür, offen über ein bundesweites Radio zu diskutieren, was es bislang innerhalb der ARD nicht gibt.“ Wie bitte? Was ist denn bitte schön das Deutschlandradio?

Betrachten wir die Sache doch einmal von der wirtschaftlichen Seite: Was bekommt man für 18,36 Euro im Monat?

Bundesweit empfangbar: ARD Das Erste mit den Spartenprogrammen one, tagesschau 24 und alpha, sowie die Regionalprogramme Bayerischer Rundfunk, Hessischer Rundfunk, Mitteldeutscher Rundfunk (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Norddeutscher Rundfunk (Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), Radio Bremen, Rundfunk Berlin Brandenburg, Saarländischer Rundfunk, Südwest Rundfunk (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), Westdeutscher Rundfunk (Nordrhein-Westfalen). ZDF und die Spartenprogramme zdf-info und zdf-neo. Hinzu kommen die Gemeinschaftssender phoenix, Kika, 3sat und arte sowie 67 regionale Rundfunksender.

Worüber unterhalten wir uns eigentlich? Was erzählt Herr Buhrow für einen Unsinn? Es ist misslich, dass wir mit unseren 18,36 Euro auch die Exzesse der rbb-Intendanz bezahlen und die völlig überdimensionierten Gehälter der Sender-Oberschicht. Hier muss es Reformen geben, nicht am Programm, schon gar nicht an der Vielfalt dessen, was uns der ÖRR bietet.

Es muss sichergestellt werden, dass der ÖRR unabhängig arbeiten kann, vor allem unabhängig von der Politik. Was wir beispielsweise in Großbritannien und Polen im Umgang mit dem ÖRR erleben, ist erschütternd. Welche Sumpflüden ein rein privates System hervorbringt, sehen wir in den USA.

Das Lob, das laut BILD Buhrow vom Finanzminister bekommt, ist vergiftet. Was hat der damit zu tun. Er soll sich raushalten.

Fusionen machen nur Sinn, wenn sie etwas bringen. Und das ist nicht erkennbar. Was hat die Fusion von Karstadt und Galeria Kaufhof gebracht? Zwei tote Pferde sind nicht schneller als ein totes Pferd.

Es gibt Reformbedarf beim ÖRR in Deutschland, aber weder bei der journalistischen Qualität noch bei der Programmvietel. Die Probleme liegen nicht in den Studios im Keller, sondern in den sonnigen oberen Etagen der Verwaltungsgebäude.

Ed Koch

Quellen: stern / Bild

14) 90 zu 74 - Gerhart Baum und Peter Brandt bei Markus Lanz.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-07

4. November 2022

47. Jahrgang

90 zu 74

Am 2. November waren **Gerhart Baum** und **Peter Brandt** zu Gast bei **Markus Lanz**. Gerhart Baum, Weggefährte von **Willy Brandt**, der daran erinnerte, dass die Ostpolitik nicht immer nur nach Brandt und Bahr benannt werden dürfe, sondern nach Brandt und Scheel, und Peter Brandt, der älteste Sohn des früheren Regierenden Bürgermeisters von Berlin und Bundeskanzlers.

Baum feierte gerade seinen 90sten Geburtstag, Brandt seinen 74sten. Das Gespräch dauerte 45 Minuten, nachzuschauen und zu hören unter:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-gerhart-baum-peter-brandt-ukraine-krieg-russland-100.html>

Gemeiner Weise fragte Lanz seine beiden Gäste, die seit Jahrzehnten Mitglieder der FDP bzw. SPD sind, gleich zu Beginn, ob sie heute noch in diese Parteien eintreten würden. Beide wichen wortreich der Frage aus. Baum zitierte **Hans-Dietrich Genscher**, der auf derartige Fragen zu antworten pflegte: „Bisher war der Abend so schön.“ Da Baum Mitglied in einer liberalen Partei sein wolle, und es nur eine gebe, erübrigt sich die Frage. Baum, ein Sozialliberaler, kritisiert seine FDP teils heftig. Und Peter Brandt redet sich damit raus, dass Deutschland eine starke Sozialdemokratische Partei brauche. Alles keine direkten Antworten auf die Frage, aber beide erklärten zumindest, nicht austreten zu wollen.

Bevor das große Thema dieser Zeit behandelt wurde, ging es um die Aktionen der „Letzten Generation“ und deren Angriffe auf Kunstwerke. Baum nannte das eine „Grenzüberschreitung“. Dem schloss sich Brandt nicht an, sondern meinte, dass Kunstwerke zwar die falschen Adressaten seien, aber Regeln verletzt werden dürften, wenn „man in Kauf nimmt, die Konsequenzen“ zu tragen. Beide halten das Demonstrationsrecht hoch, und Baum meinte, dass man durchaus vor Parteizentralen demonstrieren dürfe, dazu, ob man sie auch mit Farbbeuteln beschmieren müsse, sagte er nichts.

Dann ging es um Russland, über dessen Führung Baum ein vernichtendes Urteil fällt: „Die Russen legen überhaupt keinen Wert mehr auf wirtschaftliche Entwicklung.“ Eine halbe Million, vor allem junge Menschen hätten das Land seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine verlassen: Es gibt keine Investitionen. Jemand hat gesagt, das ist eine Tankstelle mit

Atomwaffen'. Also die haben überhaupt kein Gefühl, dass sie das Land entwickeln müssen. Peter Brandt hat einen anderen Blick auf Osteuropa und Russland, vor allem auf die Rolle der NATO.

Baum sagt, „Zum ersten Mal bedroht uns mitten in einem Krieg - uns, die wir die Charta der Vereinten Nationen verteidigen - jemand mit Atomwaffen. Das habe ich seit 1945 nicht erlebt.“ Brandt entgegnet: „Wenn ich das richtig sehe, gibt es einen einzigen Staat, der in der Geschichte schon mal Atomwaffen benutzt hat: ein großes Kriegsverbrechen, die USA gegen Japan 1945.“

An der Stelle knallt es dann zwischen dem 90- und 74-jährigen. Brandt legt nach und wendet sich gegen die Vorstellung des „guten Westens“, der allein das Völkerrecht verteidige. „Es geht erstens um Interessen, zweitens um Interessen, drittens um Interessen.“ Brandt betont gleichzeitig, dass Russlands Krieg völkerrechtswidrig sei und er „kaum Leute getroffen habe, die der Ukraine empfehlen, einseitig zu kapitulieren.“

Die Osterweiterung der Nato seit 1999 wäre „problematisch für jede denkbare russische Regierung“, so Brandt. Baum widerspricht: „Überhaupt nicht!“ **Wladimir Putin** fühle sich nicht durch die Nato bedroht, sondern durch sein eigenes Volk. Er bezeichnet Brandts Argumentation als „Nato-Legende“ und blickte auf die eigene Geschichte: „Wir als Deutsche haben ganz Osteuropa überfallen, haben gemordet, haben Polen überfallen, die baltischen Staaten. Und jetzt wollen wir ihnen vorschreiben, ob sie in die Nato eintreten oder nicht?“ Deutschland und die Nato bedrohten Russland nicht. Brandt gibt nicht klein bei: „Das sagt die Nato, aber die russische Seite nimmt das anders wahr.“

Darüber, dass Russland heute eine Diktatur ist, sind sich Baum und Brandt einig. Brandt nennt Russland wirtschaftlich gesehen ein „semiperipheres Land“ im Gegensatz zu dem erfolgreichen chinesischen Modell, mit dem es immerhin gelungen sei, viele Menschen aus der Armut zu befreien. Unabhängig davon, dass auch China kein Rechtsstaat ist. „Die menschenwürdigste Staatsform ist die Demokratie“, so Gerhart Baum. Er forderte die Jugend auf, sich nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um den Erhalt unserer Demokratie zu kümmern. Demokratien seien gefährdet, ein Blick auf die USA, wo am 8. November gewählt wird, zeige das deutlich. Ob 90 zu 74 auch der Punktestand nach dem Gespräch ist, entscheiden Sie bitte selbst. Quelle: ZDF

Ed Koch

15) Faeser lässt „Zuwanderungsbericht“ nicht mehr veröffentlichen

04. 11. 2022



Kein Zugriff mehr für Polizei auf Zuwanderungsdaten

Obwohl die Anzahl der illegalen Grenzübertritte seit dem Sommer zunimmt, erhält die Bundespolizei seit September keine Überblicksberichte mehr zu unerlaubten Grenzübertritten.

Polizeigewerkschaftler und Union kritisieren Innenministerin Nancy Faeser deshalb scharf.

Migrationsbericht wird nicht mehr veröffentlicht

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) steht wieder einmal in der Kritik. Der Bundespolizei zu Folge werden unerlaubte Grenzübertritte nach Deutschland nicht mehr ausreichend erfasst.

Die Polizeigewerkschaft und die Unionsfraktion werfen Faeser deshalb vor, nicht über die tatsächliche Lage an den deutschen Grenzen zu informieren und die „Hoheit über die Zahlen“ verloren zu haben.

Hintergrund der Kritik ist ein interner Bericht der Bundespolizei zur illegalen Einwanderung, der, zur Verärgerung der Beamten fragwürdiger Weise, nicht mehr veröffentlicht wird. In dem seit dem Jahr 2018 regelmäßig veröffentlichten „Migrationsanalyse Bericht“ wurde den Polizeibeamten ein Überblick zu unerlaubten Grenzübertritten gegeben.

Seit Oktober 2022 wird der Bericht jedoch nicht mehr ins interne Netz der Polizei gestellt.

Zahl der „festgestellten illegal Eingereisten“ nimmt zu

Dabei nimmt die Zahl der „festgestellten unerlaubten Einreisen nach Deutschland“ seit Juni merklich zu. Allerdings geschieht dies außerhalb der statistischen und saisonalen Schwankungen, wie die Bundespolizei auf Anfrage der *Welt am Sonntag* mitteilte.

Im September wurden nach Angaben von *Welt am Sonntag* demnach 50 Prozent mehr Einreisen als im August, sowie fast **200 Prozent** mehr als im Juni und Juli festgestellt. Insgesamt lag die Zahl der Einreisen im September bei 12.701, registriert wurden vor allem Personen aus Syrien und Afghanistan.

Die Bundespolizei zeigte sich verärgert, dass der Bericht für den September nicht wie üblich veröffentlicht wurde. In diesem waren bis dato, neben aktuellen Zahlen und Migrationsrouten auch Lagebilder und hilfreiche Beobachtungen wie besondere Transportmittel offengelegt. Nach Aussage der Polizeibeamten sind diese Informationen wichtig für den Einsatz vor Ort.

Heiko Teggatz, der Chef der Bundespolizeigewerkschaft, wirft Faeser deshalb vor, auf dem derzeitigen Höhepunkt der illegalen Einreisen „die Hoheit über die Zahlen“ verloren zu haben. Dass das Ministerium den Polizeibeamten die Berichte nicht mehr zur Verfügung stelle, sei „absurd“. Konkret bedeute das Aussetzen der Berichte, dass die Bundesbehörden, **die Bundestagsabgeordneten und auch die Einsatzführer der Bundespolizei den Überblick über die Migration verloren haben.**

„Man hat den Eindruck, man will kein Problem haben. Auch wenn es da ist, soll es keiner sehen“ so Teggatz.

Auch aus der Opposition hagelte es freilich Kritik. In Unionskreisen spricht man von einer „migrationspolitischen Irrfahrt“ der Ampel. Die Vizevorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andrea Lindholz, will diesbezüglich nun eine Anfrage an das Kanzleramt stellen.

Trotz Kritik – Informationsverweigerung Faesers

Bisher zeigte man sich jedoch wenig informativ zu den Gründen. Auf Anfrage erklärte das Bundespolizeipräsidium, die Behörde äußere sich nicht zu internen Arbeitsprozessen.

Das Innenministerium gab bekannt, interne Berichte der Bundespolizei richteten sich generell nach den „Erfordernissen und Bedürfnissen“ und dienten allein der internen Kommunikation. Wie Lindholz zudem aus Gesprächen mit Bürgermeistern in betroffenen Regionen erfahren haben will, könnten Städte und Gemeinden an der Grenze keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, diese wären längst an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen.

„Was Frau Faeser sagt, stimmt nicht mit den Berichten überein, die wir aus den Grenzregionen bekommen, so Lindholz.

Wiederum Teggatz zufolge befinde man sich „mittendrin in einer Lage wie 2015“. Der Unterschied sei, dass damals viele Migranten „in einer riesigen Karawane“ gleichzeitig kamen, während sie sich jetzt auf viele kleinere Gruppen verteilen würden.

Situation von Faeser bestritten

Vom Innenministerium hingegen wird die Situation bestritten und gänzlich anders dargestellt.

Zwar sei der Anstieg spürbar, allerdings nicht mit der Situation 2015/2016 vergleichbar. Auch die Bundespolizei erklärte, dass die Zahlen der unerlaubten Einreisen deutlich unter denen vom Herbst 2015 liegen. Im besagten Jahr wurden rund eine Million Asylanträge gestellt. Bei den nur punktuell durchgeführten Grenzkontrollen wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik rund 153.000 unerlaubt eingereiste Personen ausgewiesen.

Da jedoch das Innenministerium Ukrainer als legale Kriegsflüchtlinge ansieht, sei die Lage nicht mit damals vergleichbar. Allerdings wird von Kritikern darauf hingewiesen, dass durch die Gesamtzahl an Flüchtlingen und Migranten eine ähnliche Belastung wie bereits im Jahr 2015 bestehen würde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Gottfried Curio: Deutschland braucht Sofortprogramm zur Reduzierung des Ansturms von Migranten

02. 11. 2022



BERLIN, 2. November 2022. Die Bundesregierung stellt Ländern und Kommunen dieses und nächstes Jahr 4,25 Milliarden Euro zur Versorgung von Migranten bereit. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio:

„Deutschland übernimmt sich finanziell völlig bei der Unterbringung und Versorgung von Migranten. Seltsamerweise scheint aber auch in den Zeiten der größtmöglichen Wirtschafts- und Sozialkrise hierfür immer Geld übrig zu sein. Dies sorgt jedoch nur immer weiter dafür, dass Migranten Deutschland als verheißungsvolles Zielland ansehen und infolgedessen noch mehr Wanderungswillige kommen, obwohl die Aufnahmekapazitäten Deutschlands längst überschritten sind. Der Präsident des Deutschen Landkreistages sieht in Zahl und

aktueller dynamischer Entwicklung die Dimensionen von 2015 bereits überschritten, die Aufnahmekapazitäten größtenteils an ihr Ende gekommen. Statt dies zur Kenntnis zu nehmen und weiteren Zuzug endlich zu begrenzen, zeigt sich die Bundesregierung durch Einführung von immer neuem Schuldengeld ungerührt weiter zur Aufnahme bereit. Diese Geldleistungen des Bundes, dessen Regierung die jetzige Situation sehenden Auges herbeigeführt hat, sollen ein Fass ohne Boden füllen, tangieren dabei aber überhaupt nicht die Ursache des seit Jahren hingenommenen Ansturms. Diese liegt in den für illegale Einwanderung offenstehenden Grenzen ebenso wie an Pullfaktoren wie dem staatlichen Verzicht auf Abschiebungen und den im internationalen Vergleich exzessiven Asylleistungen.

Die AfD-Fraktion fordert ein Sofortprogramm zur Reduzierung der Einwanderungszahlen: Die freiwillige Aufnahme über humanitäre Kontingente sowie der sogenannte Familiennachzug und auch die Übernahme von Flüchtlingen aus weit weniger als Deutschland belasteten Ländern der EU sind alle sofort einzustellen; Asylleistungen, die Deutschland gegenüber seinen Nachbarländern als Zielland von Armutsmigration exponieren, sind auf international übliches Maß zu reduzieren; eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen ist vorzunehmen.

Das Versprechen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, scheint genauso wie das eines soliden Staatshaushalts oder einer Energiewende, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht ruiniert, aufgegeben worden zu sein. Die Bundesregierung sollte anerkennen, dass die Leistungsgrenze Deutschlands überschritten ist, und endlich die Interessen der Deutschen respektieren, die jetzt um ihre eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft ringen, statt das Spendierhotel für den Rest der Welt zu spielen und illegale Zuwanderung sogar noch, wie in Faesers Migrationspaketen geplant, durch erleichterte Bleibebedingungen immer weiter zu forcieren.“

Quelle: Pressemitteilung AfD

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Brandenburg allein (Seiten E 104 – E 113)

17) Eine Mail von Joe aus den USA. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 607-14

12. November 2022

47. Jahrgang



Eine E-Mail von Joe



Foto: Ed Koch

Am 24. Juli 2008 war Senator **Barack Obama** in Berlin und hielt vor rund 200.000 Menschen eine Rede am Fuße der Siegessäule. Vor dem Brandenburger Tor wollte man ihn nicht reden lassen, zu viel Symbolik für jemand, der erste Präsident werden wollte. Die Siegessäule war letztlich das bessere Symbol, denn am 4. November 2008 wurde er zum 44sten Präsidenten der USA gewählt.

Um seine Rede aus nächster Nähe mitverfolgen zu können, habe ich mich bei der Pressestelle der Demokratischen Partei akkreditieren lassen. Dazu war es erforderlich, meine E-Mail-Adresse anzugeben. Seit dieser Zeit werde ich regelmäßig, mehrmals in der Woche, mit allen möglichen Informationen der Demokraten versorgt. Und immer besteht die Möglichkeit, auf einen Button zu drücken und Geld zu spenden. Das heißt, meine Versuche, tatsächlich einen Betrag zu spenden, schlugen stets fehl, denn über PayPal lasse ich kein Geld abbuchen, von meinem Girokonto war dies nicht möglich und Kreditkarten werden nur von US-Bürgern akzeptiert. Vielleicht schicke ich mal einen 20-Dollar-Schein per Post an die Demokraten.

Aber auch ohne Spende, wendet sich **Joe Biden** vertrauensvoll an mich: „Wir hatten eine starke Nacht am Dienstag. Ich möchte dem gesamten Basisteam für seine harte Arbeit, Entschlossenheit und Opferbereitschaft danken, die zur Wahl der Demokraten beigetragen haben.“

Hören Sie, Ed, die Wähler haben ihre Bedenken bei dieser Wahl deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie haben ein klares und unmissverständliches Signal gesendet, dass sie unsere Demokratie bewahren und das Wahlrecht in diesem Land schützen wollen.

Und wir dürfen die jungen Menschen dieser Nation nicht vergessen, die wieder in historischer Zahl gewählt haben, genau wie vor zwei Jahren. Sie stimm-

ten dafür, sich weiterhin mit der Klimakrise, Waffen-gewalt, ihren persönlichen Rechten und Freiheiten und dem Schuldenerlass für Studenten zu befassen. Mir ist nicht entgangen, dass wir ohne Sie nicht hier wären, Ed.“ OK, ich schicke den Brief mit den 20-Dollar noch heute ab.

„Ich werde die Bedürfnisse und Interessen des amerikanischen Volkes immer an erste Stelle setzen. Ich werde mich weiterhin auf Kostensenkungen für arbeitende und mittelständische Familien konzentrieren und eine Wirtschaft von unten nach oben und in der Mitte aufbauen.“

Ich war noch nie optimistischer in Bezug auf die Zukunft Amerikas als heute. Das liegt nicht zuletzt an diesem Team. Nach einer langen Wahlkampfsaison glaube ich immer noch an das, was ich schon immer hatte: Dies ist eine großartige Nation und wir sind ein großartiges Volk. Es gibt nichts, was wir nicht schaffen können, wenn wir es gemeinsam tun. Wir müssen uns nur daran erinnern, wer wir sind. Wir sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Danke für alles und Gottes Segen, Jo“ (ohne e)

Nun, der Optimismus des Präsidenten entspricht nicht ganz den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen. 220 Sitze hatten die Demokraten im Repräsentantenhaus, ausgezählt bislang sind es 203, die Republikaner hatten 212 Sitze und zurzeit 211, 21 Sitze sind noch nicht vergeben. Die Republikaner könnten das Repräsentantenhaus zurückerobern. Beim Senat steht es 47 D zu 48 R. Zwei Sitze gehörten bislang schon unabhängigen Parteien, die sich aber offenbar bei Abstimmungen den Demokraten zuwandten. Drei Sitze sind noch offen und hart umkämpft. In Georgia gibt es am 6. Dezember eine Stichwahl. Erst dann wird feststehen, ob die Demokraten wenigstens die Mehrheit im Senat halten können.

Wir regen uns in Berlin derzeit über unsere Wahl von 2021 auf, hatten aber immerhin ein Ergebnis. Das können die Amerikaner bislang nicht verkünden.

Die Hoffnung bleibt zumindest, dass uns angesichts des weit hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ergebnisses der Republikaner, **Donald Trump** als Präsidentschaftskandidat erspart bleibt, wobei sein größter Konkurrent, **Ron DeSantis**, eher einen Wechsel von Pest zu Cholera verspricht. Und **Joe Biden**, der am 20. November 80 wird, sollte sich überlegen, ob er wirklich in zwei Jahren noch einmal antreten will. Biden ist nicht **Konrad Adenauer**, der mit 87 Jahren 1963 als Bundeskanzler aus dem Amt schied.

Ed Koch

18) Grundsteinlegung für neues Umspannwerk in Marzahn



paperpress

seit 1976



Nr. 607-13

11. November 2022

47. Jahrgang

Grundsteinlegung für neues Umspannwerk in Marzahn



„Noch nie in seiner mehr als 130jährigen Geschichte wurde so viel in das Berliner Stromnetz investiert, wie in diesem Jahr. Davon profitiert auch Marzahn-Hellersdorf“, sagt **Dr. Erik Landeck**, Geschäftsführer von Stromnetz Berlin, anlässlich der Grundsteinlegung für ein neues 110kV-Umspannwerk am 10. November in dem Berliner Bezirk. „Damit nimmt ein weiteres großes Investitionsprojekt für den Ausbau des Berliner Stromnetzes sichtbar Fahrt auf und wir werden unserem Anspruch, aber auch unserem Auftrag, auf die wachsenden Bedarfe der wachsenden Stadt frühzeitig zu reagieren, gerecht“, so Dr. Landeck weiter.



v.r.n.l.: Dr. Erik Landeck, Juliane Witt, Rene Görlitzer (Projektleiter)

Bis 2026 wird auf dem Gelände an der Märkischen Allee das neue Umspannwerk „UW Poelchaustraße“ mit einer modernen Schaltanlage entstehen. Es soll das in die Jahre gekommene heutige UW Biesdorf Nord in unmittelbarer Nachbarschaft ersetzen und langfristig eine moderne und zuverlässige Stromversorgung der umliegenden Wohnbebauung, aber auch angrenzender Gewerbegebiete sicherstellen.

Vom Startschuss für das Infrastrukturprojekt überzeugte sich heute **Juliane Witt** persönlich auf der Baustelle. Die Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung, Umwelt- und Naturschutz, Straßen und Grünflächen erklärt anlässlich der Grundsteinlegung: „Elektrische Energie sichert Lebensqualität. Deshalb freue ich mich, dass Stromnetz Berlin mit dem Bau des neuen Umspannwerks Poelchaustraße in die Zukunft einer sicheren Stromversorgung in Marzahn-Hellersdorf investiert. Dies ist auch Voraussetzung für weitere Stadtentwicklung – und da haben wir in

unserem Bezirk noch viel vor. In diesem Sinne wünsche ich beim Bauverlauf gutes Gelingen.“

Stromnetz Berlin will die hohe Versorgungsqualität des größten städtischen Stromverteilungsnetzes Deutschlands langfristig erhalten. Dazu soll auch das neue UW Poelchaustraße dienen. Mit der heutigen Grundsteinlegung startet der Hochbau des Gebäudes, im Jahr 2024 soll Richtfest gefeiert werden. Danach beginnt die elektrotechnische Ausstattung der künftigen Stromverteilungsanlage. So soll nach heutiger Planung im Herbst 2024 der Einbau der Schaltanlage starten, im Frühjahr 2025 wird der erste Trafo erwartet.

Läuft alles nach Plan, geht das neue Werk im Sommer 2026 in Betrieb. Bis dahin wird Stromnetz Berlin hier am Standort etwa 27 Millionen Euro investieren. Die Größe und Leistungsfähigkeit des neuen 110 kV-Umspannwerkes orientiert sich mit 80 Megavoltampere (MVA) an den Wünschen der Kunden im Versorgungsgebiet, an steigenden, aber auch schnell wechselnden Bedarfen der Stromversorgung. So wird das neue Werk mit modernster Schalt- und Steuertechnik ausgestattet. Etwa 47.000 Haushalte und rund 2.300 Gewerbekunden werden davon profitieren. Da die Anlage in die zentrale Steuerung des Berliner Stromnetzes integriert wird, sind im Falle von auftretenden Störungen sehr kurze Wiederversorgungszeiten möglich.

Der nun gestartete Neubau in Marzahn ist nicht das einzige große Infrastrukturprojekt, das Stromnetz Berlin derzeit umsetzt: Eine Reihe weiterer Netzausbaumaßnahmen, die Modernisierung von Netzanlagen oder die Errichtung leistungsfähiger Kundenanschlüsse für Rechenzentren oder den Ausbau der Elektromobilität werden vorangetrieben. So wurde in diesem Jahr bereits Richtfest für das UW Rollberg in Neukölln gefeiert, vor Kurzem ebenfalls der Grundstein für das neue UW Voltairestraße in Berlin-Mitte gelegt und in Marzahn-Hellersdorf steht das Umspannwerk Wuhletal kurz vor seiner Fertigstellung. Für diese und weitere Projekte zum Ausbau und Erhalt des Verteilungsnetzes der Hauptstadt gibt das Unternehmen 2022 rund 270 Millionen Euro aus. Diese Investitionstätigkeit auf hohem Niveau wird sich auch in den Folgejahren fortsetzen. Insgesamt sind zwischen 2022 und 2026 Investitionen von rund 1,6 Milliarden Euro geplant. Dabei liegt der Fokus von Stromnetz Berlin, auf den Kernpunkten Versorgungssicherheit, Kundenorientierung und Klimaschutz.

Quelle und Fotos: Stromnetz Berlin

19) Die Sauvesper ist zurück - von der Müll-Deponie zur Naturschutzstation. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-12

11. November 2022

47. Jahrgang

Die Sauvesper ist zurück

Es dauert seine Zeit, bis alle abgesagten gesellschaftlichen Ereignisse nachgeholt werden können. Zu groß ist das Loch, das Corona in den Terminkalender geschlagen hat. Ob alle Maßnahmen im Lockdown sinnvoll und zielführend waren, wollen wir hier nicht untersuchen. Freuen wir uns lieber, wenn ein Stück Normalität zurückkehrt, auch wenn, unabhängig von der Pandemie, die Gesamtlage durch die Folgen des russischen Krieges in der Ukraine mehr als bescheiden ist.

Gerade in solchen Zeiten soll man keinen Anlass verstreichen lassen, zu dem man sich mal wieder mit allen möglichen Leuten, die man lange nicht sah, treffen kann.

In Marienfelde, am Stadtrand, gibt es ein ganz außergewöhnliches Stückchen Land. Es ist unglaublich, was aus der ehemaligen Mülldeponie, auf der zwischen 1950 und 1981 rund vier Millionen Kubikmeter Hausmüll entsorgt wurden, seitdem geworden ist. Am 7. Juni 1980 wurde begonnen, den ersten Teil des Geländes zu einem Freizeitpark umzugestalten.



An die Eröffnungsfeier kann sich **Rainer Frohne** (l.) noch sehr gut erinnern, er hat sogar noch das Manuskript seiner Rede, die er damals als Tempelhofer Baustadtrat hielt. Der 85-jährige, der seine Stimme nicht mehr in der Politik erhebt, sondern im Shanty-Chor Berlin, hält noch immer der Naturschutzstation am Diedersdorfer Weg in Marienfelde seine Treue. Ja, es gibt in Berlin nicht nur einen Shanty-Chor, schließlich verfügen wir auch über Häfen. Und Rainer Frohne war nach seiner Zeit in der Tempelhofer Kommunalpolitik Vorstandsvorsitzender der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft (BEHALA) am Westhafen. So kam er zum Shanty-Chor, dessen Auftritte wir hiermit empfehlen möchten.

<https://www.shantychor-berlin.de/shanty-chor-berlin-auftritte-konzerte>

Zurück nach Marienfelde. Rechts neben Frohne steht der Mann, der sich seit 2007 um den Freizeitpark und die Naturschutzstation kümmert, **Björn Lindner**, Berlins erster NaturRanger. Obwohl man meinen könnte, dass so ein Projekt ein Selbstläufer sei, ohne irgendwelche Probleme mit der Verwaltung, der irrt mal wieder. Sehr lange hat es gedauert, zu dem zu gelangen, was heute in Marienfelde sichtbar ist.



Von Anfang an hatte Lindner **Oliver Schworck** an seiner Seite, der 2006 als Stadtrat für Umwelt- und Naturschutz verantwortlich war. Neben Schworck das Ehepaar **Andreas** und **Anke Geisel**. Der heutige Bausenator unterstützt seit vielen Jahren die Naturschutzstation und hat stets die längste Anreise, von Lichtenberg nach Marienfelde.

Oliver Schworck ist aktuell für Jugend und Gesundheit im Bezirksamt zuständig. 2008 starteten Lindner und Schworck das JuniorRanger Projekt „Die Zwiebelfrösche“. „Im Einsatz für den Erhalt, die Entwicklung und den Schutz von Natur und Landschaft und deren Artenvielfalt ist es bis heute ihr erklärtes Ziel, die künftige Generation frühzeitig mitzunehmen und für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen zu sensibilisieren.“ Schworck ist bis heute Schirmherr des Projektes.



Die Naturschutzstation braucht natürlich viele Freunde und Unterstützer. Und diese treffen sich traditionell bei der Sauvesper. Neben **Rainer Frohne** der Vorsteher der BVV Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Böltes**, **Thomas Schüler**, Repräsentant der DLRG-Schöneberg, und Schul- und Sportstadtrat **Tobias Dollase**. Für Dollase und Böltes war es das erste



Mal, dass sie an der Sauvesper teilnehmen konnten. Dollase, weil er erst seit einem Jahr im Amt ist, und Böltes, weil die Sauvesper immer an einem Donnerstag stattfindet und er Dienst im Abgeordnetenhaus hatte. **Thomas Schüler** hingegen fehlt bei keiner wichtigen Veranstaltung im Bezirk. Er ist sozusagen das Gesicht der DLRG. Auch wenn der Bezirk über keine nennenswerten Wasservorkommen verfügt, ist die DLRG präsent. Schüler unterstützt viele wichtige Projekte im Bezirk durch seinen ehrenamtlichen Einsatz, nicht zuletzt das Spielfest des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg und des CPYE e.V. im Volkspark Mariendorf. (1.u.2. Juli 2023)



Zu den Sponsoren der Naturschutzwacht gehört auch die STADT UND LAND-Wohnbauten-Gesellschaft, vertreten durch **Anja Libramm** und Geschäftsführer **Ingo Malter**.



Treuer Freund und Unterstützer ist auch das Unternehmensnetzwerk Motzner Straße, das durch das Ehepaar **Thomas und Ute Dreusicke** und den 1. Vorsitzenden **Ulrich Misgeld** bei der Sauvesper vertreten war. Das Unternehmen von **Thomas Dreusicke**, INDIA DREUSICKE, ist bekannt für Kunststoffspritzguss und Oberflächentechnik. Zu den bekanntesten Produkten gehört zweifelsohne die „Fritz-

Box“, die in vielen Haushalten vorhanden ist. Das Gehäuse wird im Marienfelder Werk des Unternehmens hergestellt.



Eingang zur Naturschutzstation am Diedersdorfer Weg 3-5. Foto: Umwelt- und Naturschutzamt.



Bei der Sauvesper geht es wie bei der „Fritz-Box“ um Kommunikation. Und zu guten Gesprächen gehört auch immer ein gutes Essen. Nach der Fanfare „Die Sau ist tot“ wurde das regionale Wildschwein zerlegt und verspeist. alle Fotos: Ed Koch

Die Geschichte des Freizeitparks Marienfelde und der Naturschutzstation ist spannend, nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Freizeitpark_Marienfelde

Noch viel spannender sind die zahllosen Aktivitäten und Projekte der Naturschutzstation. Besuchen Sie die Seite <https://www.naturschutzstation-marienfelde.de/> und vor allem, besuchen Sie die Naturschutzstation. Und wer etwas für den Naturschutz tun möchte, kann auch gern etwas spenden.

Ed Koch

20) Abschied vom Rechtsstaat: Straffreiheit – Berliner Gericht verbrüdet sich mit „Klima-Klebern“

11. 11. 2022



Sogenannt "Klima-Kleber" verursachen kilometerlange Staus und blockieren auch Rettungsfahrzeuge.

Dass die Klima-Terroristen, die europaweit mit Straßenblockaden und Schändung von weltbekannten Kunstwerken nicht irgendwelche Idealisten darstellen, die autark handeln, zeigt schon ein Blick auf die Strukturen, die hinter den „ausführenden Organen“, stehen. Unsere Redaktion hat bereits im Artikel [„Klima-Proteste von US-Philanthropen‘ finanziert – Nähe zu Öl-Multis“](#) ausführlich über die Geldgeber informiert. Über die eigentlichen Ziele dieser „Aktionen“ werden wir demnächst in einem eigenen Artikel berichten. Kurz vorweg: Um das „Klima“ geht es hier am allerwenigsten.

Nur tritt erneut der Fall ein, dass hier wieder eine übergeordnete Agenda mit den Interessen der Bürger und dem Rechtsstaat kollidiert. Das ist genau der Grund, weshalb die kleinen „Frontsoldaten“, die wohlstandsverwahrlosten „Klima-Kleber“, nicht mit der Härte angefasst werden, als etwa gegenüber Demonstranten gegen den Corona-Maßnahmen-Wahn. Oder, liebe Leser, probiert Euch mal mitten auf eine Fahrbahn zu setzen und festkleben, um gegen irgendetwas zu protestieren was nicht systemkonform ist, etwas die illegale Migration – Ihr würdet rasch in der Psychiatrie oder im Gefängnis landen.

Beim gebenedeiten „Klima-Retter“ agiert die Justiz in der Regel so, dass man zumindest den Schein wahrt. Also milde Strafen, deren Umsetzung in den Sternen steht. Dem ist allerdings nicht mehr so, wenn ein Gericht bereits ideologisch durchsetzt ist und offen mit Rechtsbrechern sympathisiert und sich mit derartigen Elementen solidarisiert. Wie neulich in Berlin:

Keine Strafe: Gericht verbündet sich offen mit „Klima-Klebern“

Ein Berliner Amtsgericht hat jetzt verneint, dass eine Klima-Kleberin, die stundenlang eine Kreuzung blockierte, die betroffenen Autofahrer genötigt habe. Es lehnte daher eine Geldstrafe gegen die Beschuldigte ab, berichtet die [Junge Freiheit](#). Die Begründung hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun, sie ist nur mehr ideologischer Natur. Und geradezu unfassbar:

- Die Entscheidung begründet das Gericht damit, dass die Extremisten zwar nicht Ort und Zeit der Blockade angekündigt haben. Wohl aber sei ihre generelle Absicht bekannt, derartige Aktionen im Stadtgebiet durchzuführen. Autofahrer könnten deswegen vorsorglich auf den ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) umsteigen. Und dann würden sie auch nicht im Stau stehen.
- Darüber hinaus greift der Richter die Autofahrer an. Diese seien „maßgeblich an dem Verbrauch von Öl beteiligt und damit Teil der Klimaproblematik“. Da Fahrzeugführer auch vom Klimawandel betroffen seien, würden die Blockierer für diese „mit demonstrieren“.
- Und weiter: „Die legitime Ausübung“ des Rechts auf Versammlungsfreiheit überwiege „bei Weitem“ die „nur verhältnismäßig geringfügig eingeschränkten Grundrechtsbelange“ der Verkehrsteilnehmer.

Diese punktuelle Aushebelung des Rechtsstaates kommt einem Putsch von Oben gleich, hier wird Recht und Ordnung mit Füßen getreten. Hier bekommen wir einen Vorgeschmack, was uns noch alles blühen könnte, wenn nicht rechtzeitig die Stopp-Taste gegen Rot-Grün gedrückt wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Vielfalt – der „Grünen“. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-11

10. November 2022

47. Jahrgang

Vielfalt

Ja, die Grünen sind die Partei der Vielfalt. Das beweisen sie vor allem am Tempelhofer Damm, der streckenweise aussieht wie eine Poller-Ausstellung eines Baumarktes.



Da haben wir diese besonders schöne Variante eines geschützten Radweges. Das man das auch für die Abspernung einer Baustelle halten könnte, ist egal.



Zur Abwechslung gibt es diese wunderschönen Poller, die amtlich Sperrpfosten heißen. Der Begriff erinnert an die „heute-show“, wo einmal jährlich der „Vollpfosten“ für besondere Verdienste vergeben wird. Eine Auszeichnung, die die Grünen immer wieder verdienen.



Und dann haben wir noch diese Teile. Alle Varianten befinden sich zwischen Ullsteinstraße und Alt-Tempelhof. Haben sie eine unterschiedliche Bedeutung oder sind sie nur Opfer verschiedener Ausschreibungsverfahren? Wer einen Sinn dahinter sucht,

warum die Pfosten so unterschiedlich aussehen, wird wohl keine vernünftige Antwort erwarten können.



Und was ist das? Vor Karstadt am Tempelhofer Damm einfach nur ein aufgezeichneter Radweg? Das ist vermutlich die gefährlichste Strecke für Radfahrende.



Hier muss man nun genau hinschauen. Rechts: Das sind grüne Minipoller, die den Radweg abgrenzen. Eine ausreichende, zu den grünen Bäumen passende Variante. Toll! Nicht am Tempelhofer Damm, sondern am Tempelhofer Ufer im grünsten aller Bezirke, Kreuzberg.

Irgendwo in Berlin haben wir auch blaue Poller gesehen. Nun, Vielfalt ist schön, aber nicht bei Verkehrszeichen. Diese sollten in Berlin schon einheitlich sein, allein um Fragen nicht aufkommen zu lassen, ob sie eine unterschiedliche Bedeutung haben könnten. Wenn man schon Fahrradwege abtrennen will, dann sollten diese ins Stadtbild passen und eben nicht so aussehen, als befände sich hier eine Baustelle.

Übrigens: Von Alt-Mariendorf bis Lichtenrade befindet sich ein rot markierter Fahrradstreifen auf dem Gehweg. Das funktioniert auch. Die Grünen in Tempelhof-Schöneberg haben den Tempelhofer Damm mit ihrem Pfostenwahn verschandelt. Der Untergang dieser Einkaufsstraße wird dadurch beschleunigt. Nicht Sachverstand, sondern Ideologie bestimmt in Berlin die Straßenplanung.

Ed Koch

(Fotos: Ed Koch – blauer Poller: uvv-shop)

22) Abgeordnetenhaus von Berlin: Keine Märchen, sondern Tatsachen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 607-06

3. November 2022

47. Jahrgang

Keine Märchen, sondern Tatsachen

Bei der Pressemitteilung „Berliner Märchentage im Abgeordnetenhaus“ habe ich tatsächlich zuerst gedacht, es handele sich um die Einladung zur nächsten Plenarsitzung. Aber nein, von heute, dem 3., bis zum 20. November, finden die 33sten Berliner Märchentage statt, und wer wäre kompetenter, dabei mitzuwirken, als unsere Politiker. Das Motto ist allerdings düster: „Abschied und Wiederkehr – Märchen und Geschichten von Leben und Tod“. Leben, eher Tod, passen natürlich zu den bevorstehenden Novembersonntagen, Volkstrauertag (13.11.) und Totensonntag (20.11.). Abschied und Wiederkehr sind noch zutreffender, denn, wenn es eine Wiederholungswahl gibt, könnte es für einige Abgeordnete heißen: *Good Bye* und vielleicht erst 2026 *Welcome back*.

Die Abgeordneten lesen Schülerinnen und Schülern im Casino ihre Lieblingsmärchen vor und beantworten anschließend Fragen der Kids.



Dunja Wolff (l.) (SPD), leicht zu verwechseln mit Innensenatorin **Iris Spranger**, macht den Auftakt, wahrscheinlich mit dem Märchen „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen.“ **Kirstin Brinker** (AfD), liest vielleicht aus „Der braune Wolf und die sieben jungen Sachsen“ vor. **Felix Reifenschneider** (FDP), „Tischchen deck dich.“ **Cornelia Seibeld** (CDU) zitiert aus „Schwarzkäppchen“ und **Bahar Haghani-pour** (Grüne) bringt den „Der Froschkönig in der Friedrichstraße“ zum Vortrag.

Wir entschuldigen uns bei den Brüdern Grimm für die leichten Abwandlungen der Titel ihrer Märchen.

So, nun aber zurück zum Ernst der Lage. Man muss dem Berliner Senat zugutehalten, dass er die

infiationsbedingten Steuermehreinnahmen nicht hortet, sondern den Bürgerinnen und Bürgern wieder zuführt. Das 29-Euro-AB-Ticket gilt so lange, bis es durch das deutschlandweit geltende 49-Euro-Ticket ersetzt wird. Auch die Bundesregierung tut einiges, damit es den Menschen gerade zu Weihnachten nicht schlechter geht als es unbedingt sein muss. Die Abschlagzahlung für Gas wird übernommen, Rentner und Studenten erhalten den Energiekostenzuschuss. Da reicht es dann vielleicht doch für einen Gänsebraten.

„Haben Sie bemerkt, dass das Tanken teurer geworden ist?“ „Nein, ich tanke immer für 20 Euro.“ Ein alter Gag, allerdings wird man sich auf kurze Abstände einrichten müssen. Wenn man seine Lebensmitteleinkäufe von Januar und November vergleicht, wird einem richtig mulmig. Wer immer für 60 Euro in der Woche einkauft, hat immer weniger in den Tüten.

Hier einige erschreckende Beispiele: Die Reihenfolge der Ziffern: Januar 2022 – November 2022 – Teuerung in Cent und Prozent.

Bresso Frischkäse – 1,95 – 2,35 – 0,40 – 20%
Schinkenwürfel – 1,99 – 2,49 – 0,50 – 25%
1 Ltr. Frische Milch – 1,25 – 1,69 – 0,44 – 35%
Lätta 250 Gramm – 1,25 – 1,49 – 0,24 – 19%
Sandwich Vollkorn – 1,89 – 2,19 – 0,30 – 16%
Gutsieberwurst – 2,35 – 2,75 – 0,40 – 17%

Der Bio-Allgäuer Emmentaler in Scheiben hingegen, kostete im Januar 1,69 und im November genauso viel, wie Speisekartoffeln im Glas 1,39 und Landliebe Joghurt 0,75. Immerhin.

Leider sind diese Zahlen kein Märchen. Tischchen deck dich ist teuer geworden.

Ed Koch

Fotos: SPD

23) Die Special Olympics werfen ihren Schatten voraus



paperpress

seit 1976



Nr. 607-04

2. November 2022

47. Jahrgang

Die Special Olympics werfen ihren Schatten voraus

Die Special Olympics Weltspiele werden vom 17. bis 25. Juni 2023 in Berlin stattfinden. Sie sind die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung sowie das größte Multisportevent in Deutschland seit den Olympischen Spielen 1972. Über 7.000 Athletinnen und Athleten aus 190 Nationen werden in 28 Sportarten antreten.

Vor der offiziellen Eröffnung der Weltspiele im Olympiastadion betreuen vom 12. bis 15. Juni deutschlandweit eine Vielzahl von Kommunen die Teams im Host Town Programm, darunter auch acht Berliner Bezirke.



v.l.n.r.: Karin Halsch (Präsidentin Special Olympics Berlin), Mirka Schuster (Beauftragte für Europaangelegenheiten und Städtepartnerschaften Tempelhof-Schöneberg) und Iris Spranger (Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport). Foto: Florian Baillet

Tempelhof-Schöneberg wird die Mannschaft aus Israel im Host Town Programm betreuen. Aus den Händen von Sportsenatorin **Iris Spranger** erhielt der Bezirk das Host Town Certificate.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** erklärte dazu: „Die Special Olympics im kommenden Jahr werden ein herausragendes inklusives Sportereignis. Seit 1970 ist der Bezirk eng mit unserer israelischen Partnerstadt Nahariya verbunden und ich freue mich darauf, auch den Sportlerinnen und Sportlern aus Israel den Bezirk von seiner besten Seite zu zeigen.“

Weitere Informationen:

<https://www.berlin2023.org/>

<https://specialolympics.de/veranstaltungen/projekte/das-host-town-program/>

Inklusive Sportvereine aus dem Bezirk sowie Freiwillige, die unterstützen möchten, sind herzlich willkommen und können sich an Mirka Schuster unter dem folgenden Kontakt wenden:

Telefon: (030) 90277-2781

Mirka.Schuster@ba-ts.berlin.de

In Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Mannschaft Chinese-Taipei zu Gast, in Lichtenberg Fiji, Marzahn-Hellersdorf Marshall Islands, Neukölln Kuwait, Spandau Kiribati, Micronesia und Nauru, Treptow-Köpenick Ukraine.



Foto: SOD/Juri Reetz

In Berlin spielt im Juni 2023 die Musik, aber das Orchester kommt aus dem ganzen Land: Das „Host Town Program“ ist ein einzigartiges Projekt, mit dem die Internationalen Sportlerinnen und Sportler in Deutschland willkommen heißen werden. 170 internationale Delegationen – von sechs bis 400 Mitgliedern – nehmen an den Special Olympics World Games teil. Doch bevor sie nach Berlin kommen, wird jedes Nationenteam von einer Kommune in Deutschland empfangen.

Somit wird ganz Deutschland Gastgeber der größten inklusiven Sportveranstaltung der Welt. Die Host Towns gestalten den viertägigen Aufenthalt dabei nach ihren Vorstellungen und lokalen Gegebenheiten: Ein Willkommensfest auf dem Rathausplatz, gemeinsame Sportaktivitäten, Ausflüge zu Sehenswürdigkeiten – das Programm ist, was Ihr draus macht. Ein absolutes Highlight steht schon fest: Das Special Olympics Feuer zieht auf seinem Weg nach Berlin durch die Host Towns. Hauptförderer der Organisation sind das Bundesinnenministerium und das Land Berlin.

Quellen: BA Tempelhof-Schöneberg, SOD

Österreich (Seiten E 114 – E 123)

24) FPÖ lanciert „Remigrationsbericht“ und Plattform zu „Bevölkerungsaustausch“

12. 11. 2022



Die ausufernde Migrationskrise in Europa, welche mittlerweile größere Ausmaße als jene von 2015 annimmt, ruft gerade im leidgeplagten Österreich die FPÖ auf den Plan. Die Oppositionspartei präsentierte vergangene Woche aufgrund der Untätigkeit des herrschenden Establishments einen Remigrationsbericht sowie eine Plattform, die den Bevölkerungsaustausch der autochthonen Bevölkerung mit eingewanderten Kulturfremden dokumentiert und monitort.

Österreich wird von Migranten „überschwemmt“

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz legte bei einer Pressekonferenz den Journalisten die harten Fakten in Form von Zahlen auf den Tisch. Noch ohne die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine miteinzuberechnen, werde Österreich alleine heuer von 92.000 (!) illegal eingereisten Migranten „überschwemmt“. Alleine im Oktober kamen über 20.000 Migranten über die Grenze, der Großteil würde sofort um Asyl ansuchen. Im Katastrophenjahr 2015 belief sich die Gesamtzahl „nur“ auf 88.300 illegale Einreisen.

Zu den 92.000 illegalen Migranten, die vorrangig aus Afghanistan, Syrien, Indien, Pakistan und Afrika einreisen, gesellen sich auch 80.000 Ukrainer. Gesamt hat Österreich daher 170.000 Ausländer zusätzlich im Sozialsystem. Gewalt, Ausschreitungen und Vergewaltigungen sind in der Alpenrepublik ohnehin bereits an der Tagesordnung.

Remigrationsbericht: Bald Minderheit im eigenen Land

Nachdem das ÖVP-geführte Innenministerium der freiheitlichen Forderung nach einem Asyl-Dashboard nicht nachgekommen war, präsentierte die Partei unter bevölkerungsaustausch.at ein eigenes Tool, auf dem die Bürger ab sofort aktuelle Zahlen zur Migration erfahren können.

Zudem lancierte die FPÖ-Jugend einen Remigrationsbericht mit dem Titel „Warum wir unsere Heimat verlieren, und was wir dagegen tun können!“. Darin wird unter anderem beschrieben, wie die demographische Entwicklung die österreichische Bevölkerung in naher Zukunft zur Minderheit im eigenen Land werden lässt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seite E 124)

Keine Berichte!

Schweiz (Seite E 125)

25) Neutralität ade: Schweiz will nach Russland auch China-Sanktionen der EU mittragen

13. 11. 2022



Die Neutralität scheint auf Druck der mächtigen Transatlantiker ein Auslaufmodell in Europa zu werden. Nachdem Finnland bereits im Rekordtempo seine Neutralität über Bord warf und der Nato beitrug (eine finale Zustimmung ist noch ausständig), Österreich Nato-Militärtransporte quer durch sein Staatsgebiet zulässt und militärische Ausbildungsmissionen für die Ukraine opportunistisch mitträgt und sogar mitfinanziert, ist auch die Schweiz drauf und dran, seine Neutralität vollends zu verspielen.

Schweiz überlegt China-Sanktionen mitzutragen

So will die Europäische Union nach ihrem Sanktionsfeldzug gegen Russland, der nachweislich mehr Schaden als Nutzen anrichtet, auch den Iran und China ins Visier nehmen. Ein vermutlich noch fataleres Unterfangen, ist China doch mittlerweile für viele europäische Staaten wichtigster Handelspartner und Investor.

Da die politisch korrekte Brüsseler Bürokratie aber Menschenrechtsverletzungen und einen angeblichen „Genozid an muslimischen Uiguren“ in Chinas Provinz Xinjiang ortet, hat die Staatengemeinschaft in diesem Zusammenhang im vergangenen Jahr bereits die ersten Sanktionen gegen Personen und Institutionen in China verhängt.

Die Schweizer Regierung erwägt ebenfalls Sanktionen gegen China, konkret, ob man sich jenen aus Brüssel, wie schon im Falle Russlands, einfach anschließt. Erst im August übernahm der Schweizer Bundesrat das neueste Sanktionspaket der EU gegen Russland, welches unter anderem den Bereich von Gold und Golderzeugnissen umfasst.

China droht mit Konsequenzen

In China nimmt man die Entwicklungen in der Schweiz sehr wohl wahr und das rascher und deutlicher, als man meinen möchte. Denn der blauäugige Abschied von ihrer Neutralität, könnte der Schweiz vor allem wirtschaftlich teuer zu stehen kommen. China ist immerhin der wichtigste Handelspartner des Landes nach der EU und den USA.

„Sollte die Schweiz die Sanktionen übernehmen und sich die Situation in eine unkontrollierte Richtung entwickeln, werden die chinesisch-schweizerischen Beziehungen darunter leiden“, [kommentierte etwa der chinesische Botschafter](#) in Bern, Wang Shihting.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Estland (Seiten E xxx – E xxx)

01) Estland – Gesetz zum Abriss russischer Denkmäler erlassen

13. 11. 2022



Estlands Ministerpräsidentin bringt "Anti-Russland-Gesetz" auf den Weg

Abermals ist man versucht zu sagen, es sind wiederum die Balten, die erneut in „vorausseilendem EU-Gehorsam“ vorpreschen wollen.

Die Regierung Estlands hat nun mehreren Änderungen der Bauordnung zugestimmt, die den Abriss der sowjetischen Kriegerdenkmäler regeln sollen. Bauwerke, die „ein Besatzungsregime“ rechtfertigten, seien im öffentlichen Raum nicht zu tolerieren, erklärt man von estrnischer Seite.

„Besatzungsdenkmäler“ plötzlich inakzeptabel

So habe nun das Justizministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, um die geltende Bauordnung zu „ergänzen“. Dies teilte der Pressedienst der Regierung am 10. November mit.

In dem Entwurf solle festgelegt werden, dass unter anderem die Denkmäler und Skulpturen keine „Aggression, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen unterstützen und rechtfertigen können“, hieß es dazu.

Bereits Anfang August hatte die Regierung in Estland beschlossen, sämtliche sowjetischen Denkmäler im Land zu demontieren oder verlegen zu lassen. „Die Hauptsache ist

entschieden, sowjetische Denkmäler müssen aus dem öffentlichen Raum entfernt werden. Das werden wir so schnell wie möglich tun“, erklärte damals die „Young Global Leaderin“ und estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas.

Angaben der Ministerpräsidentin zu Folge gäbe es in Estland etwa 200 bis 400 sowjetische Denkmäler. Zu einer öffentlichen Debatte war es Mitte August gekommen, als ein sowjetischer T-34-Panzer, der in der Nähe von Narwa im äußersten Nordosten Estlands lange Jahre als Denkmal diente, von seinem Sockel gehoben und in ein Kriegsmuseum in Viimsi transportiert worden war.

Sechs weitere sowjetische Kriegerdenkmäler wurden damals ebenfalls „verlegt“, was für Proteste von Seiten der Stadtbewohner sorgte.

Dmitri Bulgakow, der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Russlands, hat bereits angekündigt, dass Russland auf seinem Territorium Kopien der in den Nachbarländern demontierten Denkmäler errichten werde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten E xxx - E xxx)

02) Polnischer PIS-Chef: „Wollen nicht, dass 12-jährige Mädchen behaupten: „Ich bin lesbisch!“

14. 11. 2022

„Meine Damen und Herren, wir wollen kein Land – auch wenn es sich leider bereits in Polen ausbreitet -, in dem 12-jährige Mädchen behaupten, lesbisch zu sein.“

Sagte Jaroslaw Kaczynski, Vorsitzender der polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) auf „[Notes from Poland](#)“. Und er spricht unverblümt aus, was sich jeder normale Mensch denken muss, wenn er u.s. Äußerungen von wohlstandsversauten Kiddies jenseits des Fremdschämens anschauen muss...

Der polnische Parteichef nannte die LGBT-Bewegung und das Gender-Phänomen einfach nur eines: „verrückt“: „Das ist Wahnsinn, und diesem Wahnsinn muss entgegengetreten werden.“

Ihm zufolge würde sich „ein zwei Meter großer, 120 kg schwerer, bärtiger“ Schüler unterdrückt fühlen, wenn er vom Lehrer nicht mit dem weiblichen Namen seiner Wahl bezeichnet wird.

„Trans-Genderismus zerstört die Familie.“

„Wir müssen das in Polen vermeiden, weil es die Familie zerstört, es zerstört den gesunden Menschenverstand“, sagte Kaczyński. „Es kann nicht sein, dass wir, weil ein Teil des Westens in diesen bestimmten Zustand gefallen ist, das auch tun müssen.“

Kaczynski reagierte auch auf seine provokative Äußerung diese Woche, dass in Polen zu wenige Menschen geboren werden, weil junge Frauen in Polen zu viel trinken.

„Ich wollte niemanden beleidigen“, sagte der Parteichef.

„Ich wollte nur die Wahrheit über ein bestimmtes Phänomen sagen. Ich bin für die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Aber das bedeutet nicht, dass Frauen sich wie Männer verhalten sollten und Männer sich wie Frauen verhalten sollten „, fügte sie hinzu.

„LGBTQ schwächt den Westen“

Schon Monate vorher hatte er erkläre: „Die LBGTQ-Ideologie schwächt den Westen und terrorisiert die Menschen.“ ([notes](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 128 – E 135)

**03) Londons Beteiligung an „Sewastopol-Angriff“ vor zeitnahe
Veröffentlichung**

04. 11. 2022



Beweise für "britische Beteiligung" bald offengelegt?

Nach Angaben des russischen Botschafters in London Andrei Kelin sollen demnächst Beweise für eine Beteiligung britischer Spezialeinheiten an der Vorbereitung von Angriffen auf die russische Flotte in Sewastopol an die Öffentlichkeit gelangen.

Dies erklärte Kelin gegenüber dem Fernsehsender [Sky News am 3. November](#). Er betonte dabei, dass „ausführliche Beweise“ für die Beteiligung britischer Spezialeinheiten an der Vorbereitung der Attacke gegen die russische Flotte in Sewastopol bereits dem britischen Botschafter und dem Militärattaché übergeben worden seien.

Nun sollen die Beweise öffentlich gemacht werden, fügte Botschafter Kelin hinzu.

„Sie werden sehr bald veröffentlicht werden. Vielleicht heute, vielleicht morgen. Wir wissen, dass dies geschehen ist und dass es gefährlich ist. Es sollte als Warnung dienen, dass Großbritannien zu tief in diesen Konflikt verwickelt ist. Die Situation wird dadurch immer gefährlicher“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ungarische Justizministerin: „Wir wollen keine Woke-Diktatur nach der kommunistischen Diktatur“

04. 11. 2022



Die ungarische Justizministerin fügte hinzu: Sobald es in Europa eine nationale, souveräne, konservative Regierung gebe, werde sie sofort angegriffen.

„Europa hat sich sehr verändert“

In einem „[The american conservative](#)“-Interview, erklärte Judit Varga: Europa habe sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dramatisch verändert. Es fühle sich nun so an, wie wenn ein Soldat, wenn er nach Hause zurückkehrt, und dann die europäische Gemeinschaft betrachtet, erkennen muss, dass sich seine Familie und Gemeinschaft enorm verändert haben.

„Wie Ungarn wissen, was eine Diktatur ist.“

Varga erklärte: Dass das ungarische Volk unter dem Kommunismus einen starken Wunsch nach Freiheit behielt. „Wenn Sie unter einer Diktatur, Tyrannei und Unterdrückung leben, ist es Ihr Hauptziel, diese Tyrannei loszuwerden“ – so Varga weiter. „Wir Ungarn“, fuhr Varga fort, „lebten unter einer Diktatur, wir wussten, wie es war, wenn man seine Meinung nicht sagen konnte. Andernfalls wurdest du eingesperrt, gefoltert oder nach Sibirien, in den Gulag, gebracht. Es ist also wirklich eine ernsthafte Erfahrung in unserer Geschichte.“ Die Justizministerin erklärte: Als wir Ungarn die Ketten des Kommunismus loswurden, erwarteten wir, eine Welt vorzufinden, in der es echte Redefreiheit, freien Willen und freie Meinung gab. Aber Ungarn kehrte nicht in dieses Europa zurück.

„Europa ist voller politischer Korrektheit und Meinungs-Hegemonie“

Das Europa, in das Ungarn zurückkehren sollte, war voller 'politischer Korrektheit' und 'Woke-Kultur' und „einer wachsenden Hegemonie von Meinungen, die Druck auf Politiker,

insbesondere westliche Medien, ausübt“, sagte Varga. „Ungarn wollte nicht von einer Art Druck zur anderen wechseln. Wir wollen nur die Abhängigkeit durch Unabhängigkeit ersetzen.“

„Druck auf nationale, souveräne konservative Regierungen“

„Wir wollten schon immer nach Hause, weil unsere Heimat Europa ist. Dann konnten wir endlich legal ankommen, [aber] die Familie war nicht mehr dieselbe, weil sie Druck auf uns ausübten, in der Schlange zu stehen, besonders in der Geschlechterpolitik oder in der Migration“, sagte Varga.

In diesem Zusammenhang erklärte der Politiker, dass, sobald es eine nationale, souveräne, konservative Regierung in der Union gibt, diese sofort angegriffen wird. Als Beispiel nannte er Ungarn, Polen und Italien.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [MANDINER](#), unserem ungarischen Kooperationspartner

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Orban ante Portas: Ungarischer neo-konservativer Think-Tank startet in Brüssel

02. 11. 2022



Brüsseler „Mathias-Corvinus-Collegium“ als Alternative zu linken Ideologismen

Die ungarische Regierung wird ihre in Budapest ansässige, neokonservative Denkfabrik des „Mathis-Corvinus-Collegiums“ mit einem Ableger in Brüssel noch diesen Monat starten. Dieser soll laut Eigendefinition, eine „Alternative“ zur „polarisierten Kultur“ Europas bieten.

– Wie die amerikanische Zeitung [Politico](#) prophezeit, wird sich dadurch das Ökosystem der Brüsseler Think Tanks erschüttern, welche jetzt überwiegend von homogenem, pro-europäischem Ideologismen dominiert werden.

„Ungarn stellt linke post-traditionalistische Dogmen in Frage“

Der Direktor des „MCC Brüssel“, Frank Füredi, ein ungarisch-kanadischer Wissenschaftler und Soziologe schreibt bei [Politico](#): Er wolle „eine reife, nachdenkliche Debatte über kulturelle Spannungen auf dem Kontinent fördern“ und ist sich bewusst, dass die antiungarische Stimmung seit der Wiederwahl von Viktor Orban im April zugenommen hat. Ungarn werde „von den Kulturkriegern des Westens aus dem einfachen Grund gehasst, weil es wagt, deren post-traditionalistische, identitätspolitisch angetriebene Weltanschauung in Frage zu stellen“ – so Füredi weiter. Füredi wird das Zentrum gemeinsam mit dem ehemaligen Dresdner Universitätsprofessor Werner Patzelt leiten.

Bildung, Studentenaustausch und Expertise

Der Tätigkeitsbereich des „MCC Brüssel“ soll sich vor allem auf Bildung konzentrieren, wobei es zu einem Studentenaustausch nach Brüssel kommen soll. Die erste Gruppe ungarischer Studenten war bereits letzte Woche eingetroffen, indem sie sich mit Medien und Fidesz-Abgeordneten traf, sowie Vorträge über Geschichte und Institutionen der EU hörte. Viktor Orbáns politischer Direktor, Balázs Orbán, Vorsitzender des Kuratoriums des MCC, sagte letzte Woche: Der neokonservative Think Tank würde helfen, „ein intellektuelles Kraftpaket zu werden, in dem MCC eine Schlüsselrolle spielt“.

Laut Füredi arbeite die Organisation bereits an einer Expertise mit dem Titel „Wovor haben die Menschen in Europa Angst?“ Außerdem sei ein jährliches Angstbarometer über Themen in Planung, welche „die Menschen in den verschiedenen EU-Ländern beunruhigen“.

Start am 15. November

Zur Zeit beschäftigt das „MCC Brüssel“ eine Handvoll Mitarbeiter in der Rue des Poissonniers 13, darunter zwei Forscher, Verwaltungspersonal und einen Kommunikationsdirektor. Das Personal soll sich aber im nächsten Jahr verdoppeln. Das Zentrum soll am 15. November offiziell die Diskussionen über die Zukunft Europas eröffnen. Laut Füredi kommen die Referenten und Teilnehmer aus wie Polen, Italien, Großbritannien und Ungarn.

Die links-nihilistischen Gänse schnattern bereits nervös

So äußerte sich der sozialistische ungarische Ex-EU-Abgeordnete István Ujhelyi gegenüber der Soros-Plattform [444.hu](#) nervös ob der zu befürchtenden Konkurrenz: Fidesz versuche nämlich seit langem, ein EU-feindliches, rechtsextremes politisches Kraftfeld in Brüssel zu schaffen. Und weiter: „Es ist schade, dass der MCC dabei zu einem Instrument geworden ist“.

Die ultra-liberale ungarn-feindliche EU-abgeordnete Katalin Cseh meinte verunsichert: Fidesz habe stark in die „Schaffung eines intellektuellen Alt-Right-Universums rund um ihre Politik“ investiert, wobei bereits viele „Trump-istische amerikanische Prominente“ in Budapest angekommen wären. Csehs Hoffnung: Dass die derzeitige Ausweitung eines Versuchs, eine rechtsextreme Koalition zu bilden, wegen Orbans „extremer Isolation“ in

Brüssel und der westlichen Orientierung der ungarischen Jugend zum Scheitern verurteilt sei. Wobei Cseh natürlich einem typisch linken Trugschluss aufsitzt: Dass Budapest eben nicht Ungarn ist.

Auf alle Fälle ist die Aufregung der Linken groß: Der „illiberale ungarische Ministerpräsident“ störe nämlich mit seinem MCC-Start das Brüsseler Ökosystem und löse heftige Gegenreaktionen von Gegnern zu Hause aus – wie es bei [Politico](#) heißt.

Orban schlägt Soros mit seinen eigenen Mitteln

Sind jene linken Kräfte eben verunsichert, dass die Orban-Regierung die Unterminierungsversuche gegen die ungarischen+ Politik durch Soros-NGOs nicht unbeantwortet lässt.

UM berichtete: „Philanthropische Subversion: Wie das [Soros-Netzwerk in Mitteleuropa](#) und auf dem Balkan arbeitet“ und „[Ungarns Soros-Opposition](#) mit ausländischem Geld finanziert“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Ungarischer Außenminister Szijjártó: Die EU hat die Krise in der Ukraine völlig falsch behandelt

01. 11. 2022



„Der bewaffnete Konflikt wird brutaler und die europäische Wirtschaft ist auf den Boden geworfen worden“, sagte der Außenminister.

Mit der Unmöglichkeit von Kommunikationskanälen zwischen dem Westen und Russland gebe die Welt sogar die Hoffnung auf Frieden in der Ukraine auf, warnte Außenminister

Péter Szijjártó am Mittwoch, 26.10. 2022 in Washington während einer Podiumsdiskussion im „Conservative Partnership Institute“ (CPI).

Außerdem betonte er im Zusammenhang mit dem Jahrestag der 1956er-Revolution von 1956, dass die Ungarn niemandem erklären müssen, wie es ist, wenn eine riesige Armee durch das Land stürmt und Hunderttausende von Bürgern gezwungen sind, ins Ausland zu fliehen.

„Europa hat immer verloren bei Ost-West-Konflikt“

Zudem wäre es eine historische Lektion, dass Mitteleuropa immer dann verloren habe, wenn es einen Konflikt zwischen Ost und West gebe.

Weiters beklagte er, dass die ungarische Regierung, als sie sich für die Aufrechterhaltung von Kommunikationskanälen aussprach, sofort als pro-russisch oder als Verbündeter des russischen Präsidenten Wladimir Putin eingestuft wurde.

Sinnlose Sanktionen

Laut Szijjártó hätte die EU die Ukraine-Krise „völlig falsch gehandhabt“. Der Grund für die Sanktionen im Februar wäre nämlich gewesen, die Russen in die Knie zwingen, um so den Krieg zu einem schnellen Ende zu bringen. Aber jetzt ist November „wird der bewaffnete Konflikt brutaler, und die europäische Wirtschaft ist zusammengebrochen“.

Washington eskaliert

Er betonte, dass die Maßnahmen der derzeitigen US-Regierung gefährlich sind, da sie zu einer Eskalation der Situation beitragen könnten. Der Minister sprach dann über die Bedeutung des Friedens und bedauerte, dass manche, wenn darüber spricht, ihn sofort als „Spion für die Russen“ bezeichnen würden. Der Grund: Derzeit gebe es eher eine Art „Kriegs- und Eskalationsrhetorik“ unter den EU-Mitgliedstaaten.

Ungarn an Friedensgesprächen interessiert

Ungarn bleibt also weiterhin daran interessiert, Kommunikationskanäle in der Hoffnung auf Frieden offen zu halten, egal was irgendjemand darüber denkt: Es gibt keinen ukrainischen oder russischen Aspekt der Regierungspolitik, nur das nationale Interesse zählt.

Heuchelei der EU-Politiker

Schließlich verurteilte er die „Heuchelei“ der EU-Politik in dieser Hinsicht und sagte: Mehrere seiner EU-Außenminister-Kollegen würden zwar regelmäßig ihre Unterstützung privat oder per SMS bekunden, trauen sich dann aber aus politischen Gründen nicht, dies offen zu tun.

Dieser Artikel erschien als Erstveröffentlichung auf [MANDINER](#), unserem ungarischen Kooperationspartner.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 138– E 143)

01) Dnipro-Staudamm vor Total-Sprengung? Droht „historische Katastrophe“?
(VIDEO)

12. 11. 2022



sdr

<https://unser-mittleuropa.com/dnipro-staudamm-vor-total-sprengung-droht-historische-katastrophe-video/>

Überwachungskamera und Satellitenbilder

Im Internet verbreitet sich derzeit ein Video einer Überwachungskamera von der mutmaßlichen Sprengung von Teilen des riesigen „Nova Kakhovka-Damm“ bei Cherson.

<https://www.youtube.com/watch?v=DSH7yTe8SgA&t=22s>

Außerdem wurden Bilder vom US-Satellitenbildunternehmen Maxar mit dem Zusatz veröffentlichte: „Satellitenbilder zeigen erhebliche neue Schäden an mehreren Brücken und dem Nova Kakhovka-Damm nach dem russischen Rückzug von Cherson über den Dnipro-Fluss.“ Anscheinend sollen Teile der nördlichen Ausdehnung des Damms und der Schleusentore „absichtlich zerstört“ worden sein.



Satellitenbild vom Nova-Kakhovka-Staudamm in Cherson, Ukraine. (Maxar Technologies / Reuters)



Teile der nördlichen Ausdehnung des Damms und der Schleusentore wurden beschädigt. (Maxar Technologies / Reuters)

Russische Kriegstaktik oder ukrainisches Verschwörungsszenario?

Bereits mehrmals wurde die Theorie geäußert, Russland könnte den Kakhovka-Staudamm aus kriegstaktischen Gründen zerstören – etwa durch das US-„Institute for the Study of War“ (ISW)

„Russische Streitkräfte werden wahrscheinlich versuchen, den Damm am Kakhovka-Wasserkraftwerk (HPP) zu sprengen, um ihren Rückzug zu vertuschen und die ukrainischen Streitkräfte daran zu hindern, russische Streitkräfte tiefer in das Gebiet Cherson zu verfolgen. Die russischen Streitkräfte werden mit ziemlicher Sicherheit die Ukraine für den Dammangriff verantwortlich machen.“ (ISW-update vom 21. Oktober, [yahoo](#))

Auch der ukrainische Präsident Selenskyj hatte erst kürzlich behauptet: Russische Streitkräfte hätten das Kahovka-Wasserkraftwerk untergraben und bereiteten einen False-Flag-Terrorakt vor.

Dies hatte Zelenskyi am Donnerstag in einer Videorede vor dem Europäischen Rat der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel mitgeteilt – wie „Ukrainska Pravda“ berichtete. Zelesnkyi weiter:

„Russland bereitet bewusst die Bühne für eine Großkatastrophe in der Südukraine vor. Wir haben Informationen, dass russische Terroristen den Damm und die Blöcke des Wasserkraftwerks Kahovka untergraben.“ ([vadhajtasok](#))

Rieseiger Staudamm: Gefahr für Hunderttausende und „historische Katastrophe“

<https://www.youtube.com/watch?v=b587ZUKIZsI>

<https://www.youtube.com/watch?v=QrsniE-yG2A>

Der riesige Damm staut etwa 18 Millionen Kubikmeter Wasser auf. Sollte er tatsächlich gesprengt werden, würden „mehr als achtzig Siedlungen, darunter Cherson, in die Überschwemmungszone fallen. Es könnte Hunderttausende von Menschen betreffen“, warnte Selenskyj.

Außerdem würde die Wasserversorgung eines bedeutenden Teils der Südukraine unterbrochen werden. Das Kernkraftwerk Saporischschja könnten kein Kühlwasser mehr erhalten. Und auch der Betrieb des Kanals zur Wasserversorgung der Krim könnte ebenfalls vollständig zum Erliegen kommen, betonte Zelenskij.

Er sprach außerdem dramatisch von „verheerenden ökologischen und humanitären Folgen ... von solchem Ausmaß, dass sie als historische Katastrophe bezeichnet werden“ müssten...

<https://www.youtube.com/watch?v=c7iEgkQTqJQ>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ukraine droht ein apokalyptischer iranischer „Raketensturm“

10. 11. 2022



Der Ukraine drohen verheerende Schläge durch präzise iranische Kurzstreckenraketen.

Seit Wochen greift Russland gezielt die Energie-Infrastruktur der Ukraine an und baut für den kommenden Winter ein gewaltiges Drohszenario auf. Denn die bisher eingesetzten iranischen Drohnen und Marschflugkörper sollen bald durch deutlich verheerendere iranische Kurzstreckenraketen aufgewendet werden.

Der Militärjournalist Tyler Rogowa spricht davon, dass es für die Ukraine unmöglich werden könnte, sich zu verteidigen: „Sie haben eine hohe Schlagkraft, und sie können fast überall im Land zuschlagen, was insbesondere die bereits ramponierte Energieinfrastruktur der Ukraine einem extremen Risiko aussetzt.“ ([drive](#))

Raketen kaum abzuwehren

Die beiden Raketen „Fateh“-110 („Eroberer“) und „Zolfaghar“ sind mit mehreren Hundert Kilogramm Sprengstoff bestückt, in etwa das Zehnfache der bisherigen Kamikaze-Drohnen. Außerdem sind sie schneller und manövrierfähiger als die langsamen, Propeller-Drohnen.

Mittlerweile rechnet man auch in der Ukraine mit dem Schlimmsten: Der Leiter des ukrainischen Geheimdienstes, Kyrylo Budanow, erwartet bereits für November russischen Beschuss mittels iranischer Kurzstreckenraketen.

Zur erfolgreichen Abwehr dieser bräuchte die Ukraine „MIM-104 Patriot“-Abwehrbatterien. Eine Lieferung durch die USA sei zwar angedacht worden. Allerdings würde eine Einschulung für ukrainische Soldaten Monate in Anspruch nehmen. Zudem besteht ein hohes Eskalationsrisiko, weil Russland dies als direkte Kriegseinmischung interpretieren könnte. Aus demselben Grund weigerte sich die Biden-Regierung auch, selbst Kurzstreckenraketen an die Ukraine zu liefern.

Hauptziel: Ukrainische Energie-Infrastruktur

Gerade jetzt vor Wintereinbruch könnten die anhaltenden Angriffe zu einem Riesen-Blackout führen, der sogar eine Komplett-Evakuierung Kiews nach sich ziehen könnte.

Ein offizielles iranisches Video von der Zerstörungskraft der Raketen liefert apokalyptische Bilder...

https://www.youtube.com/watch?v=p_OKJRLB5X8&t=12s

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) New York Times „entlarvt“ ukrainischen Drohnen-Angriff auf Sewastopol

01. 11. 2022



Kampfdrohneneinsatz der Ukraine, USA erklärt Russland zum "Täter"

Einem Bericht der „New York Times“(NYT) zu Folge, steckt Kiew hinter dem Drohnenangriff auf der Krim.

Demnach sei es, „das jüngste Beispiel dafür, dass ukrainische Streitkräfte sensible russische Einrichtungen aus der Ferne angreifen“, wurde von der *NYT* unter anderem bekannt gegeben.

Angriff auf Sewastopol scheiterte

Die US-Zeitung New York Times berichtete, dass die Ukraine für einen massiven, aber erfolglosen Drohnenangriff auf die Hafenstadt Sewastopol auf der Krim am 29. Oktober verantwortlich gewesen sei, wenngleich sich auch die Behörden in Kiew weigern, die Verantwortung für diesen Vorfall übernehmen zu wollen.

Das russische Verteidigungsministerium machte ebenfalls die Ukraine für den „terroristischen Angriff“ verantwortlich und erklärte, die Kiewer Streitkräfte hätten ihn unter der Anleitung von britischen Experten durchgeführt.

Der Anschlag mit insgesamt neun Luft- und sieben Marinedrohnen habe den Schiffen der russischen Schwarzmeerflotte gegolten, die in Sewastopol vor Anker lagen. Der Angriff wurde abgewehrt, wobei nach Angaben des russischen Ministeriums nur ein Schiff leicht beschädigt wurde.

Kein Eingeständnis Kiews bei gescheiterter Aktion

Die ukrainischen Behörden haben sich bisher zurückhaltend zu der, ihnen zugeschriebenen Verantwortung für den Angriff geäußert. Andrei Jermak, der Leiter des Büros des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, beschuldigte Russland auf dem Nachrichtendienst Telegramm, „terroristische Akte in seinen Anlagen zu erfinden“.

Am 29. Oktober widmete die [New York Times einen Artikel](#) den neuen Angriffsfähigkeiten, die Kiew angeblich während des Konflikts mit Russland erlangt haben soll. Man schrieb, dass diese „in den frühen Morgenstunden des 29. Oktober zu sehen waren, als ukrainische Drohnen ein russisches Schiff angriffen, das im Heimathafen der Schwarzmeerflotte in Sewastopol vor Anker lag“.

In einem [anderen Beitrag](#) wies man seitens der *NYT* darauf hin, dass die ukrainischen Behörden „eine Politik der offiziellen Ungereimtheit in Bezug auf Angriffe hinter den Frontlinien verfolgen würde“. Darauf folgte postwendend die vorgegebene offizielle „Unterstützungserklärung“ des unterstützten Regimes in Kiew.

Der Angriff auf Sewastopol „scheint jedoch das jüngste Beispiel dafür zu sein, dass ukrainische Streitkräfte sensible russische Einrichtungen aus der Ferne angreifen, was zeigt, wie selbst gebaute Drohnen und leistungsstarke Waffen, die von westlichen Staaten zur Verfügung gestellt worden waren, den Ukrainern Fähigkeiten verliehen haben, über die zu Beginn des Krieges nur die Russen verfügten“ so die *NYT*.

Zitate „dubioser“ namentlich ungenannter ukrainischer Regierungsbeamter

Die Zeitung zitierte dabei einen namentlich nicht genannten hochrangigen ukrainischen Beamten, der behauptete, ein russisches Minensuchboot sei bei dem Drohnenangriff schwer beschädigt worden, während ein anderes Schiff, die Fregatte „Admiral Makarow“, kleinere, leicht zu reparierende Schäden erlitten haben soll.

Nach Angaben Moskaus waren die russischen Schiffe, die von den ukrainischen Drohnen ins Visier genommen wurden, an der Sicherung des „Getreidekorridors“ beteiligt, der

eingerrichtet worden war, um die Ausfuhr ukrainischer Agrarprodukte aus den Schwarzmeerh fen zu ermöglichen. Das Getreide-Abkommen war im Sommer zwischen Moskau und Kiew unter Vermittlung der UNO und der Türkei zustande gekommen.

Ukrainische Angriffe auf Getreide-Transport-Schiffe

Dieser Angriff hat nun Russland dazu veranlasst, seine Beteiligung an der Vereinbarung [auf unbestimmte Zeit auszusetzen](#). Dies rief nun beinahe „wie bestellt“ wiederum eine wütende Reaktion von US-Präsident Joe Biden hervor, der diesen Schritt als „schlichtweg empörend“ bezeichnete und sagte, dass dies „den Hunger noch vergrößern“ würde. Freilich auf Russland gemünzt nicht etwa wie man meinen könnte auf die „bombardierende“ Ukraine.

Der Moskauer Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, antwortete Biden dahingehend, dass es wirklich „empörend“ sei, dass Washington es erneut unterlassen habe, „die rücksichtslosen Aktionen des Kiewer Regimes“ zu verurteilen.

Antonow wies ebenfalls „Unterstellungen“ zurück, dass Russland eine weltweite Hungerkatastrophe verursache, und wies darauf hin, dass Moskau wiederholt die Bedeutung der Versorgung der  rmsten Länder mit Agrarerzeugnissen hervorgehoben habe.

Am 29. Oktober erklärte der russische Landwirtschaftsminister Dmitri Patruschew, Moskau sei bereit, in den nächsten vier Monaten mit Unterstützung der Türkei [bis zu 500.000 Tonnen Getreide kostenlos](#) an arme Länder zu liefern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 144 – E 163)

04) Mazda „verkauft“ Produktionswerk in Russland um 1 Euro

14. 11. 2022



"sanktionsbedingtes" Geschenk an Russland - Mazda_werk für 1 Euro

Der japanische Autohersteller Mazda mit seiner Firmenzentrale in einem Vorort von Hiroshima, überträgt seinen Anteil am russischen Gemeinschaftsunternehmen in Wladiwostok, nun an das russische Unternehmen.

Das Geschäft wird für einen Euro abgeschlossen. In diesem Zusammenhang prognostiziert Mazda einen Verlust von 82 Millionen US-Dollar.

Aufgabe des russischen Marktes um 1 Euro

Der japanische Automobilhersteller Mazda verlässt den russischen Markt und überträgt seinen Anteil an dem Gemeinschaftsunternehmen Mazda Sollers Manufacturing Rus in Wladiwostok im Fernen Osten, an das russische Unternehmen Sollers.

Wie aus dem am Donnerstag [veröffentlichten Finanzbericht](#) des japanischen Autoherstellers für das zweite Quartal des Geschäftsjahres 2023 hervorgeht, wurde die Beteiligungsübertragung bereits am 24. Oktober beschlossen.

Das Geschäft wird für einen Euro abgeschlossen, wobei das japanische Unternehmen die Möglichkeit haben werde, seinen Anteil in den nächsten drei Jahren zurückzukaufen. Außerdem kann das japanische Mazda-Unternehmen in diesem Zusammenhang einen Verlust von mehr als 82 Millionen Dollar verzeichnen.

Im Bericht des Unternehmens heißt es zudem, „die Beteiligungsübertragung wird nach Genehmigung durch die zuständigen Behörden so schnell wie möglich geschaffen.“

Sanktionsverursachte Betriebsaufgabe

Mazda begründete seine Entscheidung damit, dass das Unternehmen die Lieferung von Teilen an der russischen Produktionsanlage seit März eingestellt hatte. Anschließend wurde der Betrieb im April völlig gestoppt. Das japanische Unternehmen versuchte wiederholt, die Gespräche mit dem russischen Unternehmen Sollers fortzusetzen, es sehe aber trotzdem keinen Weg zur Wiederaufnahme des Geschäfts, wie aus dem Bericht hervorgeht.

Ein weiteres Mal haben also die „hysterisch allerorten voran getriebenen Sanktionen“ somit den „Sanktionierern“ den größten Schaden zugefügt.

Das russische Mazda-Produktionswerk wurde im Jahr 2012 in Wladiwostok eröffnet. Anfang 2022 waren drei Modelle in Produktion, darunter Mazda 6, Mazda CX-5 und Mazda CX-9. Die Produktionskapazität des russischen Mazda-Werks beträgt 100.000 Fahrzeuge pro Jahr. Im Jahr 2021 hatte das Unternehmen 28.000 Autos produziert, für 2022 waren 30.000 geplant.

Nach Angaben der Association of European Businesses wuchs der Mazda-Verkauf im Jahr 2021 um elf Prozent auf 29.177 Autos. Von Januar bis Oktober des Jahres 2022 fiel er um 64 Prozent auf 8.494 Fahrzeuge. Das Modell Mazda CX-5 war in den letzten Jahren unter den Top 20 auf dem russischen Markt gewesen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Valdai Forum | Teil II: Präsident Putin antwortet auf brennende Fragen der Zeit

09. 11. 2022



Unser Mitteleuropa veröffentlichte bereits das Transkript der denkwürdigen Rede von Wladimir Putin, gehalten am Valdai Forum in Moskau am 27.10.2022:

Nach der Rede des russischen Präsidenten erhielten Teilnehmer des Forums Gelegenheit hochkarätige Fragen zur gegenwärtigen Krise des Weltgeschehens und zu den globalen Zukunftsaussichten an den russischen Präsidenten persönlich zu richten. Putin zählt zu den herausragenden Staatsmännern unserer Zeit, der es versteht, selbst auf schwierigste Fragen von Politexperten präzise Antworten auf den Punkt, ganz aus dem Stehgreif, zu geben.

Putins Auftritt erstreckte sich über mehr als drei Stunden. Dies bot dem Präsidenten die Gelegenheit auf viele brennende Fragen unserer Zeit ausführlich einzugehen. Doch nicht nur das: Wladimir Putin nutzte die Gelegenheit dem Präsidenten Frankreichs über diplomatische Gepflogenheiten, wie sie unter hohen staatlichen Vertretern normalerweise üblich sind, öffentlich aufzuklären. An einem weiteren Fauxpas zeigt Putin auf, dass sein französischer Gegenüber sich zuvor schon bei anderer Gelegenheit als politisch handlungsunfähig erwiesen hatte.

Dass es zu solchen Verfallserscheinungen kommen konnte, zeigt klar und deutlich, wie weit das politische Niveau westeuropäischer Staatführungen mittlerweile gesunken ist. Die unerträglichen Novizen im deutschen Bundeskanzleramt stellen keinen Einzelfall mehr dar. Vielmehr scheint sich besagter Abwärtstrend der diplomatischen Handlungsfähigkeit von Staatskanzleien verschiedener EU Mitgliedsstaaten rasant und flächendeckend auszuweiten.

Noch klar denkende Bürger Europas werden sich besorgt existentielle Fragen stellen, wie:

- Wieviel tiefer können Staatführungen des EU-Raumes noch sinken?
- Lässt sich der Niedergang der sogenannten westlichen „Wertegemeinschaft“ noch aufhalten?

Unser Mitteleuropa veröffentlicht in diesem Teil II zur Veranstaltung des Valdai Forums in Moskau das Transkript zur Fragerunde mit dem russischen Präsidenten in deutscher Übersetzung. Es liefert Antworten zu Themen, die westliche Medien gerne verschweigen:

Wladimir Putin zu Fragen der Globalpolitik & Zeitenwende im Wortlaut:



Fjodor Lukyanov: Vielen Dank, Herr Präsident, für Ihre so umfassende Rede (siehe Teil I)

Ich kann das Fazit nur spontan ziehen, als Sie die revolutionäre Situation erwähnten und von denen, die an der Spitze und unten stehen, sprachen: Die etwas älteren unter uns haben das alles in der Schule gelernt. Welcher Gruppe fühlen Sie sich mehr verbunden? Mit der oben oder der unten (in der Gesellschaft)?

Wladimir Putin: Mit denen unten – ich komme natürlich von unten.

Wie Sie wissen – ich habe es oft gesagt, dass ich aus einer Arbeiterfamilie komme. Mein Vater war Meister, er absolvierte eine Berufsschule. Meine Mutter erhielt keine Ausbildung, nicht einmal eine weiterführende, sie war nur eine Arbeiterin und hatte viele Jobs; Sie arbeitete als Krankenschwester in einem Krankenhaus, als Hausmeisterin und Nachtwächterin. Sie wollte mich nicht im Kindergarten oder in der Krippe lassen.

Daher bin ich natürlich sehr sensibel – Gott sei Dank war das bisher so und wird hoffentlich so bleiben – für den Puls all dessen, was ein gewöhnlicher Mensch durchmacht.

Fjodor Lukyanov: Sie gehören also auf globaler Ebene zu denen, die „nicht mitmachen“?

Wladimir Putin: Dort gehört es natürlich zu meinen Aufgaben, zu beobachten, was auf globaler Ebene geschieht. Ich stehe für das, was ich gerade gesagt habe: Für demokratische Beziehungen im Hinblick auf die Interessen aller Teilnehmer in internationalen Beziehungen – nicht nur die Interessen der sogenannten *goldenen Milliarde*.

Fjodor Lukyanov: Ich verstehe.

Das letzte Mal hatten wir uns vor genau einem Jahr getroffen. Das internationale Umfeld war bereits angespannt, aber wenn wir den vergangenen Oktober mit dem heutigen vergleichen, scheint es eine idyllische Zeit gewesen zu sein. Vieles hat sich im vergangenen Jahr drastisch verändert, die Welt wurde buchstäblich auf den Kopf gestellt, wie manche es nennen. Wie hat sich in diesem Jahr gemäss Ihrer persönlichen Wahrnehmung die Welt und das Land verändert?

Wladimir Putin: Was passiert ist und was jetzt passiert, sagen wir in Bezug auf die Ukraine, das sind keine Veränderungen, die gerade jetzt passieren oder die nach dem Start der speziellen Militäroperation Russlands eingesetzt hätten. Nein, all diese Veränderungen sind seit vielen Jahren geschehen; manche achten darauf, andere nicht – aber es sind tektonische Verschiebungen in Bezug auf die gesamte Weltordnung.

Wissen Sie, diese tektonischen Platten liegen da irgendwo unten auf der Erdkruste und sind in ständiger Bewegung. Experten sagen, dass sie sich bewegen bzw. immer in Bewegung stünden, doch alles schien ruhig zu sein, aber es gab immer noch Veränderungen. Und dann kollidierten sie. Energie sammelt sich an und wenn sich die Platten verschieben, verursacht dies ein Erdbeben. Die Akkumulation dieser Energie und ihr Ausbruch haben zu diesen aktuellen Ereignissen geführt.

Aber es passierte schon etwas zuvor. Was ist die Essenz dieser Ereignisse? Neue Machtzentren entstehen. Ich sage das ständig, und nicht nur ich – es geht nicht um mich – sie geschehen aufgrund objektiver Umstände. Einige der früheren Machtzentren verblassen. Ich möchte jetzt nicht darüber sprechen, warum es passierte, aber es ist ein natürlicher Prozess des Wachstums, Vergehens und Wandels. Neue Machtzentren entstehen, vor allem natürlich in Asien. Auch Afrika übernimmt die Führung. Ja, Afrika ist

immer noch ein sehr armer Kontinent, aber sehen Sie sich sein kolossales Potenzial an. Lateinamerika auch – all diese Länder werden sich definitiv weiterentwickeln, und diese tektonischen Veränderungen werden weiterhin ablaufen.

Wir haben diese aktuelle Situation nicht herbeigeführt, sondern der Westen ... Wenn Sie weitere Fragen haben, kann ich auf die Entwicklungen in der Ukraine noch eingehen. Haben wir den Putsch durchgeführt, der zu einer Reihe tragischer Ereignisse führte, einschließlich unserer speziellen Militäroperation? Nein, haben wir nicht!

Aber was wirklich zählt, ist, dass tektonische Verschiebungen jetzt stattfinden und weiterhin stattfinden werden. Unsere Handlungen haben damit nichts zu tun. Tatsächlich verstärken und beschleunigen sich die laufenden Prozesse, die an Fahrt aufnehmen und sich nun schneller als zuvor entfalten. Aber im Allgemeinen waren sie unvermeidlich und hätten unabhängig von Russlands Vorgehen gegenüber der Ukraine auch stattgefunden.

Fjodor Lukyanov: Apropos Staat, haben Sie im vergangenen Jahr etwas Neues über diesen gelernt?

Wladimir Putin: Wissen Sie, was den Staat betrifft... Natürlich sind uns Kosten entstanden, vor allem Verluste im Zusammenhang mit der militärischen Sonderoperation, an die ich immer wieder denke, und es gibt auch wirtschaftliche Verluste. Aber es gibt enorme Zugewinne, und was jetzt passiert, wird ohne Zweifel am Ende – das möchte ich betonen – für Russland und seine Zukunft von Vorteil sein.

Worum geht es bei diesen Zugewinnen? Es geht um die Stärkung unserer Souveränität in allen Bereichen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Vor nicht allzu langer Zeit hatten wir selbst die Sorge, in eine Art Halbkolonie zu verfallen und ohne unsere westlichen Partner nichts anfangen zu können. Wir könnten keine Finanztransaktionen durchführen, wir hätten keinen Zugang zu Technologie und Märkten oder Mittel zum Erwerb der neuesten Technologien gehabt. Nichts. Alles, was sie zu tun hätten, wäre mit den Fingern zu schnippen, damit wir auseinanderfielen. Aber nein, nichts ist auseinandergefallen, und die Basis der russischen Wirtschaft und der Russischen Föderation hat sich als viel stärker erwiesen, als irgendjemand gedacht hätte, inklusive wir selbst.

Dies ist ein Akt der Läuterung und des Verständnisses unserer Fähigkeiten: Die Fähigkeit, sich angesichts der Umstände schnell neu zu orientieren. Das Ziel muss nicht nur sein die Handlungen für die Importsubstitution zu beschleunigen, sondern auch jene Unternehmen zu ersetzen, die unseren Markt verlassen hatten. Es stellte sich heraus, dass unsere Unternehmen in den meisten Bereichen diejenigen ersetzen, die abzogen. Die Abziehenden flüstern uns ins Ohr: Wir gehen für kurze Zeit und sind bald wieder da. Nun, wie werden sie das erreichen? Sie verkauften Besitz im Wert mehrerer Milliarden Dollar für nur einen Dollar. Wie das? Sie verkauften es an das Management. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass sie mit dem Management eine Vereinbarung getroffen haben, dass sie zurückkehren wollten. Was könnte es sonst sein? Verschenken sie diese Unternehmen an zwei oder drei Personen? Natürlich nicht. Wir kennen eine solche Stimmung.

Das ist also von entscheidender Bedeutung. Wir selbst haben endlich erkannt – wir sagen immer wieder, dass wir ein großartiges Land sind – wir haben jetzt erkannt, dass wir in der Tat ein großartiges Land sind und dass wir es schaffen können.

Wir sind uns der mittelfristigen Folgen aufgrund der Einschränkungen für den Zugang zu Technologien voll bewusst. Aber wir hatten sowieso keinen Zugriff zu kritischer Technologie.

Die seit Jahrzehnten gültigen COCOM-Listen schienen aufgehoben, doch jetzt haben sie die Schrauben angezogen. Aber es hat sich herausgestellt, dass wir trotzdem zurechtkommen.

Eine weitere wichtige Komponente, ist spiritueller Natur, doch ist vielleicht der wichtigste Teil. Das Motto, dass wir niemanden zurücklassen, sitzt tatsächlich tief im Herzen eines jeden Russen sowie anderer ethnischen Gruppen, die russische Staatsbürger sind und führt zur Bereitschaft für unser eigenes Volk zu kämpfen. Dies festigt die Gesellschaft. Das war schon immer die große Stärke unseres Landes. Wir haben es bestätigt und bekräftigt, was das Wichtigste ist.

Fjodor Lukyanov: Hat Sie irgendein Ereignis dieses Jahres in Russland enttäuscht?

Wladimir Putin: Nein.

Fjodor Lukyanov: Wir müssen also keine Schlussfolgerungen ziehen und besonderen Änderungen vornehmen?

Wladimir Putin: Es ist immer notwendig, Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn Sie von einer Personalumbildung sprechen, ist das ein natürlicher Vorgang. Wir müssen immer wieder an Erneuerungen in verschiedenen Bereichen denken, neues Personal ausbilden und diejenigen fördern, die größere Aufgaben bewältigen können als jene, die sie zuvor bewältigt haben. Selbstverständlich ist das ein natürlicher Vorgang. Ich kann jedoch nicht sagen, dass mich jemand enttäuscht hätte oder entlassen werden sollte. Nein, natürlich nicht.

Fjodor Lukjanow: Ausgezeichnet.

Herr Präsident, Ihre Entscheidung, im Februar eine spezielle Militäroperation zu starten, kam für alle, einschließlich für die Mehrheit russischer Bürger als grosse Überraschung. Wir wissen, dass Sie die Logik und die Gründe zu dieser Entscheidung viele Male beschrieben haben. Allerdings werden Entscheidungen dieser Tragweite kaum ohne ein besonderes Motiv getroffen: Was war passiert, bevor Sie die Entscheidung trafen?

Wladimir Putin: Das habe ich schon oft beschrieben, und Sie werden heute kaum etwas Neues hören. Was war passiert? Ich werde nicht über die NATO-Erweiterung in die Ukraine sprechen, die für uns absolut inakzeptabel ist, wovon alle wussten, aber unsere Sicherheitsinteressen einfach missachteten. Ein weiterer Versuch, den wir Ende letzten Jahres unternahmen, schlug einmal mehr fehl. Uns wurde gesagt, wir sollten es bleiben lassen und ruhig sein und... Okay, ich werde das nicht in so vielen Worten ausdrücken, aber sie haben uns einfach ignoriert. Dies ist der erste Punkt.

Zweitens ist es wichtig, dass sich Vertreter des Kiewer Regimes, unterstützt von ihren westlichen Handlangern, weigerten, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen. Ihr Führer sagte, dass ihm keine einzige Bestimmung der Minsker Vereinbarungen gefalle. Das hat er öffentlich gesagt! Andere Beamte sagten offen, dass sie diese Vereinbarungen nicht umsetzen würden. Der ehemalige [ukrainische] Präsident sagte, er habe die Vereinbarungen von Minsk unter der Prämisse unterzeichnet, dass sie niemals umgesetzt werden würden. Welche anderen Gründe brauchen Sie?

Es ist eine Sache, wenn die Medien und das Internet dazu benutzt werden, eine Idee in die Köpfe von Millionen zu pflanzen, aber wirkliche Aktionen und praktische Politik eine ganz

andere Sache bleiben. Was ich Ihnen jetzt gesagt habe, ist von Millionen von Menschen unbemerkt geblieben, weil es im Informationsraum verloren ging, aber Sie und ich sind uns dessen bewusst.

All das wurde schließlich gesagt. Was bedeutete es für uns? Es bedeutete, dass wir im Donbass etwas unternehmen mussten. Die Menschen leben seit acht Jahren unter Beschuss, und die Angriffe dauern übrigens bis heute an, aber wir mussten eine Entscheidung für uns selbst treffen. Wie könnte sie ausfallen? Wir könnten ihre Unabhängigkeit anerkennen. Aber ihre Unabhängigkeit anzuerkennen und sie im Stich zu lassen, war nicht hinnehmbar. Also mussten wir den nächsten Schritt tun, was wir auch taten – sie in den russischen Staat einzugliedern. Allein hätten sie nicht überleben können, darüber besteht kein Zweifel.

Was wäre gewesen, wenn wir sie anerkannt hätten und sie auf ihren Wunsch hin Teil des russischen Staates geworden wären, denn wir wissen, was die Leute denken, aber die vom Kiewer Regime geplanten Granaten und Militäroperationen weiter gegangen und unvermeidlich geworden wären? Sie haben zwei großangelegte Militäroperationen durchgeführt. Es ist wahr, dass sie keinen Erfolg hatten, aber sie sind passiert. Der Beschuss wäre sicherlich fortgesetzt worden. Was konnten wir machen? Eine Operation starten? Warum warten und sie die Ersten gewesen wären, die es getan hätten? Wir wussten, dass sie sich darauf vorbereiteten. Das folgt natürlich der unvermeidlichen Logik des Geschehens.

Wir waren nicht diejenigen, die diese Logik erfanden. Warum benötigten sie 2014 überhaupt den Staatsstreich in der Ukraine? Janukowitsch hatte tatsächlich zugestimmt, zurückzutreten und vorgezogene Neuwahlen abzuhalten. Es war klar, dass seine Chancen – ich hoffe, Herr Janukowitsch wird sich nicht beleidigt fühlen – eher gering waren, wenn überhaupt. Welchen Sinn machte es also, in dieser Situation einen blutigen, staatsfeindlichen und verfassungswidrigen Putsch zu inszenieren? Keine Ahnung. Doch, es gibt nur eine Antwort: Zu zeigen, wer der Boss ist. Alle – ich entschuldige mich bei den Damen – alle haben still zu sitzen, den Mund zu halten und einfach nur zu tun, was sie sagen. Ich kann es einfach nicht anders erklären.

Also haben sie einen Staatsstreich begangen – aber die Menschen auf der Krim oder im Donbass weigerten sich, den Coup d'état anzuerkennen, und das führte schließlich zu den tragischen Ereignissen heute. Warum konnte der sogenannte Westen die in Minsk getroffenen Vereinbarungen nicht erfüllen?

Sie haben mir persönlich gesagt – in dieser Situation hätte man alles unterschrieben, wenn man unter solche Bedingungen gestanden wären. Aber trotzdem haben sie es unterschrieben! Sie unterzeichneten es und bestanden darauf, dass auch die Führer der damals nicht anerkannten Republiken des Donbass ihre Unterschriften daraufsetzten. Und dann haben sie einfach einen von ihnen ermordet – Sachartschenko.

All diese Aktionen führten zu den heutigen tragischen Ereignissen, und das ist alles.

Fjodor Lukjanow: Haben Sie nicht das Gefühl, dass der Feind unterschätzt wurde? Um ehrlich zu sein – dieses Gefühl ist in der Gesellschaft vorhanden.



Wladimir Putin: Nein. Kennen Sie das Problem? Wir haben immer gesehen, was dort passiert ist.

Acht Jahre lang haben sie ein befestigtes Gebiet angelegt, das tief genug in den Donbass hineinreicht, und natürlich wäre es sinnlos gewesen, sich dort hinein zu wagen und Verluste einzufahren – das ist der erste Punkt. Zweitens, war uns bewusst, dass dieser Ausbau weitergehen würde, und es für uns nur schlimmer, schwieriger, gefährlicher werden würde und wir Gefahr liefen, noch grössere Verluste zu erleiden. Das sind die Überlegungen, von denen wir uns leiten ließen. Die Entwicklung der NATO in diesem Gebiet war in vollem Gang – und sie geht weiter, genau wie damals. Diese befestigten Gebiete hätten sich weit über die heutige Kontaktlinie in den Donbass hinein ausgedehnt – sie wären überall gewesen. Das ist alles dazu.

Was wir jetzt sehen, wenn unsere Truppen im Donbass von Süden und Norden Druck ausüben, ist die eine Sache. Aber wenn dort noch mehrere Jahre befestigte Gebiete im ganzen Land gebaut, Personal ausgebildet und Waffensysteme angehäuft worden wären (Waffen, die sie bisher noch nicht hatten), wäre die Situation für Russland vollständig anders geworden, auch in Bezug auf die Durchführung dieser speziellen Militäroperation.

Fjodor Lukjanow: Sie haben wiederholt gesagt und in Ihrem Grundsatzartikel geschrieben, dass wir ein Volk sind. Haben Sie nach einem Jahr Ihre Meinung geändert?

Wladimir Putin: Nein, natürlich nicht. Wie liesse sich das ändern? Es ist eine historische Tatsache.

Auf unseren Territorien hat sich im 9. Jahrhundert die russische Staatlichkeit etabliert, zuerst in Nowgorod, dann in Kiew, und dann sind sie zusammengewachsen. Es ist eine Nation. Die Menschen sprachen dieselbe Sprache, Altrussisch, und Veränderungen begannen, meine ich, erst im 14. oder 15. Jahrhundert unter polnischem Einfluss, weil die westlichen Gebiete des russischen Staates Teile anderer Länder wurden. Von hierher kamen Veränderungen.

Natürlich habe ich bereits gesagt, dass jede Ethnie in ihrer Entwicklung unterschiedliche Prozesse durchläuft. Wenn ein Teil dieser Ethnizität an einem bestimmten Punkt beschließt, dass sie eine Stufe erreicht hätte und eine andere Volkszugehörigkeit erreicht habe, kann man das natürlich nur respektieren.

Aber dieser Prozess kam nicht von allein. Erstens geschah er, wie gesagt, weil einige der altrussischen Länder im Westen aus einer ganzen Reihe von Gründen Teile anderer Staaten wurden.

Diese Staaten fingen an, ihre Interessen zu fördern. Die Länder, die Teil Polens wurden, erlebten einen starken polnischen Einfluss und so weiter. Die Sprache begann sich zu ändern. Ich habe bereits gesagt, dass beim Beitritt der Ukraine zu Russland Briefe nach Warschau und Moskau geschrieben wurden. Wir haben sie in den Archiven. In diesen Briefen stand: „Wir, russisch-orthodoxe Christen, möchten uns mit folgender Angelegenheit an Sie wenden ...“ Sie baten Moskau, sie in Russland aufzunehmen, und baten Polen, ihre Interessen und ihre orthodoxen christlichen Bräuche zu berücksichtigen. Und doch nannten sie sich „russisch-orthodoxe Christen“. Ich habe mir das nicht ausgedacht. Es war ein Teil der Nation, die wir heute Ukrainer nennen.

Ja, dann ging alles nach seinen eigenen Gesetzen. Ein riesiges Russisches Reich wurde aufgebaut. Die europäischen Länder versuchten – teilweise erfolgreich, eine Barriere zwischen Europa und das Russische Reich zu legen, indem sie das seit der Antike bekannte Prinzip anwandten: Teile und herrsche. Sie begannen, Versuche zu unternehmen, die geeinte russische Nation zu spalten. Es begann im 19. Jahrhundert und wuchs schließlich im größeren Maßstab heran, was hauptsächlich vom Westen unterstützt wurde. Natürlich haben sie versucht, bestimmte Gefühle in den Menschen zu kultivieren, und einige mochten es sogar, wenn es um historische und sprachliche Aspekte ging.

Natürlich wurden diese Gefühle – genau zu dem von mir erwähnten Zweck – ausgenutzt, um zu teilen und zu herrschen. Es ist nichts Außergewöhnliches, aber sie haben sicher einige ihrer Ziele erreicht. Und später entwickelte sich daraus tatsächlich eine Zusammenarbeit mit Hitler während des Zweiten Weltkriegs, als ukrainische Kollaborateure in Kampagnen zur Vernichtung von Russen, Polen, Juden und Weißrussen eingesetzt wurden. Es ist eine bekannte historische Tatsache: Tötungskommandos betrauten Bandera-Anhänger mit den schmutzigsten und blutigsten Jobs. Das alles ist Teil unserer Geschichte. Aber es ist auch eine historische Tatsache, dass Russen und Ukrainer im Wesentlichen eine Ethnie darstellen.

Fjodor Lukjanow: Wir erleben also einen Bürgerkrieg mit einem Teil unseres eigenen Volkes.

Wladimir Putin: Teilweise, ja. Leider landeten wir aus verschiedenen Gründen in verschiedenen Staaten. Vor allem, weil die damalige bolschewistische Führung entschieden hatte, als sie nach dem Zusammenbruch des [russischen] Imperiums die Sowjetunion gründete – ich habe dies in meinen Artikeln mehr als einmal öffentlich behandelt – die nationalistisch gesinnten Bolschewiki, die ursprünglich aus der Ukraine stammten zu besänftigen, um ihnen einige ursprünglich russische historische Ländereien zu geben, ohne die Menschen, die dort lebten, zu fragen. Sie überliessen ihnen ganz Malorossija (Kleinrussland), die gesamte Schwarzmeerregion und den ganzen Donbass. Zuerst beschlossen sie, den Donbass zu einem Teil Russlands zu machen, aber dann kam eine Delegation aus der Ukraine, um Wladimir Lenin zu sehen, der einen Vertreter des Donbass herbeirief und ihm sagte, dass die Donbass-Angelegenheit überdacht werden sollte. So lief es, dass der Donbass zur Ukraine kam.

In diesem Sinne ist die Ukraine natürlich ein künstlich geschaffener Staat. Umso mehr, als Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg – auch das ist eine historische Tatsache – mehrere polnische, ungarische und rumänische Gebiete plötzlich zu einem Teil der Ukraine machte und diese Landstriche damit diesen Ländern wegnahm. Er gab den Polen, die nicht Teil der Nazi-Koalition waren, einige der ostdeutschen Länder. Das sind wohlbekannte historische Tatsachen. So entstand die heutige Ukraine.

Ich hatte nur den Gedanken, dass Russland, das die heutige Ukraine geschaffen hat, fairerweise der einzige wirkliche und ernsthafte Garant für die Staatlichkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sein könne.

Fjodor Lukyanov: Ich erinnere mich, dass es im Frühjahr eine Diskussion über Garantiestaaten gab, aber dann war alles vorbei.

Dies mag eine rhetorische Frage sein, wenn man bedenkt, dass Feindseligkeiten und vieles mehr im Gange sind, aber Sie und die russischen Beamten haben anlässlich mehrerer Gelegenheiten gesagt, dass die Sonderoperation nach Plan verlief. Was ist der Plan? Um ehrlich zu sein, ist dies den Mitgliedern der Gesellschaft nicht ganz klar. Was ist der Plan?

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich sagte eingangs, am Tag des Beginns der Operation, dass das Wichtigste für uns ist, dem Donbass zu helfen. Ich habe das bereits erwähnt, und wenn wir anders gehandelt hätten, hätten wir unsere Streitkräfte nicht auf beiden Seiten des Donbass einsetzen können. Das ist mein erster Punkt.

Zweitens wurde die Volksrepublik Lugansk vollständig befreit. Militärische Aktivitäten im Zusammenhang mit der Republik Donezk sind im Gange. Als unsere Truppen sich sowohl von Süden als auch von Norden näherten, wurde tatsächlich klar, dass die Menschen, die in diesen historischen Territorien von Noworossija (Neurussland) leben, ihre Zukunft als Teil Russlands sehen. Wie könnten wir darauf nicht reagieren?

Daher werden wir Zeugen von Ereignissen, die sich entfalten. Sie sind im Zuge und als logische Folge dieser Situation in dieser Form bis zum heutigen Punkt entstanden. Aber der Plan war da, und das Ziel ist es, den Menschen im Donbass zu helfen. Nach dieser Prämisse arbeiten wir. Natürlich sind mir die Pläne des Generalstabs bekannt, aber ich glaube nicht, dass wir die Einzelheiten diskutieren sollten.

Fjodor Lukjanow: Danke.

Freunde, ich habe meine Neugier befriedigt und alle Fragen an mich gezogen. Lassen Sie uns anderen Fragestellern das Wort erteilen.



Lass uns beginnen: Iwan Safrantschuk.



Ivan Safranchuk: Ivan Safranchuk, MGIMO-Universität.

Sie sagten, dass wir ein sehr wichtiges Jahrzehnt in der Entwicklung der Welt und unseres Landes vor uns haben. Aber ich habe den Eindruck, dass es eine gewisse Tür gibt, die uns in dieses Jahrzehnt geführt hat.

Ich habe eine Frage zu dieser Tür: Die nukleare Rhetorik hat sich in letzter Zeit stark verschärft. Die Ukraine ist von unverantwortlichen Äußerungen zur praktischen Vorbereitung einer nuklearen Provokation übergegangen; Vertreter der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs geben Erklärungen mit Vorschlägen zum möglichen Einsatz von Atomwaffen ab.

Erwähnen wir, dass Biden von nuklearem Armageddon spricht, und sofort gibt es in den USA Kommentare, dass man nichts zu befürchten hätte. Gleichzeitig beeilen sich die Vereinigten Staaten, modernisierte taktische Atombomben in Europa zu stationieren. Es sieht so aus, als wollten sie mit dem Säbel rasseln, während sie sich weigern, die Lehren aus der Kubakrise zu ziehen.

Herr Präsident, könnten Sie bitte sagen, stimmt es, dass die Welt kurz vor dem möglichen Einsatz von Atomwaffen steht? Wie wird Russland unter diesen Umständen handeln, da es ein verantwortungsvoller Nuklearstaat ist?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: Sehen Sie, solange es Atomwaffen gibt, besteht immer die Gefahr, dass sie eingesetzt werden könnten. Das ist das Erste.

Zweitens ist das Ziel des derzeitigen Wirbels um solche Bedrohungen und den möglichen Einsatz von Atomwaffen sehr primitiv, und ich werde wohl wahrscheinlich nicht falsch liegen, wenn ich erkläre, worum es hier geht.

Ich habe bereits gesagt, dass das Diktat der westlichen Länder und ihre Versuche, Druck auf alle Teilnehmer der internationalen Gemeinschaft auszuüben, einschließlich der uns gegenüber neutralen oder befreundeten Länder, nichts bewirkte, und sie suchen nunmehr nach zusätzlichen Argumenten, um unsere Freunde oder neutrale Staaten zu überzeugen, dass sie alle Russland gemeinsam konfrontieren sollten.

Nukleare Provokationen und das Anheizen der Möglichkeiten, dass Russland theoretisch Atomwaffen einsetzen könnte, werden verwendet, um diese Ziele zu erreichen: Um unsere Freunde, unsere Verbündeten und neutrale Staaten zu beeinflussen, indem sie ihnen sagen, wen Sie vermeintlich unterstützen: *„Russland ist so ein beängstigendes Land, unterstützen Sie es nicht, kooperieren Sie nicht mit ihm, handeln Sie nicht mit ihm.“* Dies ist in der Tat ein primitives Ziel.

Was passiert in der Realität? Schließlich haben wir nie proaktiv etwas darüber gesagt, dass Russland möglicherweise Atomwaffen einsetzen würde. Alles, was wir taten, war Andeutungen in Reaktion auf Äußerungen westlicher Führer.

Frau Liz Truss, zuletzt Premierministerin Großbritanniens, hat in einem Gespräch mit einem Medienvertreter direkt erklärt, dass Großbritannien eine Atommacht sei und die Pflicht des Premierministers darin bestünde, möglicherweise Atomwaffen einzusetzen, und sie dies tun werde. Es ist kein Zitat, aber nah am ursprünglichen Wortsinn: *„Dazu bin ich bereit.“*

Sehen Sie, niemand hat darauf in irgendeiner Weise reagiert. Angenommen, sie wick einfach aus und es rutschte ihr heraus. Wie kann man so etwas öffentlich sagen? Sie tat es jedenfalls.

Sie hätten sie richtigstellen können, oder Washington hätte öffentlich erklären müssen, dass es damit nichts zu tun habe. Sie hätten keine Ahnung, wovon sie redete, hätten sie sagen können. Es war nicht nötig, jemandes Gefühle zu verletzen; alles, was sie hätten tun können, wäre sich von dem zu distanzieren, was sie sagte. Aber alle schwiegen. Was sollen wir denken? Wir dachten, es sei eine koordinierte Position und wir würden erpresst. Was sollten wir tun? Schweigen und so tun, als ob wir nichts gehört hätten, oder was?

Es gibt mehrere andere Aussagen zu diesem Thema. Kiew hört nie auf, über seinen Wunsch nach Atomwaffen zu sprechen. Dies ist der erste Teil eines Ballet de la Merlaison. (Anmerkung: Ballett Inszenierung unter Louis XIII und seiner Herrschaft als König von Frankreich 1610 – 1643).

Sie reden immer wieder über unsere vermeintlich empörenden Aktionen beim Kernkraftwerk Zaporozhye. Was ist daran so unverschämt? So formulieren sie es manchmal. Sie unterstellen uns ständig, dass wir Raketen auf das Kernkraftwerk Zaporozhye abfeuern. Haben sie noch alle Sinne beisammen, oder was? Wir haben die Kontrolle über dieses Atomkraftwerk. Dort sind unsere Truppen stationiert.

Vor ein paar Monaten sprach ich mit einem westlichen Führer. Ich fragte ihn, was wir tun sollten. Er sagte mir, wir müssten schwere Waffen aus dem Kernkraftwerk Zaporozhye abziehen. Ich stimmte zu und sagte, dass wir das bereits getan hätten und es dort keine schweren Waffen mehr gäbe. *„Sie taten es? Gut, dann entfernen Sie auch die der anderen.“* (Lachen.)

Es ist Unsinn, verstehen Sie? Sie lachen und es ist wirklich witzig. Aber es ist fast wörtlich, was er sagte.

Ich sagte ihm, hören Sie zu, Sie wollten, dass die IAEA (International Atomic Energy Agency) -Vertreter am Kraftwerk repräsentiert sind. Wir stimmten zu, und sie sind da.

Sie wohnen direkt auf dem Gelände des Atomkraftwerks. Sie sehen mit eigenen Augen, was los ist, wer schießt und woher die Granaten kommen. Doch, schließlich sagt niemand, dass ukrainische Truppen das Atomkraftwerk beschießen. Und sie mischen die Dinge auf und geben Russland die Schuld. Das ist aberwitzig. Es sieht aus wie eine Wahnvorstellung, aber es passiert tatsächlich.

Ich glaube, ich habe bereits öffentlich gesagt, dass die Sabotagegruppen des Kiewer Regimes drei oder vier Hochspannungsfreileitungen außerhalb des Kernkraftwerks Kursk zerstört hatten. Leider konnte der FSB (russischer Inlandsgeheimdienst) sie nicht fassen. Hoffentlich wird er es eines Tages tun. Sie entkamen. Aber sie waren diejenigen, die es taten.

Wir informieren alle westlichen Partner über den Vorfall. Schweigen war alles, was wir als Antwort bekamen, als ob nichts passiert wäre. Das heißt, sie versuchen, eine Art nuklearen Zwischenfall zu inszenieren, um Russland die Verantwortung zuzuschieben und eine neue Runde ihres Kampfes gegen Russland, Sanktionen gegen Russland und so weiter anzuzetteln. Ich sehe einfach keinen anderen Sinn darin. Dies ist es, was passiert.

Jetzt haben sie etwas Neues erfunden. Es war kein Zufall, dass wir mit der Information unserer Sicherheitsdienste an die Öffentlichkeit gingen, weil sie einen Vorfall mit einer sogenannten *schmutzigen Bombe* vorbereiteten. Eine solche Bombe ist einfach herzustellen, und wir kennen sogar ihren ungefähren Standort. Leicht modifizierte Reste von Kernbrennstoff – die Ukraine hat die dafür erforderlichen Technologien – werden in die Tochka-U (russische ballistische Rakete) geladen, sie explodiert und sie sagen dann, dass es Russland gewesen wäre, welches einen Atomschlag durchgeführt hätte.

Aber wir haben keinen Anlass das zu tun; es macht für uns keinen Sinn, weder politisch noch militärisch. Aber sie wollten es trotzdem tun. Ich war es, der [Verteidigungs-] Minister [Sergei] Shoigu angewiesen hat, alle seine Kollegen anzurufen und sie darüber aufzuklären. Wir können solche Dinge nicht ignorieren.

Jetzt heißt es, die IAEA wolle kommen und die Atomanlagen der Ukraine inspizieren. Wir befürworten dies, und wir glauben, dass dies so schnell wie möglich erfolgen sollte und die Inspektionen in allen ihren Einrichtungen zu erfolgen hätten, weil wir wissen, dass die Kiewer Behörden ihr Bestes tun, um ihre Spuren zu verwischen. Sie arbeiten daran.

Schließlich über den Einsatz oder Nichteinsatz von [Atomwaffen]. Das einzige Land der Welt, das Atomwaffen gegen einen Nicht-Atomwaffenstaat eingesetzt hat, waren die Vereinigten Staaten von Amerika: Sie haben diese zweimal gegen Japan eingesetzt. Was war das Ziel? Es gab überhaupt keine militärische Notwendigkeit dafür. Wie war die militärische Brauchbarkeit des Einsatzes von Atomwaffen gegen Hiroshima und Nagasaki – gegen Zivilisten? Gab es eine Bedrohung der territorialen Integrität der USA? Natürlich nicht. Auch aus militärischer Sicht war es nicht praktikabel, denn Japans Kriegsmaschinerie war bereits zerstört, sie konnte sich nicht wehren, also was war der Sinn, den letzten Schlag mit Atomwaffen zu führen?

Übrigens sagen japanische Lehrbücher normalerweise, dass es die Alliierten waren, die Japan einen nuklearen Schlag versetzten. Sie haben Japan so fest im Griff, dass die Japaner nicht einmal die Wahrheit in ihre Schulbücher schreiben können. Auch wenn sie jedes Jahr dieser Tragödie gedenken. Gut für die Amerikaner, wir sollten wohl alle ihrem Beispiel folgen. Gut gemacht.

Aber solche Dinge passieren, das ist das Leben. Die USA sind also das einzige Land, das dies getan hat, weil es glaubte, es sei in ihrem Interesse.

Was Russland betrifft ... Wir haben die Militärdoktrin, und sie sollten sie lesen. Einer seiner Artikel erklärt die Fälle, wann, warum, in Bezug auf was und wie Russland es für möglich hält, Massenvernichtungswaffen in Form von Atomwaffen einzusetzen, um seine Souveränität, territoriale Integrität und die Sicherheit des russischen Volkes zu gewährleisten.

Fjodor Lukjanow: Morgen ist es 60 Jahre her, seit dem Höhepunkt der Karibikkrise (Kubakrise), der Tag, an dem der Rückzug beschlossen wurde.

Können Sie sich in die Rolle eines der Führer versetzen, Chruschtschow, um genauer zu sein? Können wir zu diesem Punkt kommen?



Wladimir Putin: Sicherlich nicht.

Fjodor Lukjanow: Dazu wird es nicht kommen?

Wladimir Putin: Nein, ich kann mich nicht in der Rolle Chruschtschows vorstellen. Auf keinen Fall. (Lachen.)

Fjodor Lukjanow: In Ordnung. Und was ist mit der Rolle einer Führungskraft, die in dieser Frage einer Entscheidung steht?

Wladimir Putin: Wir sind bereit, alle Probleme zu schlichten. Wir lehnen nichts ab. Im vergangenen Dezember boten wir den Vereinigten Staaten an, den Dialog über strategische Stabilität fortzusetzen, erhielten jedoch keine Antwort. Es war im Dezember letzten Jahres. Schweigen.

Wenn sie wollen, sind wir bereit – lasst es uns tun. Wenn sie nicht wollen, entwickeln wir unsere eigene moderne Technologie, Abschussfahrzeuge, einschließlich Überschallwaffen. Im Prinzip brauchen wir nichts. Wir fühlen uns autark.

Ja, natürlich, irgendwann werden sie uns auch mit Überschallwaffen einholen. Das ist offensichtlich, sie sind ein High-Tech-Land und es ist nur eine Frage der Zeit. Aber sie haben uns noch nicht eingeholt. Wir haben alles und wir entwickeln diese Technologie. Wenn jemand mit uns darüber ins Gespräch kommen möchte, sind wir bereit, dieses aufzunehmen.

Fjodor Lukyanov: Rasigan Maharajh (Südafrika) machen Sie bitte weiter.



Rasigan Maharajh: Vielen Dank. Sie haben einen Punkt direkt beantwortet, den ich zuvor angesprochen habe, aber wenn ich meine Frage erweitern dürfte.

Eskalierende und sich beschleunigende Krisen offenbaren weiterhin die prekäre Lage, in der wir uns befinden, und wohin uns unser System derzeit treibt. Der ungleiche Austausch setzt sich also fort, wie Sie betonten, bei der Verteilung von Anteilskapital, insbesondere

von menschlichem Einsatz, Fähigkeiten und Kompetenzen, und lässt künftige Aussichten auf Interessenausgleichs und Reformen innerhalb eines unfairen hegemonialen Systems äußerst düster aussehen. Sanktionen und die Angst vor Repressalien haben die monetäre Souveränität bedeutungslos gemacht, insbesondere durch waffenmässigen Einsatz des Zahlungssystems. Was könnte in unserer heutigen Zeit eine demokratischere und praktikablere Alternative zum derzeitigen internationalen Zahlungs- und Abrechnungssystem darstellen?

Wladimir Putin: Das ist eine der Schlüsselfragen der aktuellen Entwicklung und der Zukunft nicht nur des Finanzsystems, sondern auch der Weltordnung. Ihre Frage hat ins Schwarze getroffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schufen die Vereinigten Staaten das Bretton-Woods-System und verstärkten es im Laufe der Jahre um ein Vielfaches. Sie arbeiteten in verschiedenen Bereichen und gründeten internationale Institutionen, die sowohl im Finanzwesen als auch im internationalen Handel unter ihrer Kontrolle stehen. Aber diese brechen offensichtlich zusammen.

Wie ich bereits sagte, haben die Vereinigten Staaten einen großen Fehler gemacht, indem sie den Dollar als Waffe im Kampf für ihre politischen Interessen einsetzten. Das untergräbt das Vertrauen in den Dollar und andere Reservewährungen. Der Vertrauensverlust ist groß – glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche. Jetzt denken alle darüber nach, ob es Sinn macht, Devisenreserven in Dollar zu halten.

Es ist nicht so einfach, sich vom Dollar zu lösen, weil die Amerikaner ein sehr mächtiges System geschaffen haben, das diese Reserven hält und sie tatsächlich nicht herausgibt. Es ist sehr schwierig sie herauszukommen, aber alle haben begonnen, die Zukunft abzuwägen. Ich habe dies bereits beschrieben und kann nur wiederholen, wie wir über die Zukunft des internationalen Finanzsystems denken.

Erstens ist dies ein gemeinsames Verständnis, aber dennoch: Allen Ländern muss eine souveräne Entwicklung garantiert werden, und die Wahl jedes Landes muss respektiert werden. Das ist auch wichtig, auch in Bezug auf das Finanzsystem. Es sollte unabhängig und entpolitisiert sein und sich natürlich auf die Finanzsysteme der führenden Länder der Welt abstützen.

Und wenn dieses System geschaffen wird (das wird nicht einfach sein, es ist ein schwieriger Prozess, aber er ist möglich), werden die internationalen Institutionen (sie müssen entweder reformiert oder neu geschaffen werden), die jenen Ländern helfen, die Unterstützung benötigen, effektiver arbeiten.

Zunächst einmal soll dieses neue Finanzsystem den Weg für Bildung und Technologietransfer ebnen.

Wenn wir das zusammenfassen, eine Palette von Chancen ergreifen, die es zu nutzen gilt, dann wird dieses Wirtschaftsmodell und Finanzsystem den Interessen der Mehrheit gerecht und nicht nur den Interessen dieser „*goldenen Milliarde*“, von der wir gesprochen haben.

Als Vorreiter dieses Systems müssen wir sicherlich Zahlungen in Landeswährungen ausweiten. Da die US-Finanzbehörden den Dollar als Waffe einsetzen und nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern und anderen Ländern Probleme im Zahlungsverkehr bereiten, wird das Streben nach Unabhängigkeit unweigerlich die Abwicklung in Landeswährung vorantreiben.

Mit Indien leisten wir beispielsweise jetzt 53 Prozent der gegenseitigen Zahlungen für Exporte in Landeswährungen und etwa 27 Prozent für Importe. Ähnliche Vereinbarungen mit anderen Ländern werden zunehmend genutzt. Mit China zum Beispiel nehmen Zahlungen in Yuan und Rubel schnell zu, und auch mit anderen Ländern – ich werde sie jetzt nicht alle aufzählen.

Was unser eigenes Finanzsystem betrifft, so glaube ich, dass die Hauptrichtung darin besteht, ein supranationales globales Währungssystem zu schaffen, das entpolitisiert und auf nationalen Währungssystemen basiert ist. Dieses System würde sicherlich Zahlungen und Transaktionen sicherstellen. Es ist möglich. Am Ende haben wir auf die eine oder andere Weise die ersten Schritte in Richtung Zahlungen in Landeswährungen und dann – Schritte auf regionaler Ebene getan. Ich glaube, dass dieser Prozess weitergehen wird.

Fjodor Lukyanov: Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich bitte persönlich vor, wenn Sie Fragen stellen.

Alexander Iskandarjan.



Alexander Iskandaryan: Herr Präsident, ich komme aus Armenien und meine Frage betrifft mein Land und meine Region.

Die Diskussion um einen Vertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan ist in letzter Zeit akuter geworden, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass es zwei konkurrierende Entwürfe gibt: einen russischen Entwurf, der vom russischen Vermittler vorgeschlagen wird, und einen westlichen Entwurf. Diese Situation ist neben den anderen Risiken in der Region ziemlich riskant. Es gibt gewisse Spannungen.

Was denkt Russland und wie plant Russland, auf diese Situation zu reagieren und in Zukunft in diesem Zusammenhang zu handeln?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich weiß nicht einmal, ob dies schon einmal öffentlich diskutiert wurde – vielleicht ja, vielleicht nein – aber selbst, wenn es nicht diskutiert wurde, sehe ich hier keine Geheimnisse.

Seit vielen Jahren führen wir den Dialog mit Armenien fort und schlagen vor, die Angelegenheit um Berg-Karabach zu regeln. Armenien kontrollierte de facto sieben Gebiete in Aserbaidschan. Und wir schlugen vor, auf eine Normalisierung der Beziehungen hinzuarbeiten. Es gibt zwei Bereiche, Kalbajar und einen weiteren weiter südlich, mit Korridoren, großen Bereichen. An einem bestimmten Punkt könnten wir eine Vereinbarung mit Aserbaidschan treffen und fünf Gebiete abtreten. Sie sind nicht notwendig, es gibt keinen Nutzen für sie. Sie stehen einfach leer, da die Menschen im Wesentlichen aus diesen Gebieten vertrieben wurden. Warum sie behalten? Es hat keinen Sinn. Während für Verbindungen mit Berg-Karabach zwei Gebiete, übrigens riesige Gebiete, ausreichen sollten.

Wir glauben, dass es fair wäre, die Flüchtlinge zurückzubringen und so weiter. Es wäre ein guter Schritt zur Normalisierung der Lage in der Region insgesamt. Die armenische Führung entschied sich für einen eigenen Kurs, der, wie wir wissen, zu der Situation geführt hat, die wir heute haben.

Nun, was die Regelung und den Friedensvertrag betrifft, ist unsere Position, dass es natürlich einen Friedensvertrag geben muss. Wir unterstützen eine friedliche Lösung, die Festlegung der Grenze und eine vollständige Lösung der Grenzfragen. Die Frage ist, welche Option gewählt werden soll. Es liegt an Armenien, dem armenischen Volk und der armenischen Führung. Wie auch immer sie sich entscheiden, wir werden es auf jeden Fall unterstützen, solange es Frieden bringt.

Aber wir haben nicht die Absicht, Armenien irgendetwas aufzuzwingen oder zu diktieren. Wenn das armenische Volk oder die armenischen Führer glauben, dass sie sich für eine bestimmte Version des Friedensvertrags entscheiden sollten ... Soweit ich weiß, sieht der Washingtoner Entwurf die Anerkennung der Souveränität Aserbaidschans über Berg-Karabach vor. Wenn Armenien das wählt, soll es so sein. Wir werden jede Entscheidung des armenischen Volkes unterstützen.

Wenn das armenische Volk und die Führer glauben, dass Berg-Karabach bestimmte Besonderheiten hat, die in einem zukünftigen Friedensvertrag berücksichtigt werden sollten, ist dies ebenfalls möglich. Dies ist jedoch zweifellos eine Frage der Vereinbarung zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die Vereinbarungen müssen auch für die andere Partei, für Aserbaidschan, akzeptabel sein. Es ist eine sehr schwierige Frage, nichts weniger.

Aber Armenien ist unser strategischer Partner und Verbündeter, und natürlich werden wir uns unter Berücksichtigung der Interessen Aserbaidschans weitgehend von dem leiten lassen, was Armenien selbst vorschlägt.

Fjodor Lukjanow: Vor zwei Jahren haben Sie beim Treffen des Valdai-Klubs hoch über Präsident Erdogan gesprochen und gesagt, dass er seine Worte nicht zurücknehme, sondern tue, was er versprochen hätte. In den letzten zwei Jahren ist viel passiert. Hat sich Ihre Meinung über ihn geändert?



Wladimir Putin: Nein. Er ist ein kompetenter und starker Führer, der sich vor allem und möglicherweise ausschließlich von den Interessen der Türkei, ihrer Bevölkerung und ihrer Wirtschaft leiten lässt. Dies erklärt weitgehend seine Haltung zu Energiefragen und zum Beispiel zum Bau von *TurkStream*.

Wir haben den Bau eines Gasknotenpunkts in Türkiye für europäische Verbraucher vorgeschlagen. Türkiye hat diese Idee natürlich zunächst aus eigenen Interessen unterstützt. Wir haben viele gemeinsame Interessen im Tourismus, in der Baubranche und in der Landwirtschaft. Es gibt viele Bereiche, in denen wir gemeinsame Interessen haben.

Präsident Erdogan lässt niemanden freie Fahrt oder handelt im Interesse von Drittstaaten. Er vertritt vor allem die Interessen von Türkiye, auch im Dialog mit uns. In diesem Sinne sind Türkiye als Ganzes und persönlich Präsident Erdogan keine einfachen Partner. Viele unserer Entscheidungen werden in langen und schwierigen Debatten und Verhandlungen erarbeitet.

Aber es gibt auf beiden Seiten den Wunsch, Vereinbarungen zu treffen, und wir tun dies normalerweise. In diesem Sinne ist Präsident Erdogan ein beständiger und zuverlässiger Partner. Das ist wohl seine wichtigste Eigenschaft, dass er ein zuverlässiger Partner ist.

Fjodor Lukjanow: Hat er zum Beispiel jemals versucht, bei Ihnen als Trittbrettfahrer mitzukommen?

Wladimir Putin: Sehen Sie, ich habe bereits festgestellt, dass der Präsident von Türkiye kein einfacher Partner ist, dass er immer seine Interessen vertritt, nicht seine persönlichen Interessen, sondern die Interessen seines Landes, aber man kann nicht sagen, dass er jemals versucht hätte als Trittbrettfahrer aufzutreten.

Er arbeitet einfach auf eine Lösung hin, die aus Sicht seiner Regierung die beste ist. Wir arbeiten an Lösungen, die für uns die besten sind. Wie ich bereits sagte, finden wir

normalerweise auch bei sehr heiklen Themen eine Lösung, wie für Syrien, Sicherheitsfragen und die Wirtschaft, einschließlich der Infrastruktur. Bisher ist uns das gelungen.

Ich wiederhole, da dies äußerst wichtig ist. Wir wissen, dass, wenn wir einen schwierigen Weg vor uns hatten und es schwierig schien, zu einer Einigung zu kommen, wir sie aber dennoch erreicht haben, wir sicher sein konnten, dass sie umgesetzt würde. Das Wichtigste ist Verlässlichkeit und Stabilität in unseren Beziehungen.



Dayan Jayatilleka: Danke. Mein Name ist Dayan Jayatilleka, ehemaliger Botschafter Sri Lankas in der Russischen Föderation.

Herr Präsident, es wird gesagt, dass Russland jetzt einem Stellvertreterkrieg gegenübersteht, der vom kollektiven Westen und der NATO geführt werde. Wenn dem so ist, dann ist es wahrscheinlich die ernsthafteste Bedrohung, der Russland seit 1941 ausgesetzt war. Damals, während des Großen Vaterländischen Krieges, wandte sich der sowjetische Führer, der Kommunist war, an die orthodoxe Kirche und den russischen Nationalismus, um eine breite Front zur Verteidigung Russlands zu bilden. Würden Sie sagen, dass Sie in einem ähnlichen Geist die sowjetisch-russische Vergangenheit, das kommunistische Erbe von 1917, noch einmal aufgreifen sollten, um nützliche Elemente daraus zu extrahieren, einschließlich der Geschichte der Roten Armee, und würden Sie denken, dass es sich lohnen könnte, sich an kommunistische Elemente, so wenige sie auch sein mögen, zu wenden, um sich in Russland einer breiten patriotischen Front anzuschließen? Vielen Dank.

Wladimir Putin: Was meine Position betrifft, so glaube ich, dass wir unser gesamtes historisches Erbe nutzen sollten. Ich denke, wir sollten nichts ablehnen – weder die positiven Aspekte des Zarenreichs in der russischen Geschichte noch die positiven Fakten in der Geschichte der Sowjetunion, die viele positive Züge hatte. In beiden Fällen gab es auch Negatives – sie wurden auf unterschiedliche Weise überwunden und hatten unterschiedliche Folgen.

Was die Beziehungen zum linken Teil unseres politischen Spektrums und andere politische Strömungen angeht ... Wissen Sie, die Besonderheit des heutigen Russlands ist der praktisch vollständige Konsens über die Abwehr äußerer Bedrohungen. Ja, es gibt Menschen, die komplett pro-westlich orientiert sind und die meistens im Ausland leben; sie sind geistig im Ausland, ihre Familien leben im Ausland und ihre Kinder studieren im Ausland. Ja, wir haben ein paar davon, aber sie waren schon immer hier und es gibt sie immer in allen Ländern – daran ist nichts Ungewöhnliches. Aber insgesamt ist die Konsolidierung sehr hoch, unabhängig von der politischen Einstellung oder den Ansichten über Möglichkeiten, Russland als solches zu entwickeln.

Menschen mit kommunistischer Überzeugung glauben, wir müssten alles wieder verstaatlichen. Sie wollen, dass alles reglementiert würde usw. Es ist schwer zu sagen, wie effektiv das wäre. Wir lehnen das in einigen Dingen und an manchen Stellen, in bestimmten historischen Situationen nicht ab, und wir haben sogar ein Gesetz zur Verstaatlichung. Angesichts dessen tun wir das nicht – dafür besteht überhaupt keine Notwendigkeit.

Wir glauben an die Notwendigkeit, die effektivsten Instrumente für die nationale Entwicklung zu verwenden, Marktprinzipien, aber natürlich unter der Kontrolle des Staates und die Regierungsmacht, unter der Kontrolle des Volkes. Wir sollten deren Vorteile nutzen, um unsere Hauptziele zu erreichen – den Wohlstand der Nation zu verbessern, Armut zu bekämpfen, unsere Anstrengungen zu verstärken und bessere Ergebnisse im Wohnungsbau, in der Bildung, im Gesundheitswesen und bei der Lösung anderer lebenswichtiger Probleme zu erzielen.

Deshalb behandeln wir in unserer Arbeit Menschen, die linke Ansichten vertreten, einschließlich solcher mit kommunistischer Überzeugung, mit Respekt. Wie Sie aus gutem Grund sagten, lebte die Sowjetunion lange Zeit unter der Kontrolle und Führung der Kommunistischen Partei. Ich möchte an dieser Stelle nicht ins Detail gehen und erklären, was gut und was schlecht war.

Sie haben religiöse Organisationen erwähnt, aber alle – wir haben vier traditionelle Religionen – sind ausschließlich patriotisch. Was die Russisch-Orthodoxe Kirche betrifft, so war sie während ihrer gesamten Geschichte bei ihrer Gemeinde, bei ihrem Volk. Dasselbe gilt heute.

Der entscheidende Unterschied im heutigen Verhältnis zu unseren traditionellen Religionen liegt wohl darin, dass wir wirklich – nicht nur äußerlich – darauf verzichten, uns in das Leben religiöser Organisationen einzumischen. Vielleicht sind sie hierzulande in einer viel freieren Position als in vielen Staaten, die sich für demokratisch halten. Wir üben niemals Druck auf sie aus. Wir glauben, ihnen gegenüber in der Schuld zu stehen, weil ihr Eigentum während der Sowjetzeit verschleudert oder ins Ausland gebracht und verkauft wurde und so weiter. Mit anderen Worten, religiösen Organisationen, einschließlich der russisch-orthodoxen Kirche, wurde viel Schaden zugefügt.

Wir versuchen, alle unsere Religionen zu unterstützen, aber wir mischen uns nicht in ihre Arbeit ein. Und wahrscheinlich ist das, was jetzt passiert, wirklich einzigartig – es gibt eine gemeinsame patriotische Stimmung in Bezug auf die Entwicklung des Landes innerhalb unseres Staates und die Wahrung unserer Interessen außerhalb, aber angesichts dieser Faktoren geben wir ihnen völlige Handlungsfreiheit. Ich denke, diese Beziehung und eine solche Situation führt zu den gewünschten Ergebnissen.

Fjodor Lukyanov: Herr Kubat Rakhimov, Sie haben das Wort.



Kubat Rakhimov: Ich bin Kubat Rakhimov aus der Kirgisischen Republik.

Herr Präsident,

Russland ist in der Tat der Anführer einer neuen antikolonialen Bewegung. Russlands Bekenntnis zu traditionellen, konservativen Werten findet auch weltweite Unterstützung. Während der Diskussionen hier im Valdai Club haben wir ein sehr hohes Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und nach einer gleichberechtigten Gestaltung sozialer Beziehungen festgestellt.

Wie sehen Sie das und wie können wir Ihnen als Valdai Club-Experten helfen? Dies ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage lautet: Was halten Sie von der Möglichkeit, die Hauptstadt der Russischen Föderation ins Zentrum des Landes zu verlegen, d. h. ins Zentrum des eurasischen Kontinents, um näher an den Ländern der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu sein?

Vielen Dank.

Wladimir Putin: In Bezug auf ein gerechteres Sozialsystem in Russland heißt es in unserer Verfassung ausdrücklich, dass Russland ein Sozialstaat ist. Und natürlich ist alles, was wir tun, alle unsere nationalen Entwicklungsziele im Wesentlichen darauf ausgerichtet, soziale Ziele zu erreichen. Wir könnten diese Themen stundenlang diskutieren, und selbst der ganze Tag heute würde nicht ausreichen. Alles, was wir tun, ist darauf ausgerichtet, dies zu erreichen, die sozialen Ziele zu erreichen, vor denen der russische Staat jetzt steht. Wir haben viele Ziele wie diese, darunter viele ungelöste Probleme.

Ich habe das bereits angesprochen, aber noch einmal: Wir müssen die Wirtschaft weiterentwickeln, auf dieser Grundlage Fragen der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und der technologischen Entwicklung angehen und unsere Wirtschaft umstrukturieren. Strukturelle Veränderungen sind das Wichtigste. Der Arbeitsmarkt wird sich verändern, und

in diesem Zusammenhang sollten wir natürlich auch an die Menschen denken, deren Arbeitsplätze verloren gehen. Wir sollten ihnen neue Kompetenzen vermitteln und sie umschulen etc.

Was den Valdai Club betrifft, bringt er Experten aus verschiedenen Lebensbereichen zusammen. Natürlich wären wir dankbar, wenn diese Experten uns über wichtige Entwicklungstrends auf dem Laufenden halten würden. Wir würden uns Ihre Meinungen anhören, während wir die Pläne realisieren, die ich gerade aufgelistet habe. Wir können und müssen auf unserer derzeitigen Politik aufbauen und gleichzeitig zukünftige Entwicklungen verstehen.

In Bezug auf die Verlegung der Hauptstadt, ja, darüber haben wir gesprochen. Die russische Hauptstadt wurde in der Geschichte des russischen Staates mehrmals verlegt. Historisch und mental wird das Zentrum Russlands immer mit Moskau in Verbindung gebracht und meiner Meinung nach besteht keine Notwendigkeit...

Es gibt Probleme bei der Entwicklung der Hauptstadt als Metropolregion, aber ich muss sagen, dass diese Probleme mit dem Team von Bürgermeister Sobyenin viel besser angegangen und gelöst werden als in vielen anderen Ländern und Metropolregionen.

Es gab eine Zeit, in der Fragen des Verkehrs, der Entwicklung der sozialen Infrastruktur und anderer Bereiche kritisch waren – und sie sind es bis zu einem gewissen Grad immer noch. Dennoch hat Bürgermeister Sobyenin in den letzten Jahren viel getan, um diese Herausforderungen einzudämmen und Bedingungen zu schaffen, damit sich Moskauer, Arbeitsmigranten und Touristen wohlfühlen. In den vergangenen Jahren wurde viel für die Entwicklung der Stadt getan.

Es gibt in der Tat ein Problem der übermäßigen Zentralisierung aller föderalen Organisationen in Moskau. Ich unterstütze zum Beispiel den Ansatz, welche einige andere Länder verfolgen, um Befugnisse und Zuständigkeiten in andere russische Regionen zu verlagern. Wir bauen zum Beispiel ein Justizzentrum in St. Petersburg. Das Verfassungsgericht hat dort bereits seinen Sitz, und es gibt konkrete Pläne für den Obersten Gerichtshof. Es ist keine Eile erforderlich: Diese Arbeit sollte schrittweise erfolgen, um günstige Bedingungen für die Arbeit der Justizgemeinschaft in St. Petersburg zu schaffen. Und wir werden es ohne Eile tun.

Einige große Unternehmen, die beispielsweise hauptsächlich in Sibirien tätig sind, aber ihren Hauptsitz in Moskau haben, könnten ihren Hauptsitz nach Sibirien verlegen. Und es passiert tatsächlich. RusHydro zum Beispiel gründet eine Basis in Sibirien, in Krasnojarsk, und errichtet dort seine Zentrale.

Bestimmte Bundesbehörden könnten über das Land verteilt werden. Dies wäre für das Regierungsführungssystem selbst und die Regionen, in denen diese Gremien angesiedelt wären, von Vorteil.

Fjodor Lukjanow: Danke.

Iwan Timofejew.



Ivan Timofeyev: Guten Abend, Herr Präsident.

Ivan Timofeyev, Valdai Club.

Hier ist meine Frage. Im vergangenen Jahr wurde eine beispiellose Zahl an Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie haben das Einfrieren unserer Reserven in Europa erwähnt, 300 Milliarden. Wir könnten auch das Einfrieren von Eigentum von Bürgern und Organisationen im Wert von mehreren zehn Milliarden hinzufügen. Übrigens plant Europa, diese Liegenschaften zu beschlagnahmen, sobald die entsprechenden Mechanismen entwickelt sind. Es gibt noch viel mehr, darunter finanzielle Beschränkungen, verbotene Warenlieferungen, Technologien, russische Ölverbote, Manipulationen bei der Gasversorgung und andere Maßnahmen. Wir sind uns dessen bewusst, und Sie haben dies in Ihrer Rede erwähnt.

Von unserer Wirtschaft wurde nicht erwartet, dass sie standhält. Aber sie hat überlebt, vor allem, weil es eine Marktwirtschaft ist, die flexibel und anpassungsfähig bleibt. Unternehmen suchen nach neuen Märkten und Möglichkeiten, Importsubstitution wo immer möglich umzusetzen. Die Regierung unternimmt viele Schritte, um Unternehmen zu helfen.

Aber vielleicht ist es angesichts der extremen außenpolitischen Bedingungen und all der Sanktionen an der Zeit, die Wirtschaft weiter zu deregulieren? Sie haben die Dezentralisierung erwähnt. Ist es sinnvoll, die Anzahl der Inspektionen zu reduzieren und den regulatorischen Druck zu verringern?

Ich würde gerne Ihre Meinung zu diesem Thema erfahren.

Wladimir Putin: Wie man in diesen Fällen sagt, können wir uns dafür entscheiden, die Anzahl der Inspektionen zu reduzieren und eine übermäßige staatliche Regulierung zu beseitigen.

Sie wissen, dass nicht nur für kleine und mittelständische Unternehmen, sondern auch für große Unternehmen planmäßige Kontrollen eingestellt wurden. Falls dies noch nicht erwähnt wurde, sage ich es jetzt – wir werden dies bis 2023 verlängern.

Was die Regulierung betrifft, so führte unsere „*administrative Guillotine*“, wie wir sagten, zur Annullierung von über 1.000 Akten, glaube ich. Sie wurden durch weniger als 500 neue ersetzt – ich hoffe, sie sind aktuell. Über 400 und einige neue Gesetze regeln inzwischen die Wirtschaftstätigkeit.

Wir werden diesen Weg also weitergehen – natürlich mit Ausnahme von Produktionskategorien, die gewisse Risiken für Verbraucher bergen. Ich denke, jeder versteht das. Wir werden jedoch versuchen, dies so anzugehen, dass diese Regulierungsfunktionen zielgerichtet sind, um zu verhindern, dass sie den Betrieb von Unternehmen und Unternehmen im Allgemeinen beeinträchtigen.

Sie haben Recht – als Reaktion auf all die Beschränkungen, die Russland und seiner Wirtschaft auferlegt werden ... Sie sagten, sie erwarteten einen Zusammenbruch unserer Wirtschaft. Das wurde nicht nur erwartet. Es wurde als das Ziel gesetzt, die russische Wirtschaft zu zerschlagen, aber sie konnten es nicht erreichen. Ja, Sie haben Recht – unsere Wirtschaft ist in der Tat viel anpassungsfähiger und flexibler geworden. Es wurde deutlich, dass unsere Unternehmen bereits reif genug waren, um Importe zu ersetzen und die Aktivitäten der Unternehmen zu übernehmen, die abgezogen sind – unsere Partner, die beschlossen haben, Russland zu verlassen. Unsere Unternehmen übernahmen und führen problemlos diese Unternehmen, die noch bis vor kurzem ohne westliche Präsenz nicht existenzfähig schienen. Dies war eine einfache Änderung in den meisten Bereichen.

Ja, wir verstehen und sehen die mittelfristigen Schwierigkeiten. Wir wissen, dass wir nicht alles produzieren können. Aber wissen Sie, heute Morgen habe ich mit mehreren Kollegen gesprochen, bevor ich hierhergekommen bin – natürlich habe ich mit Leuten in der Regierung, der Zentralbank und dem Exekutivbüro gesprochen – und unsere Experten glauben weiter, dass wir den Höhepunkt der damit verbundenen Schwierigkeiten überwunden haben, verbunden durch die Lawine an Beschränkungen und Sanktionen. Insgesamt hat sich die russische Wirtschaft an die neuen Bedingungen angepasst.

Es muss noch viel getan werden, um sowohl im Import als auch im Export neue Lieferketten zu erschliessen und die damit einhergehenden Verluste zu reduzieren. Insgesamt liegt der Höhepunkt der Schwierigkeiten jedoch in der Vergangenheit, und die russische Wirtschaft hat sich angepasst. Wir werden uns auf einer nachhaltigeren Plattform höherer Souveränität weiterentwickeln.

Als Reaktion auf all diese Herausforderungen könnten und sollten wir – und wahrscheinlich in erster Linie – die Bürokratie bei der Regulierung von Unternehmen noch weiter abbauen und diese unterstützen, um die Handlungsfreiheiten bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen.

Fjodor Lukjanow: Herr Prochanow, wir gehen nicht an Ihnen vorbei.



Alexander Prochanow: Herr Präsident, sehr oft fragen uns Ausländer: *„Was können Sie Russen der modernen Welt bieten? Wo sind Ihre Nobelpreisträger? Wo sind Ihre großen Entdeckungen, industriellen und wissenschaftlichen Errungenschaften?“* Meine Kollegen antworten oft: *„Nun, was ist mit der großartigen russischen Kultur? Puschkin? Andrei Rubljow (russ. Ikonenmaler 1360 – 1430)? Russische Ikonen? Die wunderbare russische Architektur?“* Sie sagen: *„Aber das war alles Vergangenheit. Wie wäre es mit heute?“*

Als ich Ihnen heute zuhörte, dämmerte mir, was Russland der Welt bieten kann: Russland kann eine Religion der Gerechtigkeit anbieten, denn diese Religion, dieses Gefühl ist das Herzstück der gesamten russischen Kultur und der russischen Selbstaufopferung. Und heute bringt Russland dieses Opfer, im Grunde steht es alleine vor dem Rest der Welt, der grausamen westlichen Welt, und führt diesen Kampf für Gerechtigkeit. Das ist der enorme Beitrag, den das heutige Russland zur globalen Zivilisation und Kultur leistet. Denn sogar diese alten, traditionellen Werte, über die wir gesprochen haben, und Rubljow, die Traditionen der russischen Ikonenmalerei, und noch einmal, die wunderbare russische Novgorod-Pskov-Architektur und das erstaunliche Goldene und Silberne Zeitalter – sie alle sprachen über Gerechtigkeit. Im Kern der russischen Zivilisation liegt die Gerechtigkeit.

Vielleicht sollten wir die aktuelle russische Ideologie zu einer Religion der Gerechtigkeit machen?

Wladimir Putin: Wir haben vier traditionelle Religionen, ich denke, das reicht.



Fjodor Lukjanow: Wir könnten eine fünfte haben.

Wladimir Putin: Das war natürlich ein Witz.

Wenn es darum geht, etwas zu machen ... Wissen Sie, ich verfolge Ihre Arbeit, Ihr Schreiben und wenn ich Zeit habe, lese ich gerne, was Sie schreiben und sagen. Natürlich weiß ich, dass Sie ein echter russischer Patriot im gefälligsten, besten und weitesten Sinne des Wortes sind.

Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir irgendjemandem absichtlich irgendetwas anbieten sollen.

Wissen Sie, Sie haben gerade gesagt, dass wir für andere Völker Opfer bringen. Ich werde hier mit Ihnen streiten. Wir opfern nichts. Wir arbeiten daran, unsere Souveränität zu festigen, und das ist in unserem eigenen Interesse. Zuerst wird durch die Stärkung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Souveränität die Grundlage für unser zukünftiges Wachstum gelegt – technologisches, pädagogisches und wissenschaftliches Wachstum.

Ob wir Nobelpreisträger haben oder nicht ... Wann hat Zhores Alferov (1930 – 2019; Nobelpreisgewinner Physik 2000) seine Erfindung gemacht? Dafür wurde er nach 30 Jahren – oder wie vielen? – mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ist das alles, was zählt? Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten wurde mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Ist das ein Indikator für echte Leistung? Bei allem Respekt vor dem Nobelkomitee und dem Gewinner dieses bemerkenswerten Nobelpreises, ist das der einzige Indikator?

Die Wissenschaft macht Fortschritte. Wir müssen unser Bestes tun, um sicherzustellen, dass die Erträge aus der Grundlagenforschung und angewandten Wissenschaften für unsere Entwicklung um Größenordnungen höher liegen, und wir werden dies erreichen.

Heute erleben wir eine bedeutende und bemerkenswerte Umstrukturierung des Forschungspersonals. Unsere Wissenschaft ist auf dem besten Weg, eine der jüngsten der Welt zu werden.

Offensichtlich haben die Vereinigten Staaten mit ihrem Wettbewerbsvorteil als globaler Finanzmonopolist alles aus der ganzen Welt wie ein Staubsauger aufgesaugt, einschließlich Forscher und Kreative. Auch dies wird ein Ende haben, wenn der Dollar sein Monopol als Weltwährung verliert, was wir heute erleben.

Sie sehen, was wir tun, spricht viele Länder und Völker an. Unsere westlichen „Partner“ scheuen keine Mühe, Russland zu verleumden, zu demütigen oder seine Interessen zu ignorieren. Wenn wir für unsere Interessen kämpfen und dies offen, ehrlich und, seien wir ehrlich, mutig tun, so ist diese Tatsache an sich, dieses Beispiel an sich, höchst ansteckend und attraktiv für Milliarden von Menschen auf diesem Planeten.

Sie können russische Flaggen in vielen afrikanischen Ländern sehen, in einigen dieser Länder. Das Gleiche passiert in Lateinamerika und Asien. Wir haben viele Freunde. Wir müssen niemandem etwas aufzwingen. Es ist nur so, dass viele Menschen – Politiker und einfache Bürger – müde sind, unter externem Diktat zu leben. Genug ist genug, die Leute haben es satt. Und wenn sie ein Beispiel unseres Kampfes gegen dieses Diktat sehen, stellen sie sich intern und extern auf unsere Seite. Und diese Unterstützung wird weiter gehen.

Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, dieses Mal ist viel über Forschung gesprochen worden. Ich denke, eines der interessantesten Gremien befasste sich mit Möglichkeiten, Wissenschaft und Technologie unter diesen Umständen zu entwickeln.

Ruslan Yunusov ist hier im Publikum. Er präsentierte ein sehr interessantes Bild.



Ruslan Yunusov: Danke.

Heute vertrete ich Rosatom und den Valdai Club.

Herr Präsident, Sie haben die richtigen Worte zur Forschung gesagt. Wir sehen, dass die Unterstützung für die Wissenschaft in Russland in den letzten 20 Jahren erheblich gewachsen ist, und das Mega-Beihilfe-Programm hat es ermöglicht, Dutzende moderne Labors in Russland zu eröffnen.

Auf der anderen Seite sehen wir als Wissenschaftler jedoch, dass die meisten Professoren, die diese Labors eröffnet haben, nie nach Russland gekommen sind, um dort zu leben und Vollzeit zu arbeiten. Ich kann verstehen, warum es schwer ist, sich zu behaupten. Was wir hier haben, ist ein Mega-Stipendium für fünf Jahre, aber dann hat man eine lebenslange Anstellung als Professor. Dies wäre wirklich in Betracht zu ziehen.

Andererseits haben wir gestern während des Panels über unsere chinesischen Kollegen gesprochen, die in den letzten 20 Jahren bahnbrechende Sprünge in der Wissenschaft erbrachten. Heute haben sie nicht nur ihre Wissenschaftler zurückgebracht, sondern nehmen in vielen Bereichen Spitzenplätze ein.

Hier haben wir es mit Quanten zu tun, und ich möchte sagen, dass wir uns bewusst sind, dass der leistungsstärkste Quantencomputer heute in China steht, nicht in den Vereinigten Staaten, und die größte Anzahl von Quantenpatenten von China veröffentlicht wird, nicht von den Vereinigten Staaten.

Aber andererseits haben wir in Russland auch Programme, die viele Labore zusammenbringen. Das Quantenprojekt, das Quantencomputerprojekt umfasst 20 wissenschaftliche Gruppen, 15 Universitäten und Institute der Akademie der Wissenschaften. Aber wir arbeiten nach Fünfjahresplänen.

Ich denke, dass wir heute unter erhöhten Druck geraten sind, da unsere wissenschaftliche und technologische Souveränität herausgefordert wird. Vielleicht ist jetzt der richtige Zeitpunkt, strategische Projekte zu formulieren und den Planungshorizont auf 10 oder 20 Jahre auszudehnen.

Vielen Dank.



Wladimir Putin: Ja, ich stimme Ihnen zu – je höher der [Planungs-]Horizont, desto besser, und je weiter der [Planungs-]Horizont, desto besser. Wir müssen uns die positiven Beispiele in anderen Ländern ansehen, ebenso wie die unserer Freunde und Partner, einschließlich der Volksrepublik China. Sie haben im Laufe der Jahre unter der Führung von Präsident Xi Jinping, der diesem Thema viel Aufmerksamkeit schenkt, viel getan – nicht nur für die Entwicklung der Wissenschaft, sondern auch für die Entwicklung Chinas im Allgemeinen und der chinesischen Wirtschaft sowie für die Verbesserung zum Wohlergehen des chinesischen Volkes. Ich weiß das, weil wir mit ihm sehr freundschaftlich verbunden sind.

Natürlich können wir prüfen und umsetzen, was Ihnen dabei hilft, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Was die Mega-Stipendien betrifft, so haben sie in der Tat eine positive Rolle gespielt, und in der nächsten Phase, die wir jetzt durchführen, geht es nicht nur um Forschung und die Einrichtung separater Labors, sondern um die Schaffung akademischer Gemeinschaften junger Wissenschaftler. Das ist im Wesentlichen die Zukunft dieser Mega-Grants (Beihilfen).

Ich stimme denen zu, die diesen Prozess initiiert haben. Wir tun es: (an Andrej Fursenko gewandt) Nicht wahr, Herr Fursenko?

Wir werden dies auch weiterhin tun.

Sie haben gesagt, niemand bliebe: Manche Leute kommen hierher und arbeiten, obwohl sie woanders offiziell angestellt sind, und sie verbringen die meiste Zeit in Russland; es gibt ziemlich viele solche Leute. Das sind unsere ehemaligen Landsleute und nicht nur ehemalige, sondern unsere Landsleute, die irgendwo im Ausland beschäftigt sind, aber regelmäßig zum Arbeiten nach Russland kommen.

Wissen Sie, die Wissenschaft hasst wie die Kunst künstliche Grenzen und Beschränkungen. Die Menschen müssen sich frei fühlen, und wir werden niemanden hier einsperren, aber wir werden jeden willkommen heißen, der in Russland arbeiten möchte. Insgesamt ist uns das gelungen und wir werden diesen Weg weiter gehen.

Sie sollten recht haben, wenn Sie sagen, dass wir längerfristige Planungshorizonte brauchen. Wir vergeben jetzt Mega-Stipendien für fünf Jahre, nicht wahr? Natürlich können wir sie verlängern. Diese Fragen hängen von der Haushaltsfinanzierung ab, aber dies kann getan werden. Jedenfalls sind wir heute in der Lage, den [Planungs-]Horizont weiter zu verlängern.

Was Sie über Menschen sagen, die im Ausland arbeiten und lebenslange Arbeitsverhältnisse verfügen, das ist nicht typisch – weit gefehlt. Sie sind selbst Wissenschaftler und wissen, dass man sich nach Ablauf eines mehrjährigen Vertrages noch von Ihnen verabschieden kann. Also all das gibt es dort auch nicht für Ihr ganzes Leben. Aber die Gelegenheit, Ihre Muttersprache zu sprechen und mit Ihrer Kultur in Kontakt zu sein, bleibt lebenslang.

Daher muss sowohl Kulturschaffenden wie auch Wissenschaftlern Wahlfreiheit eingeräumt werden. Wir müssen attraktivere Bedingungen schaffen, als sie im Ausland angeboten werden. Dies ist kein einfacher Prozess. Wir gehen diesen Weg und erzielen Ergebnisse, und wir werden uns weiter in diese Richtung bewegen, einschließlich – wahrscheinlich haben Sie recht – Bemühungen, um eine Verlängerung des Planungshorizonts zu erreichen.

Fjodor Lukyanov: Bitte, Herr Wang Wen.



Wang Wen: Danke. Mein Name ist Wang Wen, ich bin Professor am Chongyang Institute, Renmin University in China.

Tatsächlich habe ich dieses Mal mehr als 20 Städte in Russland besucht und viele Artikel geschrieben, um den Chinesen vom wahren Russland zu erzählen, denn in China gibt es viele Menschen, die sich für Russland interessieren und besonders sich um Sie und Ihre Sicherheit sorgen. Meine Frage ist also: Ich weiß, dass Sie viel Druck und Belastung erfahren. Fühlen Sie sich geängstigt, nervös oder unruhig, besonders unter der Bedrohung aus dem Westen? Haben Sie ein neues Russland geschaffen oder hat Russlands Geschick Sie erschaffen? Was möchten Sie den Chinesen sagen und wie kommentieren Sie die vergangenen zehn Jahre der russisch-chinesischen Beziehungen? Was sind Ihre Vorhersagen und Erwartungen für die Zukunft der Beziehungen zwischen Russland und China? Ich danke Ihnen sehr.



Wladimir Putin: Wissen Sie, bei meiner Arbeit denke ich nie daran, eine historische Leistung zu vollbringen. Stattdessen priorisiere ich, das zu tun, was getan werden muss und worauf wir nicht verzichten können. In diesem Sinne prägen die gegenwärtigen Umstände unseres Landes uns alle, mich eingeschlossen.

Apropos Angst, viele würden mich gerne sagen hören, dass ich Angst habe, aber wenn ich vor allem Angst hätte, würde ich nichts tun. Ich kann es mir nicht erlauben, mich in meiner Position von der Angst leiten zu lassen. Ich muss mich von den Interessen des Volkes Russlands und des russischen Staates leiten lassen, was ich tue und tun werde.

Ich werde tun, was ich zum Wohle meines Volkes und meines Landes für notwendig halte.

Die russisch-chinesischen Beziehungen haben in den letzten Jahrzehnten ein beispielloses Maß an Offenheit, gegenseitigem Vertrauen und Effektivität erreicht. China ist der größte Handels- und Wirtschaftspartner unseres Landes. Wir kooperieren in allen Bereichen. Im militärischen Bereich führen wir regelmäßig Übungen durch. In der Militärtechnologie genießen wir ein in der Geschichte unserer beiden Länder beispielloses Vertrauen. Gemeinsam fördern wir kulturelle und humanitäre Projekte und natürlich auch in der Wirtschaft.

Das größte Handelsvolumen Russlands findet mit China statt, und es wächst schnell und gewinnt an Dynamik, noch bevor die Sanktionen den Handel nach Asien und China verlagert haben.

Mein Freund Herr Xi Jinping und ich – er hat mich seinen Freund genannt und ich betrachte ihn als solchen – wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein bestimmtes Handelsvolumen zu erreichen. Wir werden dieses Ziel sicherlich erreichen, da wir uns schneller als geplant darauf zubewegen.

Was unsere Haltung gegenüber China betrifft, so behandeln wir China und seine Menschen als Freunde und respektieren ihre Kultur und Traditionen zutiefst. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf einem so soliden Fundament sicher weiter vorankommen können.

Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, da wir gerade von der Befürchtung sprechen, die Herr Wang erwähnte, als Sie in diesem Frühjahr auf die Existenz des Nuklearfaktors hinwiesen, waren einige Leute nervös, weil sie sich daran erinnerten, was Sie hier auf unserer Jahrestagung vor vier Jahren gesagt haben. Sie haben gesagt, dass wir alle in den Himmel kommen würden, aber wir haben es nicht eilig, dort anzukommen, richtig? (Lachen.)

Sie haben gesagt, aufgehört zu haben zu denken: Das ist beunruhigend.



Wladimir Putin: Ich habe es absichtlich getan, um Sie ein wenig zu beunruhigen. Mission erfüllt. (Lachen.)

Fjodor Lukjanow: Ich verstehe. Vielen Dank.

Mohammed Ihsan, bitte.



Mohammed Ihsan: Ich bin Professor Mohammed Ihsan aus der Region Kurdistan im Irak. Ich bin so froh, hier zu sein, Herr Präsident, wirklich.

Ich habe eine direkte Frage an Sie: Das Thema dieser Sitzung ist posthegemoniale Weltgerechtigkeit und eine Sicherheit für alle. Glauben Sie zum jetzigen Zeitpunkt, dass die

Kurden in vier Teilen Kurdistans in Zukunft mehr, bessere Sicherheit und mehr Gerechtigkeit erfahren werden? Wenn es Ihnen nichts ausmacht, näher darauf einzugehen.

Und, wie Sie sagten, in Mittelamerika und Afrika ist die russische Flagge überall zu sehen. Sie haben Menschen, die Russland lieben und unterstützen. Sie stellen sicher, dass Sie auch im Nahen Osten viele Unterstützer und viele Liebhaber für Russland und nur für Präsident Putin haben. Vielen Dank.

Wladimir Putin: Vielen Dank für den letzten Teil. Es gibt Fahnen in europäischen Ländern und in den USA übrigens auch, dort haben wir viele Unterstützer. Übrigens hält ein großer Teil der US-Bevölkerung an traditionellen Werten fest, und die sind mit uns, das wissen wir.

Was die Kurden betrifft, habe ich bereits gesagt, nicht in Bezug auf die Kurden, sondern allgemein auf alle Völker: Natürlich müssen wir einen Interessenausgleich anstreben. Nur wenn ein Interessenausgleich erreicht wird, kann Frieden nachhaltig sein, auch im Falle des kurdischen Volkes.

Fjodor Lukjanow: Herr Staris, bitte machen Sie weiter.



Constantin Staris: Danke.

Guten Abend.

Constantin Staris, Republik Moldau. Ich vertrete natürlich die parlamentarische Opposition, weil unsere Regierung, leider für unser Land und unser Volk, weiterhin andere Ziele für ihre Auslandsreisen bevorzugt. Infolgedessen gingen heute in Kischinau die Lichter aus, fast ein totaler Stromausfall. Aber das wollte ich nicht sagen.

Ich habe eine Frage, aber zuerst muss ich eine Pflicht erfüllen. Herr Präsident, Sie haben so nett über Ihre Familie gesprochen, dass ich mir diese Gelegenheit nicht entgehen lassen kann: Ich habe zwei Kinder, sie sind acht und zehn, beide Schüler des Puschkin-Lyzeums in Kischinau. Sie baten mich, Sie zu begrüßen, und ich konnte mir dieses kleine väterliche Vergnügen nicht versagen. Also, hallo von Alexandra und Gavril aus Kischinau.

Wladimir Putin: Danke.

Constantin Staris: Jetzt meine Frage.

Sie sagten in Ihrer Rede, dass zwangsläufig neue Modelle der Interaktion zwischen Ländern und Regionen entstehen würden. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, auf die Idee zurückzukommen, die Sie bereits 2001 geäußert haben, über einen einzigen wirtschaftlichen, humanitären und kulturellen Raum, der sich von Wladiwostok bis Lissabon erstrecken würde?

Wir, Moldauer unterschiedlicher ethnischer Herkunft, würden uns freuen, dies auf der Tagesordnung zu sehen, denn für uns ist es immer schwierig, zwischen gut und gut, zwischen Europa und Russland zu wählen. Für uns wäre es ein vielversprechendes Projekt und ein Licht am Ende des Tunnels.

Aber ist das möglich in der Welt, die wir dabei sind zu erbauen, in der Post-Konflikt-Welt, in einer Welt ohne Hegemon, Weltpolizist oder dominante Macht?

Danke!

Wladimir Putin: Ist es möglich, einen gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raum oder gar eine Region zu schaffen, um Sicherheit für alle zu gewährleisten, die auf diesem riesigen Megakontinent von Lissabon bis Wladiwostok leben? Natürlich ist es das. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Es ist nicht unsere Idee. Richtig, damals hieß es „bis zum Ural“. Später änderte ich diese Idee von unseren französischen Kollegen und ehemaligen französischen Führern und erweiterte sie „bis Wladiwostok“.

Wieso? Weil Menschen, die jenseits des Urals leben, von derselben Kultur durchdrungen sind, was das Wichtigste ist.

Heute finden komplexe, schwierige und tragische Entwicklungen statt. Aber im Allgemeinen, warum nicht? Insgesamt kann man sich so etwas durchaus vorstellen. Ich denke, es würde so oder so stattfinden.

Ich habe darüber in meinen Bemerkungen über Eurasien als Ganzes gesprochen, einschließlich des europäischen Teils. Wissen Sie, was wirklich wichtig ist? Es ist wirklich wichtig – ich möchte auf meine Bemerkungen zurückkommen – dass der europäische Teil seine Rechtsfähigkeit wiedererlangt.

Wie spreche ich mit einem bestimmten Partner, wenn er nichts entscheiden kann, ohne jedes Mal das „regionale Parteikomitee“ in Washington anzurufen und nach dem Weg zu fragen?

Tatsächlich passiert das im echten Leben.

Ich erinnere mich, dass ein Führer zu Beginn der herausfordernden Ereignisse im Zusammenhang mit Syrien ankam. Ich hatte ein Treffen mit ihm. Wir einigten uns darauf, was und wie wir im Detail vorgehen wollten. Ganz konkret: Ich werde dies, dies und dies tun.

Von Moskau ging er nach Washington. Als er nach Paris zurückkehrte, vergaß er alles, als hätten wir uns auf nichts geeinigt. Wie sollte ich mit ihm reden? Worüber?

Wir trafen konkrete Vereinbarungen, wohin die Flotte verlegt würde, was wir tun würden und wie wir uns einigen könnten. Wir sind nicht dagegen. Wir sind alle dafür. Und wir haben eine Einigung erzielt, einen Deal.

Wie sollen wir mit denen reden? Was bringt es, mit denen zu reden? Besser wäre es Washington direkt anzurufen und es fertig zu kriegen. Ich erfinde nichts, verstehen Sie?

Natürlich verteidigt Europa seine Interessen, vor allem in der Wirtschaft, aber dann wieder halbherzig. So erfolgen die Gaspipeline-Explosionen. Dies sind nicht unsere Pipelines: Dies sind paneuropäische Pipelines. Fünf europäische Unternehmen sind Teil von Nord Stream 1. Na und? Alle schweigen, als wäre alles ein Geschäft wie immer. Sie haben sogar die Frechheit zu behaupten, dass Russland es in die Luft gesprengt hätte. Russland hat sich selbst in die Luft gesprengt. Haben sie den Verstand verloren oder was? Nein, sie machen weiter.

Gazprom veröffentlichte Fotos aus dem Jahr 2016, die, glaube ich, einen in den USA hergestellten Sprengsatz unter dem Pipelinesystem zeigen. Sie behaupteten, sie hätten es während Übungen verloren. Sie verloren so passend einen Sprengsatz, dass er direkt unter die Pipeline rutschte. Ich denke, der Zweck des Geräts war es, Unterwasserminen zu zerstören. Schau, hier ist das Foto.

Die internationalen Medien schweigen darüber; niemand sandte eine Meldung aus; alles versandete und war nirgendwo zu sehen: Weder online noch im Fernsehen. Dies ist ein weiterer Fall der Monopolisierung der Medien, um das zu fördern, was sie brauchen, und alles zu eliminieren, was ihnen im Weg steht. Es gibt es, aber niemand spricht ein Wort darüber.

Deshalb ist es natürlich notwendig, diesen gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok in jeder Hinsicht zu schaffen. Das geht aber nur mit *Wahlberechtigten*. Ich will niemanden provozieren oder beleidigen, aber so ist es, das ist die heutige Realität. Trotzdem halte ich es aus historischer Sicht für möglich.

Ich habe dies bereits erwähnt, werde es aber noch einmal sagen: Helmut Kohl sagte mir einmal, dass die Vereinigten Staaten ihre Angelegenheiten, auch in Lateinamerika, irgendwann in der Zukunft selbst regeln würden, dass sich Asien auf seine eigene Weise stark entwickeln würde und wenn die europäische Zivilisation als globales Zentrum bestehen bleiben wollte, sollte es auf jeden Fall mit Russland zusammenarbeiten. Das war die Position von Helmut Kohl. Anscheinend hat die derzeitige Führung der Bundesrepublik andere Ansichten, aber dies bleibt die Wahl der europäischen Länder.

Ich möchte jedoch auf das zurückkommen, womit Sie begonnen haben. Sie sagten, in Kischinau gingen die Lichter aus. Es ist unklar, warum sie ausgegangen sind, aber wir haben sicherlich nichts damit zu tun.

Wissen Sie, warum ich darüber spreche? Denn Russland wird immer alles vorgeworfen – irgendwo gehen die Lichter aus, irgendwo ist eine Toilette verstopft – sorry, irgendwo geht was anderes kaputt – Russland ist immer an allem schuld. Erinnern Sie sich an eine Frage aus einem bekannten Film: Was geschah mit der Kapelle aus dem 12. oder einem anderen Jahrhundert? Haben wir die auch zerstört? Nein, Gott sei Dank, haben wir nicht. Aber ich möchte Ihnen etwas sagen, und es ist vollkommen wahr. Bei Gesprächen mit Vertretern der moldawischen Regierung über den Gasverkauf hat Gazprom eine sehr pragmatische, marktorientierte Position zu einem Erdgasvertrag mit Moldawien bezogen.

Moldauische Vertreter stimmten der Position von Gazprom nicht zu und bestanden auf Preispräferenzen. Gazprom sträubte sich und später kontaktierte mich Herr Miller, erklärte seine Position und sagte, er halte sie für richtig. Ich habe ihn gebeten, Moldawien auf halbem Weg entgegenzukommen, in Anbetracht der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des moldauischen Staates. Ich sagte ihm, dass diese Preise aus Marktsicht fair wären, aber Moldawien es sich nicht leisten könne, sie zu zahlen. Wenn sie nicht zahlen können, was machte es dann für einen Sinn?

Er stimmte mir nicht ganz zu, hörte aber, was ich sagte. Gazprom kam der moldauischen Regierung auf halbem Weg entgegen und unterzeichnete einen Gasliefervertrag zu den von der moldauischen Regierung festgelegten Bedingungen.

Es gab viele Details in diesem Deal, aber ich möchte das Publikum nicht langweilen, weil es wahrscheinlich niemanden außer Ihnen interessiert. Die Angaben bezogen sich auf Schulden, laufende Zahlungen und eine bestimmte Anzahlung. Insgesamt ist Gazprom Moldawien preislich auf halben Weg entgegenkommen. Bezahlen müssen sie natürlich. Es scheint mir, dass dies vollkommen offensichtlich ist.

Es tut mir leid, dass die Dinge in Moldawien so weit kamen, dass es keinen Strom mehr gibt, aber das ist nicht unsere Schuld.



Fjodor Lukyanov: Herr Präsident, Sie haben Europa erwähnt. Es gab eine interessante Episode vor zwei Monaten oder vielleicht noch davor, als sich herausstellte, dass, als Sie kurz vor Beginn der militärischen Sonderoperation mit Präsident Macron sprachen, Journalisten in seinem Büro waren. Der Anruf wurde über die Freisprecheinrichtung übertragen und alles aufgezeichnet. Ein etwas ungewöhnliches Format. Okay, das ist nicht das erste Mal. Wie denken Sie über solche Dinge?

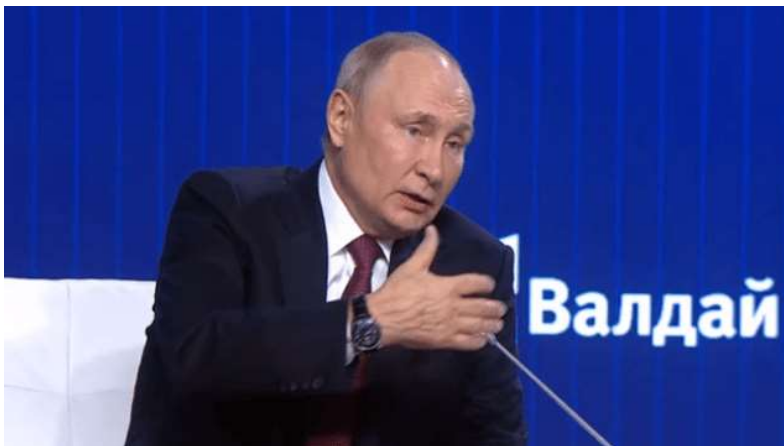
Wladimir Putin: Negativ. Ich glaube, es gibt bestimmte Kommunikationsformate zwischen Staatsoberhäuptern, die eingehalten werden müssen, sonst verliert der Partner an

Glaubwürdigkeit. Es ist nichts Falsches daran, dass sich Medienvertreter mit dem, was wir diskutieren, vertraut machen. Alles, was Sie zu tun hätten, wäre die andere Partei darüber zu informieren – das ist alles.

Fjodor Lukjanow: Haben sie das getan?

Wladimir Putin: Natürlich nicht. Bei Telefonaten, auch über sichere Kommunikationswege, gehen wir immer davon aus, dass es sich um vertrauliche Gespräche handelt, die nicht öffentlich gemacht werden sollen, oder wenn dies der Fall wäre, sollten die Parteien dies im Voraus vereinbaren. Wenn dies einseitig geschieht, ist dies natürlich nicht gut.

Fjodor Lukjanow: Wenn Herr Macron Sie anruft, werden Sie fragen, wer mit ihm im selben Raum ist?



Wladimir Putin: Nein.

Fjodor Lukjanow: Warum? Vielleicht sollten Sie.



Wladimir Putin: Weil ich jetzt davon ausgehe, dass jemand zuhört.

Fjodor Lukjanow: Ich verstehe (Lachen).

Übersetzung aus dem Russischem: Unser Mitteleuropa

Wird mit Teil III fortgesetzt.

Keine Berichte!

Keine Berichte!

Keine Berichte!

Keine Berichte!



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturell-räumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woivodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



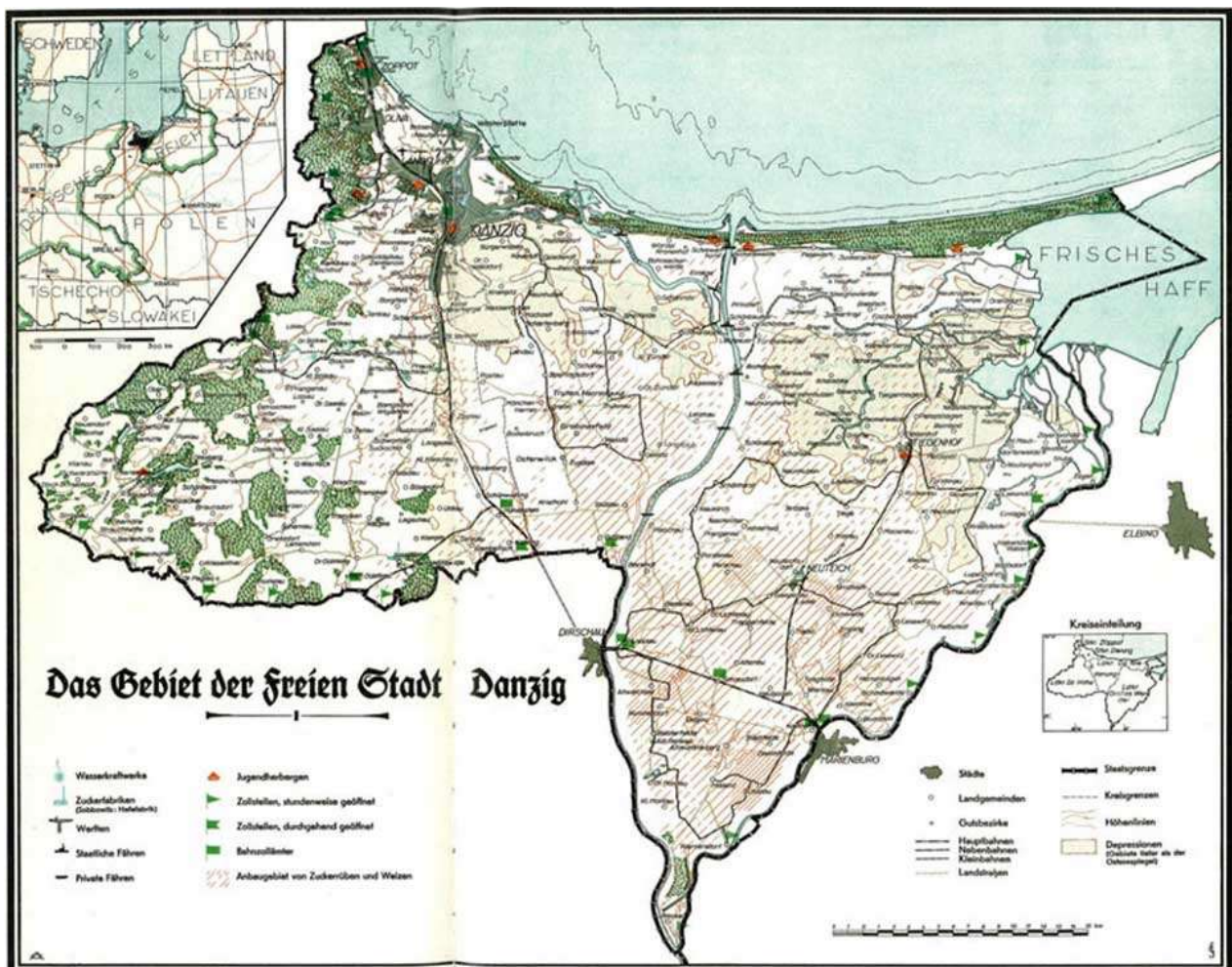
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

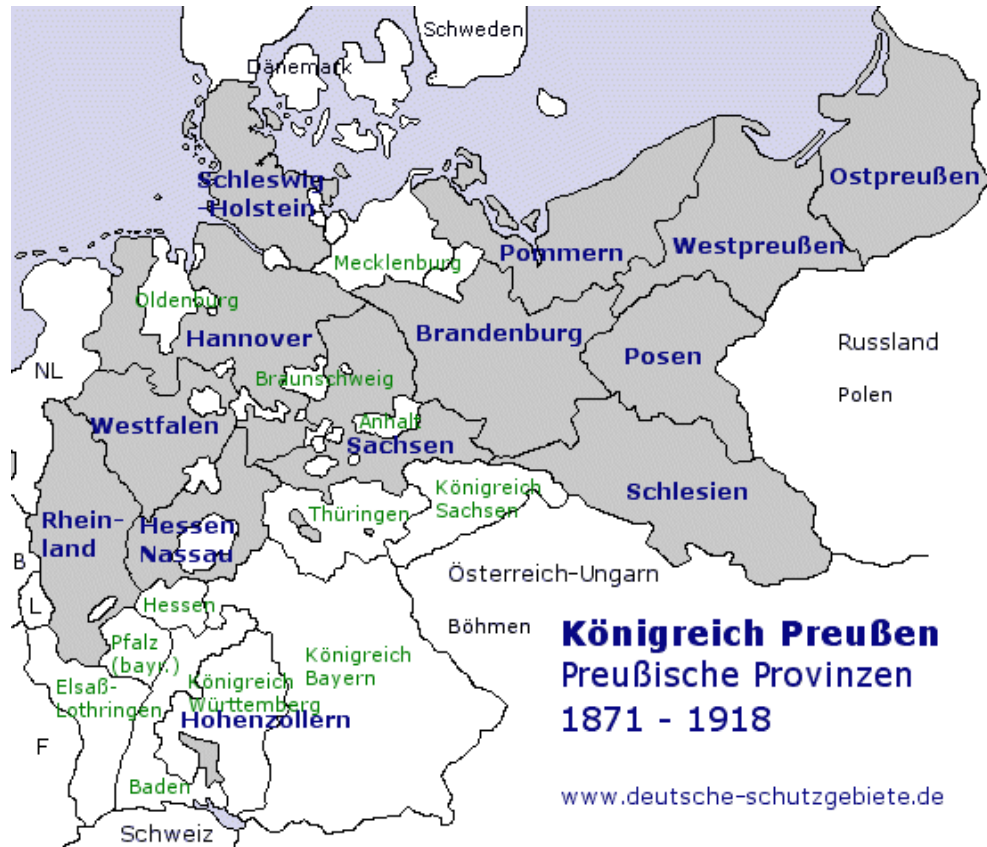




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 828 vom 17.11.2022:
15.11.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 829 erscheint) voraussichtlich, am
01.12.2022.

Redaktionsschluss für AWR-829: Montag, 28
.11.2022, 12:00 Uhr